Zum Autor

Horst Becker ist ein erfolgreicher Kaufmann aus Essen und Vater von fünf Kindern. Er lernte bei Tengelmann, war mit 24 Jahren bereits Einkäufer bei der Metro und machte sich mit 28 Jahren selbstständig. Er baute eine Verbrauchermarktkette im Ruhrgebiet auf. Im Jahr 1972 erstellte er das erste volle Warenwirtschaftssystem mit über 20.000 Artikeln, mit dem durch einen direkten Anschluss an die GfK Marktforschung betrieben werden konnte. Schon im Jahr 1972 führte er eine Gewinnbeteiligung für seine Mitarbeiter ein. Nach dem Verkauf seines Unternehmens widmete er sich dem Immobiliensektor und errichtete in ganz Deutschland Gewerbeobjekte. Zudem engagierte er sich erfolgreich in Sportvereinen. Sein Ziel ist eine Gesellschaft, in der eine gerechte Verteilung vorherrscht, die Beseitigung von Hunger und Armut und ein Ende aller kriegerischen Auseinandersetzungen. Dazu bedarf es seiner Ansicht nach eines Bündnisses aller sozial denkenden Menschen. Als Grundlage dafür sieht er **eine direkte Demokratie, bei der das Volk bestimmt**.

Eine demokratische soziale Revolution
Der Kampf um eine gerechtere Welt

Wenn ich knallhart mit unseren Politikern abrechne für den Murks, den sie Jahrzehnte lang fabriziert haben, durch fehlenden Sachverstand, durch Korruption und Vetternwirtschaft, durch Geldverschleuderung und mangelnde Weitsicht, dann geschieht das nicht aus Neid, denn ich gehöre zu den Gewinnern dieser miserablen Politik. Ich lebe im Wohlstand. Ich rechne ab, weil durch diese Politik ein großer Teil unserer Gesellschaft benachteiligt wurde und wird.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, über eine Million Menschen müssen zur Tafel gehen, um leben zu können, Menschen können ihre Mieten nicht mehr bezahlen und müssen ihren langjährigen Wohnsitz verlassen. Die versprochene Sicherheit der Renten gibt es nicht mehr. Die Politiker und deren Geförderte sahnen ab. Diese soziale Ungerechtigkeit schreit zum Himmel.

Deswegen muss diese korrupte, von Lobbyismus beherrschte politische Gesellschaft und der öffentliche Rundfunk als dessen Mitläufer und Unterstützer verändert werden, damit sich etwas ändert. Schauen Sie sich unbedingt die Sendung *Bimbes – Die schwarzen Kassen des Helmut Kohl*[1] an, dann sehen Sie, wie korrupt unsere Politiker sind und wie sie von der Presse, ihren Mitläufern, geschützt werden. Denn diese Sendung, eine Offenbarung der in Politik und Wirtschaft vorherrschenden Korruption, wurde von den „öffentlichen“ Rundfunkanstalten nur einmal um 23 Uhr abends ausgestrahlt.

Genau so ist mit der Berichterstattung unserer westlichen Welt mit ihren „westlichen Werten“, nämlich über Millionen Toten durch illegale Kriege, es wird eine korrupte Gesellschaft glorifiziert, in der Billionen für Waffen ausgegeben werden, während täglich mehr als 23.000 Menschen verhungern. Da müssen einem schon mal die Zügel durchgehen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir täglich das aus wirtschaftlichem Interesse entstehende Elend durch Kriege hinnehmen und konsumieren und diesem gleichgültig gegenüberstehen, anstatt etwas dagegen zu tun. Sind wir denn alles nur Weicheier?

---

1 ARD-Dokumentation von Stephan Lamby und Egmont R. Koch, Erstausstrahlung: 04.12.2017.

Deswegen brauchen wir eine Revolution, eine friedliche, aber resolute Revolution für soziale Gerechtigkeit.

Täglich verlieren Menschen ihre Wohnung – weil sie ihre Miete nicht bezahlen können.

Täglich müssen Menschen zum Sozialamt – weil die Rente nicht reicht.

Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, bekommen nicht mehr Geld als Flüchtlinge, die nie bei uns gearbeitet und etwas erwirtschaftet haben.

Abgeordnete und Staatsdiener verschaffen sich Vorteile bei Bezügen und Pensionen.

Banken und Großunternehmen wird Geld zugeschustert.

Korruption durch Millionenzahlungen an Politiker durch die Industrie.

Politiker erhalten lukrative Jobs in Staats- und Gemeindebetrieben.

Mehrere Hundert Millionen Euro werden von Lobbyisten an Parteien gespendet.

Die Atommüllentsorgung wird den Entsorgungsunternehmen für ein Butterbrot abgenommen.

Der Bürger tragen die Kosten für erneuerbare Energien fast alleine, während die Investoren absahnen.

20 bis 30 Milliarden Euro verschwinden jährlich durch Korruption und Verschleuderung.

Das ist die Erfolgsstory der deutschen Politiker und der deutschen Regierungen!

Wenn uns vorgegaukelt wird, Deutschland sei ein reiches Land, uns ginge es besser als dem Rest der Welt, so ist das eine Lüge.

Unsere Politiker haben den wirtschaftlichen Erfolg, den unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer gemeinschaftlich geschaffen haben, durch massive Fehlentscheidungen verwirtschaftet.

So stehen wir beim Wohneigentum in Europa mit ca. 48 bis 52% (je nach Studie) so ziemlich am Ende.

Wir haben einen katastrophalen Rentenstatus.

Wir haben einen Schuldenberg von 2 Billionen Euro und das Gleiche mindestens noch mal an impliziten Schulden in Form von Pensionsansprüchen, die die nächsten Generationen nicht aufbringen können.

Die Regierungen haben den sozialen Wohnungsbau so gut wie plattgemacht.

Durch fehlende Investitionen haben wir eine verheerende Infrastruktur mit kaputten Straßen, Brücken, Schulen, öffentlichen Gebäuden, Kindergärten.
Wir haben ein desaströses Schulsystem, das jeden Augenblick in jedem Bundesland von irgendwelchen negativen Veränderungen heimgesucht wird.
Wir sind in eine Europapolitik eingebunden, bei der wir letztlich die Melkkuh sind.

Es stimmt in unserem Land so gut wie nichts!

Macht bricht Recht

Gerichte ignorieren Anzeigen gegen Merkel!
Wenn man einmal davon ausgegangen ist, dass Gerichte nach Recht entscheiden, so kann man das inzwischen vergessen. Es gibt dafür genügend Beispiele, angefangen vom Europäischen Gerichtshof bis zum Bundesverfassungsgericht, wo nach politischen Wünschen und nicht mehr nach dem Recht entschieden wird. Auch in Fällen wie Kohl und der Flick-Affäre kann man an der Gerichtsbarkeit nur zweifeln.

Das sind keine Volksvertreter

Politiker haben meist keine Ahnung von wirtschaftlichen Zusammenhängen, entsprechend chaotisch sind ihre Entscheidungen. Ihre oberste Prämisse ist der Machterhalt. Dafür werden dann schon einmal Wahlgeschenke gemacht, wie die Rente mit 63, die kontraproduktiv ist.

In der Welt

Täglich verhungern mehr als 23.000 Menschen, Kinder in der dritten Welt leben unter erbärmlichsten Verhältnissen, teilweise in Zeltlagern, in Kälte und Nässe und haben nicht genug Nahrung, um zu überleben.
Amerika und die NATO, also auch wir führen illegale Kriege. Wir liefern Waffen und unterstützen damit Diktaturen, die sie zum Töten von Menschen benutzen. Von Ramstein in Deutschland aus lassen wir die Amerikaner Drohnen verschicken, die viele unschuldige Menschen töten. Kriegsverbrecher wie Bush, Blair und Sarkozy werden nicht vor Gericht gestellt, Macht bricht Recht.
Fast 1 Billionen Euro (= 1000 Milliarden) geben die USA und die NATO im Jahr für das Militär aus. ***Nur 10 Milliarden Euro davon würden genügen und keiner müsste verhungern.***

Deshalb müssen wir die Welt verändern .

Mit dem sogenannten Neoliberalismus hat sich ein System entwickelt, das an die Herrschaftsverhältnisse im Mittelalter und die Zeit davor erinnert. Die herrschende Klasse sahnt in jeglicher Weise ab, während ein großer Teil der Bevölkerung verarmt.
Mit brutaler Härte, sowohl in wirtschaftlicher als auch in kriegerischer Form, hat die Elite der Mächtigen ein System geschaffen, eine Mehrklassengesellschaft, in der sie auf Kosten der Mehrheit, der Masse der Bevölkerung, für sich den Profit einstreicht. Das zieht sich durch alle Herrschaftssysteme, Monarchien, Diktaturen, Oligarchien und sogenannte Demokratien. Wenn ich sogenannte Demokratien sage, dann deswegen, weil es echte Demokratien mit Ausnahme der Schweiz nicht gibt.

Eine echte Demokratie setzt voraus, dass das Volk bestimmt, übersetzt, dass es eine Herrschaft des Volkes gibt. Das ist bei uns nicht der Fall!

Was man bei uns als Demokratie deklariert, sind freie Wahlen und Meinungsfreiheit. Das genügt scheinbar, um ein Land als demokratisch zu bezeichnen. Wenn man bei uns von einer repräsentativer Demokratie spricht, so kann ich das nur als Witz bezeichnen, denn es werden nur die Interessen bestimmter Klientel vertreten. Könnten die Menschen wirklich mitbestimmen, sähe unsere Welt ganz anders aus.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Benachteiligung von Gesellschaftsgruppen, wie beispielsweise von Rentnern, die ein Leben lang gearbeitet haben und heute in Armut leben, ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können und ihr lebenslanges Umfeld verlassen, teilweise zur Tafel gehen müssen. Die Mehrheit ist auch gegen den Hunger in dieser Welt, sie ist gegen illegale Kriege, bei der Millionen Menschen sterben, sie ist gegen unsere Waffenlieferungen, durch die Millionen Menschen umgebracht werden, sie ist gegen Drohneneinsätze der Amerikaner, die diese von unserem Land aus führen und durch die unschuldige Menschen sterben.

Für freie Wahlen reicht es aus, einen von einer Partei vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen und Schluss. Von Mitbestimmung oder gar einer Bestimmung der Bürger wollen die Parteien logischerweise nichts wissen.

Das Volk hat also keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen. Als Alibifunktion gibt es für die Bürger die Möglichkeit zu Volksentscheidungen, für die aber die Hürden so hoch aufgebaut sind, dass sie so gut wie nicht wahrgenommen werden. Und das ist beabsichtigt. Es bestimmt also lediglich die Führungsriege der Parteien oder ein Präsident. Auch ein Kanzler hat einen Führungsanspruch.

Meinungsfreiheit kann man nicht allein damit begründen, dass man ungehindert seine Meinung sagen kann. Zur Meinungsfreiheit gehört für mich auch eine neutrale Berichterstattung der Medien. Davon sind wir meilenweit entfernt. Wer sich heute ein neutrales Bild machen will, ist gezwungen, im Internet zu recherchieren. Sagen wir mal vorsichtig, die öffentliche Presse, Rundfunk und Fernsehen, berichtet regierungstreu und auch die weiteren Medienkonzerne haben eine Richtung, die man nicht unbedingt als die Meinung des Volkes bezeichnen kann.

Viele Autoren haben sich mit dieser Entwicklung beschäftigt, Wirtschaftswissenschaftler, Historiker und Friedensforscher. Auch viele Politiker haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt, doch es verändert sich nichts. *Und zwar deswegen, weil die Kritiker der herrschenden Systeme keine Macht haben*. Die Macht liegt in den Händen einer Elite der Mächtigen, die sich aus den Führern der Regierungen und des Herrschaftssystems und dem Kapital zusammensetzt. Das Kapital bildet die Gruppe von Herrschenden, die durch ihr Geld oder ihren Reichtum ihre Interessen durchsetzen können, für sie steht ein Heer von Lobbyisten bereit – beispielsweise in Berlin ca. 5.000 und in Brüssel ca. 10.000

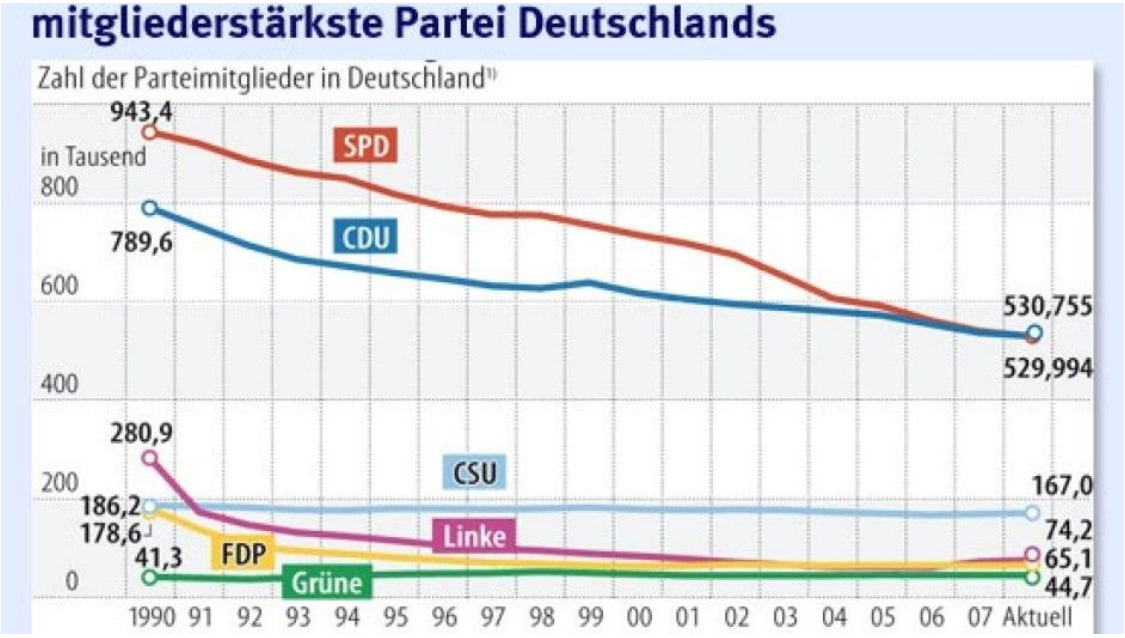
Personen –, die die Interessen der Herrschenden aus Wirtschaft und Verbänden durch die Politiker in den Parlamenten durchsetzen. Entsprechend ist ihr wirtschaftlicher Erfolg. Auch auf der Weltbühne werden die Interessen der Elite der Mächtigen, wie beispielsweise der Waffenindustrie, von Politikern umgesetzt.
Die Interessen des Volkes dagegen werden nur in geringem Maße wahrgenommen, man kann es als Almosenverteilung bezeichnen, um die entsprechenden Parteien bei den Wahlen an der Macht zu halten. Oft hört man von Politikern und ihren Meinungsvertretern, uns in Deutschland gehe es doch so gut wie in keinem anderen Land auf der Welt. Doch das ist nur vordergründig und kein Verdienst der Politiker, nein, es ist einzig und allein ein Verdienst unserer Wirtschaft, der Unternehmern und der hervorragend arbeitenden Arbeitnehmerschaft, die aber nicht davon profitiert. Und wie sieht es mit der Zukunftssicherung aus, wo stehen wir mit unseren Renten, wo stehen wir mit dem Wohneigentum in Deutschland, wo stehen wir mit dem sozialen Wohnungsbau?
Es stellt sich die Frage: Was kann man tun, damit wirklich die Interessen der Bürger wahrgenommen werden?

Die Machtverhältnisse müssen geändert werden

Alle, die unserer Gesellschaft etwas Gutes tun wollen, Kritiker unseres Systems, die auf unterschiedlichste Weise bessere Voraussetzungen für die benachteiligten Menschen in unserem Lande und in der Welt schaffen wollen, sind **allein** nicht dazu in der Lage.
Um etwas zu erreichen, müssen sich alle zusammentun.
Nur dadurch wird man in die Lage versetzt, die Verhältnisse zu ändern. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der Politik der Regierungen in unserem Lande nicht zufrieden und geht nicht konform damit. Wenn wir heute eine große Protestwählerschaft bei der AfD verzeichnen können, so handelt es sich hierbei bei Weitem nicht nur um Rechtsgesinnte und Altnazis, wie es die etablierten Parteien darstellen wollen, es sind Wähler, die sich von den etablierten Parteien mit Recht nicht vertreten fühlen. Wir haben ein großes Potenzial an Wählern der Linken, die berechtigte soziale Veränderungen wollen. Wir haben eine große unzufriedene Wählerschaft, die die etablierten sogenannten Volksparteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, die keine solchen mehr sind, nur wählen, weil es keine vernünftige

Alternative gibt. Die etablierten Parteien haben ihre Mitglieder verloren (siehe Statistik), weil diese erkannt haben, wie es um das demokratische Verhalten in diesen Parteien bestellt ist.
Wenn sich diese Menschen solidarisieren, gemeinsam handeln, dann kann man wie durch die Französische Revolution die Verhältnisse so ändern, dass es zu einer Volksherrschaft kommt, dass das Volk bestimmt, dass es zu gerechteren Verteilungen kommt, durch eine direkte Demokratie.
Wir haben eine Vielzahl von intelligenten, sozial denkenden Menschen, die in der Lage sind, eine neue soziale, gerechte Welt auf die Beine zu stellen, wie beispielsweise Sahra Wagenknecht, die jedem unserer heutigen Politiker mit ihren fundierten Kenntnissen weit überlegen ist, und viele andere mehr, die sich hervorragend sozial engagieren, wie beispielsweise die Familie Deichmann, die in vielen Teilen der Welt soziale Einrichtungen unterhält und fördert.
Wenn wir alle diese Kräfte aktivieren, sind wir in der Lage, die Welt zu verändern. Dafür lohnt es, sich zu engagieren.

Wir brauchen ein Bündnis der Bürger



Man kann nichts verändern, wenn man nichts tut

Wir haben in der ganzen Welt festgefahrene Regierungs- und Herrschersysteme, die die bestehenden Verhältnisse mit allen Mitteln der Macht aufrechterhalten wollen.
Von den Medien wird uns eine heile Welt vorgegaukelt, man versucht uns mit viel Unterhaltung, Prominenten, Shows, Filmen usw. von den real existierenden Problemen in unserem Land und in der Welt abzulenken. Wenn man sich richtig, das heißt objektiv informieren will, muss man sich schon im Internet umschauen. Man muss sich die tatsächlich anstehenden Probleme in unserer Gesellschaft genau ansehen und recherchieren, wodurch sie aufgetreten sind. Ich möchte zunächst drei Themen anführen, die für unsere Gesellschaft von enormer Bedeutung sind. Sie werden von den Politikern weder eine Antwort darauf bekommen, wie und warum sie zustande gekommen sind, noch Lösungen dafür bekommen. Diese vier Punkte sind:

Warum sind unsere Renten so weit gesunken, dass viele Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nicht in der Lage sind, ihre Wohnung zu behalten, und sie zum Sozialamt gehen müssen?
Warum gibt es nicht genug erschwinglichen Wohnraum?
Warum geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander?
Wie können wir eine ausgewogene Klimapolitik betreiben?

Diesen und vielen anderen Fragen bin ich nachgegangen, ich habe mich zurückgezogen, recherchiert und versucht, Antworten darauf zu finden. Denn ich finde diese Situation für die Betroffenen unerträglich. Trotzdem nimmt man diese negativen Entwicklungen in unserem Land ohne große Proteste hin, während in Frankreich gehen die Menschen auf die Straße gehen und protestieren. Sie machen ihrem Ärger Luft, es ist eine Situation wie vor 230 Jahren bei der Französischen Revolution. Doch heute gibt es keinen König mehr, den man verantwortlich machen könnte, heute ist es die **Elite der Mächtigen**, die die Welt regiert und beherrscht.

Ich habe im Internet viele Autoren, Friedensforscher, Wirtschaftsexperten und Journalisten gefunden, die das so sehen, aber keine Lösungen dafür anbieten können.
Ich gehöre zwar zu denen, die von diesem System profitieren, aber ich finde es unerträglich, dass auf diese Weise eine solche Ungerechtigkeit geschaffen wird. Ich möchte aktiv daran mitwirken, dass diese Zustände geändert werden, und würde mich über Unterstützung freuen, auch aus dem Lager der Profiteure, die mit bereit sind, für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen.

Die Gier der Elite der Mächtigen

Die Gier, sich wirtschaftlich zu bereichern, ist in der Elite der Mächtigen durchgängig vorhanden, sie wirkt sich allerdings auf die Bevölkerungen der verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich aus. Es kommt auf die wirtschaftliche und militärische Stärke des einzelnen Landes an. In hochentwickelten Ländern, wie beispielsweise Deutschland, kann die Bevölkerung nicht so ausgenutzt werden wie in afrikanischen Ländern, dennoch haben auch hier die bestimmenden Gruppen, wie Parteien, Abgeordnete, Beamte, Betriebe mit staatlicher, städtischer und Gemeindebeteiligung, Großunternehmen, Banken und Versicherungen, auf vielfältige Weise durch Vetternwirtschaft, Protektion, Korruption, Bestechung und auf andere Weise auf Kosten der restlichen Bevölkerung profitiert. Für die Industrie und viele andere Interessengruppen gibt es ein Heer von Lobbyisten, die deren Interessen bei den entsprechenden Regierungsstellen durchsetzen.
Auf der Strecke bleibt auch hier der kleine Mann, der keine Interessenvertreter hat; er wird immer wieder mit Almosen abgespeist, um ihn bei der Stange zu halten. Die Parteien und Regierungen haben auf fast allen Gebieten versagt. Übergeblieben ist letzten Endes nur Stückwerk. So stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Geld wurde verschleudert. Investitionen wurden in erschreckendem Maße zurückgeführt, so dass wir heute eine total desolate Infrastruktur und Sozialstruktur haben. ,
Straßen und Brücken sind defekt und müssen erneuert werden, die Schulen, das gesamte Bildungssystem ist in einem erbarmungsvollem Zustand, es fehlt an Bildungschancen für Arme und an sozialem Wohnungsbau. Die Mieten sind nicht bezahlbar, mehr als eine Million Menschen müssen zur Tafel gehen. Die Renten sind ständig gesunken und

müssen versteuert werden. Bewohner werden aus den Städten vertrieben, weil sie dort die hohen Mieten nicht bezahlen können.
Mit dem von Industrie und Arbeitnehmern reichlich erwirtschafteten Geld hatte der Staat kontinuierlich immer höhere Einnahmen, die ihn befähigten, alle oben aufgeführten Aufgaben zu erfüllen. Er hat es nicht getan.
Deshalb stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Jetzt fehlt das Geld, es kann überall nur repariert werden. Beim sozialen Wohnungsbau, bei Straßen, Brücken, Schulen, bei Renten.
Als es den Bürgern in Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer schlechter ging, kam es 1789 zu einer Revolution, im Zuge derer die kapitalistische Bourgeoisie abgeschafft und der Monarch hingerichtet wurde. Wir haben heute in Deutschland, in Frankreich und fast allen Ländern der Welt einen Kapitalismus, bei dem eine Elite der Mächtigen herrscht und seit Jahrzehnten dafür sorgt, dass sie sich auf Kosten der breiten, arbeitenden Masse laufend bereichern kann. So werden die Mächtigen und Regierenden immer besser gestellt und auf der anderen Seite erleben wir einen Sozialabbau bei der breiten Bevölkerung, der für die heutige Generation schon deutlich spürbar ist und sich auf die kommende Generation katastrophal auswirken wird, wenn wir ihn nicht stoppen. Man mag es kaum glauben, aber es ist eine bewusste Strategie, die dahintersteht, ein konkludentes Handeln der Mächtigen und, Reichen und Regierenden. Es ist ein weltweites Netzwerk, in das wir eingebunden sind. Man wird bei solchen Aussagen mal wieder von einer Verschwörungstheorie sprechen, denn angeblich bestimmen wir ja alles selbst, wir leben in einer Demokratie, können selbst wählen und bestimmen. In der Realität aber gibt man uns nur die Gelegenheit, den Abgeordneten einer Partei zu wählen, wir haben jedoch keinerlei Möglichkeit, selbst etwas zu bestimmen oder mitzuentscheiden. Das kann man nicht als Demokratie bezeichnen, denn Demokratie ist Volksherrschaft. Wir haben aber keine Volksherrschaft, sondern eine Parteienherrschaft, bei der das Volk nichts zu bestimmen hat. Es bestimmt lediglich die Führungsriege der Parteien, in Gemeinschaft mit und zum Nutzen der Reichen und Mächtigen. Und so ist es weltweit. Das einzige Land, in dem der Bürger über alle Dinge abstimmen und damit mitbestimmen kann, ist die Schweiz. Dort gibt es über alle Belange der Bürger und politische Entscheidungen Volksabstimmungen.

Ich werde versuchen, diese Zusammenhänge im Einzelnen in meinem Buch darzulegen und werde dazu die Recherchen einiger Autoren mit heranziehen. Ich möchte zunächst einmal aufzeigen, welche negativen Auswirkungen in den letzten Jahren die Bevölkerung betroffen hat:

Den Arbeitnehmern wird seit Jahrzehnten die wirtschaftlich angemessene Reallohnsteigerung verweigert, obwohl sie in erster Linie das Sozialprodukt erarbeiten.

Der soziale Wohnungsbau wurde drastisch zurückgeführt.

Die Renten (nach Norbert Blüm sicher) wurden versteuert und von 54 auf 43% gesenkt, sie reichen bei vielen Menschen nicht aus, um davon leben zu können. Der Rentenvergleich in Europa zeigt, dass der deutsche Bürger am Ende der Länderskala steht.

Im Gegensatz dazu hat man den Reichen und der Industrie Geschenke gemacht, die deren Reichtum noch gewaltig erhöht haben.

Der Höchstsatz der Einkommensteuer wurde von 98 über 53 auf 43% gesenkt!

Die Vermögenssteuer fiel weg!

Die Körperschaftssteuer wurde von 25 auf 15% gesenkt.

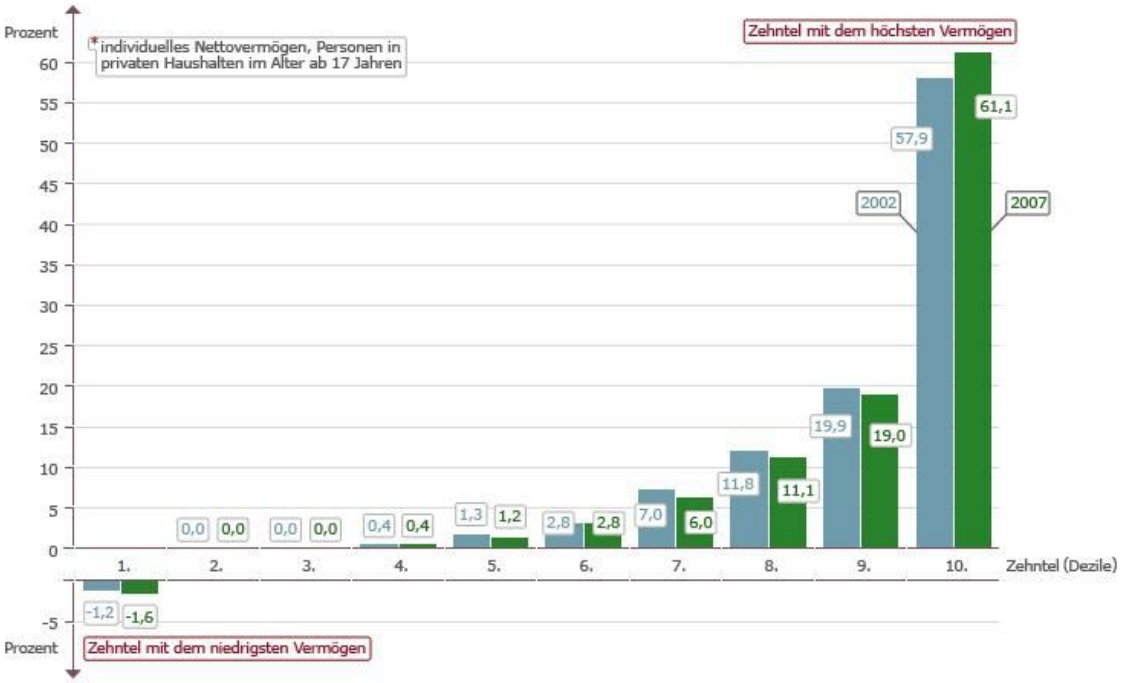
Es wurde eine Kapitalertragsteuer von 25% eingeführt.

Dies ermöglicht Höchstverdienern, auf ihre Erträge 18% weniger Steuern zu zahlen.

Das ist eine von allen Regierungsparteien CDU, SPD, FDP und Grünen mitgetragene Politik nur für die Reichen und Wohlhabenden. **Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.** Allein in Deutschland besitzen 45 Familien so viel wie 50% der weniger Verdienenden. In der Welt haben 2208 Milliardäre ein Vermögen von 9,1 Billionen US-Dollar. Die Familie Rothschild besitzt allein 1,6 Billionen Euro. Durch das Drängen auf andere Märkte wird die Macht einiger Weniger immer größer und sie nutzen diese im Markt brutal aus.

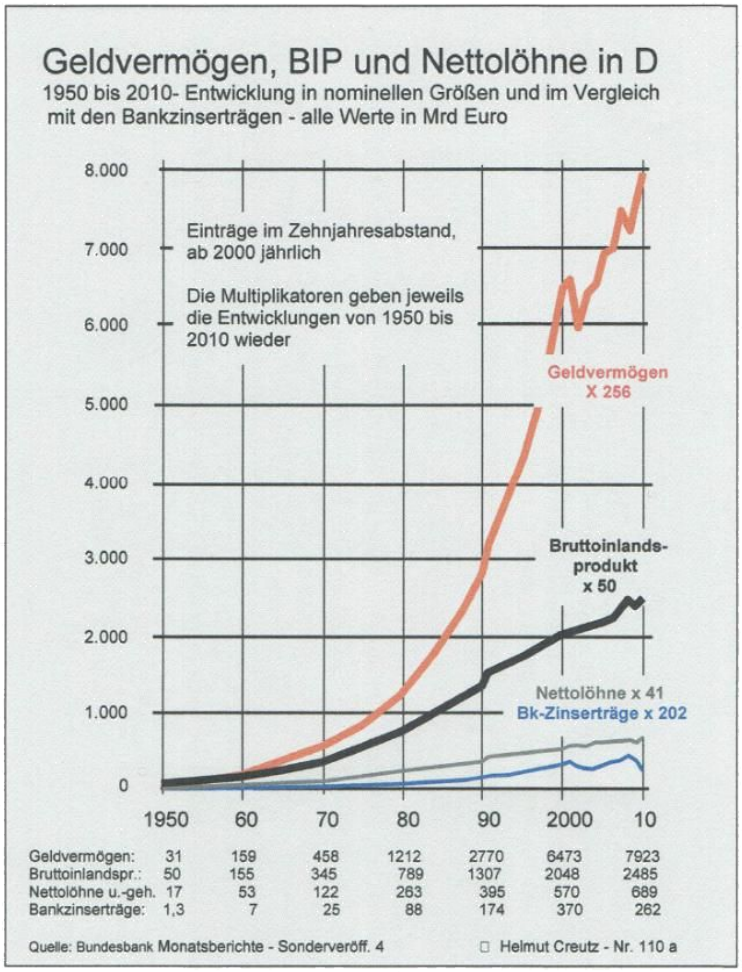
Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln (Dezile), Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007*



Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, www.bpb.de

Seite 50



Sich selbst haben die Abgeordneten im eigenen Land, erst recht aber die in der EU ihre Bezüge erheblich aufgestockt.
Kann man sich als Wähler damit noch identifizieren?
Wer diese Parteien weiter wählt, unterstützt ihre Handlungsweise. Wie korrupt diese Bande der Mächtigen ist, lässt sich am besten an der Flick-Schmiergeldaffäre sehen. Die Industrie besticht Politiker und Parteien erfolgreich, um die Verteilung zu ihren Gunsten zu verschieben. Allein 200 Millionen Euro an Spenden wurden über die Scheinstiftung „Staatsbürgerliche Vereinigung 1945“ kassiert, in die Schweiz verschoben und wieder zurückgeholt.
Dieses Kartell der Mächtigen muss gebrochen werden
Schauen Sie sich dazu Teile der oben erwähnten Dokumentation *Bimbes* an. Diese zeigt, wie die Presse mit einem so riesigen Skandal umgeht. Ein Beweis dafür, dass die Medien regierungstreu sind und keine neutralen Berichterstatter. Der Bericht gibt wieder, dass die Parteien und Parteimitglieder von CDU, CSU, SPD und FDP mit gewaltigen Summen bestochen wurden.
Als Beispiel hier die Spenden von Flick:

– an die SPD von 1969 bis1974 im Durchschnitt jährlich 100.000 Euro
– an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung von 1975 bis 1980
  2,8 Millionen Euro
– von 1972 an die sozialliberale Koalition ca. 200.000 Euro jährlich
– an die Friedrich-Naumann-Stiftung 1977 und 1978 je 500.000 Euro
– an Rainer Barzel (CDU) über 1 Million Euro
– an Walther Leisler Kiep mehrere Millionen Euro
– an Helmut Kohl einige 100.000 Euro,
– weitere Geldempfänger laut dem Bimbesbericht waren: Kurt Biedenkopf, Rudolf Eberle, Alfred Dregger, Franz Heubl, Hermann Höcherl, Anton Jaumann, Kurt Ziesel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, und Franz Josef Strauß über Dr. Friedrich Karl Flick.

Dies zeigt, wie korrupt unsere Politiker sind. Wobei dies sicher nur die Spitze des Eisbergs ist. Was sonst noch von der Industrie als Gefälligkeitsdienste an die Parteien gespendet wird, möchte ich nicht gerne wissen. Ich denke beispielsweise an die Millionen für die FDP vom

Mövenpick-Besitzer, ich denke an die Spende der Quandts für die Dienste von Frau Merkel in Höhe von 690.000 Euro. Wir erfahren sicher von all dem nur einen Bruchteil. Es gibt keine Transparenz, sie muss her.

Dieses Kartell der Elite der Mächtigen muss gebrochen werden.

Unsere „öffentliche“ Presse, die zum großen Teil von der Politik gesteuert wird und sich steuern lässt, berichtet über solche Schweinereien und Skandale lediglich einmal abends um 23 Uhr. Sie müssen sich die erwähnte Sendung über die korrupte politische Gesellschaft unbedingt anschauen, dann erhalten Sie den richtigen Eindruck, von wem Sie regiert werden. Daran, dass diese Sendung nur einmal nachts um 23 Uhr ausgestrahlt wurde, können Sie sehen, wes Geistes Kind unsere Medienvertreter sind. Eine neutrale Berichterstattung kann man da nicht mehr erwarten.Kein Wunder, dass immer mehr Menschen ins Internet gehen, um eine neutralere Berichterstattung zu erhalten. Die Mehrheit traut den Medien nicht mehr. Nun sucht man schon neue Wege, um auch diesen Informationsquellen entgegenzutreten. Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Uploadfilter heißen die neuen Einschränkungen, die letztlich auf eine Zensur hinauslaufen. Parallel dazu gibt es neue Polizeigesetze, die Tür und Tor für Staatswillkür öffnen. Die Meinungsfreiheit versucht man mit allen Mitteln einzuschränken. Sender wie die öffentlich-rechtlichen machen sich zu eigen, dass sie fast ausschließlich die Meinung der Regierenden und Parteien, bis auf wenige Ausnahmen, verbreiten. Sonst sind sie fast nur dafür da, die Menschen zu unterhalten mit Krimis, Prominenten, Spielen etc., eine neutrale politische Berichterstattung oder Recherche ist so gut wie nicht gegeben. Dafür werden mehr als 9 Milliarden Euro jährlich ausgegeben. Es ist eine Frechheit.Verfolgt man Gerichtsentscheidungen gegen Politiker, sofern es überhaupt dazu kommt, so muss man auch hier erkennen, dass eine einseitige Haltung gegenüber Politikern gegeben ist. Berechtigte Klagen gegen Frau Merkel werden erst gar nicht angenommen, für die Machenschaften von Kohl wären andere jahrelang ins Gefängnis gewandert. Selbst unser höchstes Gericht, das Verfassungsgericht, ist aus meiner Sicht als regierungskonform anzusehen, es wird ja auch aus diesen Reihen bestimmt.
Die Politiker können Fehler machen, wie sie wollen, es gibt keine Bestrafung dafür, sie haben Narrenfreiheit. Nur ein paar kleine Beispiele: Flughafen Berlin, Elbphilharmonie, Landesarchiv Duisburg, Bundeswehr,

Gorch Fock, diese Liste könnte man ellenlang fortsetzen. Die Politiker werden ihrer Aufgabe, im Sinne des Allgemeinwohls tätig zu sein, nicht gerecht. Daran wird sich nichts ändern, wenn wir nicht selbst dafür sorgen, dass diese sogenannten Volksvertreter durch wirkliche abgelöst werden.
Das Volk hat die Illusion, dass es selbst bestimmt, weil man sich ja Demokratie nennt, weil man selbst wählen darf. Aber der Einzelne hat nichts zu bestimmen. Wir haben keine Alternativen, wir haben eine Parteiendiktatur, bei der die Führungsriegen im Einvernehmen mit der Elite der Mächtigen, der Macht des Geldes und des Kapitals, das Volk betrügen. Für den Bürger bedeutet das Ohnmacht, Aussichtslosigkeit. So sagen die meisten: „Wir können sowieso nichts daran ändern.“ Aber das ist nicht so.
Wir können aus der Bürgerbewegung der DDR etwas lernen. Sie haben es uns vorgemacht. Wenn alle auf die Straße gehen, kann man etwas ändern. Ich möchte, dass das Auf-die-Straße-Gehen hier sinnbildlich verstanden wird. Nicht wie in Frankreich sich gelbe Westen anziehen und der Gefahr aussetzen, dass sich Randalierer dazwischen mischen und es zu Gewaltszenen und -taten kommt. Ich meine, man sollte die gelben Westen im Kopf haben und sich im Internet zu einer Bürgerbewegung zusammenschließen. Aus der Bürgerbewegung muss eine Partei entstehen, ein Netzwerk der Bürger, bei der der Bürger das Sagen hat.

Ein Bündnis der Bürger, eine Partei, ein Netzwerk der Bürger, ein Pendant zum Netzwerk der Elite der Mächtigen.

Wenn alle, die mit den bisherigen Parteien unzufrieden sind, dieser Bewegung beitreten, wird man auf Anhieb den gleichen Erfolg haben wie die Bürgerbewegung in der DDR: die Abwahl eines korrupten, von den Machteliten gesteuerten und regierten Systems. Auch Macron ist von heute auf morgen an die Macht gekommen, wobei er allerdings kein positives Beispiel für die Wahrung von Volksinteressen ist. In der Ukraine hat es auf Anhieb ein Schauspieler geschafft, einen Wechsel herbeizuführen, um ein korruptes System abzuschaffen. Rezo ist es durch sein Video gelungen, dass Millionen Wähler Bürger CDU und SPD nicht mehr gewählt haben, und er hat mehr als 2 Millionen vorherige Nichtwähler dazu gebracht, die Grünen zu wählen, indem er auf die Versäumnisse von CDU und SPD in der Klimapolitik hinwies.

Es ist ein sehr positives Zeichen, dass er vor allen Dingen die jungen Menschen mit seinem Video politisiert und zur Wahl gebracht hat. Allerdings sind für mich die Grünen mit verantwortlich für eine falsche Klimapolitik, denn sie haben den Ausstieg aus der Atomwirtschaft mit zu verantworten, eine völlig unbedachte Entscheidung, die ungeheuer negativen Auswirkungen hatte. Sie hat zu wahnsinnig hohen Kosten für Strom und erneuerbare Energie geführt, die letztlich fast ausschließlich vom Endverbraucher zu bezahlen sind und an denen die Vermögenden verdienen.
Nach einer langen Zeit des Kalten Krieges zwischen Ost und West, nach dem von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg hatte Gorbatschow eine Politik eingeleitet, die aus der Konfrontation von Ost gegen West herausführen sollte. Dies hat dazu geführt, dass Deutschland wiedervereinigt wurde, dass die Länder des Warschauer Paktes ihre Souveränität bekamen.

Der Westen, die USA und seine Vasallen in der NATO, haben jedoch auf die ausgestreckte Hand gespuckt. Stattdessen haben die USA und die westlichen Anhängselpolitiker die vermeintliche Schwäche der Russen ausgenutzt, um eine imperialistische, kriegerische Politik zu betreiben mit der Ausdehnung der NATO nach Osten, entgegen ihrer Zusagen gegenüber Russland mit kriegerischen Auseinandersetzungen, allein um wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Dabei spielt in erster Linie die Ausbeutung von Rohstoffen eine Rolle, aber auch der Wille der USA, ein Imperium zu werden, die Weltherrschaft zu erlangen.
Es gibt eine Menge intelligenter Kritiker, Wirtschaftswissenschaftler, Friedensforscher und Historiker, die alle einen Systemwechsel für unbedingt erforderlich halten und der Ansicht sind, dass wir sonst in eine Katastrophe schlittern. Einer muss den ersten Schritt machen und die Möglichkeiten einer friedlichen sozialen Revolution in die Wege leiten zum Wohl derer, die benachteiligt sind, und der uns nachfolgenden Generation, für die ich unter Beibehaltung der heutigen Voraussetzungen nur Hoffnungslosigkeit sehe.
Ein immer größerer Teil unserer Gesellschaft hat Existenzängste und kann nicht für die Zukunft planen, weil immer mehr Menschen keine gesicherten Jobs haben, sondern mit Zeitverträgen, Minijobs oder Leiharbeit abgespeist werden. Diese Form des Beherrschens großer Teile

der Bevölkerung, ihre Haltung am oder unter dem Existenzminimum erinnert schon in gewisser Weise an die Zeit vor der Französischen Revolution.
Die heutige Form des Kapitalismus in seiner extremsten Variante, die von den USA in der Form von und mit Kriegen praktiziert wird, ist eine inhumane und brutale Machtausübung, die über Millionen Leichen geht, um die Welt zu beherrschen. Versuchen wir, die dabei verwendete Strategie zu erforschen und aufzudecken, ziehen wir ihnen die Maske vom Gesicht und versuchen dann die Welt zu verändern.
Auch ich habe mir im Traum nicht vorstellen können, dass es ein weltweites Netzwerk gibt, das uns beherrscht und unterdrückt. Als man mir zum ersten Mal über die Zusammenkünfte der Bilderberger erzählte (die es schon jahrelang gibt), habe ich das als Verschwörungstheorie abgetan. Ich musste mich eines Besseren belehren lassen. In Geheimtreffen kommen dort Führer aus Regierungen, Großkapital, Banken, Versicherungen und Konzernen aus der westlichen Welt jedes Jahr zusammen, um Strategien im Umgang mit der Allgemeinheit be- und abzusprechen. Keiner aus meinem Bekanntenkreis wollte mir diese Geschichte abnehmen. Man glaubte nicht, dass es so etwas in der heutigen Zeit gibt. Mittlerweile wurde auch diese **„Verschwörungstheorie“** durch das Medium Internet als Tatsache bestätigt. Zeit für die Regierenden, dieses Medium einzuschränken.
Nun ist es an der Zeit, meine Ausführungen, Vorwürfe und „Verschwörungstheorien“ zu begründen.
Es beginnt mit den Zuständen in Deutschland, den Einflüssen durch die Europäische Union und mündet in dem Versuch der USA, die Weltherrschaft mit Hilfe einer gewaltigen Armee, mit Versuchen jeglicher Art in allen möglichen Ländern durch Regime Changes oder Kriege zu Gunsten ihrer wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.
Dass Rentner in Deutschland ihre über Jahrzehnte innegehabten Wohnungen aufgeben müssen, weil die Rente dafür nicht mehr reicht, nur um ein Beispiel zu nennen, während andere reich und reicher werden, während die Elite der Mächtigen, einschließlich Abgeordnete und Beamte, den Rahm abschöpft. Eine Veränderung wäre nur möglich über eine Mobilisierung der Massen, die es aber gibt. Beispiele sind die Französische Revolution und die Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR. Beide Ereignisse haben zu Veränderungen der Verhältnisse geführt.

Ich sehe die Revolution in Form einer Mobilisierung der Massen als einzige, aber unbedingt notwendige Maßnahme, um die ungerechten Verhältnisse in der Welt zu ändern.
Wenn es gelingt, durch eine Bündelung der Opposition zu erreichen, dass der Wille der Masse der Bevölkerung in Zukunft umgesetzt wird, würden wir Verhältnisse bekommen, in denen es der Masse der Bevölkerung besser ginge, in denen es keine Politik mehr aus wirtschaftlichen Interessen heraus gäbe, in denen keine Herrschaftsstrukturen mit riesigen Unterschieden zwischen Arm und Reich mehr vorhanden wären.
Das geht nur, wenn es gelingt, alle Menschen in ein Boot zu holen, die, auch in unserem Land, eine gerechtere Welt wollen. Gelingt das in absehbarer Zeit nicht, wird diese ungerechte Entwicklung immer weitergehen und sich so verfestigen, dass die Herrschenden ihr System so abgesichert haben werden, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, eine entsprechende Veränderung durchzuführen. Deshalb muss zu gegebener Zeit ein Appell an alle Menschen in unserem Land gerichtet werden, unabhängig von ihrer jetzigen Zugehörigkeit oder Sympathie für eine Partei, sich für eine Revolution zur Demokratie und sozialen Gerechtigkeit zusammenzutun.Ich werde versuchen, Sie mit der Darstellung der Wirtschaftskriege und der Ausbeutung anderer Länder davon zu überzeugen, dass die Welt verändert werden muss. Ich fordere alle auf, die sich mit diesen Themen wissenschaftlich befassen, Stellung zu beziehen und sich hinter diese Idee zu stellen. Es reicht nicht aus, die Probleme zu kennen und darüber zu berichten. Mich haben die im Internet und in Büchern von vielen Autoren recherchierten Berichte überzeugt und wachgerüttelt. Der Presse in Deutschland kann man nicht trauen. Sie berichtet fast ausschließlich geschönt im Sinne der Parteien und Regierungen und einer sogenannten Wertegemeinschaft, die keine ist.
Ich selbst gehöre nicht zu den Benachteiligten, sondern zu den Profiteuren. Ich weiß und spüre es jeden Tag, dass wir in einer ungerechten Welt leben, in der ein kleiner Teil in Saus und Braus lebt auf Kosten anderer, die ein karges Leben führen, eine Welt, in der täglich mehr als 23.000 Menschen verhungern und Millionen Flüchtlinge mit Säuglingen und Kindern in Zelten in der Kälte verbringen müssen.
Ich finde, dass wir alle und erst recht die Privilegierten Verantwortung übernehmen müssen und verpflichtet sind, sich für eine Veränderung zu einer gerechteren, humanitären Welt einzusetzen.

Entwicklung der deutschen Wirtschaft

Die Messlatte für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist das Bruttosozialprodukt. Deutschland hat seit 1950 kontinuierlich eine positive Wirtschaftsentwicklung genommen. Verantwortlich dafür sind unsere Industrie und unsere Unternehmen sowie eine Arbeitnehmerschaft, die hervorragende Leistungen erbracht hat. Es hat ihnen das ehrfürchtige Siegel „Made in Germany“ eingebracht, ein Ausdruck für eine Spitzenleistung aus Deutschland, der in aller Welt großes Ansehen hatte und auch heute noch hat, sehen wir einmal von den negativen Schlagzeilen ab, die unsere Autoindustrie in der letzten Zeit gemacht hat. Dies hat zu laufend erheblichen Exportüberschüssen und gewaltigen Einnahmeerhöhungen auf Seiten unseres Staates geführt. Eine gute Grundlage für eine gesunde Entwicklung, an der alle Bevölkerungsgruppen hätten beteiligt werden können und die die beste Möglichkeiten bereit gestellt hätte für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Wohlstand und Zukunftssicherung, das heißt für alle Menschen des Staates.

Zunächst gab es auch für die Arbeitnehmerschaft durch den positiven Einsatz der Gewerkschaften Verbesserungen, die im Laufe der Zeit jedoch so eingeschränkt wurden, dass es beispielsweise von 1992 bis 2012 keine Reallohnsteigerung gab, im Gegenteil, die Lohnsteigerungen lagen unter der Inflationsrate. Die von Ludwig Erhard ins Leben gerufene soziale Marktwirtschaft hatte sich in einen Kapitalismus verwandelt, der zu einer Gängelung von Teilen der Arbeitnehmerschaft wurde, die letztlich den wirtschaftlichen Erfolg mit herbeigeführt hatten. Aus den nachfolgenden Tabellen lassen sich das positive Wachstum, die Höhe des Bruttosozialproduktes und des Im-und Exports sowie die laufend steigenden Einnahmen, jedoch auch die Ausgaben des Staates entnehmen.

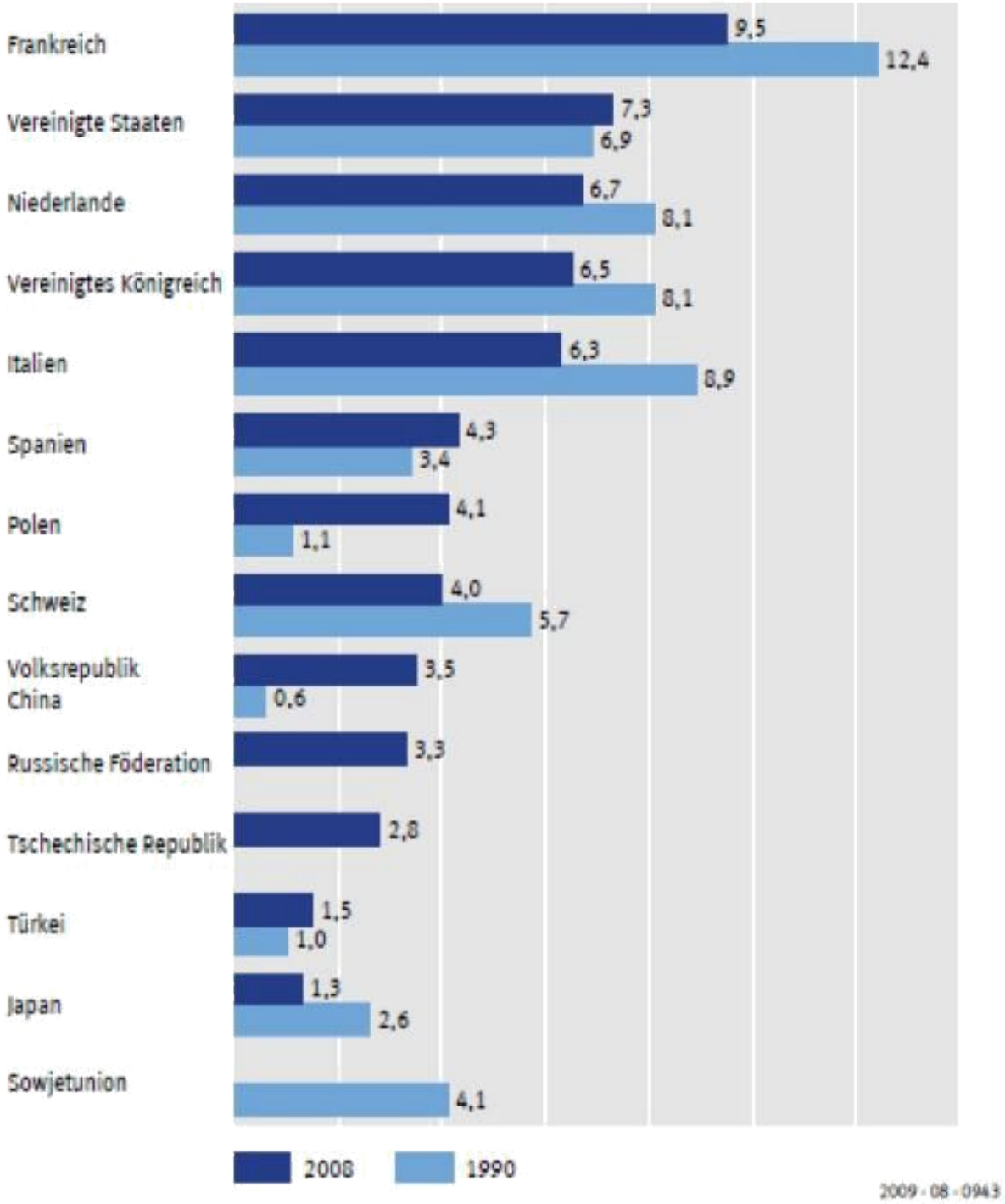
1 Tabellen für die Gesamtwirtschaft

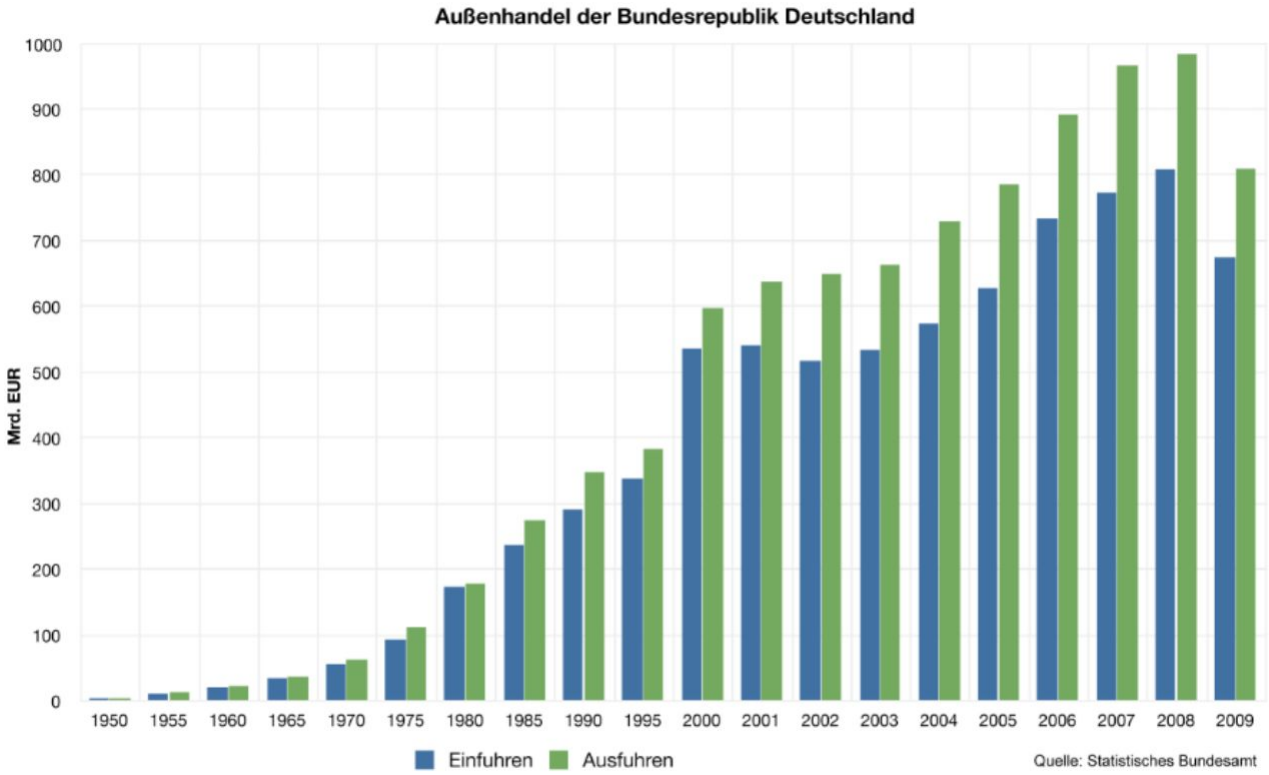
1.1 Bruttoinlandsprodukt

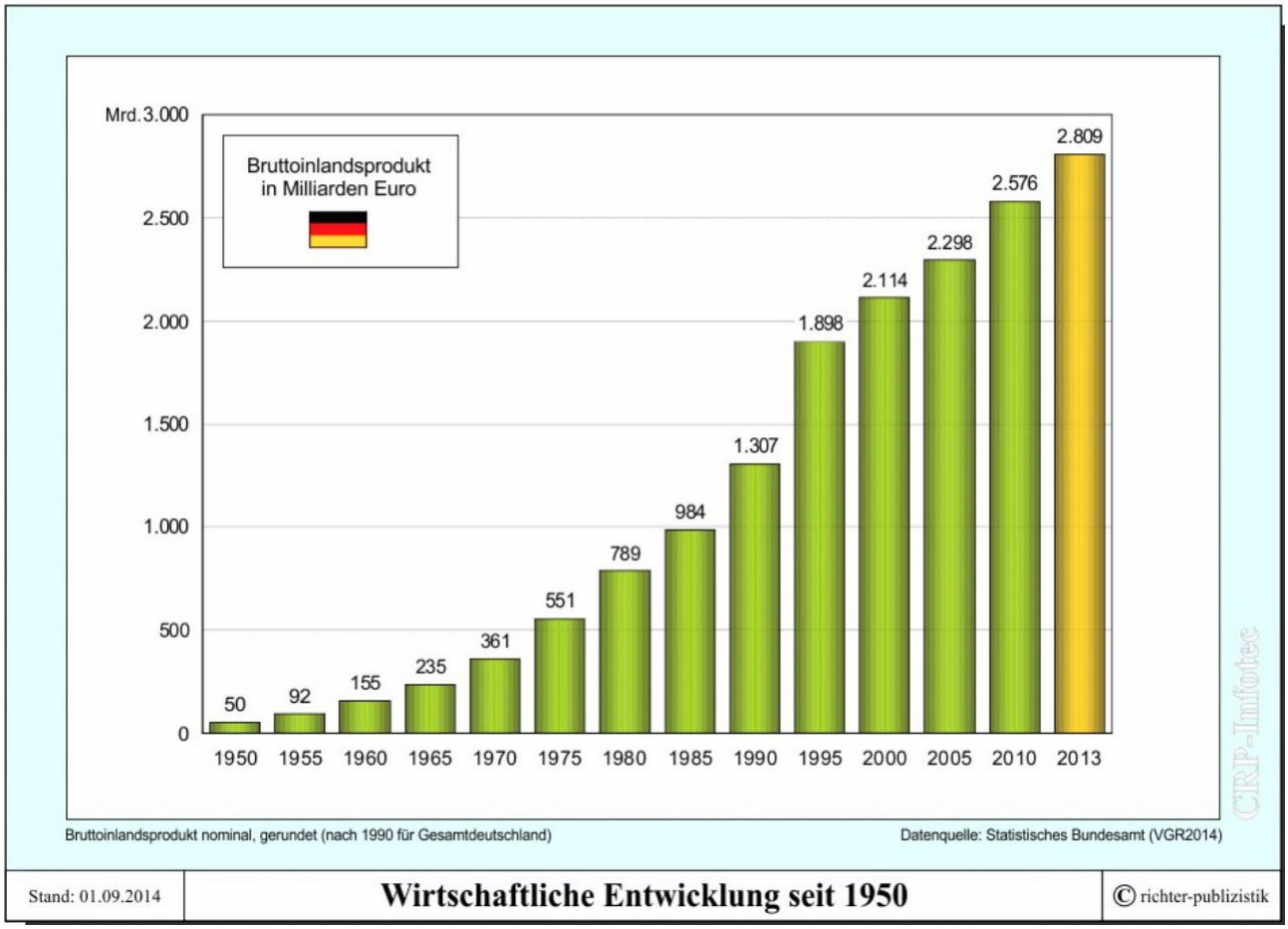
Jahr	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt, verkettet							
	Ursprungswerte		saison- und kalenderbereinigte Werte nach Census X-12-ARIMA		Ursprungswerte		Werte nach Census X-12-ARIMA					
							Kalenderfaktoren 1)	Kalendereinfluss 2)	kalenderbereinigt 3)		saison- und kalenderbereinigt	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Früheres Bundesgebiet – Ergebnisse der VGR-Revision 2005											
	Mrd. EUR	% 4)	Mrd. EUR	% 4)	1991 = 100	% 4)		% 4)	1991 = 100	% 4)	1991 = 100	% 4)
1970	360,60	X	360,83	X	56,82	X	99,90	X	56,86	X	56,86	X
1971	400,24	11,0	400,01	10,9	58,60	3,1	100,04	0,1	58,57	3,0	58,57	3,0
1972	436,37	9,0	436,01	9,0	61,12	4,3	100,10	0,1	61,07	4,3	61,07	4,3
1973	486,02	11,4	486,54	11,6	64,04	4,8	99,91	−0,2	64,11	5,0	64,11	5,0
1974	526,02	8,2	527,14	8,3	64,61	0,9	99,79	−0,1	64,75	1,0	64,75	1,0
1975	551,01	4,8	552,02	4,7	64,05	−0,9	99,80	0,0	64,17	−0,9	64,17	−0,9
1976	597,40	8,4	595,64	7,9	67,22	4,9	100,30	0,5	67,03	4,5	67,03	4,5
1977	636,54	6,6	635,64	6,7	69,47	3,3	100,13	−0,2	69,37	3,5	69,37	3,5
1978	678,94	6,7	678,61	6,8	71,56	3,0	100,05	−0,1	71,53	3,1	71,53	3,1
1979	737,37	8,6	737,94	8,7	74,53	4,2	99,93	−0,1	74,59	4,3	74,59	4,3
1980	788,52	6,9	788,44	6,8	75,58	1,4	100,02	0,1	75,57	1,3	75,57	1,3
1981	825,79	4,7	826,53	4,8	75,98	0,5	99,90	−0,1	76,06	0,6	76,05	0,6
1982	860,21	4,2	860,00	4,0	75,68	−0,4	100,02	0,1	75,67	−0,5	75,67	−0,5
1983	898,27	4,4	897,19	4,3	76,87	1,6	100,12	0,1	76,78	1,5	76,78	1,5
1984	942,00	4,9	941,72	5,0	79,04	2,8	100,04	−0,1	79,01	2,9	79,01	2,9
1985	984,41	4,5	986,73	4,8	80,88	2,3	99,77	−0,3	81,07	2,6	81,07	2,6
1986	1 037,13	5,4	1 039,26	5,3	82,73	2,3	99,78	0,0	82,91	2,3	82,91	2,3
1987	1 065,13	2,7	1 066,07	2,6	83,89	1,4	99,90	0,1	83,97	1,3	83,97	1,3
1988	1 123,29	5,5	1 121,48	5,2	87,00	3,7	100,17	0,3	86,86	3,4	86,85	3,4
1989	1 200,66	6,9	1 200,33	7,0	90,39	3,9	100,03	−0,1	90,37	4,0	90,37	4,1
1990	1 306,68	8,8	1 309,30	9,1	95,14	5,3	99,82	−0,2	95,32	5,5	95,32	5,5
1991	1 415,80	8,4	1 419,63	8,4	100,00	5,1	99,73	−0,1	100,28	5,2	100,27	5,2
	Deutschland – Ergebnisse der VGR-Revision 2014											
	Mrd. EUR	% 4)	Mrd. EUR	% 4)	2010 = 100	% 4)		% 4)	2010 = 100	% 4)	2010 = 100	% 4)
1991	1 579,80	X	1 584,76	X	79,01	X	99,69	X	79,26	X	79,26	X
1992	1 695,32	7,3	1 693,62	6,9	80,53	1,9	100,10	0,4	80,45	1,5	80,46	1,5
1993	1 748,55	3,1	1 746,49	3,1	79,76	−1,0	100,11	0,0	79,67	−1,0	79,66	−1,0
1994	1 830,29	4,7	1 829,40	4,7	81,72	2,5	100,06	−0,1	81,68	2,5	81,68	2,5
1995	1 898,88	3,7	1 899,46	3,8	83,14	1,7	99,98	−0,1	83,16	1,8	83,16	1,8
1996	1 926,32	1,4	1 927,45	1,5	83,82	0,8	99,95	−0,0	83,87	0,9	83,88	0,9
1997	1 967,09	2,1	1 969,61	2,2	85,37	1,8	99,86	−0,1	85,48	1,9	85,48	1,9
1998	2 018,23	2,6	2 016,42	2,4	87,06	2,0	100,08	0,2	86,99	1,8	86,99	1,8
1999	2 064,88	2,3	2 060,20	2,2	88,79	2,0	100,22	0,1	88,59	1,8	88,59	1,8
2000	2 116,48	2,5	2 116,56	2,7	91,42	3,0	100,00	−0,2	91,42	3,2	91,42	3,2
2001	2 179,85	3,0	2 182,64	3,1	92,97	1,7	99,88	−0,1	93,09	1,8	93,09	1,8
2002	2 209,29	1,4	2 212,75	1,4	92,97	0,0	99,84	−0,0	93,12	0,0	93,12	0,0
2003	2 220,08	0,5	2 223,43	0,5	92,31	−0,7	99,85	0,0	92,45	−0,7	92,45	−0,7
2004	2 270,62	2,3	2 263,30	1,8	93,39	1,2	100,32	0,5	93,09	0,7	93,09	0,7
2005	2 300,86	1,3	2 297,32	1,5	94,05	0,7	100,15	−0,2	93,91	0,9	93,90	0,9
2006	2 393,25	4,0	2 393,96	4,2	97,53	3,7	99,98	−0,2	97,55	3,9	97,55	3,9
2007	2 513,23	5,0	2 516,50	5,1	100,71	3,3	99,87	−0,1	100,84	3,4	100,84	3,4
2008	2 561,74	1,9	2 558,11	1,7	101,80	1,1	100,14	0,3	101,66	0,8	101,66	0,8
2009	2 460,28	−4,0	2 458,28	−3,9	96,08	−5,6	100,08	−0,1	96,00	−5,6	96,01	−5,6
2010	2 580,06	4,9	2 574,45	4,7	100,00	4,1	100,21	0,1	99,79	3,9	99,79	3,9
2011	2 703,12	4,8	2 699,09	4,8	103,66	3,7	100,15	−0,1	103,50	3,7	103,50	3,7
2012	2 758,26	2,0	2 759,45	2,2	104,17	0,5	99,96	−0,2	104,22	0,7	104,21	0,7
2013	2 826,24	2,5	2 830,77	2,6	104,68	0,5	99,84	−0,1	104,84	0,6	104,85	0,6
2014	2 938,59	4,0	2 943,05	4,0	106,96	2,2	99,85	0,0	107,13	2,2	107,13	2,2
2015	3 048,86	3,8	3 045,95	3,5	108,82	1,7	100,09	0,2	108,72	1,5	108,72	1,5
2016	3 159,75	3,6	3 154,11	3,6	111,26	2,2	100,18	0,1	111,06	2,2	111,06	2,2
2017	3 277,34	3,7	3 281,33	4,0	113,66	2,2	99,89	−0,3	113,79	2,5	113,79	2,5

1) Quelle: Deutsche Bundesbank. – 2) Veränderung der Kalenderfaktoren gegenüber dem Vorjahr. – 3) Ursprungswerte dividiert durch Kalenderfaktoren. Für Jahre entsprechen die kalenderbereinigten Werte den saison- und kalenderbereinigten Werten (ausgenommen Rundungsdifferenzen). – 4) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Abb 1.1 Anteile an deutscher Ausfuhr
in %




Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland
Mrd. EUR
1000
900
800
700
600
500
400
300
200
100
0
1950 1955 1960 1965 1970 1975 1980 1985 1990 1995 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009
Einfuhren
Ausfuhren
Quelle: Statistisches Bundesamt


Mrd. 3.000
2.500
2.000
1.500
1.000
500
0
Bruttoinlandsprodukt
in Milliarden Euro
50 92 155 235 361 551 789 984 1.307 1.898 2.114 2.298 2.576 2.809
1950 1955 1960 1965 1970 1975 1980 1985 1990 1995 2000 2005 2010 2013
Bruttoinlandsprodukt nominal, gerundet (nach 1990 für Gesamtdeutschland)
Datenquelle: Statistisches Bundesamt (VGR2014)
CRP-Infotec
Stand: 01.09.2014
Wirtschaftliche Entwicklung seit 1950
© richter-publizistik

Entwicklung der öffentlichen Finanzen
(in absoluten Zahlen, 1950 bis 2012[1], in Mio. Euro)

	Bereinigte Ausgaben	Bereinigte Einnahmen	Finanzierungssaldo[2]	Nettokreditaufnahme	Schuldenstand[3]
1950	14.388	13.520	-868	310	9.574
1955	26.196	27.506	1.314	690	21.357
1965	71.878	66.625	-5.253	4.003	44.697
1970	100.382	96.279	-4.081	3.222	64.210
1975	269.574	235.558	-33.961	27.731	130.008
1980	379.188	352.796	-26.505	27.659	238.897
1985	463.807	444.788	-18.871	20.738	388.436
1990	585.228	557.977	-27.147	37.120	538.334
1995	950.523	889.492	-60.931	48.970	1.018.767
2000	960.788	979.322	18.552	19.763	1.210.918
2005	1.002.244	946.460	-55.787	53.325	1.489.853
2006	1.004.943	990.134	-14.705	39.309	1.545.364
2007	1.017.532	1.026.688	8.954	14.946	1.552.371
2008	1.055.965	1.051.605	-4.213	20.477	1.577.881
2009	1.113.124	1.011.429	-101.714	89.739	1.694.368
2010	1.105.876	1.030.908	-74.989	63.955	2.011.677
2011	1.166.634	1.154.596	-12.123	18.310	2.025.438
2012	1.179.792	1.170.918	-8.842	30.056	2.068.289

1: Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet. Ab 1950 Bundesgebiet ohne Berlin. Bis einschließlich 1959 ohne Saarland. Ab 1974 erweiterter Berichtskreis. Ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen und ohne Zusatzversorgungskassen der Sozialversicherung. Ab 2011 vierteljährliche Kassenergebnisse (Kern- und Extrahaushalte); aufgrund der unterschiedlichen Berichtskreise sind die Ergebnisse mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

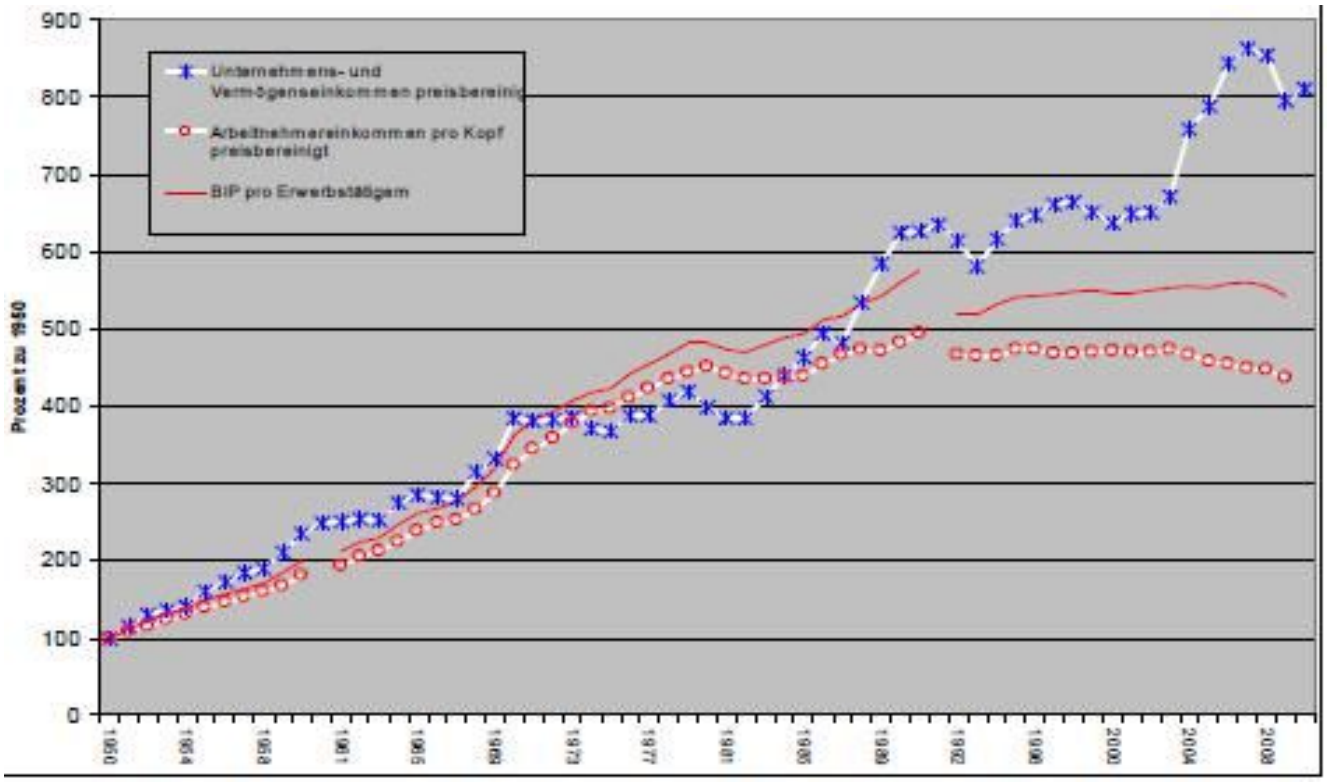
2: Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich interner Verrechnungen (- = Finanzierungsdefizit, + = Finanzierungsüberschuss); nicht identisch mit dem Staatsdefizit nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

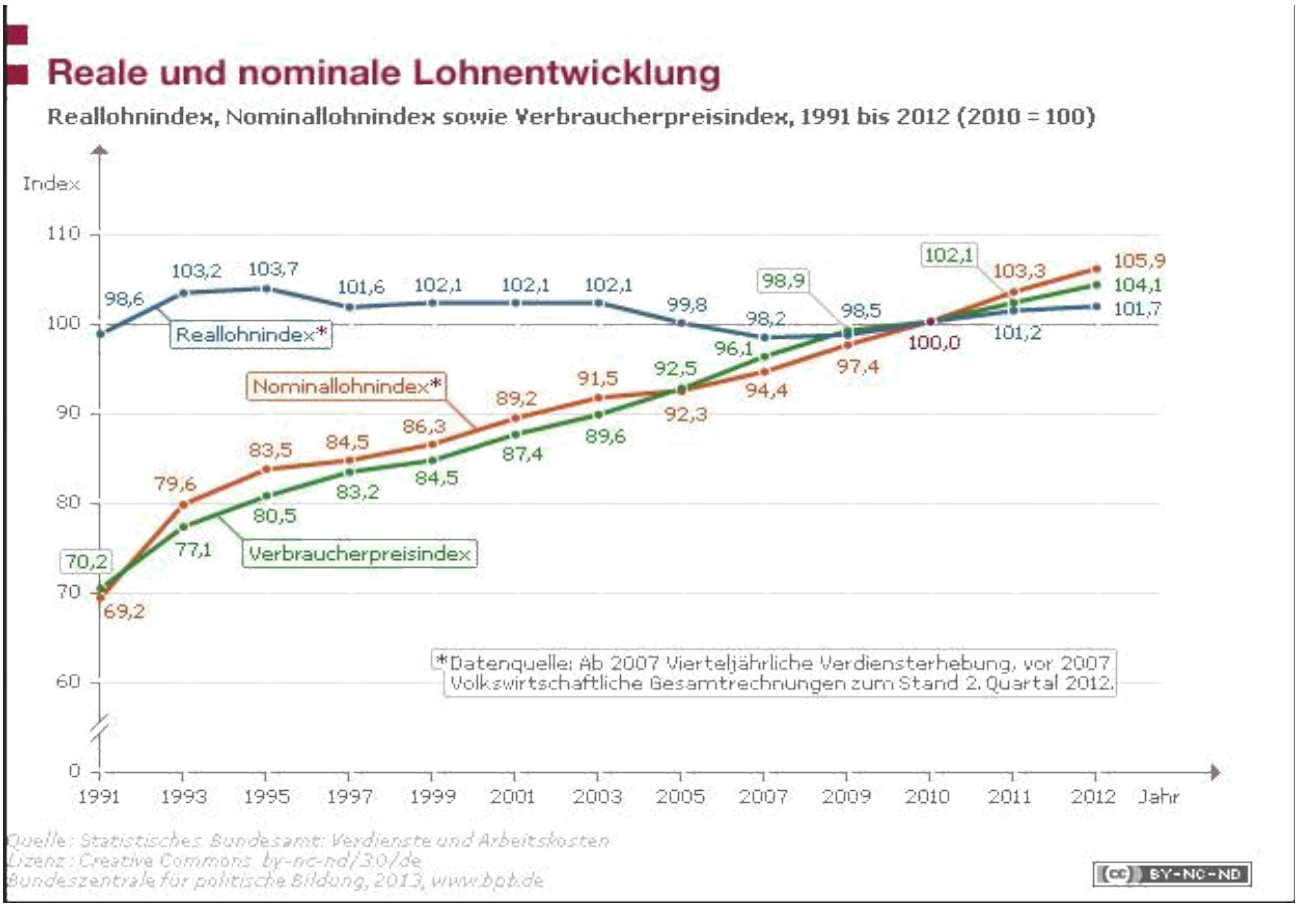
3: Jeweils zum 31.12.; ab 2006 einschließlich ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System

Entwicklung der öffentlichen Finanzen

Wenn wir nun die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Staates ansehen, müssen wir feststellen, dass der Staat, und das sind unsere Regierungen, konstant mehr ausgegeben hat, als er eingenommen hat.
Unser Grundgesetz sieht vor, dass der Staat grundsätzlich einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen hat. So steht es im Grundgesetz Artikel 110, Absatz 2. Der Haushalt ist hinsichtlich Ausgaben und Einnahmen auszugleichen (Art. 112), eine Haushaltsüberschreitung bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen. Und diese darf nur im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.
Gegen diese Forderung wurde laufend verstoßen. Mit allen möglichen Tricks und Auslegungen von Rechtsverdrehern wurde sie umgangen. Der Staat hat stattdessen laufend über seine Verhältnisse gelebt. Er hat bis heute einen Schuldenstand von mehr als 2 Billionen Euro und dabei so gut wie nichts für die Zukunftssicherung getan.
Wie sind wir in die heutige Situation gekommen? Was ist schief gelaufen, dass wir uns trotz einer unheimlich positiven Wirtschaftsentwicklung zu einem Schuldenstaat entwickelt haben mit einem Schuldenberg von über 2 Billionen Euro, ungesicherten Renten für unsere Generation und erst recht für die Generation unserer Kinder?
Ich habe vor einiger Zeit einen Beitrag von Herrn Kunze gesehen, in dem er meinte, wir müssten unseren Kindern gegenüber Scham empfinden angesichts dessen,was wir ihnen hinterlassen: eine Erde, die verunreinigt ist, einen Berg Schulden und ungesicherte Renten. Doch nicht wir Bürger müssten uns schämen, sondern ein Staat, vertreten durch die Parteien und ihre Abgeordneten, denn sie haben durch ihr Verhalten unseren Staat so hingerichtet und ausgeplündert, dass wir in diese Situation gekommen sind.
Flächendeckend ist unser Staat durch Verschwendung, Korruption, Vetternwirtschaft, Eitelkeiten und Selbstdarstellungsgehabe von Politikern, aber auch durch fachliche Inkompetenz ausgeplündert worden.
Flächendeckend ist unser Staat durch Verschwendung, Korruption, Vetternwirtschaft, Eitelkeiten und Selbstdarstellungsgehabe von Politikern, aber auch durch fachliche Inkompetenz ausgeplündert worden.
Man schätzt, dass auf diese Weise heute ca. 20 bis 30 Milliarden Euro im Jahr verschleudert werden, Steuergelder der Bürger. Dies wird natürlich

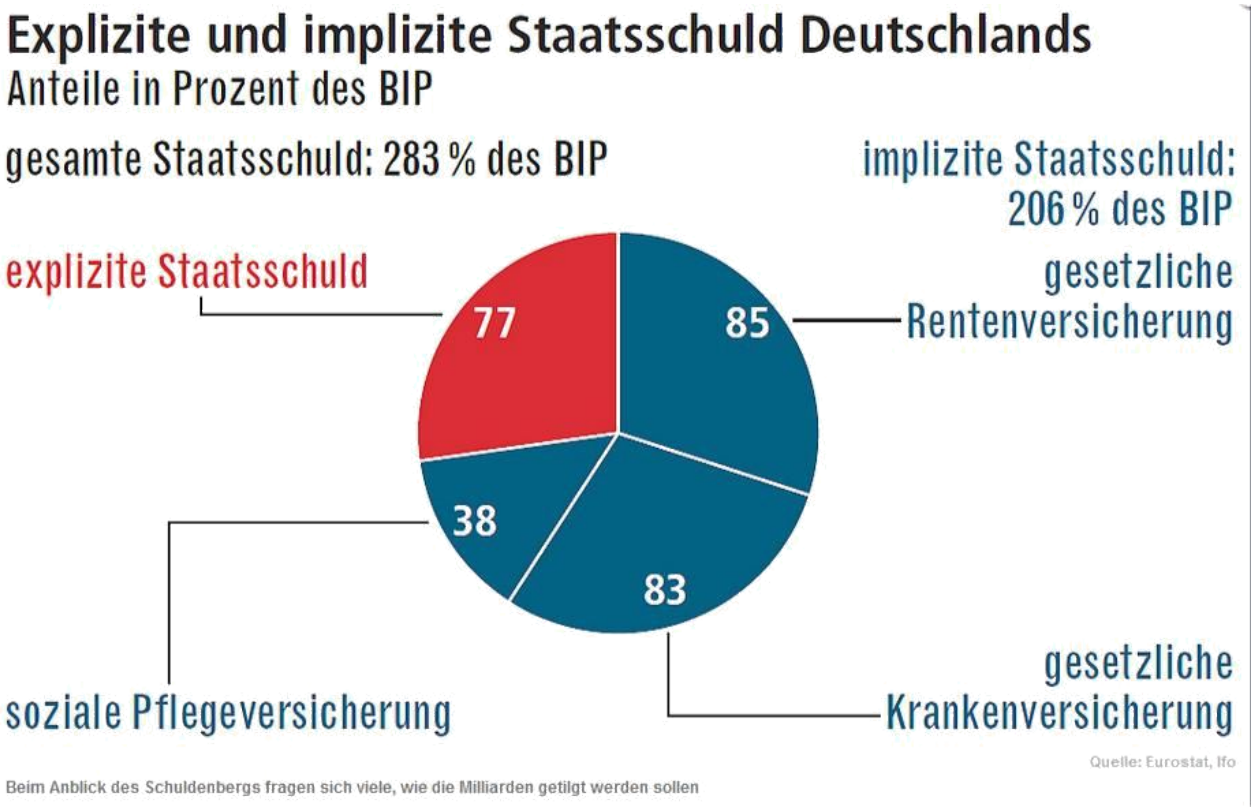
dadurch begünstigt, dass es keine Kontrolle der Politiker und ihrer Vollstrecker gibt. Die Alibi- Rechnungshöfe werden durch die Parteien bestimmt. Entsprechend ist ihre Effizienz. Sie sind so gut wie wirkungslos.





Wir sind heute an einem Punkt angekommen, wo der Staat durch seine über Jahre betriebene katastrophale Ausgabenpolitik nur noch in der Lage ist, zu reparieren. Schaut man sich die Investitionsausgaben an, die über die Jahre immer weiter gesunken sind, so muss man sich nicht wundern, dass unsere staatlichen Einrichtungen ein reparaturbedürftiger Trümmerhaufen sind, angefangen bei der Infrastruktur: Straßen und Brücken sind marode, Schulen und Kindergärten in einem erbarmungsvollen Zustand, beim Ausbau des digitalen Netzes hinken wir hinterher, die Bundeswehr ist in keinem einsatzfähigen Zustand. Der soziale Wohnungsbau ist völlig vernachlässigt worden, was zu drastischen Mieterhöhungen geführt hat, die in erster Linie sozial schwache Menschen treffen. Dabei sprechen wir über ganz normale Investitionen, die bei einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung hätten getätigt werden können und müssen. Aber wir haben keine normale, sondern eine überdurchschnittlich positive wirtschaftliche Entwicklung gehabt.

Um so unverständlicher ist es, dass zukünftige weitere ungesicherte Forderungen bestehen. So wächst der nicht abgesicherte Pensionsanspruch von Beamten und Abgeordneten ins Unermessliche, es werden Renten immer niedriger und mit Steuern belastet. Andere Länder, die sich nicht einmal wirtschaftlich so positiv wie wir entwickelt haben, machen uns vor, wie solche Probleme gelöst werden. Österreich hat ein Rentensystem, von dem wir uns eine Scheibe abschneiden können. Bei gleichem Verdienst erhält ein österreichischer Rentner ca 80 % seines Durchschnittseinkommens, während es bei uns nur ca 45 % sind. Deutschland hat eine Wohneigentumsquote, die am Ende der Skala in Europa liegt. Das kann man als Bürger nicht einfach so hinnehmen. Unsere Politiker betreiben zum einen eine Misswirtschaft, auf der anderen Seite stopfen sie den Privilegierten die Taschen voll.



Der Solidaritätszuschlag

Der Soli gehört zum Lügengebilde unserer Regierungen. Unter dem Deckmantel einer Beteiligung an der Finanzierung des Golfkrieges in Höhe von 16,9 Milliarden Euro sowie der Unterstützung der Länder in Mittel-, Ost- und Südeuropa wurde 1991 der Soli eingeführt und brachte zunächst einmal Mehreinnahmen von ca. 60 Milliarden Euro, einschließlich einer Erhöhung der Mineralöl- und Tabaksteuer. Er bestand ein Jahr lang. 1995 wurde er mit den Kosten für die deutsche Einheit als Begründung wieder eingeführt, aber raffinierter weise ohne Zweckbindung, so dass man beliebig darüber verfügen konnte. Helmut Kohl versprach, dass der Soli Ende 1999 endgültig weg sein würde.
Politiker lügen eben.
Eine Verfassungsklage des Bundes der Steuerzahler wurde vom Bundesverfassungsgericht ohne Begründung nicht zur Entscheidung angenommen. **Sie wissen, von wem die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts zusammengestellt werden.** Mehr brauche ich nicht dazu sagen, vom Volk auf jeden Fall nicht. Das Geld wurde jedenfalls nur zum Teil für den vorgesehenen Zweck verwandt.

Nach einem Bericht der *Stuttgarter Zeitung* erklärt der Bund der Steuerzahler, dass der Staat jährlich 22 Milliarden Euro einsparen könnte, wenn er sie nicht für sinnlose Dinge ausgeben würde.

Übersicht 2.1:

Entwicklung ökonomischer Ausgabenkategorien (in % BIP und Mrd. € zu Preisen 2000), 1970 - 2010

	Produktions-ausgaben	Brutto-Investitionen	Transfers an Haushalte	Transfers an Unternehmen	Zinsen	Sonstige laufende Transfers*
in % BIP						
1970	11,8	4,3	14,9	2,9	0,9	0,8
1975	14,4	3,8	21,0	3,5	1,3	0,9
1980	13,2	3,3	20,2	3,5	1,9	1,2
1985	12,7	2,3	19,8	3,1	2,7	1,2
1990	11,6	2,2	18,6	2,7	2,4	2,8
1991	13,3	2,6	21,8	4,1	2,7	1,8
1995	12,9	2,2	25,0	10,0**	3,5	1,2
2000	12,0	1,8	25,8	3,1	3,2	1,7
2005	11,8	1,3	26,6	2,8	2,8	1,6
2006	11,4	1,4	25,7	2,5	2,8	1,5
2007	11,0	1,4	24,6	2,3	2,8	1,5
2008	11,1	1,5	24,5	2,5	2,7	1,6
2009	12,1	1,6	26,7	2,7	2,6	1,9
2010	11,9	1,6	26,2	2,9	2,4	1,9
Veränderung (Prozentpunkte)						
1970-1990	**–0,2**	**–2,1**	**+3,7**	**–0,2**	**+1,6**	**+2,0**
1991-2010	**–1,4**	**–1,1**	**+4,4**	**–1,2**	**–0,3**	**+0,1**
in Mrd. € (Preise 2000)						
1970	117,7	43,3	149,0	28,7	8,5	7,6
1975	162,2	42,9	237,4	39,8	14,5	10,5
1980	176,0	44,2	268,1	45,9	25,2	16,4
1985	180,8	33,1	281,7	43,5	38,2	16,7
1990	194,0	37,4	311,9	45,0	40,6	46,4
1991	234,1	46,4	383,9	72,0	47,3	31,4
1995	241,3	40,8	466,3	187,6**	65,3	22,9
2000	248,5	36,8	532,7	64,9	65,1	35,3
2005	250,5	28,6	565,7	58,7	59,3	33,6
2006	250,8	30,5	564,9	54,9	61,9	33,4
2007	248,7	31,8	553,6	52,9	62,4	33,8
2008	252,8	33,7	556,8	55,9	61,2	37,0
2009	261,5	35,6	579,3	58,1	56,3	40,9
2010	268,2	35,0	589,1	64,6	53,8	41,8
1970-1990	**+64,9%**	**–13,7%**	**+109,3%**	**+56,6%**	**+376,6%**	**+514,6%**
1991-2010	**+14,5%**	**–24,5%**	**+53,4%**	**–10,4%**	**+13,7%**	**+33,1%**

Quelle: WIFO-Berechnungen nach EUROSTAT. Hinweise: * Der überwiegende Teil der sonstigen laufenden Transfers des Staates besteht in Zahlungen der im Rahmen der auf dem Bruttosozialprodukt basierenden vierten Eigenmittelquelle im System der EU-Eigenmittel. ** Die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt durch Erblastentilgungsfonds und den Bund 1995 wurde als Vermögenstransfer des Sektors Staat an den Unternehmenssektor verbucht.

Der vorstehenden Statistik können Sie entnehmen, dass der Anteil der Investitionen des Staates seit 1970 immer weiter zurückgegangen ist, das erklärt den katastrophalen Zustand unserer Infrastruktur, den desolaten Zustand von Schulen, Straßen, Brücken usw., usw. Dagegen gibt es Subventionen in erheblichem Maß in Höhe von 24 bis 32 Milliarden Euro, deren Notwendigkeit oftmals fraglich ist. Wenn ich lese, dass der Hessenwahl-Verlierer Schäfer-Gümbel mit einem Jahresgehalt von 200.000 Euro in eine staatseigene Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mit 21.000 Mitarbeitern wechselt, dann schwant mir allmählich, wo das vom Volk mühsam erarbeitete Geld verschwindet.
Da muss und wird es noch genügend andere Orte geben, wo das Geld sinnlos verbraten wird.
Aus den Statistiken ist zu entnehmen, dass wir in den letzten Jahrzehnten ein überdurchschnittliches Wachstum hatten (BIP), enorme Exportüberschüsse und rasant gestiegene Einnahmen des Staates. Damit hätten alle notwendigen Maßnahmen für eine gerechte Sozialpolitik ergriffen werden können. Dies ist nicht geschehen.
Löhne und Gehälter sind nicht gleichermaßen gestiegen.
Renten wurden gekürzt und versteuert.
Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau wurden drastisch gekürzt.
Sparzinsen fielen weg.
Straßen und Brücken wurden nicht erneuert, Schulen und andere Gebäude nicht saniert.
Dagegen wurden Unternehmenssteuern und die Einkommensteuer gesenkt.
Hypothekenzinsen fielen.
Abgeordnete und Beamte wurden viel besser gestellt.

So geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Deshalb kann man die bestehenden Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne nicht mehr wählen.

Schere zwischen Arm und Reich

Schauen wir uns die Entwicklung des Reallohns an, so müssen wir feststellen, dass dieser im Zeitraum von 1992 bis 2012 um 1,6% gesunken ist, das heißt, dass die Inflationsrate die Lohnsteigerungen aufgefressen

hat. Schlimmer noch, dadurch dass die Inflationsrate höher war als die reale Lohnsteigerung, konnte man sich nach 20 Jahren weniger leisten als 20 Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum hat sich die Schere zwischen Arm und Reich gewaltig zu Gunsten der Reichen geöffnet.
Das ist weder eine christliche noch eine soziale Politik, das ist eine Politik für die Reichen und das Kapital, denn den Reichen wurde die Möglichkeit geboten, die Versteuerung ihrer Einkommen in Grenzen zu halten. So begünstigt die Steuersenkung auf Kapitalerträge die Vermögenden ganz erheblich. Statt diese Einnahmen mit dem Höchstsatz von 42% versteuern zu müssen, werden dafür nur 25% in Ansatz gebracht. Weiterhin wurde die Einkommensteuergrenze von 53 auf 42% gesenkt. An diesen Steuersenkungen waren CDU, SPD, FDP und die Grünen beteiligt. Das zeigt, dass die etablierten Parteien keine Politik für das Volk machen, sondern die Vermögenden bevorzugen. Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Das gemeine Volk hat keine Lobbyisten in den sogenannten Volksparteien, aber die Vermögenden.
Die Einkommensteuer betrug vor 1950 noch über 90% für Höchsteinkommen, jetzt höchstens noch 42%. Aber die zahlt der Reiche bei Weitem nicht, denn er hat ausgefuchste Wirtschaftsberater, die genügend Schlupflöcher kennen, um die Einkommensteuer zu drücken. Selbst der ehemalige Präsident der Europäischen Union, Juncker, beteiligte sich an diesen Methoden, indem er Unternehmen Steuervergünstigungen in enormer Höhe einräumte. So zahlen beispielsweise Unternehmen weniger als 1% Steuern auf ihre Gewinne.

Ist das soziale Politik – sind das Volksparteien?

Es zeigt sich, dass die Parteien die Vermögenden unterstützen, während der Normalbürger die Arschkarte zieht. Der Kapitalismus gibt erfolgreichen Menschen die Chance, viel Geld zu verdienen, aber muss das zu einer solch ungleichen Entwicklung führen? Der Erfolgreiche hat auch eine soziale Verantwortung. Viele wissen das und tragen diese auf ihre Weise. Ich nenne als Beispiel noch einmal die Familie Deichmann, ich nenne Bill Gates, Mark Zuckerberg und viele andere, aber die meisten denken nur an sich selbst. Da ist es die Pflicht des Staates, darauf zu achten, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinandergeht. Keiner sollte missgünstig sein und den Erfolgreichen nicht eine Besserstellung gönnen, aber es ist nicht vertretbar, dass jemand, der viele Millionen oder gar Milliarden verdient, den gleichen Steuersatz oder einen noch viel niedrigeren hat als jemand, der 60.000 Euro im Jahr

verdient. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die etablierten „Volksparteien“ in keiner Weise eine vernünftige und gerechte Einkommenspolitik betreiben. Erst wenn der Bürger über direkte Mitbestimmung durch eine direkte Demokratie verfügt, wird sich etwas daran ändern.
Um noch einmal die Einkommenspolitik der etablierten „Volksparteien“ darzustellen, nachfolgend ein paar weitere Beispiele für die Steuerentwicklung:

1997: Wegfall der Vermögenssteuer.

Senkung des Einkommensteuerhöchstsatzes von 95% im Jahr 1950 auf 42% heute.

1998–2005: Senkung der Einkommensteuer von 53 auf 42 %.

2008: Körperschaftssteuer von 25 auf 15% gesenkt.

2008: Senkung der Kapitalertragssteuer auf 25%.

Damit wurden den Vermögenden Steuersenkungen zugeschustert, die erhebliche Vermögenszuwächse mit sich brachten.

Wie man der nachfolgenden Tabelle entnehmen kann, gab es dagegen für den normalen Arbeitnehmer von 1993 bis 2012 eine Reallohnsenkung von 1,5%. Da wundert es einen nicht, dass sich die Vermögen immer weiter zu Gunsten der Vermögenden verschieben.

	Reallohnindex*		Nominallohnindex*		Verbraucherpreisindex	
	2010 = 100	Veränderung zum Vorjahreszeitraum,100 in Prozent	2010 =	Veränderung zum Vorjahreszeitraum,100 in Prozent	2010 =	Veränderung zum Vorjahreszeitraum, in Prozent
1991	98,6	–	69,2	–	70,2	–
1992	103,4	4,9	76,3	10,3	73,8	5,1
1993	103,2	-0,1	79,6	4,3	77,1	4,5
1994	102,5	-0,7	81,1	1,9	79,1	2,6
1995	103,7	1,2	83,5	3,0	80,5	1,8
1996	103,6	-0,2	84,5	1,2	81,6	1,4
1997	101,6	-1,9	84,5	0,0	83,2	2,0
1998	101,4	-0,1	85,2	0,8	84,0	1,0
1999	102,1	0,7	86,3	1,3	84,5	0,6
2000	102,1	0,0	87,5	1,4	85,7	1,4
2001	102,1	0,0	89,2	1,9	87,4	2,0
2002	102,1	0,1	90,5	1,5	88,6	1,4
2003	102,1	0,0	91,5	1,1	89,6	1,1
2004	101,1	-1,0	92,0	0,5	91,0	1,6
2005	99,8	-1,3	92,3	0,3	92,5	1,6
2006	99,0	-0,7	93,0	0,8	93,9	1,5
2007	98,2	-0,8	94,4	1,5	96,1	2,3
2008	98,7	0,5	97,3	3,1	98,6	2,6
2009	98,5	-0,2	97,4	0,1	98,9	0,3
2010	100,0	1,5	100,0	2,7	100,0	1,1
2011	101,2	1,2	103,3	3,3	102,1	2,1
2012	101,7	0,5	105,9	2,5	104,1	2,0

Datenquelle: Ab 2007 vierteljährliche Verdiensterhebung, vor 2007 volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zum Stand 2. Quartal 201
Quelle: Statistisches Bundesamt: Verdienste und Arbeitskosten

Schauen wir uns an, wie der Arbeitnehmer am Wirtschaftswachstum und dem damit einhergehenden wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg beteiligt und belohnt wurde. In der vorstehenden Tabelle(s.16) sehen Sie , die die Ungerechtigkeit in der Verteilung treffend dargestellt. In der Statistik zur realen und nominalen Lohnentwicklung von 1991 bis 2012 können Sie erkennen, dass der normale Arbeitnehmer von 1993 bis 2012 eine Reallohnsenkung von 1,6% hinnehmen musste, nicht am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt war, sondern Verluste hinnehmen musste.
Der Statistik zu Geldvermögen, BIP und Nettolöhne, können Sie entnehmen, wie die Verteilung des wirtschaftlichen Erfolges, nämlich die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, aussah. Die Geldvermögen sind überdimensional gestiegen, um das Zehnfache der Nettolöhne.

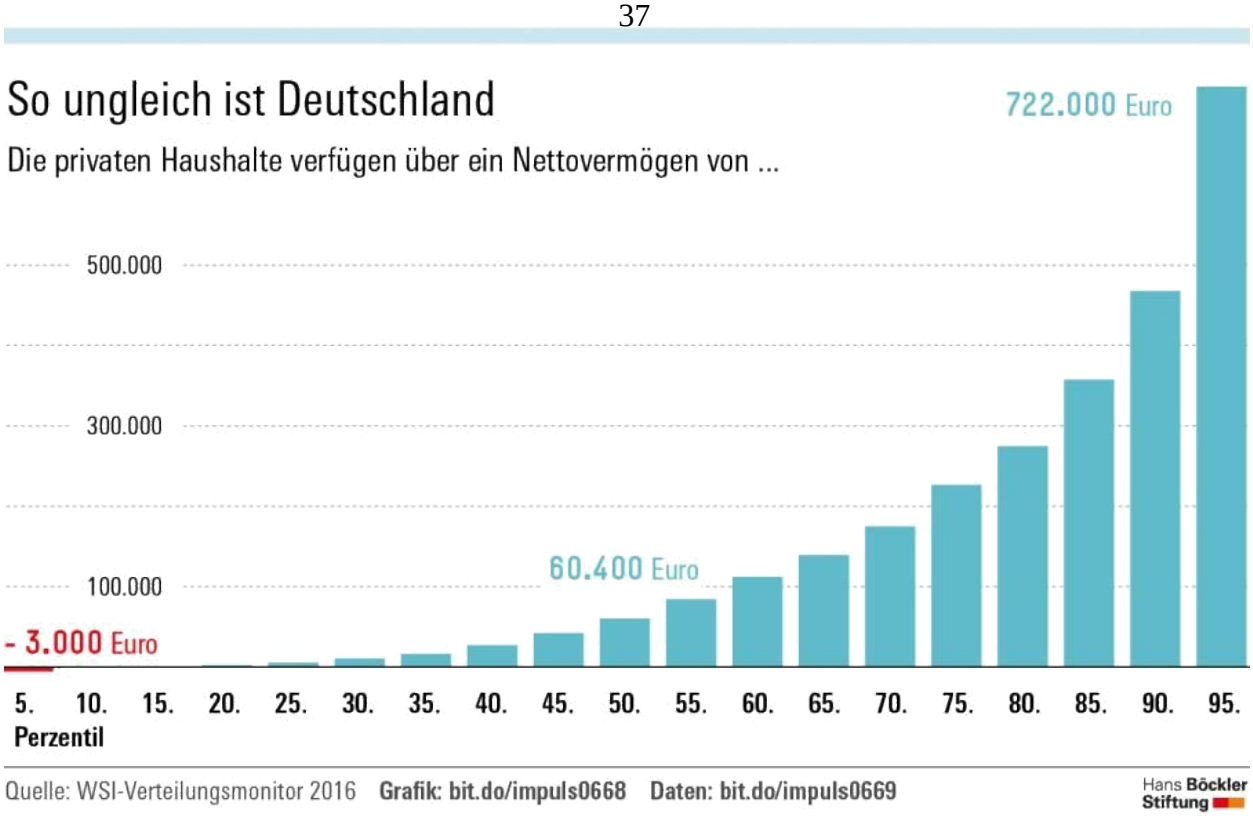
Das alles ist den sogenannten Volksvertretern bzw. Volksparteien zu verdanken. Es ist der Beweis, dass sie alle nicht den Großteil ihrer Wähler, nämlich die Arbeitnehmer vertreten, sondern in erster Linie die Vermögenden und natürlich auch sich selbst.
Wie die Vermögen der Reichen sich entwickelt haben, kann man der nachfolgenden Statistik entnehmen.
So besitzt inzwischen das oberste Prozent der Reichen ein Drittel des gesamten Vermögens.

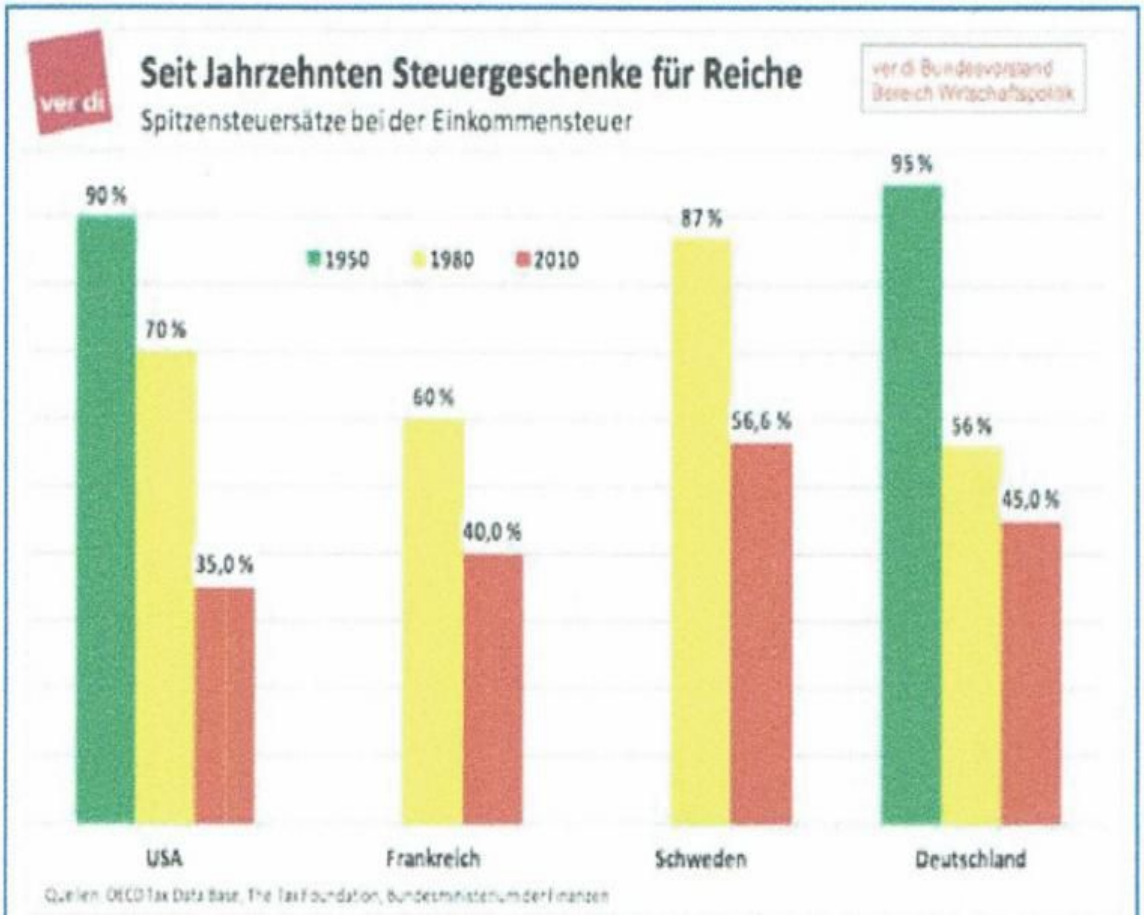
Die oberen 10% besitzen mehr als 60% des gesamten Vermögens.
Die Vermögen der Superreichen wachsen im Jahr um rund 10%.

Bei den Einkommen hatte das oberste Zehntel	**23,1%,**
die zwei oberen Zehntel	**37,3%**
und die drei oberen Zehntel haben	**49,2%.**

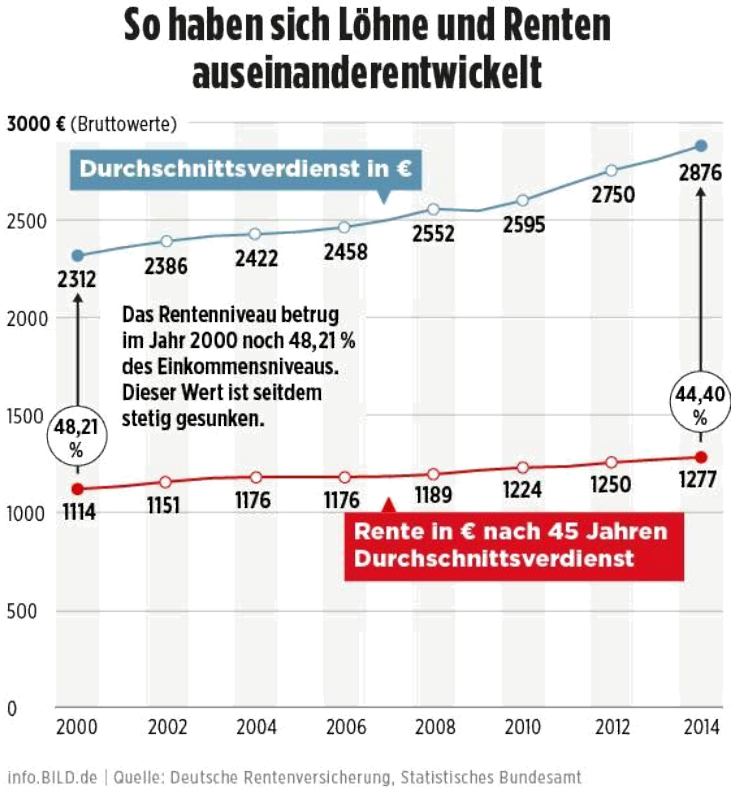
bpb 2011: Einkommensteueranteile

	Anteil zu verst. Einkommen	**Anteil Eink.-St.**
Die obersten 10%	**37,10 %**	**54,60%**
Oberstes 1%	**12,50 %**	**22,00%**
1,5 Mio. Höchstsatz	**27,33%**	**43,25%**
16.681 mehr als 1 Mio.	**4,82%**	**9,22%**


So ungleich ist Deutschland
Die privaten Haushalte verfügen über ein Nettovermögen von ...
722.000 Euro
500.000
300.000
100.000
60.400 Euro
- 3.000 Euro
5. 10. 15. 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95.
Perzentil
Quelle: WSI-Verteilungsmonitor 2016 Grafik: bit.do/impuls0668 Daten: bit.do/impuls0669
Hans Böckler Stiftung


ver di
Seit Jahrzehnten Steuergeschenke für Reiche
Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik
1950
1980
2010
90 %
70 %
35,0 %
60 %
40,0 %
87 %
56,6 %
95 %
56 %
45,0 %
USA
Frankreich
Schweden
Deutschland

Natürlich haben sich die Abgeordneten und die in und für die Regierung arbeitenden Beamten nicht in gleicher Weise vergessen, wie die normalen Arbeitnehmer vergessen wurden. Sie sitzen ja an der Quelle. Ein Beamter, der 1960 in der ersten Stufe, der Besoldungsgruppe A1, seiner Tätigkeit mit einem monatlichen Beamtengehalt von 267 DM angefangen hatte, konnte sich bis 2010 auf 2.903 Euro rauf dienen. Das entspricht einer Steigerung von mehr als 1000% oder dem 10-Fachen des Anfangsgehalts.
Ein Beamter, der in der höchsten Stufe A16 mit 1.124 DM angefangen hatte, konnte 2010 ein Gehalt von 6081 Euro beziehen. Das sind satte 540% oder das 5-Fache mehr. Nicht zu vergessen, dass es zwischendurch noch Zulagen gab, wie Sie aus der Besoldungstabelle ersehen können. Des Weiteren gibt es für ihn noch Familienzulagen, Kindergeld etc. **Außerdem ist er unkündbar und bekommt eine Pension von 71,5% seines letzten Gehaltes.**
Nehmen wir einmal einen Arbeiter, zum Beispiel einen Schreiner. Hatte er ein 1960 Monatsgehalt von 212,00 DM, so betrug dieses 2010 2116 Euro. Er bekommt eine Rente, die ca. 45% seines Durchschnittseinkommens während seiner Lebensarbeitszeit beträgt von
Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel.



Die EU ist für die Abgeordneten ein Schlaraffenland, deswegen wird sie hochgelobt, auf sie will man nicht verzichten. Das ist verständlich bei den Bezügen der für sie Arbeitenden, von denen der Normalbürger nur träumen kann.

Zunächst erhält der Abgeordnete monatlich 8.757,70 Euro brutto, nach Abzügen 6.824,85 Euro netto.

Dann erhält er für Sitzungen pro Teilnahme 320,00 Euro. Bei 194 Sitzungen in 2018 macht das netto 5.173,33 Euro.

Dann erhält er eine monatliche Kostenvergütung für Wohnung etc. von netto 4.513,00 Euro.

Das sind schon einmal **16.511,18 Euro im Monat**.

Bei medizinischen Behandlungen werden ihm zwei Drittel der Kosten erstattet. Ihm stehen kostenfrei je ein Büro in Brüssel und Straßburg und kostenfreie Fahrten mit dem Dienstfahrzeug zur Verfügung.

Würden Sie da nicht auch die EU toll finden?

Versäumnisse muss man den Regierungen in der Verfolgung von Steuermanipulationen vorwerfen. So zahlen internationale Konzerne wie Google, Amazon usw. so gut wie keine Steuern in Deutschland, hier gehen uns jährlich Milliarden Euro verloren. Das Gleiche gilt für Cum-Cum-Manipulationen. Hierdurch sind dem Staat bisher mehr als 30 Milliarden Euro verloren entgangen.

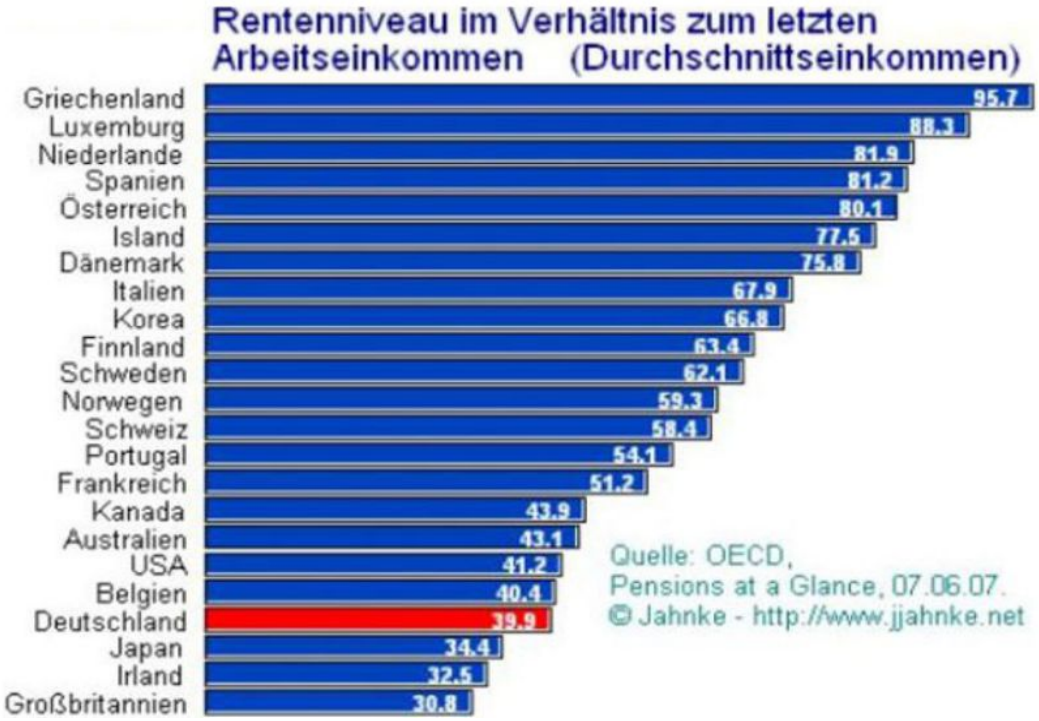
Eintrittsjahr	Steuerpflichtiger Anteil	Zu versteuern (Berechnung s. o. - Stand: 2012)	Einkommen-steuer	Nettorente pro Jahr
2005	50 %	7.792 €	0 €	14.400 €
2006	52 %	8.103 €	0 €	14.400 €
2007	54 %	8.415 €	0 €	14.400 €
2008	56 %	8.727 €	0 €	14.400 €
2009	58 %	9.038 €	17 €	14.383 €
2010	60 %	9.350 €	65 €	14.335 €
2015	70 %	10.908 €	334 €	14.066 €
2020	80 %	12.467 €	647 €	13.753 €
2025	85 %	13.246 €	819 €	13.581 €
2030	90 %	14.025 €	1.009 €	13.391 €
2040	100 %	15.584 €	1.461 €	12.939 €

unsoziales Verhalten der Regierungen

„Die Renten sind sicher“, tönte einmal Norbert Blüm, CDU-Minister. Die Entwicklung der Renten zeigt das unsoziale Verhalten unseres Staatsapparates gegenüber dem Normalbürger und die Bevorteilung der im Staatsdienst stehenden Beamten und Abgeordneten. Während die Rentenversorgung der normalen Bürger immer niedriger wurde, prozentual und zusätzlich durch die Rentenversteuerung, ging die Altersversorgung der Staatsbeamten und Abgeordneten immer weiter in die Höhe. Während die Ansprüche der Normalrentner auf Basis des Lebensarbeitsverdienstes berechnet werden, bekommen die Beamten 71,5% ihres letzten aktuellen Verdienstes. Diese Unterschiede in der Rentenberechnung sind eine große Schweinerei der an der Macht Befindlichen. Sie zeigen die Geringschätzung der Regierenden gegenüber den Bürgern, die letztlich durch ihre Arbeit das Wirtschaftswachstum geschaffen haben. Was die sich an der Macht Befindlichen noch alles reinziehen, ist für uns undurchschaubar, aber bei all dem, was schon an Korruption und Vetternwirtschaft in der Politik ans Tageslicht gekommen ist, muss man damit rechnen, dass uns nur die Spitze des Eisbergs bekannt ist. Das Postengeschachere ist ein beliebtes Mittel, um Parteigenossen etwas zukommen zu lassen. Ich erinnere da an Pofalla, der nach seinem Ausscheiden aus der Politik mal eben in den Vorstand der Bahn für ein Jahreseinkommen von mehr als

eine Million Euro gekommen ist, und das könnte man beliebig fortsetzen, mit den SPD-Politiker Schäfer-Gümbel, der einen mit 200.000 Euro dotierten Posten in der GIZ, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, einer Behörde mit 21.000 Mitarbeitern, bekommen hat. Man fragt sich, wofür, was machen die denn da? Wir werden solche Dinge nie aufklären, wenn diese Parteien nicht abgelöst werden durch ein Bündnis der Bürger. Denken wir an die Spendenpraxis, mal eben 690.000 Euro für Merkels CDU von den BMW-Eignern, mal eben 1 Million an die FDP, mal 2 Millionen an Schröder für ominöse Buchrechte von Maschmeyer, der zufällig durch eine Rentenentscheidung zum Milliardär wurde… und, und, und.

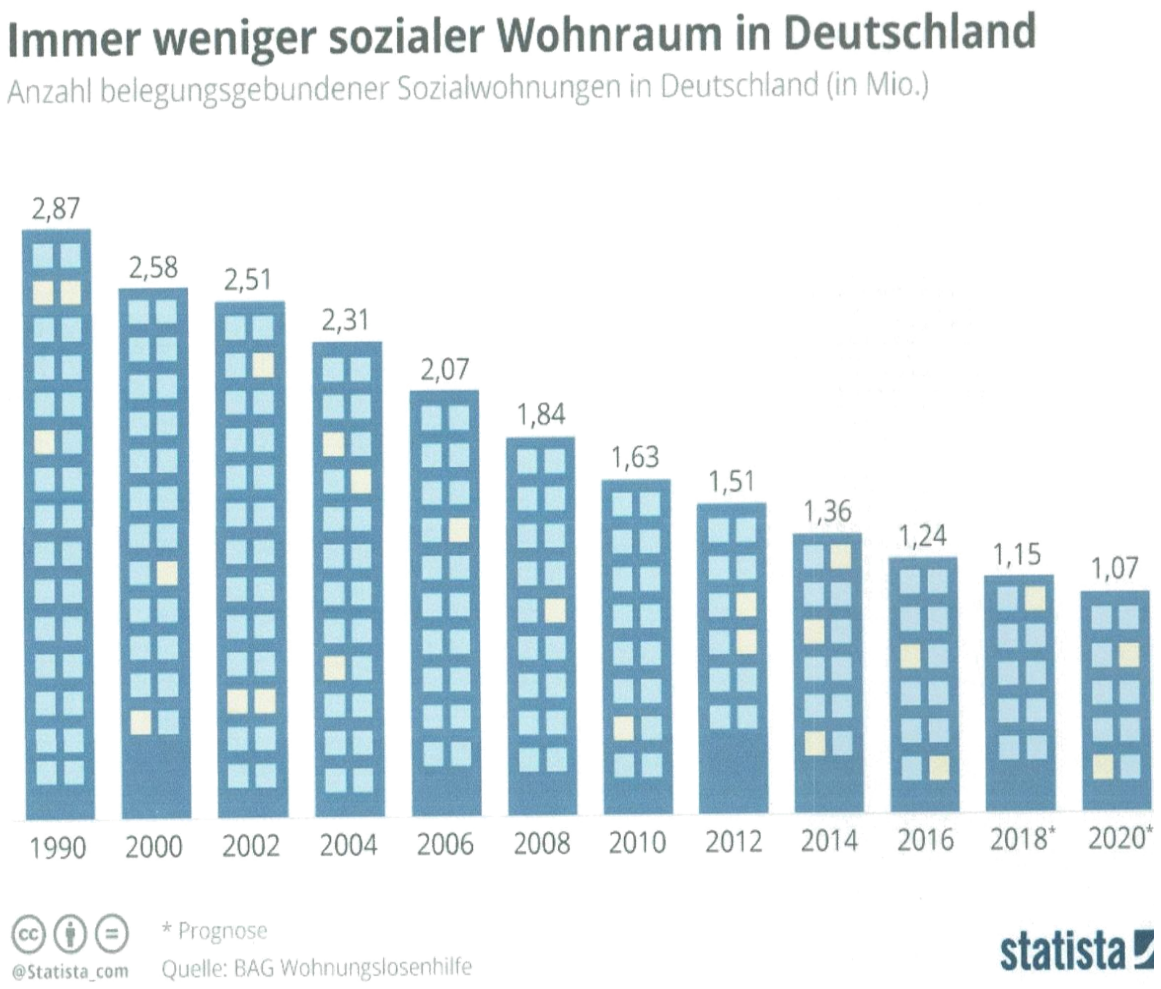
Ein Beispiel einer faireren Rentenpolitik zeigt uns Österreich, wo ein Arbeiter bei gleicher Lebensarbeitszeit mit gleichem Verdienst über 80% Rente bekommt, gegenüber unseren Rentnern mit 48 bis 45%. Während 2016 ein österreichischer Rentner durchschnittlich monatlich 2001,00 Euro Rente erhielt, waren es bei dem deutschen Rentner 1253,00 Euro Da verwundert es nicht, dass Rentner ihre Wohnungen aufgeben müssen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können, dass Menschen Flaschen sammeln müssen, um ihre Rente aufzubessern, dass mehr als eine Million Menschen zur Tafel gehen müssen. Das ist kein sozialer Staat mehr, das ist keine soziale Marktwirtschaft mehr, das ist brutaler Kapitalismus. An diesem System wird sich nichts ändern, wenn nicht der Bürger direkt entscheiden kann, in einer direkten Demokratie, durch eine Machtübernahme eines Bündnisses der Bürger.



Wir stehen in Europa mit unserer Rentenhöhe im Vergleich zu den anderen Ländern dank unserer Politiker recht bescheiden da. Man kann von Rentenbetrug sprechen. Seit 1957 sollen 700 Milliarden Euro aus der Rentenkasse zweckentfremdend entnommen worden sein, konnte man 2018 in mehreren deutschen Zeitungen lesen. Eine ausgesprochene Schweinerei. Und den Rentnern werden die Renten gekürzt.

Sozialer Wohnungsbau

Nach dem Krieg herrschte eine große Wohnungsnot und man sah die Notwendigkeit, den Bau von Wohnungen vom Staat zu fördern. Wenn ich nachfolgend vom Staat spreche, meine ich natürlich
Bund, Länder und Gemeinden, die die Aufgaben gemeinsam tragen.



1950 wurden von 372.000 fertiggestellten Wohnungen 86% öffentlich gefördert. In den 1990 er Jahren fiel der Anteil auf durchschnittlich 20% zurück.
Das 1956 eingeführte Wohnungsbaugesetz hatte folgende Zielsetzung:
„Die Förderung des Wohnungsbaues hat das Ziel, den Wohnungsmangel zu beseitigen und für weite Kreise der Bevölkerung breit gestreutes Eigentum zu schaffen.“

Einkommensgrenzen wurden so festgelegt, dass fast 75% der Haushalte berechtigt waren, eine Sozialwohnung zu beziehen. Der soziale Wohnungsbau hatte die Aufgabe, Menschen, die ihren Wohnungsbedarf nicht auf dem freien Markt decken konnten, mit angemessenen Wohnungen zu versorgen.
Das war ein Grundgedanke der sozialen Marktwirtschaft. Seit 1956 wurden 4,3 Millionen Wohnungen im ersten Förderweg errichtet und 900.000 im zweiten Förderungsweg. Diese Aufgaben wurden in erster Linie von kommunalen und staatlichen Wohnungsbaugesellschaften wahrgenommen. Mit der Einführung des Wohngeldes 1965 ging der soziale Wohnungsbau zurück. Im Jahr 2004 bekamen 3,5 Millionen Haushalte in Deutschland Wohngeld in Höhe von 5,2 Milliarden Euro Das entsprach 9% aller Haushalte. Bis 1979 ging der Bau von Sozialwohnungen auf 109.000 zurück, in den 1980er Jahren reduzierte er sich weiter auf 74.000, 2006 wurden lediglich noch 35.000 Sozialwohnungen gebaut. Währenddessen ging von 1990 bis 2016 der Bestand an Sozialwohnungen von 2,87 Millionen auf 1,24 Millionen zurück. Der Wohnungsbau florierte früher aber auch im privaten Bereich, weil durch die Möglichkeit der degressiven Abschreibungen Unternehmer ihre Gewinne aus anderen Bereichen senken und damit Steuern reduzieren konnten. Der soziale Wohnungsbau ging durch die Wohnungsbaupolitik des Staates immer weiter zurück, weil die Anreize einer Kostenmiete mit einer langjährigen Bindung uninteressant wurden. Der Staat hatte auch die Verwaltung der Sozialwohnungen nicht im Griff, was eine **Fehlbelegungsquote von 42%** im Jahr 2006 widerspiegelt (Geldverschleuderung). Durch den seit 1990 forcierten Verkauf kommunaler und staatlicher Wohnungsbestände wurde der Artikel Wohnung zum Spekulationsobjekt. Wohnen sollte aber kein Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut sein.So lässt sich mit frei finanzierten Wohnungen, bei den laufend stark steigenden Mietpreisen – von 1997 bis 2017 um 25% – eher eine gute Rendite erzielen. Die laufenden Mietsteigerungen belasten natürlich auch den Haushalt des Staates, nur sind inzwischen die Kosten auf so viele Ebenen verteilt, dass scheinbar jeder die Übersicht verloren hat.Im Jahr 2006, als sich der Bund mit der Föderalismusreform aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzog, beliefen sich die Wohngeldzahlungen auf 1,1 Milliarden

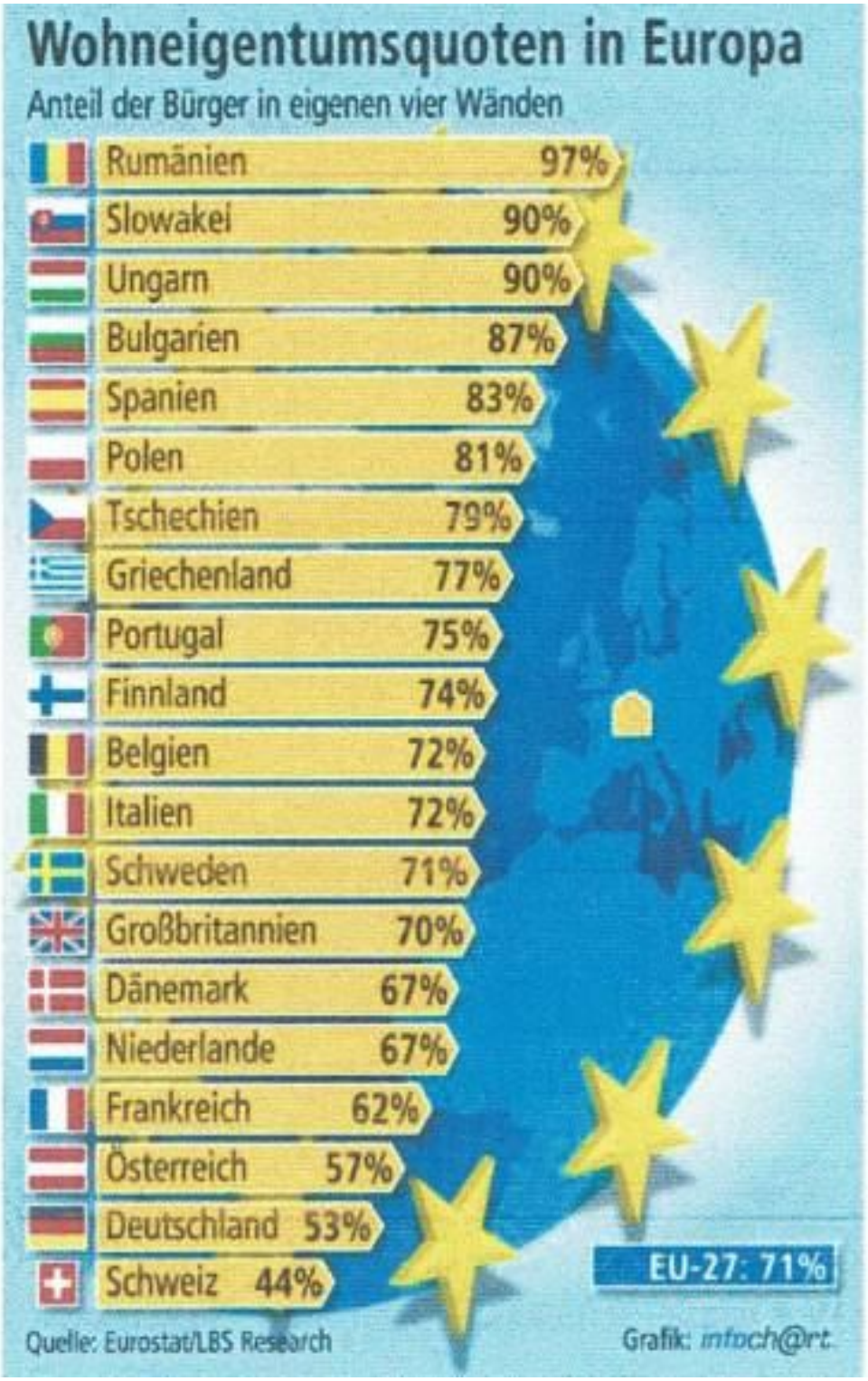
Euro, über das Arbeitslosengeld II wurden Unterkunftskosten in Höhe von 13,5 Milliarden Euro übernommen und im Rahmen der Grundsicherung 2,2 Milliarden Euro bezahlt, was einer Gesamtsumme von 16,8 Milliarden Euro entspricht.
Im Jahr 2016 bezogen 631.000 Haushalte Wohngeld in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, was im Vergleich mit 2015 ein Anstieg von 68% war (680,8 Millionen Euro). Dazu sei vermerkt, dass 45% dieser Haushalte Rentner waren. 2006 wurden nur noch 35.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau gebaut. Einer unter sozialen Aspekten völlig verfehlte Wohnbaupolitik.Wenn man sich die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus von der Grundidee der sozialen Marktwirtschaft einmal vor Augen führt, so muss man feststellen, dass der Staat sich trotz einer rasanten positiven Wirtschaftsentwicklung um immer größere Gewinne für sich selbst gekümmert hat und nicht um die zukünftige Sicherstellung des Wohnraums für sozial Schwache. Die staatliche Vorsorge und Fürsorge ist hier ebenso ausgeblieben wie bei der Absicherung der Rentner. Insoweit muss man dem Staat vorwerfen, die Interessen seiner Bürger zu vernachlässigen.

Was hätte man anders machen können, was hätte man anders machen müssen, wie kann man die Situation verändern?

Mit dem Rückgang des sozialen Wohnungsbaues auf Grund der Reduzierung der Förderung, dem Rückzug der kommunalen und staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, den steigenden Kosten auf Grund der Mietpreissteigerungen müsste eine vorausschauende Alternative her, nämlich der Bau von Sozialwohnungen durch den Staat. Bei den laufend auf ihn zukommenden Mietkostensteigerungen und den Möglichkeiten, die dem Staat gegeben sind, würde ihn der Bau von Sozialwohnungen in der Zukunft gewaltig entlasten. Die vom Staat vom freien Wohnungsmarkt zu bezahlenden Mieten und Wohngeldzahlungen richten sich nach dem Mietspiegel. Der basiert auf Mieten, die im freien Wohnungsmarkt mit einer Rendite von 7 bis 8% zu berechnen sind.
Der Staat hat zusätzlich die Möglichkeit, Kosten beim Bau zu sparen durch die Bereitstellung von Grundstücken, die zur Bebauung freigegeben werden können, zu günstigeren Preisen. Der Staat kann die Grunderwerbsteuer dafür wegfallen zu lassen, weitere

Verwaltungskosten könnten so eingespart werden. Bei heutigen Finanzierungskosten von 1,5 bis 2% würden die zur Verfügung gestellten Wohnungen sich in spätestens 25 bis 30 Jahren bezahlt gemacht haben und der Staat bräuchte dann dafür keine Mieten mehr aufbringen. Würden die augenblicklichen Förderungen der Gemeinden mit in diesen Topf gepackt, könnte eine Amortisierung bereits nach 20 Jahren gegeben sein. Würde der Staat so verfahren, bräuchte er in 30 oder 20 Jahren für diese Wohnungen weder Wohngeld noch Miete bezahlen. Er würde jährlich bei 1 Million Wohnungen ca. 8,5 Milliarden Euro weniger Ausgaben haben. Würde er dasselbe beim Erwerb von Eigentum machen, nämlich über einen Mietkauf Leuten den Erwerb von Wohnungen ermöglichen, würde er den Grundgedanken des Wohnungsbaugesetzes von 1956 erfüllen, breit gestreutes Eigentum zu schaffen. Auf diese Weise würde erheblich mehr Wohnraum zur Verfügung stehen und der rasante Anstieg der Mieten könnte gestoppt werden.
Nach dem Krieg herrschte eine große Wohnungsnot und man sah die Notwendigkeit, den Bau von Wohnungen durch den Staat zu fördern. Die Niederlande zeigen uns, dass es möglich ist, Wohnraum für 800 Euro pro Quadratmeter zu schaffen, während bei uns im Durchschnitt 2000 Euro benötigt werden.
Einen Mann, der den Grund kennt, werde ich aus einem Artikel in der *Welt* zitieren. Dort wird der Leiter von BPD Immobilien, das in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland Wohnungen baut, gefragt, warum das Bauen in Deutschland so teuer ist. Darauf spricht er die Maklergebühr an, die in Deutschland schon zwischen 3,5 und 7% ausmache und die er als überflüssig ansieht in unserer heutigen digitalen Welt. Deutschland erhebt eine Grunderwerbssteuer von 6,5%, die Niederlande keine. In den Niederlanden können Häuser an die Kinder abgegeben werden mit einem Freibetrag von 100.000 Euro außerhalb einer Erbschaftssteuer. Wenn in den Niederlanden ein Bauantrag gestellt wird und nach acht Wochen die Behörde nicht reagiert hat, kann man anfangen zu bauen.
Es ist die unsoziale Verhaltensweise unserer Politiker, die sich auch am Beispiel Sylt aufzeigen lässt. Dort müssen ca. 5000 Mitarbeiter der Unternehmen jeden Morgen vom Festland auf die Insel fahren, weil die Politiker ein für ihre Unterbringung geeignetes Gelände, eine ehemalige

Kaserne, nicht zu einem Preis abgeben wollen, der die Bebauung für deren Unterbringung möglich machen würde.
Für mich ein typisches Beispiel des Verhaltens deutscher Politiker gegenüber den Bürgern.



Die Entwicklung der Stromkosten

Wenn man sieht, was der Staat mit der Energiewirtschaft gemacht hat, bestätigt sich wieder einmal, dass der Normalbürger keine Lobby hat und vom Staat nach Strich und Faden übers Ohr gehauen wird. Er wird schlichtweg verarscht. Unfairteilung wurde auch beim Energieerneuerungsgesetz betrieben. So wurden den Haushalten von den Politikern der Großteil der Subventionskosten für die alternativen Energien aufgehalst. Von 2000 bis 2012 stieg der Haushaltspreis für Strom von 0,14 auf 0,26 ct. In dieser Zeit erhöhte sich der Industriestrompreis von 0,05 auf 0,12 ct und der Preis der begünstigten Unternehmen von 0,02 auf 0,05 ct Einer Preissteigerung von 3 ct bei preisbegünstigten Unternehmen und 7 ct bei Industrieunternehmen standen 12 ct bei den Haushalten gegenüber. Staatliche Sonderlasten betrugen 2013 14,42 ct pro Kilowatt für Haushalte und 7,26 ct pro Kilowatt für die Industrie. Auch das Energieerneuerungsgesetz war eine Verarsche für den Bürger. Mit den EEG-Umlagen werden in erster

Linie große Wind- und Solaranlagen 20 Jahre lang subventioniert. Diese zum großen Teil vom Bürger finanzierten Anlagen sind in 20 Jahren abgezahlt und gehören dann wiederum in erster Linie Großanlegern, also den Vermögendem in diesem Staat (noch mal beschissen).
Was kann man nun mit Politikern machen, die immer wieder die Vermögenden bevorteilen und den Normalbürger dafür zur Kasse bitten, die die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden lassen, die in Deutschland eine immer größere Anzahl von Menschen an und unter die Armutsgrenze bringen, die die Renten auch noch besteuern? Nicht mehr wählen, sich selbst wählen durch eine eigene Partei, die die direkte Demokratie praktiziert.

Der geschichtliche Ablauf von Merkels Grenzöffnung

Am 17. Juni 2015 kündigt der ungarische Ministerpräsident Orbán an, wegen des Flüchtlingszuzugs in sein Land einen 175 Kilometer langen Zaun entlang der ungarisch-serbischen Grenze zu bauen. Orbán beruft sich dabei auf europäisches Recht. Laut dem Abkommen von Schengen darf man nur über offizielle Grenzkontrollstellen in die EU einreisen.
Auf dem EU-Gipfel am 25.6.2015 will keiner über die Flüchtlinge auf dem Balkan sprechen. Da zeigt sich die mangelnde Solidarität der Länder der Europäischen Union. Schon hier hätten deutsche Politiker erahnen können, was in nächster Zeit auf sie zukam. Aber so weit geht wohl der Blickwinkel der deutschen Politiker nicht. Erst recht unter der Führung von Angela Merkel nicht, mit ihrem Umfeld von Jasagern und Duckmäusern.
Am 21. August verschickt Angelika Wenzel, Regierungsdirektorin im BAMF, einen internen Vermerk: Verfahrensregelung zur Aussetzung des Dublin-Verfahrens für syrische Bürger. Dieser Vermerk landet in den Medien.
Am 25. August verschickt eine deutsche Behörde, die BAMF, eine Mitteilung über Twitter, „Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitgehend faktisch nicht verfolgt.“
In Ungarn auf einem Bahnhof befinden sich am 4. September ca. 3000 Flüchtlinge. Mehr als 150.000 Flüchtlinge sind bis August in Ungarn

offiziell registriert. Das geltende Recht sagt, dass jeder Flüchtling, der in die EU einreist, dort, wo er ankommt, registriert werden müsse. Insoweit besteht für Deutschland keinerlei Verpflichtung, weil alle deutschen Außengrenzen zum Süden solche mit anderen EU-Ländern sind.

Am 4. September fragt Orbán beim österreichischen Ministerpräsidenten Faymann an, ob Österreich und Deutschland ihn nicht unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen könnten. Faymann wiederum wendet sich mit dieser Bitte an Frau Merkel.

Nun beginnt das, was die Presse später als humane Haltung von Frau Merkel auslegen wird. Am Abend fragt Frau Merkel bei Sigmar Gabriel an, ob er damit einverstanden sei, 7000 bis 8000 Flüchtlinge vom Budapester Bahnhof nach Deutschland zu holen. Außenminister Steinmeier sei auch damit einverstanden, wenn das eine einmalige Aktion bleibe. Frau Merkel versucht auch Herrn Seehofer zu erreichen, der in seinem Ferienhaus in in Schauhaupten im Altmühltal ist. Sie erreicht ihn nicht. Seehofer sagt später, wenn sie ihn hätte erreichen wollen, wäre das auch möglich gewesen, gegebenenfalls indem man ihm einen Streifenwagen vorbeigeschickt hätte. Seehofers Einverständnis war notwendig, weil die Flüchtlinge über die Grenze Bayerns, in dem Seehofer Ministerpräsident war, von Österreich nach Deutschland einreisen mussten.

Angela Merkel gibt Faymann ihre Einwilligung. Faymann ruft Orbán an und teilt ihm mit, dass die Flüchtlinge nach Österreich einreisen dürfen.

Wien, 00.17 Uhr, die österreichische Nachrichtenagentur APA teilt mit: „Österreich und Deutschland erlauben aus Ungarn kommenden Flüchtlingen die Weiterreise in ihre Länder.“ Ungarns Ministerpräsident hat inzwischen angeordnet, Busse bereitzustellen und die Flüchtlinge an die österreichische Grenze zu schicken.

An diesem Abend saß Steinmeier mit den anderen Außenministern der EU in Brüssel zusammen. Hier hätte eine solidarische Lösung für das Problem gefunden werden müssen.

Frau Merkel telefoniert mit allen europäischen Staatsmännern und erhält nur Absagen für die Bewältigung dieses Problems, lediglich der

französische Präsident Hollande ist bereit, 1000 Flüchtlinge aufzunehmen. Hier zeigt sich: **Es gibt kein Europa, es gibt keine Europäer, es gibt keinen europäischen Gedanken, es gibt keine Solidarität, jeder verfolgt nur seine nationalen Interessen. Deutschland wird nur als Zahlmeister gesehen und ist dies auch nur.**
Um 8 Uhr am nächsten Morgen ruft Seehofer Merkel an und sagt ihr, dass er gesehen habe, dass sie ihn erreichen wollte. Sie sagt ihm, dass sie die Entscheidung getroffen habe, Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen. Seehofer soll geantwortet haben: „Angela, das wird problematisch, wir werden den Pfropfen nicht mehr auf die Flasche bekommen.“ Wie recht er hatte.
Seehofer lässt das Parteipräsidium der CSU zu einer Telefonkonferenz zusammenrufen. Die Linie der CSU ist klar: Die Entscheidung war falsch Am Samstag sind bereits 6780 Flüchtlinge am Münchener Bahnhof angekommen. Am Abend sagt Seehofer noch einmal im Kanzleramt, dass die Entscheidung ein Fehler gewesen sei. Die Kanzlerin und er seien sich aber einig, dass es eine Ausnahme bleiben soll.
Am Abend des 5. Septembers fordert Orbán, Österreich und Deutschland sollen die Grenzen schließen, sonst würden Millionen Menschen nach Europa kommen. Am Abend des 6. Septembers teilt das österreichische Fernsehen mit, 15.000 Menschen seien angekommen, 90 in Österreich verblieben, die anderen nach Deutschland weitergereist. Merkel entscheidet, dass die Grenze aufbleibt.
Ich erinnere an die Worte des Altkanzlers Schmidt: **Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.**

Merkels Flüchtlingseinladung und ihre katastrophalen Auswirkungen

Wenn ich verantwortlicher Politiker bin, muss ich mir darüber im Klaren sein, was ich durch meine Aussagen und mein Handeln verursache. Man kann die Einladung Merkels an die Flüchtlinge nur als einen katastrophalen Fehler mit unabsehbaren Folgen sehen. Für mich war es

eine populistische Äußerung, bei der der Verstand ausgesetzt hat, Kohl sagte dazu: „Ich hatte einen Blackout.“
Ich möchte zunächst einmal stichwortartig die Folgen dieser blödsinnigen Aktion aufzählen und dann im Einzelnen darauf eingehen.
Klarstellen möchte ich aber erst einmal, dass ich **Frau Merkel in diesem Zusammenhang absprechen möchte, das Wort „Wir“ zu benutzen.** Mit dem Satz „Wir schaffen das“ versucht sie die Beseitigung ihres Fehlers anderen aufzubürden. Sie versucht auf populistische Weise, dem Volk bzw. Bürger unterzujubeln, dass es Aufgabe des Volkes sei, zu beweisen, dass man mit solch einem Problem fertig werde. Sie versucht es bei der Europäischen Union, indem sie an die Solidarität der Europäer appelliert. Aber weder der deutsche Bürger noch die Europäer sind für etwas heranzuziehen, **wofür einzig und allein Merkel selbst verantwortlich ist**.
Vorausschicken muss man zunächst, dass es selbstverständlich ist, dass Menschen aus Kriegsgebieten geholfen werden muss und soll. Was allerdings Frau Merkel mit ihrer pauschalen Einladung losgetreten hat, hat mit dieser normalen humanitären Selbstverständlichkeit nichts zu tun. Seehofer spricht in diesem Zusammenhang von einem Unrechtsstaat, in einem von der CSU in Auftrag gegebenen Gutachten stellt Udo di Fabio Merkels Asylantenaufnahme als klaren Rechtsbruch fest. Michael Bertrams spricht gar davon, Merkels Alleingang sei ein Akt der Selbstermächtigung gewesen.
Der Rechtsbruch in der Asylpolitik zog inzwischen weitere Kreise, indem erste Rechtsbrüche bei der BAMF aufgedeckt wurden. Der Fisch stinkt vom Kopf her, sagt man ja. Merkels Beispiel des Rechtsbruchs, sanktioniert vom höchsten deutschen Gericht, ist der Anfang vom Zerfall des Rechtsstaats. Es ist das Ignorieren des dummen Volkes, das nichts zu bestimmen, aber zu parieren hat.
Sozialstaat und Rechtsstaat sind unter diesen Regierungen den Bach runtergegangen. Wir brauchen eine echte Demokratie, bei der das Volk bestimmt, wir brauchen eine Bestimmung durch die Bürger, um Sozialstaat und Rechtsstaat wiederherzustellen.
Wir brauchen eine direkte Demokratie.
Zwischen 30 und 50 Milliarden Euro gibt der Staat jährlich aus für diesen Fehler und Rechtsbruch Merkels. Dieses Geld wäre besser

angelegt für Rentner, die ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können und durch Altersarmut ihren gewohnten Lebensraum verlassen müssen.
Kommen wir zu den Folgen:
Bis September 2015 kamen 290.000 Asylanten nach Deutschland, **von September bis Dezember mindestens 800.000**. Es wird allerdings vermutet, dass es noch viel mehr waren, weil bei Weitem nicht alle registriert werden konnten. Es besteht zudem die Gefahr, dass durch den Andrang der Flüchtlinge auch **Terroristen** mit eingeschleust werden konnten.
Die Hälfte der sogenannten Flüchtlinge ist nicht bleibeberechtigt. Mindestens 400.000 Wirtschaftsflüchtlinge müssen wieder zurückgeschickt werden. Es kommen dadurch Kosten von 20 bis 30 Milliarden Euro jährlich auf den Steuerzahler zu. Eine Integration der Flüchtlinge ist unmöglich.
Durch Eindämmungsmaßnahmen des Flüchtlingsstroms kommt es in den Flüchtlingslagern und an den Grenzen, an denen Zäune aufgebaut werden, zu menschenunwürdigen Zuständen. Menschen mit kleinen Kindern müssen in Zeltlagern oder teilweise sogar unter freiem Himmel in der Kälte ausharren, weil sie an den geschlossenen Ländergrenzen festgehalten werden. Es wird ein Abkommen mit einem menschenverachtenden Erdoğan geschlossen, der auf seine eigenen Landsleute schießen lässt, für den Meinungs- und Pressefreiheit ein Fremdwort ist. Mitarbeiter der Gemeinden und freiwillige Helfer müssen bis an den Rand der Erschöpfung arbeiten.
Das alles haben wir Merkels unbedachter, dummer Aufforderung an die Flüchtlinge zu verdanken. Und die Weicheier in ihrer Umgebung kritisieren sie nicht, sondern versuchen die ganze Sache noch schönzureden, anstatt sie zum Teufel zu jagen.
Der Krieg in Syrien und weitere Krisenherde haben eine Flüchtlingswelle in Gang gesetzt.
2012 gab es in Deutschland ca 80.000 Asylanträge
2013 waren es ca. 127.
2014 waren es ca. 202.000, bis September 2015 mehr als 1,1 Millionen.
59% der Migranten haben keinen Schulabschluss. Da muss es wie Hohn klingen, wenn behauptet wird, mit ihnen könnten wir unseren Facharbeitermangel beheben.

Alles ausgelöst durch Frau Merkels Einladung. Die Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge ist eine nicht zu bewältigende Aufgabe. Wir haben es selbst bei der bisher niedrigen Zuwanderung nicht geschafft, die Menschen zu integrieren. Überall in Deutschland haben sich Brennpunkte entwickelt, wo man mit den Einwanderern mehr oder weniger große Probleme hat. Es bilden sich Gettos, wo ausländische Familienclans die Gegend unsicher machen und beherrschen, wo sich Deutsche nicht mehr auf die Straße trauen, nehmen wir mal Berlin, Duisburg, Essen usw. Nehmen wir die Übergriffe in Köln in der Silvesternacht. Wir haben es weder geschafft zu integrieren, noch haben wir es geschafft, die nicht Einwanderungsberechtigten wieder auszuweisen oder, wie man sagt, abzuschieben. 2015 wurden von 200.000 lediglich 20.888 zurückgeschickt. 150.000 sind nicht abschiebbar wegen Krankheit etc. Natürlich nutzen sie jede Möglichkeit, hier zu bleiben. Auch hier sind wir nicht in der Lage, eine geordnete Rückführung durchzuführen. Bedingt durch den von Frau Merkel ausgelösten massiven Flüchtlingsstrom, war man auch nicht in der Lage zu unterscheiden, wer einwanderungsberechtigt ist und wer nicht. Dadurch kamen 500.000 Menschen unberechtigt ins Land, die wieder abgeschoben werden müssen, denen aber zunächst für einen langen Zeitraum der Unterhalt gewährt werden muss.
Wie weit wir dazu in der Lage sind, diese Menschen zu integrieren bzw. nicht, haben wir in den letzten Jahren bewiesen. Es wird überall versucht, das schönzureden, auch von der Presse, was ich beim besten Willen nicht begreifen kann.
Es sollte für alle selbstverständlich sein, dass Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten, aufgenommen werden müssen, auch ich habe mich selbstverständlich engagiert und entsprechende Aufnahmemöglichkeiten geschaffen. Aber wir dürfen die Probleme, die durch den unkontrollierten Zuzug auf uns zugekommen sind, nicht bagatellisieren und herunterspielen. Uns werden Zustände und eine Welt vorgegaukelt, die effektiv nicht existieren. Die dramatischen Zustände werden heruntergespielt. Sie werden uns in den nächsten Jahrzehnten in vielfältiger Form belasten. Dann stellen sich die Politschausteller hin, die wirklich von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, und erzählen, durch den Zuzug der Emigranten könnten wir in den nächsten Jahren die nicht besetzten Arbeitsplätze auffüllen. Von den Medien erhält Frau

Merkel für diese von ihr ausgelöste Katastrophe eine moderate Kritik, wie für viele ihrer krassen Fehlentscheidungen, was bei vielen Menschen auf Unverständnis stößt und zu Aussagen wie „Lügenpresse“ führt. Ich möchte dazu sagen, dass sich die Medien, wie Rundfunk, Fernsehen und Zeitung, die Meinung der Regierenden zu eigen machen, sie hören ja auch in erster Linie nichts anderes. Und wie heißt es doch so schön: „Wes Brot ich esse, des Lied ich sing“. Aber auch in anderen Ländern und Systemen machte und macht sich die Presse die Meinung der Regierenden zu eigen, denken wir einmal an die Türkei, bei der wir die fehlende Meinungsfreiheit anprangern, dort scheint die Regierungsmeinung von der Bevölkerung geglaubt zu werden, sonst hätte Erdoğans Partei nicht die Mehrheit erlangt.
Denken Sie einmal an die damalige Berichterstattung über die Atomkraftgegner. Sie wurden als Chaoten bezeichnet. Nach Frau Merkels plötzlichem Atomausstieg (vorausgegangen war die Katastrophe von Fukushima, nach einem Erdbeben und anschließendem Taifun) wurde auch dieser von der Presse unterstützt. Die Presse ist mehr als anpassungsfähig. Doch ihre Glaubwürdigkeit sinkt durch die Möglichkeiten der wirklichen Darstellung im Internet immer mehr.
Leider ist die Macht der Propaganda für die Regierungsmeinung durch die Presse noch immer sehr groß, leider viel zu groß, sonst wäre der Protest gegen das, was die Regierung mit den Bürgern macht, noch erheblich größer. Wenn man überlegt, dass mehr als 50% der Wähler in Thüringen Parteien gewählt haben, die sie nicht vertreten dürfen, weil sie von den etablierten Parteien boykottiert werden, dann kann man nur feststellen, dass es in unserem Land keine wirkliche Demokratie gibt.

Die Folgen und Kosten der Asylantenpolitik

WAZ, 03.06.2017: 777.000 Menschen aus nicht europäischen Asylherkunftsländern erhalten Harz IV, das sind 31,1% von Harz IV, was die Asylanten bekommen. Zusätzlich sind noch von den dank der Erweiterung der EU zugereisten Bulgaren und Rumänen 150.000 Menschen Harz-IV-Empfänger. Die Aufnahme dieser Länder in die EU, die von unserer Lebensweise und Philosophie ganz weit weg sind, gehört auch zu den Vernunftpraktiken der EU. Natürlich bezahlen wir in

Deutschland auch das Kindergeld dieser Gruppen, die teilweise hier eingeschleust werden, um Harz IV und Kindergeld abzusahnen. Wir bezahlen für mehr als 211.000 Kinder aus dem EU-Ausland Kindergeld, nach unserer Höhe, obwohl diese Kinder im Ausland leben. Im August 2017 bezogen 584.000 Auslandsschutzberechtigte von uns SGB II. Zurzeit kostet uns das Vergnügen, das uns Frau Merkel mit dem Asylantenzuzug eingebracht hat, offiziell ca. 25 bis 30 Milliarden Euro, jedoch muss man alle Zahlen, die die Regierung oder regierungsnahe Kreise, wie Institute oder Stiftungen, die verdeckt im Sinne der Regierung arbeiten und entsprechende Gelder bekommen, auf vielfältige Weise, sehr misstrauisch betrachten. Denn man darf nicht die zusätzlichen Kosten für die Krankenkassen vergessen. Im November 2017 waren 625.000 *Asylanten arbeitslo*s. Darunter 185.000 aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern und 175.000 Geflüchtete.
Hier wird uns laufend Sand in die Augen gestreut. Die Gesamtkosten dieser unkontrollierten Aufnahme der Asylanten, die nicht allein Frau Merkel, sondern die gesamte Regierung zu vertreten hat, werden in den nächsten Jahren in die Billionen gehen. Die Asylanten sind unseren Bundesbürgern gleichgestellt, Asylanten mit Niederlassungserlaubnis oder befristeter Aufenthaltserlaubnis, selbst wenn sie fast im Rentenalter bei uns ankommen, nie bei uns gearbeitet haben, bekommen die gleiche Grundsicherung wie unsere Bürger, die hier ein Leben lang gearbeitet haben.
Durch die blinde Aufnahme bekommen wir Gettos in vielen großen Städten, Stadtteile, in denen sich abends keine Frau mehr alleine auf die Straße traut. Wir bekommen ein Mehr an Kriminalität, weil viele dieser Menschen eine andere Kultur haben und die Frauen nicht entsprechend gleichgestellt sind wie bei uns. Die wirklichen Kriminalitätszahlen werden uns verschwiegen. Diese Sachverhalte werden absichtlich verschwiegen, denn sonst bekämen Parteien wie die AfD noch viel mehr Zulauf. Es mag schon sein, dass ein Teil dieser Partei dem rechten Flügel angehört, sie wird allerdings auch zum großen Teil von Leuten gewählt, die von der miesen Arbeit der Regierungen die Nase gestrichen voll haben. Die letzte Wahl in Thüringen zeigt, dass mehr als die Hälfte der Wähler diese Partei nicht mehr gewählt hat. In unserem „demokratischen“ Staat hält das die etablierten Parteien allerdings nicht davon ab, den Wählerwillen

weiterhin zu ignorieren. Deshalb brauchen wir eine Mehrheit, das Bündnis der Bürger, das unser Land im Sinne der Bürger regiert. Durch Rundfunk und Fernsehen, die leider immer noch meinungsbestimmend sind, wird die wirkliche Meinung der Bürger nicht wiedergegeben, weil sie dort einfach nicht zu Wort kommen.
Sie können nehmen, was sie wollen, in fast ausschließlich jeder Sendung kommt nur eine Klientel zu Wort, die entweder den Parteien und Regierungen oder aber der „gehobenen“ Schicht angehört, die mit den Nöten und Sorgen einer breiten Schicht der Bevölkerung nichts gemein haben. So ist es nicht verwunderlich, dass ein Herr Nuhr propagiert, dass es uns Deutschen noch nie so gut ging. Mit seinem Einkommen von einigen hunderttausend oder vielleicht mehr als einer Million Euro braucht er nicht zur Tafel gehen, er muss auch nicht seine Wohnung verlassen, weil er seine Miete nicht mehr bezahlen kann, er muss auch keine Flaschen sammeln gehen. Und das gilt für alle, die in Funk und Fernsehen zu Wort kommen und das Sagen haben. Sie und die Medien geben nicht die Meinung des Volkes wieder. Und obwohl immer mehr Menschen begreifen, dass das nicht ihr Sprachrohr ist, sind dies leider noch viel zu wenig.

Ausstieg aus der Atomindustrie und Klimapolitik

Ein Beispiel für die Inkompetenz der Frau Merkel, aber auch der ganzen deutschen Regierungen, vertreten durch die Abgeordneten (das sollten wir nie vergessen), ist die gesamte Atompolitik. Man hat diese Energieentwicklung in die Wege geleitet und gefördert, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie man den Atommüll entsorgt. So viel Dummheit kann man nur von einer Regierung erwarten. Würde ein Unternehmer so handeln, der würde daran Pleite gehen und anschließend ins Gefängnis.
Frau Merkel ist in diese Sache mehrfach involviert. Zunächst hat sie als Umweltministerin von Schleswig-Holstein dafür gesorgt, dass der Atommüll in einem sogenannten Zwischenlager in einem Salzstock gelagert wurde, Fässer liefen aus, es kam zu Umweltschäden. Dann hat sie die Verlängerung des Betriebs der Atomkraftwerke in die Wege geleitet und darauf den Atomausstieg, alles Maßnahmen, die jeglicher

Vernunft entbehren. Zwischenzeitlich wurden Atomkraftgegner bei Demonstrationen immer wieder auf das Ärgste attackiert. Der Atomausstieg war von der rot-grünen Regierung 2000 beschlossen worden. Unter Merkel kam es dann am 28.10.2010 zu einer Laufzeitverlängerung. Ende Mai 2011 wiederum kündigte Merkel das Aus für acht Kraftwerke und den stufenweisen Austritt aus der Atomkraft bis 2022 an. Der Atomausstieg erfolgte just zu dem Zeitpunkt, als das Atomkraftwerk im japanischen Fukushima, direkt am Meer gelegen, von einem durch ein Erdbeben ausgelöste Flutwelle Tsunami überschwemmt wurde. Dabei spielten auch nicht beachtete Vorsichtsmaßnahmen eine große Rolle. In Deutschland gibt es keinen Tsunami, der solche Schäden an einem Atomkraftwerk anrichten könnte. In Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt die Grünen einen enormen Aufstieg und es standen Wahlen vor der Tür. Bei der Wahl in Rheinland-Pfalz hatten die Grünen ein Plus von 10,8% und die CDU gegenüber der Wahl von 2006 noch 2,4% mehr erreicht. Bei der Wahl in Baden-Württemberg verlor die CDU 5,2% und die Grünen gewannen 12,5% dazu.Durch Brüderle wurde bekannt, dass es sich bei dem Atomausstieg um eine reine Wahlkampftaktik gehandelt hatte. Das allein war der Grund – eine Unverfrorenheit der Politiker, die damit dem Volk, dem Steuerzahler Lasten auferlegt haben, die in ihrer gesamten Auswirkung hunderte Milliarden Euro ausmachen werden. Über die Auswirkungen des Atomausstiegs auf die Klimapolitik spricht heute keiner mehr, weil es ein Eigentor der Grünen und der Merkel-Regierung war, mit Konsequenzen für die Bürger, die wegen des hohen CO_2-Gehaltes wieder zur Kasse gebeten werden durch die Verteuerung von Benzin und Heizöl, es drohen Fahrverbote durch Verordnungen der EU, denen Deutschland vorher zugestimmt hat. Sie führt außerdem zu Strafzahlungen an die EU in Milliardenhöhe.Eine vernünftige Atompolitik hätte uns dieses Desaster erspart. Denn bei der Nutzung durch Atomkraft gibt es keinen CO_2-Ausstoß und es wären viele weitere Maßnahmen zu dessen Reduzierung nicht notwendig. Andere Länder, wie Schweden und Finnland, machen uns vor, wie Atommüll endgelagert werden kann, nämlich in Granitstollen. Kleinkariertheit und Stümperei unserer Politiker haben einen vernünftigen Umgang mit der Atomkraft zunichtegemacht. Rangeleien der Länder untereinander über

ein Endlager über 50 Jahre zeigen die Unfähigkeit der Politiker, aber auch die des föderalistischen Systems. Dies zeigt sich nicht nur in der Frage des Endlagers, sondern auch als Hemmschuh in der Bildungspolitik, der Baugesetzgebung und auf vielen weiteren Gebieten. Wofür brauchen wir 18 unterschiedliche Baugesetzbücher, 18 verschiedene Landesbauämter? Das ist antiquiert und nicht mehr zeitgemäß. Doch versuchen Sie einmal, hier eine einheitliche Linie hineinzubringen, es würde Proteste ohne Ende hervorrufen, denn es fielen ja Pfründe weg. Und das gilt für viele Bereiche der Länderpolitik. Die Stümperei unserer Politiker ist durchgängig. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Flughafen Berlin, Elbphilharmonie und Bundeswehr zeigen auf, dass den Politikern die Qualität zur Führung unseres Landes fehlt. Einer politischen Führung durch vom Volk direkt gewählte Politiker in einer direkten Demokratie würden diese Fehler und Fehlentwicklungen sicherlich nicht unterlaufen.
Wenden wir uns der Klimapolitik zu. Ziel der Klimapolitik muss sein, die gesteckten Klimaziele anzustreben, damit die Erderwärmung in Grenzen gehalten wird. Hier muss realistisch gedacht und vorgegangen werden. Mit grünen Träumereien ist uns da nicht geholfen. Die Zukunft künftiger Generationen hängt nicht allein von Maßnahmen ab, die unrealistisch und absurd sind, sondern es muss insbesondere auch auf die Sozialverträglichkeit geachtet werden. Noch weitere Belastungen und Einschränkungen, vor allem der sozial Schwachen, können nicht mehr hingenommen werden. Der Ausstieg aus der Atomindustrie hat unübersehbare negative Folgen für die Bevölkerung gebracht und so droht es auch bei der sozial verträglichen Umsetzung der Klimaziele zu werden.
Der Umgang mit der Atomindustrie ist ein gutes Beispiel für die Unfähigkeit unserer Politiker, selbst etwas zu Stande zu bringen. Er zeigt aber auch eindeutig, dass für Politiker jedes Mittel recht ist, sich an der Macht zu halten, viel wichtiger als verantwortungsvoll mit den Notwendigkeiten zum Erhalt der Umwelt und auch mit dem Wohl der Bürger umzugehen.
Mit der Atomindustrie war die Möglichkeit gegeben, sowohl billige Energie herzustellen, als auch die Umweltbelastung in Grenzen zu halten. Die weit überwiegende Mehrheit der Länder setzt weiter auf die Atomindustrie. Der bei uns stattgefundene Ausstieg hatte einzig und

allein den Grund, dass die Partei der Grünen gewaltige Stimmengewinne hatte. Frau Merkel zog die Reißleine, was zur Folge hatte, dass Kosten in Billionenhöhe auf den Bürger und Steuerzahler zukommen. Es hat weiter zur Folge, dass unsere notwendigen Reduzierungen des CO_2-Ausstoßes nur schwer und unter Mitleidenschaft von vielen Schichten der Bevölkerung zu erreichen sind.
Die Fortschritte in der Entwicklung der Atomindustrie durch schnelle Brüter führen zu einer noch viel geringeren Menge an Atommüll und zu einer wesentlich besseren Ausnutzung und damit zu einem wesentlich niedrigeren Preis für Strom. Die Grünen, die jahrelang vehement für den Ausstieg aus der Atomindustrie gekämpft haben und auf die Barrikaden gegangen sind, haben umweltpolitisch nicht über den Tellerrand hinausgesehen und tragen insoweit eine Mitschuld an der Umweltbelastung durch Kohle, Gas und Öl. Wenn sie heute von der Klimahysterie profitieren, so haben sie das nicht verdient, denn sie sind letztlich mit schuld an dem heutigen Zustand, der ohne die Reduzierung der Atomenergie nicht eingetreten wäre.
Die Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten, mit Hilfe engagierter Arbeitnehmer für einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt. Das hat dem Staat Geld in die Kassen getrieben, doch das Geld wurde nicht sinnvoll angelegt, es wurde unverantwortlich damit umgegangen. Bei der Atomindustrie war man von den Politikern abhängig, was natürlich mit einem chaotischen Handeln verbunden war. Ohne Mitwirkung der Politik hätte die Industrie sicher Lösungen gefunden, wie sie es auf allen anderen Gebieten gezeigt hat.
Die Politik hat der Einführung der Atomindustrie zugestimmt, ohne dass es eine Lösung für den Atommüll gab. Dies hätte schon nicht sein dürfen, zumindest hätte man mit der Freigabe der Atomindustrie eine Lösung für die Abfallentsorgung parat haben müssen. Eine vernünftige Lösung für die Entsorgung scheiterte allein an der Engstirnigkeit der Politiker. Unser föderalistisches System hat bei diesem Problem eine negative tragende Rolle gespielt. Kein Bundesland wollte die Entsorgung auf ihrem Gebiet zulassen. Es scheiterte nicht daran, dass es keine Lösung für die Entsorgung gab, sondern allein daran, dass kein Politiker es auf seinem Gebiet haben wollte. Dabei ist unsere Wirtschaft so innovativ, dass die technischen Möglichkeiten dafür schnellstens

hätten geschaffen werden können. Andere europäische Länder, wie Schweden und Finnland, haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, wir hätten es auch längst gekonnt. Die Kleinkariertheit der Politiker hat in den letzten Jahrzehnten zu unnötigen Auseinandersetzungen mit vielen Atomkraftgegnern geführt, ein umsichtiger Umgang mit der Entsorgung hätte uns das sicher erspart.
Mit einem weiteren „Geniestreich“ haben unsere Politiker von den Energieversorgern die Entsorgung des Atommülls für ein Butterbrot übernommen, was garantiert, dass diese den Bürger wiederum viele Milliarden kostet und wieder auf die lange Bank geschoben wird.

Da passt nur der Satz: Denn sie wissen, nicht was sie tun

Auf die Drosselung des CO_2-Ausstoßes wirkt sich das verheerend aus, denn Atomkraftwerke stoßen kein CO_2 aus und könnten so erheblich dazu beitragen, dass die CO_2-Emissionen verringert werden. Ohne die Atomkraft sind die vorgenommenen Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht erreichbar.

Kopfzeile (Converted70)

Land	Strom-erzeugung in TWh (2017)[1]	Anteil an Gesamtstrom-erzeugung (2017)[1]	Reaktoren in Betrieb [Def. 1][1]	Reaktoren abgeschaltet [Def. 2][1]	Reaktoren im Bau [Def. 3][1]	Reaktoren in Planung [Def. 4][16]	Status
Argentinien	6,2	5 %	3	0	1	2	Bau neuer Reaktoren
Finnland	21,6	33 %	4	0	1[17]	1	Bau neuer Reaktoren
Frankreich	379,1	72 %	58	12	1[18]	0	Bau neuer Reaktoren
Indien	34,9	3 %	22	0	7	19	Bau neuer Reaktoren
Pakistan	7,9	6 %	5	0	2	0	Bau neuer Reaktoren
Russland	187,5	18 %	37	6	6	26	Bau neuer Reaktoren
Slowakei	14,0	54 %	4	3	2[19]	0	Bau neuer Reaktoren
USA	805,0	20 %	98	35	2	16	Bau neuer Reaktoren
Volksrepublik China	247,5	4 %	46	0	11	40	Bau neuer Reaktoren
Armenien	2,4	33 %	1	1	0	1	Planung neuer Reaktoren
Bulgarien	15,5	34 %	2	4	0	0	Planung neuer Reaktoren
Iran	6,4	2 %	1	0	0	4	Planung neuer Reaktoren
Kanada	96,1	15 %	19	6	0	2	Planung neuer Reaktoren
Rumänien	10,6	18 %	2	0	0	2	Planung neuer Reaktoren
Tschechien	26,8	33 %	6	0	0	2	Planung neuer Reaktoren
Ungarn	15,2	50 %	4	0	0	2	Planung neuer Reaktoren
Vereinigtes Königreich	63,9	19 %	15	30	0	11	Planung neuer Reaktoren
Bangladesch	0	0 %	0	0	2	0	Bau erster Reaktoren
Türkei	0	0 %	0	0	1	3	Bau erster Reaktoren
Verein. Arab. Emirate	0	0 %	0	0	4	0	Bau erster Reaktoren
Weißrussland	0	0 %	0	0	2	0	Bau erster

Land	Strom-erzeugung in TWh (2017)[1]	Anteil an Gesamtstrom-erzeugung (2017)[1]	Reaktoren in Betrieb [Def. 1][1]	Reaktoren abgeschaltet [Def. 2][1]	Reaktoren im Bau [Def. 3][1]	Reaktoren in Planung [Def. 4][16]	Status
Ägypten	0	0 %	0	0	0	2	Reaktoren Planung erster Reaktoren
Jordanien	0	0 %	0	0	0	2	Planung erster Reaktoren
Polen	0	0 %	0	0	0	6	Planung erster Reaktoren
Vietnam	0	0 %	0	0	0	4	Planung erster Reaktoren
Brasilien	15,7	3 %	2	0	0	0	Derzeit kein Ausbau
Japan	29,1	4 %	42[20]	18	2[21]	9	Derzeit kein Ausbau
Mexiko	10,6	6 %	2	0	0	0	Derzeit kein Ausbau
Niederlande	3,3	3 %	1	1	0	0	Derzeit kein Ausbau
Schweden	63,1	40 %	8	5	0	0	Derzeit kein Ausbau
Slowenien	6,0	39 %	1	0	0	0	Derzeit kein Ausbau
Südafrika	15,1	7 %	2	0	0	0	Derzeit kein Ausbau
Ukraine	85,6	55 %	15	4	0	2[22]	Derzeit kein Ausbau
Belgien	40,0	50 %	7	1	0	0	Beim Atomausstieg
Deutschland	72,2	12 %	7	29	0	0	Beim Atomausstieg
Schweiz	19,5	33 %	5	1	0	0	Beim Atomausstieg[23]
Spanien	55,6	21 %	7	3	0	0	Beim Atomausstieg[24]
Südkorea	141,1	27 %	24	1	5	1	Beim Atomausstieg
Taiwan	21,6	9 %	4	2	2[25]	0	Beim Atomausstieg[26]
Italien	0	0 %	0	4	0	0	Atomausstieg abgeschlossen
Kasachstan	0	0 %	0	1	0	0	Atomausstieg abgeschlossen

Land	Strom-erzeugung in TWh (2017)[1]	Anteil an Gesamtstrom-erzeugung (2017)[1]	Reaktoren in Betrieb [Def. 1][1]	Reaktoren abgeschaltet [Def. 2][1]	Reaktoren im Bau [Def. 3][1]	Reaktoren in Planung [Def. 4] [16]	Status
Litauen	0	0 %	0	2	0	0	Atomausstieg abgeschlossen
Irland	0	0 %	0	0	0	0	Anlagenbau abgebrochen
Kuba	0	0 %	0	0	0	0	Anlagenbau abgebrochen
Österreich	0	0 %	0	0	0	0	Schlüsselfertige Anlage nach Volksentscheid nicht in Betrieb genommen
Philippinen	0	0 %	0	0	0	0	Anlagenbau abgebrochen
Welt	2488	10 %	451	169	54	154	

1.

- Der Reaktor ist am Stromnetz angeschlossen.
- Der Reaktor ist endgültig abgeschaltet oder stillgelegt.
- Der erste Beton wurde für den Reaktor gegossen oder es werden derzeit größere Renovierungsarbeiten am Reaktor unternommen. Manche Bauten sind bereits über 30 Jahre im Gange, die Fertigstellung ungewiss.

4. Freigabe, Finanzierung oder größere Verpflichtungen für den Reaktor wurden abgeschlossen, oder die Konstruktion des Reaktors ist zwar weit fortgeschritten, aber für unbestimmte Zeit eingestellt. Der Betrieb wird meist innerhalb von 8 bis 10 Jahren erwartet, sofern es nicht zu Verzögerungen kommt

Farblegende: Die unterschiedlichen Hintergrundfarben stehen für unterschiedliche Situationen im jeweiligen Land:

- Bau neuer Reaktoren;
- Planung neuer Reaktoren / Absichtserklärungen für neue Reaktoren;
- Bau erster Reaktoren;
- Planung erster Reaktoren;
- Derzeit kein Ausbau;

Nachfolgende Abbildung zeigt den CO_2-Ausstoß in ausgewählten Ländern.

Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz am 12.12.2015 einigten sich 195 Länder auf ein verbindliches Klimaschutzübereinkommen. Damit sollte bis zum Jahr 2030 die Erderwärmung deutlich unter einem Anstieg von 2% gehalten werden. Die EU hat das Ziel, eine Senkung der Emissionen um mindestens 40% bis 2040 zu erreichen.

Angesichts der vorliegenden Entwicklung halten Wissenschaftler das für unmöglich. Statt weltweit seit 1990 eine Senkung des CO_2-Ausstoßes zu erreichen, wie es das Ziel war, sind die CO_2-Emissionen von 1990 auf 2018 von einem Ausstoß von ca. 22 Milliarden Tonnen auf 36,6% Milliarden Tonnen gestiegen. Alleine China hat seinen Ausstoß, wie Sie der Statistik entnehmen können, um mehr als 7 Milliarden Tonnen erhöht.
Bei allem Bemühen, ein Vorbild zu sein, können wir uns nicht als einzige kasteien, wie es die Vorstellungen der Grünen ist, sondern müssen realistische, sozialverträgliche Wege beschreiten.

Die Ziele einer Senkung des CO_2-Ausstoßes in Deutschland von 1990
bis 2020 auf 40%
bis 2030 auf 55%
bis 2040 auf 70%
bis 2050 auf 80 bis 95% des Ausstoßes von 1990
sind unrealistisch und keinesfalls mit dem Ausstieg aus der Atomindustrie erreichbar.

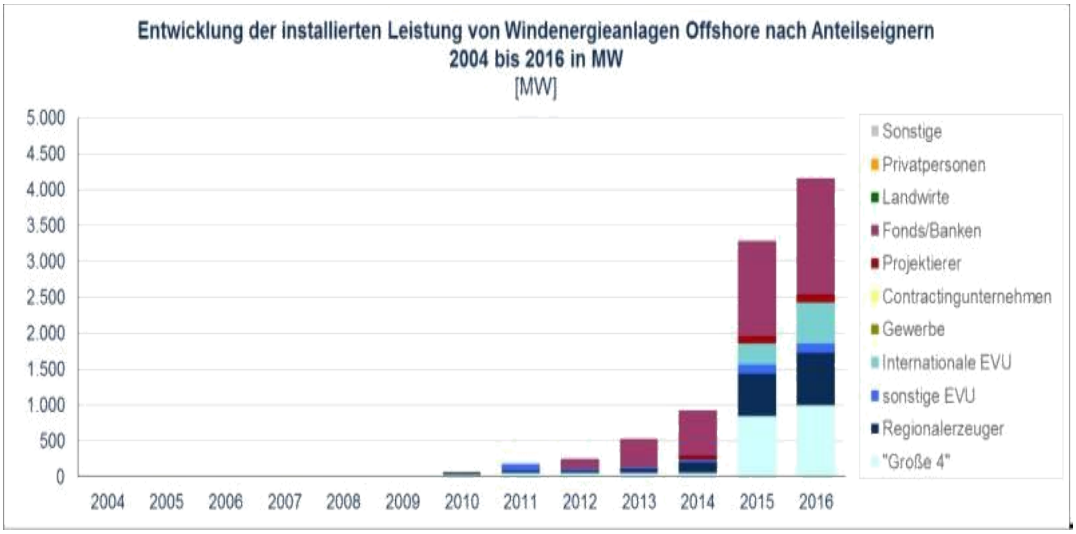
Bei einer heutigen Stromherstellung mit 46% CO-Ausstoß durch
35% Stein- und Braunkohle
13% Gas
12% Kernenergie
5% Öl- und Pumpenspeicherkraftwerken
35% erneuerbarer Energie für die Energiewirtschaft,
und zusätzlichen 21% CO_2-Ausstoß durch Verkehr
14 % CO_2-Ausstoß durch Gewerbe und Handel
13 % CO_2-Ausstoß durch die Industrie
6% CO-Ausstoß durch die Haushalte
Solche Ziele sind Utopien und man sollte sie relativieren.

Dazu gehört auf jeden Fall nicht die Aufgabe der Atomindustrie, denn die Erzeugung von Strom durch die Atomreaktoren erzeugt kein CO_2. Soll eine Umstellung der Automobilindustrie auf Strom erfolgen, wird in Zukunft noch erheblich mehr Strom hergestellt und bereitgehalten werden müssen. Man stelle

sich vor, es ist Ferienbeginn und einige Millionen Autos sind auf dem Weg in den Urlaub. Das
batteriebetriebene Auto benötigt ca. 20 Minuten, um eine Kapazität von 80% zu erreichen. Wie soll die Infrastruktur dafür geschaffen werden?
Heute geht man davon aus, dass die Herstellung einer Batterie so viel CO_2 verbraucht, dass man ein Auto damit (nach Agora Verkehrswende) mit einem Smart 20.000 und einem Audi 100.000 Kilometer, also im Schnitt ca. 50.000 Kilometer fahren könnte. Dabei soll es sich um Strom aus erneuerbarer Energie handeln. Gesicherte Aussagen über die Umweltbelastung der E-Autos gibt es nicht, die Aussagen gehen je nach Interessenlage sehr weit auseinander.
Eine oder die Alternative ist Wasserstoff. Doch diese Technologie ist viel zu lange nicht nachhaltig erforscht worden. Es würde dadurch das Problem der Speicherung der überschüssigen Windenergie und Solarenergie gelöst werden, man bräuchte keine starken umweltschädlichen Batterien und keine elektrischen Aufladestationen, die in dem notwendigen Ausmaß von der Leitungskapazität und der Zweckmäßigkeit her nicht darzustellen sind.
Wenn man sich die Statistik der im Bau und in der Planung befindlichen Atomkraftwerke ansieht, gehen wir mit dem Ausstieg einen völlig falschen Weg. Dies ist der Kleinkariertheit unserer Politiker zu verdanken, die mit Zankereien über mehr als 50 Jahre den Bau eines Endlagers verhindert haben. Es bedarf einer durchsetzungsfähigen Führung, ein solches Vorhaben, wie auch andere notwendige Vorhaben, zu verwirklichen. Die jetzigen Politiker sind nicht dazu in der Lage, weil sie in erster Linie die Interessen der Industrie und des Kapitals vertreten und nicht die der breiten Bevölkerung.
Laut Presseberichten befinden sich weltweit zwischen 1200 und 1400 Kohlekraftwerke im Bau oder sind in der Planung. Das zeugt davon, dass andere Länder überhaupt nicht gewillt sind, die vorgesehenen Klimaziele umzusetzen. Klimapolitik und Treibhausgasausstoß kann man nur beurteilen, wenn man die nötigen Statistiken dazu heranzieht und entsprechende

Erklärungen dazu bekommt. Nur mit Parolen und Geschwafel, wie das bei Politikern so üblich ist, kann man ein so diffiziles und komplexes Thema keinem nahebringen. Ich empfehle zum Umgang mit der Atomindustrie einmal das Buch „Kernenergie, der Weg in die Zukunft“ von Götz Ruprecht und Hans Joachim Lüdecke zu studieren, dann wird man wissen, warum andere Länder auf die Kernenergie setzen.
Die durch Greta Thunberg ausgelöste Hysterie und die Reaktion der Politiker darauf ist einfach nur populistisch. So bleibt es auch nicht aus, dass Habeck mit seinem Halbwissen sich mal einen Klops erlaubt. Seine Gefährtin Frau Baerbock betreibt nichts anderes als Populismus. Ich habe in den vielen Sendungen, in denen man ihr Gehör gibt, nichts anderes als lautes Palavern von ihr gehört, keinen konkreten Vorschlag oder Lösungsmöglichkeiten. Das aber alleine ist die Grundlage, auf deren Basis man den Menschen Gründe für Einschränkungen erklären muss. Die Grünen sprechen zwar viele bekannte Möglichkeiten der CO_2-Reduzierung an, fordern aber auch über Zertifikate indirekt die Finanzierung durch den Bürger, wollen ihn dann jedoch über irgendwelche Vergütungen wieder entlasten. Das sind Traumtänzereien. **Das ist die nächste große Lumperei unserer Politiker. Dem Bürger werden auch hier wieder die Kosten aufgedrückt.**
Wir schränken uns ein und beziehen Atomstrom aus Frankreich. Der deutsche Bürger zahlt Milliarden für teilweise auftretende Überproduktionen von Strom aus Solar- und Windenergie, die wir ans Ausland für kleine Mark verkaufen. Der Bürger bezuschusst den Strom für Solar- und Windenergie mit ca 16 ct und dieser wird für ca. 5 ct ins Ausland verramscht.
Wir müssen uns aber auch über die Versäumnisse in der Vergangenheit bezüglich des Transportes von Gütern über den Schienenverkehr unterhalten. Da gibt es viel aufzuarbeiten. Der Güterverkehr macht bei uns 35% der Verkehrsemissionen aus. Ich sehe keine Möglichkeit, hier gravierende Änderungen durchzuführen. Die in der Vergangenheit gemachten Fehler und Versäumnisse sind so schnell nicht zu ändern. Was an Lastern mit Gütern über die Autobahn fährt, wie soll man da Änderungen

schaffen? Mit dem Kauf einer eigenen Speditionsgesellschaft (Schenker) hat die Bundesbahn falsche Weichen gestellt. Beim Straßengüterverkehr hat es eine Steigerung von 34,2 auf 41 Millionen Tonnen gegeben. Man muss auch Lösungen für den Frachtverkehr und die Kreuzfahrtschiffe auf den Meeren finden, die wahre Dreckschleudern sind. Wenn wir schon einmal mit gutem Beispiel vorangehen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass andere unserem guten Beispiel folgen, aber auch dafür, dass es bei uns sozialverträglich zugeht und die berechtigten Interessen unserer Bürger gewahrt bleiben. Den Eindruck, dass hierauf geachtet wird, kann man aber weder bei den Regierungsparteien noch bei den Grünen gewinnen. Die Interessen der Bürger sind für die etablierten Parteien zweitrangig.
Also nehmen wir uns im Folgenden einmal die weltweite CO_2-Belastung vor und die zu erwartenden Reduzierungen oder Steigerungen in den einzelnen Ländern. Dann ziehen wir zum Schluss ein Fazit.



Während der CO_2-Ausstoß weltweit von 1990 bis 2016 von 22 auf 37,1 Milliarden Tonnen stieg, sank er in Deutschland und der EU drastisch. In der EU von 5.646 auf 4.291 Milliarden Tonnen. In Deutschland von 1.251,6 auf 906.8 Milliarden Tonnen. In China dagegen stieg der CO_2-Ausstoß in diesem Zeitraum um

mehr als 7,4 Milliarden Tonnen. Die USA, die aus dem Klimaabkommen ausgestiegen waren, verzeichneten eine Steigerung von 150 Millionen Tonnen. In Indien erhöhte sich die Menge von 617 auf 2,467 Milliarden Tonnen.
Deutschland hat heute einen Anteil am Weltausstoß von 2,44%, es hat um den Ausstoß seit 1990 um 27,3% gesenkt.
Die ganze Hysterie in Deutschland zum Klimaschutz ist daher völlig unangebracht, denn wir gehen mit gutem Beispiel bei uns und in der EU voran. Allerdings ist in der zurückliegenden Zeit einiges versäumt worden. Wenn wir aber Atomstrom aus anderen Ländern hinzukaufen, dann ist es Unsinn, dass wir unseren Atomstrom reduzieren, anstatt ihn auszubauen. Auch sind die in der EU und in Deutschland vorgesehenen Senkungen auf die bisher vorgesehene Weise nicht machbar. Allein die Vorstellungen in der Automobilbranche komplett auf E-Mobilität zu setzen, sind utopisch. Man stelle sich vor, es ist Ferienbeginn und Millionen Deutsche, die in Urlaub fahren, wollen tanken, – das totale Chaos würde drohen.
Auch der erneuerbaren Energie sind Grenzen gesetzt, Solarstrom ist erst ergiebig, wenn die Sonne scheint, Windräder laufen nur bei Wind. In der Wasserstofftechnologie sehe ich eine große Chance durch Elektrolyse beispielsweise in den afrikanischen Staaten. Wasserstoff durch erneuerbare Energie, die durch die Sonne gewonnen wurde – diese Technologie ist bisher vernachlässigt worden. Auch die Möglichkeit, über die Windenergie gewonnen Strom als Wasserstoff zu speichern, muss man in Erwägung ziehen, denn die Windenergie führt in ihren Spitzen zur Notwendigkeit, Energie zu Spottpreisen an das Ausland abzugeben.
Mit Recht pocht unsere Jugend darauf, den Klimawandel einzudämmen, denn es geht um ihre Zukunft. Ich wünschte mir, sie würde auch für viele andere Sachen auf die Straße gehen, die ihre Zukunft gewaltig beeinflussen werden. Ich denke dabei an den Rentenabbau, der sie treffen wird, ich denke an die Entwicklung des Wohnungsmarktes und ich denke an die Verschuldung und die riesigen Pensionsverpflichtungen. Aber sie

sollten auch demonstrieren gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen sinnlose Kriege der Amerikaner und der NATO, bei denen Millionen Menschen sterben und deren Gründe einfach vorgeschoben und erlogen sind, um in Wirklichkeit Profite mit Rohstoffen zu machen. Die auf uns zugekommenen Flüchtlinge und der IS sind Folgen der Kriege, die in erster Linie die USA angezettelt haben, an denen aber auch die Europäer beteiligt waren. Die Jugend sollte auf die Straße gehen, weil immer noch von Deutschland (Ramstein) aus Drohnen von den Amerikanern losgeschickt werden, die viele unschuldige Menschen töten.

Wenn Deutschland das bis 2030 gesteckte Klimaziel erreicht, bedeutet das, dass ca 0,5% an CO_2-Ausstoß weniger abgegeben wird. Es ist schon gut, wenn wir in Deutschland und Europa eine Vorbildfunktion übernehmen, aber die Hysterie, die ausgelöst wurde, sollte man angesichts dieser Tatsache als übertrieben ansehen und alles etwas gelassener nehmen.Die Forschung zur wirklichen Alternative Wasserstoff ist viel zu spät aufgenommen worden. Sie wird nach den positiven Forschungsergebnissen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in der Verbindung mit der DEA durch die Erzeugung von Wasserstoff durch Erdgas ohne CO_2-Emission die Alternative für die Zukunft sein. In der folgenden Tabelle ist jeweils das Jahr aufgeführt, in dem die CO_2-Emission eines Landes ihren absoluten Höhepunkt erreichte, sowie die aktuelle CO_2-Emission und deren Anteil am Maximum. Alle Zahlen beziehen sich auf die Staaten in ihren heutigen Grenzen. Die Angaben für 2011 sind mit Vorbehalt zu bewerten, solange noch keine Ergebnisse für 2012 vorliegen.

	Volksrepublik China	2011	8979,1	8979,1	100,0
	Vereinigte Staaten	2007	6523,8	6016,6	92,2
	Indien	2011	1798,0	1798,0	100,0
	Russland	1989	2402,2	1675,0	69,7
	Japan	2005	1396,6	1307,4	93,6
	Deutschland	1979	1176,4	802,8	68,2
	Südkorea	2011	738,1	738,1	100,0
	Kanada	2005	646,4	624,4	96,6
	Saudi-Arabien	2011	602,0	602,0	100,0
	Iran	2011	594,3	594,3	100,0
	Vereinigtes Königreich	1973	726,4	511,4	70,4
	Brasilien	2011	481,9	481,9	100,0
	Mexiko	2011	460,1	460,1	100,0
	Südafrika		2011	457,1	457,1
	Indonesien	2011	452,1	452,1	100,0
	Italien	2005	496,5	430,2	86,6
	Australien	2006	400,8	392,2	97,9
	Frankreich	1973	544,1	375,5	69,0
	Polen	1987	495,6	349,9	70,6
	Spanien	2007	407,7	340,1	83,4
	Taiwan	2007	345,2	329,0	95,3
	Türkei	2011	323,4	323,4	100,0
	Ukraine	1990	754,2	320,8	42,5
	Thailand	2011	297,0	297,0	100,0
	Niederlande	2007	278,1	265,0	95,3
	Vereinigte Arabische Emirate	2011	226,7	226,7	100,0
	Ägypten	2011	211,7	211,7	100,0
	Singapur	2011	210,3	210,3	100,0
	Malaysia	2010	203,7	202,2	99,3
	Venezuela	2011	195,6	195,6	100,0
	Argentinien	2011	188,7	188,7	100,0
	Kasachstan	1988	251,6	170,3	67,7
	Pakistan	2010	164,4	162,2	98,7
	Belgien	2008	163,4	145,6	89,1
	Vietnam	2011	128,1	128,1	100,0
	Usbekistan	2002	131,7	122,6	93,1
	Tschechien	1979	201,5	121,6	60,3
	Algerien	2011	107,2	107,2	100,0
	Griechenland	2007	108,4	91,3	84,2
	Rumänien	1989	209,7	85,0	

Anteile Stromerzeugung Deutschland

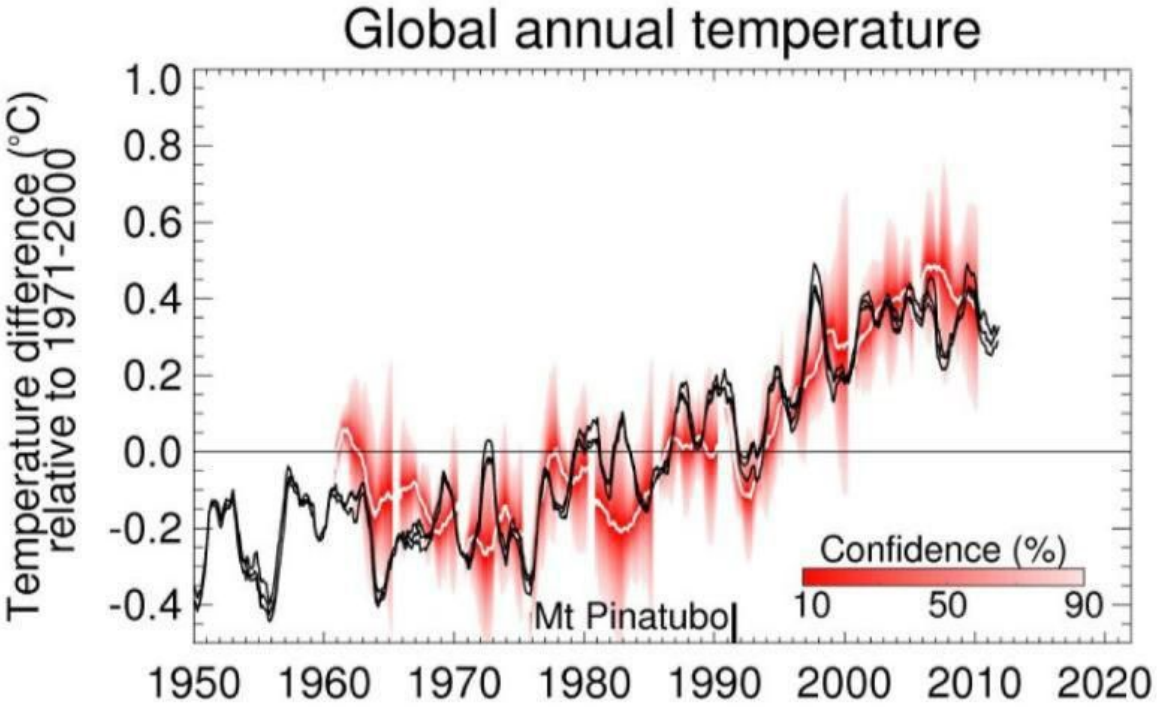
Energieträger	1990	2000	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Braunkohle	31,1	25,7	24,5	23,0	24,5	25,5	25,2	24,8	23,9	23,1	22,6	24
Kernenergie	27,7	29,5	22,6	22,2	17,6	15,8	15,2	15,5	14,2	13,1	11,6	13
Steinkohle	25,6	24,8	18,1	18,5	18,3	18,5	19,9	18,9	18,2	17,0	14,6	14
Erdgas	6,5	8,5	13,6	14,1	14,0	12,1	10,6	9,7	9,6	12,1	13,1	7
Mineralölprodukte	2,0	1,0	1,7	1,4	1,2	1,2	1,1	0,9	1,0	0,9	0,9	0
Windenergie onshore		1,6	6,5	6,0	8,0	8,0	8,0	8,9	11,0	10,3	13,3	20
Windenergie offshore							0,1	0,2	1,3	2,0	2,8	
Wasserkraft	3,6	4,3	3,2	3,3	2,9	3,5	3,6	3,1	2,9	3,3	3,0	3,0
Biomasse		0,3	4,4	4,7	5,3	6,3	6,5	6,9	6,9	7,0	7,0	8
Photovoltaik		0,0	1,1	1,8	3,2	4,2	4,9	5,7	6,0	5,9	6,1	9
Hausmüll		0,3	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	1,0	0,9	0,9	0,9	
Übrige Energieträger	3,5	3,9	3,6	4,2	4,2	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	4,3	1

Ziehen wir ein Fazit:

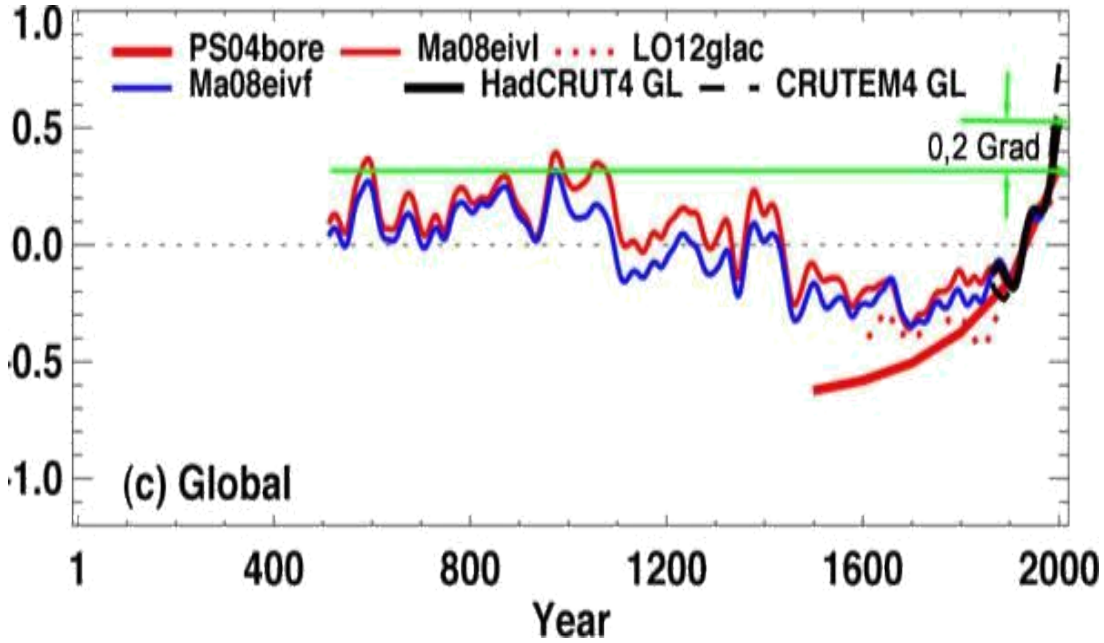
Keine Hysterie, sondern Realitätssinn ist gefragt

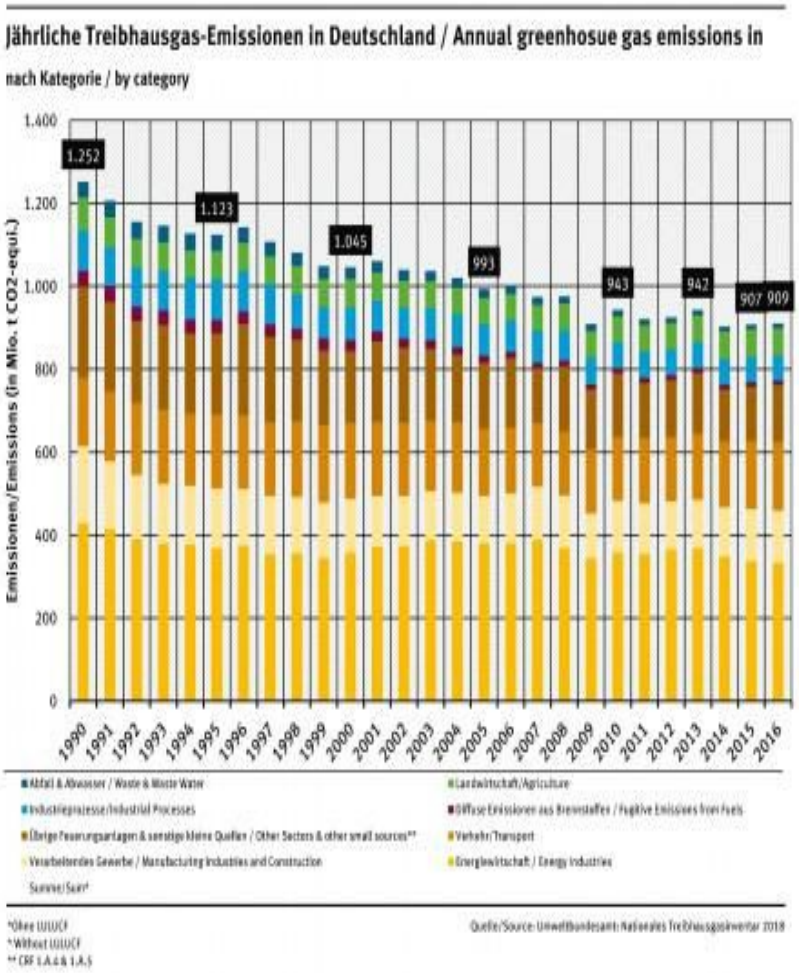
Die von der EU und von Deutschland vorgesehenen Ziele der Reduzierung des CO_2-Ausstoßes sind ehrenhaft, aber nicht realistisch, wie so viele Ziele und Vorgaben der EU und Deutschlands unrealistisch waren. Unsere Politiker sind so blöd, immer wieder irgendwelchen Vorgaben der EU zunächst zuzustimmen und dann die negativen Konsequenzen daraus ziehen zu müssen, die in erster Linie immer den Bürger und Steuerzahler treffen. Hier seien beispielsweise Fahrverbote genannt, Beispiele gibt es genug, zum Beispiel, dass ab September 2014 Dieselmotoren maximal 80 mg Stickoxyd pro Kilometer emittieren durften und ab Januar 2015 alle Neuwagen die Euro-6-Grenzwerte erfüllen mussten (Richtlinie 2008/50 EG). Tagesmittelwerte über 50 pg/cbm durften nicht öfter als an 35 Tagen pro Kalenderjahr auftreten. Die Strafen von 30 bis 60 Milliarden Euro an die EU bei Nichteinhaltung von vorgeschriebenen Werten sollen wir bezahlen.
Es ist in früheren Jahren in Bezug auf Umweltschutz in Deutschland in Europa und in der Welt vieles versäumt und falsch gemacht worden. Nehmen wir zunächst einmal die Situation in der gesamten Welt in Bezug auf den CO_2-Ausstoß. Die Entwicklung können Sie den Statistiken entnehmen. Damit sind die Ziele der Klimakonferenz von Paris utopisch. Es ist richtig, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen, ich sehe allerdings nicht ein, dass wir uns übermäßig kasteien, während

andere, wie beispielsweise die USA, die Ziele ignorieren. Wir müssen eine ausgewogene Wandlung vollziehen, das fordert eine sozial verträgliche Umsetzung, bei der die Bürger nicht unnötig eingeschränkt und zur Kasse gebeten werden, aber auf der anderen Seite der Ausbau der Atomkraftwerke nicht mit einbezogen wird. Die Herstellung von Strom durch Atomkraftwerke erzeugt kein CO_2 und der Ausbau von AKWs senkt die Emissionen der Herstellung durch fossile Brennstoffe über die wirksame Ausnutzung des Urans durch die schnellen Brüter. Man ist außerdem in der Lage, zu günstigen Preisen Wasserstoff herzustellen. Wir haben in den nächsten Jahren keine nutzbare Speicherkapazität, um den überschüssigen Strom aus der Wind- oder Solarenergie selbst zu verwerten, sondern müssen ihn ins Ausland für kleines Geld abgeben, auf Kosten der Haushalte, die die erneuerbare Energie bezuschussen. Es ist wie bei den Windparks ohne Anschluss an das Netzwerk, bei dem auch der Haushaltskunde den Strom bezahlt, der nicht erzeugt und durch fehlende Netzverbindung nicht verwertet wird. Wir zahlen laufend, weil die Politiker zu doof sind, über den Tellerrand hinauszuschauen.
Wir zahlen auch 30 bis 60 Milliarden Euro an die EU als Strafzahlungen nach der „Effort Sharing Decision“, weil wir nicht die von der EU vorgeschriebenen Emissionssenkungen bei Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft einhalten. Deutschland lässt sich durch seine unfähigen Politiker als Melkkuh der EU behandeln. Als Dank gibt’s dann keine Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme. Abgeladen werden die Versäumnisse der Regierungen dann mal wieder auf den Bürger, denn die jetzt festgelegte Belastung mit Zertifikaten trägt am Ende wieder er.
Leider tritt keine grundlegende Veränderung dadurch ein, dass immer mehr Bürger sich von den etablierten Parteien abwenden, sie ein bisschen abstrafen. Nur eine grundlegende Veränderung durch die Wahl einer neuen Bürgerpartei, bei der letztlich der Bürger das Sagen hat, wie es bei einer Demokratie sein sollte, ist in der Lage, alle Schlampereien der bestehenden Regierungen aufzudecken und Veränderungen herbeizuführen. Was uns hier in der Klimapolitik vorgeführt wurde und wird, ist eine Posse. Die Anbiederung an eine Greta Thunberg wirkt lächerlich und will auch nur von den wirklichen Problemen der Politik, die es auf allen Sektoren gibt, ablenken. Wir brauchen handlungsfähige Menschen in der Politik, mit entsprechendem Wissen und Fähigkeiten. Daran fehlt es, wenn man sich die Gestalten ansieht.



Bei aller Hysterie wollen wir auch nicht aus den Augen verlieren, dass die Erderwärmung in den letzten 15 Jahren stagniert und dass schmelzendes Eis auf dem Meer am Nordpol keine Erhöhung des Wasserspiegels auslöst. Das gilt höchstens für die Gletscher auf dem Festland. Der Anstieg des Meeresspiegels von 1870 bis 2004 betrug 19,5 cm im Jahr, im 20. Jahrhundert 1,7 mm und von 1961 bis 2003 1,8 mm. Es gab Zeiten, in denen auf Grönland Getreide angebaut wurde.





Das Setzen auf Sonnenenergie und Windräder in erster Linie zur Stromentwicklung ist nur eine halbe Sache. Es werden nie Sonnen- und Windenergie zur kontinuierlichen Stromherstellung ausreichen, um gleichmäßig versorgen zu können, die Sonne muss scheinen und der Wind muss wehen. Also muss grundsätzlich immer eine Grundversorgung über andere Energieträger geleistet werden.

Dazu bietet sich als Konstante ohne CO_2-Belastung zunächst einmal die Atomenergie an, über die man jederzeit mit überschüssiger Energie Wasserstoff herstellen kann. Für das schnelle Anlaufen eignet sich Erdgas bzw. aus Erdgas gewonnener Wasserstoff. Die Wasserstoffenergie wird die Zukunftsenergieerzeugung sein, deshalb ist das kurzfristige ausschließliche Setzen auf Elektroautos totaler Humbug und zeigt, dass die Politiker nicht über den Tellerrand hinausgucken können.

Inzwischen wurde von dem Forschungsinstitut KIT in Zusammenarbeit mit der Wintershall Dea eine Wasserstoffgewinnung aus Erdgas nach der sogenannten Cracken-Methode entwickelt, bei der als Abfallprodukt

Kohlenstoff und Wasser übrig bleiben, also keine CO_2-Belastung entsteht, und das zu einem vertretbaren Preis von 2 bis 3 Euro pro Kilogramm Wasserstoff. Inzwischen ist die Forschung in der Atomindustrie an einem Punkt angelangt, an dem das Uran fast vollkommen genutzt werden kann und damit nur relativ wenig Atommüll übrig bleibt, wodurch sowohl das Problem des Atommüllabfalls enorm verringert wird, als auch die Kosten des Atomstroms sich stark verringern. Auch die Sicherheit der neuen Generation ist gegeben. Zu den bisher weltweit bestehenden 451 Atomkraftwerken kommen in nächster Zeit ca. 200 hinzu, 54 sind im Bau, der Rest ist in der Planung.Der in Deutschland vorgenommene Ausstieg aus der Atomindustrie, einmal durch populistischen Druck der Grünen, zum anderen durch eine weitere Wahnsinnstat von Frau Merkel und ihren Claqueuren, wird uns gegenüber anderen Staaten wirtschaftlich enorm benachteiligen. Mit dem Ausstieg aus der Atomindustrie und dem fast ausschließlichen Setzen auf Elektroautos stellt sich Deutschland ins Abseits und wird ein wirtschaftliches Desaster erleben. Man darf nicht vergessen, dass die Autoindustrie eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft ist. Es wird allerdings schwerfallen, mit wissenschaftlichen Argumenten gegen eine festgemachte Meinung dieser Regierung und von deren Pressesprecher, der „öffentlichen Rundfunkanstalten“, anzukommen. Ohne eine unabhängige Institution**,** mit Beratung von unabhängigen, aber fachlich versierten Beratern und Forschern wird dies nicht gelingen.

Die Wirtschafts- und Bankenkrise

Die Wirtschafts- und Bankenkrise ab 2007 wurde durch die Zockerei der Banken ausgelöst, die immer wieder Gelegenheit suchen, das schnelle Geld zu machen. Rekapitulieren wir: Ausgelöst wurde die Krise durch faule Immobilien, die die Amerikaner unseren Banken untergeschoben hatten. Nicht genug damit, wurden zusätzlich unsere Gemeinden von den Amis mit Crossborder-Geschäften kräftig über den Tisch gezogen.

Man kann nur wieder fragen, was haben sich die Politiker in den Rathäusern nur dabei gedacht? Haben sie wirklich geglaubt, mit Zockerei Geld verdienen zu können?

Was hier geschehen ist, kann man wieder nur der Dummheit und Naivität der Politiker zuschreiben. Die Politiker haben die Pflicht, mit

dem Geld der Steuerzahler sorgsam umzugehen, hier hat man sich auf windige Geschäfte eingelassen. Man nimmt an, dass Milliarden Steuergelder damit verzockt wurden. Nicht nur mit Crossborder-Geschäften, sondern auch mit Wetten auf Rohölpreise, Aktienkurse und Zinsen. Auch bei Lehman Brothers wurde Geld angelegt. Cross-Border-Leasing war eine windige Sache, die sich einige US-Investoren ausgedacht bzw. ausbaldowert hatten. Sie glaubten ein Steuerschlupfloch gefunden zu haben, das dann aber aufgedeckt wurde. Mit der Aufdeckung wurde das vermeintliche Geschäft zu einem gewaltigen Minusgeschäft für die Gemeinden. Der Hintergrund hätte die Kämmerer stutzig machen müssen. Der Staat verschenkt doch kein Geld. Aber so weit haben die Politiker der Städte und Gemeinden nicht gedacht.
Das zeigt einmal wieder, dass es nicht ausreicht, dass Berater zur Verfügung stehen, auf deren Sachkenntnis man sich verlassen kann, wenn dem Politiker die Fachkenntnis fehlt. Aber die Politiker haben nicht so weit gedacht, sie wollten ihr Stadtsäckerl wieder auffüllen und verkauften Kanalisationen, Schienennetze, Müllverbrennungsanlagen und sogar Schulen an windige Geldmacher aus den USA. Das soll 150 Städte und Gemeinden in Deutschland betreffen. In Ulm, Böblingen und Wuppertal verkauften sie die Müllöfen, in Berlin, Leipzig und Köln die Messehallen, in Essen und Düsseldorf das Schienennetz, in zwei Dutzend Städten die Straßenbahn, in Stuttgart, Bochum und Schwerin die Kanalisation. Mit Schließung des reinen Steuerschlupfloches kamen Probleme auf die Städte und Gemeinden zu. Doch das ganze Ausmaß dieser Verlustgeschäfte, die Konsequenzen daraus wurden dem Bürger nicht aufgedeckt. Solche Dinge werden natürlich vertuscht. Die Politiker vermeiden nach Möglichkeit jede Transparenz. Transparenz wird es erst geben, wenn der Bürger an allen Entscheidungen beteiligt ist, bei in einer Volksherrschaft, einer direkten Demokratie.

Lobbyismus und Vetternwirtschaft

Der Bürger hat im Gegensatz zu vielen anderen Teilen der Gesellschaft keine Lobby. Er wird von den Politikern nicht ernst genommen, er braucht auch nicht ernst genommen zu werden, weil er keine Macht hat, er wird vernachlässigt, er wird benachteiligt, er wird **verarscht**.
Unter verarscht verstehe ich mangelnde Transparenz, dass er nicht mitbekommt, wo die Kohle beispielsweise hingeht, mangelnde

Information beispielsweise darüber, wer welchen Posten zugeschoben bekommt, auch die Bevorzugung vieler Interessengruppen, wie beispielsweise von Banken, Unternehmen und Organisationen. Dazu gibt es Interessenvertreter (Lobbyisten), die für alle möglichen Gruppen tätig sind. Die Beamten und die Parlamentarier werden von Haus aus vertreten, weil sie in den Parlamenten sitzen. Der größte Teil der Bevölkerung jedoch, der normale Bürger, hat keine Lobby. Darum kommt er auch am schlechtesten weg. Wir werden das bei der Reallohnentwicklung sehen, bei den Renten, bei den Versteuerungen hoher Einkommen, bei dem immer weiter Auseinanderdriften von Arm und Reich.

Traditionell hat der normale Bürger eine Partei gewählt, von der er glaubt, dass sie seine Interessen am besten vertritt. Das ist nicht mehr so. Letztlich sind die Parteien zunächst mal ihre eigenen Lobbyisten. Vorrangig versorgt man erst mal sich selbst, seine Verwandten, seine Parteigenossen, sein Umfeld, was auch schon mal ein Verein sein kann. Was es an Posten in Verwaltungen, städtischen Betrieben, kommunalen Einrichtungen, halb städtischen, halb staatlichen Betrieben gibt, auch Posten in großen Unternehmen, alles wird mit- und eingenommen. Für mich ist das im weitesten Sinne Korruption, ich werde später darauf zurückkommen.

Um die Bürger bei Laune zu halten, macht man ihnen Wahlgeschenke, so absurd sie teilweise sein mögen, wie die Rente mit 63, eine Frauenquote im Aufsichtsrat (was letztlich wieder nur Posten für Parteigänger sind). Der größte Wahlschlager waren Kitas. Ist gut angekommen, war aber wie üblich mit vielen Fehlern behaftet, weil nicht richtig durchdacht. Aber mit solchen Wahlgeschenken lenkt man von den wirklichen Problemen ab. Sie treten in den Hintergrund.

Entscheidend für den Bürger ist jedoch, wie er bei der Verteilung des Profits der positiven wirtschaftlichen Entwicklung abschneidet. Wenn ich die Entwicklung der Verteilung vergleiche, kann ich nur sagen, er wird **verarscht**, von vorne bis hinten. Nicht ohne Grund wird ein kleiner Teil der Bevölkerung immer wohlhabender und bessergestellt, die breite Masse hingegen hat nur einen geringen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg. Sie erarbeitet ihn in erster Linie, hat aber nur einen ganz geringen Anteil an dessen Verteilung. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, es sind aber nicht nur die Superreichen, die absahnen, sondern auch die, die durch ihre

Positionen in der Politik und der Wirtschaft zu den oberen Klassen gehören. Politiker, die ihre Beziehungen verkaufen und für Vorträge viele hunderttausend Euros bekommen, Vorträge bei Unternehmen halten, denen sie vorher Aufträge zugeschanzt haben, oder deren Interessen in der Politik vertreten. Es gibt nur eine Möglichkeit, wie sich der Bürger eine eigene Lobby verschaffen kann, und zwar, indem er sich selbst wählt und sich damit die Möglichkeit verschafft, bei allem mitzubestimmen, auch bei der Verteilung. Nur über diesen Weg kann er totale Transparenz schaffen und an allen politischen Entscheidungen mitwirken. Ich glaube, dass heute noch die Möglichkeit besteht, eine Veränderung in diese Richtung zu bewirken. Da im Laufe der Zeit immer mehr Menschen Profiteure, aber auch Abhängige unseres jetzigen Staatssystems sind und an den Schalthebeln der Macht und der Meinungsbildner sind, wird es immer schwieriger werden, eine solche Veränderung durchzuführen. Doch schaffen wir keine Veränderung, führt das in eine Zweiklassengesellschaft, bei der der arbeitende, das Wirtschaftsprodukt schaffende Bürger der Dumme ist, während der andere Teil, die Politiker und alle Profiteure von Politikern, den Rahm abschöpfen, ähnlich wie in sozialistischen Systemen. Nehmen Sie allein mal die Posten unserer Abgeordneten in Aufsichtsräten und dergleichen. Das ist Postenzuschusterei ohne fachliche Kompetenz. Wenn ich von Profiteuren gesprochen habe, gehören neben Politikern mit ihrem Anhang, Unternehmen und Banken auch in großem Maße die Medienvertreter in Rundfunk und Fernsehen und weitere große Teile der Presse dazu. Zum größten Teil unterschwellig wird dem Bürger von der Presse seine Meinung infiltriert. Die Ausstrahlungen der Medien bewirken, dass der Bürger (Zuschauer) völlig eingenebelt wird, dass sich die Meinung der Presse immer mehr zu seiner eigenen Meinung macht, dass er so viel Mist inhaliert, dass er zu einem vernünftigen eigenen Denken nicht mehr in der Lage ist und den Manipulationen erliegt. Der „öffentliche Rundfunk und das öffentliche Fernsehen“ sind in großem Maße abhängig von der Politik, allein durch die Finanzierung. Mit Ausgaben von inzwischen mehr als **9,6 Milliarden Euro** wurd**e** eine Institution geschaffen, bei der von Gnaden der Politik Leute Unsummen verdienen, aber auch allgemein ein hoher Verdienst für alle möglich ist. Wer will schon einen solchen Job verlieren, indem er gegen seine Gönner berichtet? Das Familienministerium hat einen Etat von **7,6 Milliarden Euro** im Vergleich zu den Ausgaben für Funk und Fernsehen von 9,6 Milliarden. Da kann man doch guten Gewissens

von Staatsrundfunk und -fernsehen sprechen. Bei diesen Medien sind mittlerweile viele tausend Menschen beschäftigt, weiterhin profitieren einzelne Moderatoren dadurch, dass sie durch eigene Unternehmen Produktionen betreiben. Hier wird gnadenlos Geld verpulvert für Serienstars und Prominentenspiele, das den Bürgern mit fragwürdigen Methoden aus der Tasche gezogen wird. Neuerlich wurde bekannt, dass Moderatoren wie Netzer und Scholl allein Millionen im Jahr kassieren sollen.
Hinzu kommt das private Fernsehen mit noch einmal 4 bis 6 Milliarden Euro an Ausgaben, die über Werbeeinnahmen eingespielt werden und letztlich auch vom Bürger über auf den Verkaufsartikeln liegenden Kosten bezahlt werden. Sowohl das private Fernsehen als auch Zeitschriften und Zeitungen liegen in wenigen Händen, die den Leuten ihre Meinung bilden. Als Beispiel seien genannt Springer, Burda und Funke. Auch diese Leute gehören zu einer Klientel, die nicht die des normalen Bürgers ist. Auch durch sie wird intensive, aber auch teilweise unterschwellige Meinungsbildung betrieben. Aber es wird auch mit einem zeitweilig unerträglichen Mist, wie *Dschungelcamp* oder *Big Brother*, zu einer Verdummung beigetragen, die für einen normalen Menschen nur schwer zu ertragen ist.
Die Meinungsbildung in Deutschland liegt also in erster Linie in den Händen der Regierung, Entschuldigung, ich meine in Händen des „öffentlich rechtlichen Rundfunk und Fernsehens“ sowie bei Bertelsmann und der Media AG mit Ausgaben von 15 bis 16 Milliarden Euro, die ausschließlich von den Bürgern bezahlt werden. Und wer bestimmt die Meinung und welche Mitbestimmung hat der Bürger? Ihm wird seine Meinung schon bestimmt. Dazu kommen noch die Zeitschriften, Magazine und Tageszeitungen von Burda, Springer, Funke etc. Eine Hand voll Akteure beherrscht die Medien.
Man kann nun nicht alle Medienberichterstatter über einen Kamm scheren, doch gibt ein großer Teil von ihnen ausschließlich die Meinung der Regierungsparteien wieder. Das mag auch daran liegen, dass bei uns fast ausschließlich diese Leute zu allen politischen Dingen befragt werden und ihre Meinung sagen, die wiederum von den Berichterstattern zu ihrer eigenen Meinung gemacht wird. Auffällig ist, dass diese selten regierungskritisch ist. Nur wer im Internet richtig recherchiert, stellt fest, dass es eine Reihe renommierter Wissenschaftler und Wirtschaftsfachleute gibt, die eine ganz andere, differenzierte Meinung haben. Nur kommen diese in Rundfunk und Fernsehen nicht

zu Wort. Wer etwas gegen die Regierungsmeinung sagt, grenzt sich aus. Nehmen wir den ehemaligen bayerischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Gauweiler. Dieser Mann hat erfahren müssen, dass Recht ist, was die Regierung sagt, auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch für mich hat das Bundesverfassungsgericht nicht dafür gesorgt, dass Schaden vom deutschen Volk abgewandt wird. Der EU-Vertrag hätte niemals abgeändert werden dürfen. Deutschland hätte nie einer solchen Veränderung zustimmen dürfen. Die Haftung für andere EU-Staaten durch den deutschen Bürger und Steuerzahler in einer Höhe von mehr als 800 Milliaden Euro, die uns Frau Merkel federführend, aber auch das Parlament in einem dreitägigen Husarenstreich aufgedrückt haben, hat gezeigt, dass bei uns alles am Bürger vorbei gemacht werden kann und wird. Herr Gauweiler hat als Anwalt aus meiner Sicht die Ohnmacht gesehen und kennengelernt und war nicht weiter bereit, diesen Irrsinn mitzumachen.
Diese Machtausübung ohne Kontrolle durch den Bürger erinnert an den Umgang in totalitären Staaten. Man setzt sich über das Grundgesetz hinweg, indem man dem Land keine neue Verfassung gibt, man tritt der EU bei, ohne das Volk, den Bürger zu befragen und mitentscheiden zu lassen, im Gegensatz zu anderen Ländern. Man gibt die D-Mark auf und führt den Euro ein, ohne die Bürger mitbestimmen zu lassen. (Und das, laut Kohl, weil sie dagegen gewesen seien.) Das sind Manieren totalitärer Staaten, aber nicht die einer Demokratie.
Es wird Zeit, dass der Bürger zu seinem verbrieften Recht kommt, dem der Mitbestimmung bzw. der Bestimmung.

Der Lobbyismus

Wenn ich davon gesprochen habe, dass es in Deutschland eine Entwicklung zu einer negativen Lastenverteilung auf Kosten der unteren Bevölkerungsschicht gibt, so gibt es die positive Profitverteilung zu Gunsten der Industrie und der Vermögenden.Hierzu besteht ein Heer aus ca. 5000 Lobbyisten in Berlin, die keine andere Aufgabe haben, als Vorteile für die unterschiedlichsten Interessengruppen, in erster Linie für die Industrie und Vertreter der Geldmacht herauszuholen. Das geht so weit, dass von deren Vertretern Gesetzesvorlagen ausgearbeitet werden, die dann in den Bundestag kommen und dort abgesegnet werden. An und von diesem Lobbyismus profitieren die, die dadurch

Vorteile erlangen, aber natürlich auch die, die diese Freundschaftsdienste durchsetzen.
Ich möchte da mal wieder auf unsere Frau Merkel zurückkommen, die bei der EU eine höhere Abgasbegrenzung für Kraftfahrzeuge verhinderte. Es folgte eine Parteispende der Familie Quandt an die CDU in Höhe von 690.000 Euro. Über Altkanzler Schröder wurde, in Verbindung mit Riester, die Riester-Rente eingeführt. Es profitierte davon Maschmeyer, der dadurch zum Milliardär wurde und sich auch nicht lumpen ließ und für Schröder eine Wahlkampfspende in Höhe von 600.000 Euro springen ließ, des Weiteren eine ominöse Zahlung für Buchrechte von 2 Millionen Euro an Schröder berappte.
Diese Reihe kann man beliebig fortsetzen. Inzwischen haben sich in Brüssel gar ca. 15.000 Lobbyisten angesammelt, die zum Nutzen einiger Interessenten und zum Schaden für die breite Masse auch dafür sorgen, dass Milliarden Euro in die richtigen Kanäle fließen. Und wie empfänglich Politiker dafür sind, kann man an der der Flick-Affäre sehen.
Das alles werden Sie natürlich nicht so aus unserer Presse, aus den Medien erfahren, denn unsere Presse hat gute Gründe, im Sinne unserer Regierungsmeinung zu berichten.

Schwarzbuch 2013 des Bundes der Steuerzahler

Nachfolgend einige Beispiele aus einer Vielzahl von Steuerverschwendungen, die vom Bund der Steuerzahler aufgeführt wurden.

- Das seit 2006 im Bau befindliche Institut für Tierseuchen-Untersuchungen: Kostensteigerung von 280 auf 340 Millionen Euro.
- Das Bundesnachrichtendienst-Gebäude in Berlin: Kosten von 720 auf 912 Millionen Euro gestiegen.
- Das Lausitzer Überleiter-Projekt: von 4,6 auf 51 Millionen Euro gestiegen.
- Die Rathaussanierung in Mülheim an der Ruhr: von 36 auf 49 Millionen Euro gestiegen.

– 302 Millionen Euro für einen Hightech-Vogel in die Luft geblasen.
– Mit dem Projekt „Rapid Eye“ (Erdbeobachtungssatelliten) wurden 91,2 Millionen Euro in den Sand gesetzt.
– EU: 2007 wurde festgelegt, dass die Zahl der Kommissare ab 2014 von 28 auf 19 reduziert wird. Im Mai 2013 wurde dieser Beschluss wieder gekippt. Jeder Kommissar plus Bedienstetem verursacht jetzt Kosten von ca. 1,5 bis 2 Millionen Euro im Jahr, macht mal eben 50 Millionen mehr.
– Für das „Patriot“-System wurden **1,1 Milliarden Euro** für eine wertlose Entwicklung ausgegeben
– Regionalflughafen Kassel-Calden: Bei der Planung ging man von 63,9 Millionen Euro aus. Tatsächliche Baukosten: 271 Millionen Euro; zusätzliche jährliche Verluste 2012: 6,6 Millionen Euro, Tendenz steigend.

Solange Politiker und Administratoren nicht für ihre leichtfertigen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden, werden weiterhin Milliarden durch den Schornstein gejagt. Deshalb ist es wichtig, dass der Bürger an allen Entscheidungen beteiligt wird, wodurch Transparenz gegeben ist, die bislang möglichst unterbleibt.

Kommen wir nun zu den Abgeordnetendiäten

Die haben richtig zugelangt. Allein die Diäten sind von 307 Euro im Jahr 1950 auf 9.082 Euro im Jahr 2015 gestiegen. Als weitere Zulage gibt es eine monatliche Kostenpauschale zur Bezahlung von Bürokosten sowie Mehraufwendungen für Unterkunft und Verpflegung am Sitz des Deutschen Bundestags in Höhe von 4.267,06 Euro. Für diese Kosten ist kein Nachweis erforderlich. Sie werden bezahlt, auch wenn sie in dieser Höhe nicht anfallen. Sie sind steuerfrei. Des Weiteren können die Abgeordneten kostenlos die Bahn in der ersten Klasse benutzen, auch für ihre Privatfahrten. Sie haben außerdem das Recht, Mitarbeiter bis zu einer Gesamthöhe von 16.019 Euro im Monat zu beschäftigen. Diese dürfen nicht mit den Abgeordneten verwandt sein. Das ist natürlich eine gute Gelegenheit, zusätzlich Asche zu machen. Was natürlich auch ausgenutzt wird.

Wie das aussieht, konnte man erfahren, als in Bayern Manipulationen aufgedeckt wurden. NTV schrieb: „Die Verwandtenaffäre bringt Bayern, die CSU und die Parteien insgesamt in Misskredit. SPD-Spitzenkandidat Ude fordert fünf Rücktritte von CSU-Politikern, der Landtag veröffentlicht die Namen von 79 Abgeordneten. Die Affäre um die mit Steuergeldern bezahlten Familienjobs von Abgeordneten und Kabinettsmitgliedern in Bayern schlägt immer höhere Wellen. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) veröffentlichte die Namen von 79 Abgeordneten, die seit dem Jahr 2000 Ehepartner, Kinder oder Eltern als Bürohilfen engagiert hatten. Mit dazu gehören der frühere Kanzleichef Siegfried Schneider und Innenstaatssekretär Hermann Regensburger. Acht ehemalige und amtierende CSU-Minister und Staatssekretäre haben ihre Verwandten als Bürohilfen angegeben. ‚Es ist ein Skandal, wenn buchstäblich eine Handvoll Kabinettsmitglieder den Staat als Beute betrachten‘ so äußerte sich Oberbürgermeister Ude. Da muss ich Herrn Ude Recht geben.
Aber es sind nicht nur eine Handvoll Kabinettsmitglieder, Herr Ude, es ist eine Betrachtungsweise der Politiker, die sich über unser ganzes Land erstreckt, in vielfältiger Form. Im Übrigen hatten auch 21 Sozialdemokraten Familienmitglieder ersten Grades angeheuert, darunter die frühere SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt. Dazu gab es Schlagzeilen: „Ude: Vetternwirte müssen Fraktion verlassen“, „Minderjährige Kinder als Mitarbeiter bezahlt – CSU-Politiker gibt Ausschussvorsitz ab“, „Verlobten für 39.000 Euro als Mitarbeiter beschäftigt – Bundestag entlastet Dorothee Bär“. Die von Ude zum Rücktritt aufgeforderten Minister und Staatssekretäre hatten ihren Frauen im Schnitt Beträge zwischen 500 und knapp 1000 Euro netto pro Monat für Teilzeitarbeit bezahlt. Georg Schmid musste als einziger Politiker aus der Affäre politische Konsequenzen ziehen und trat im April 2013 zurück. Er wurde vom Augsburger Amtsgericht zu einer 16-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt und einer Geldbuße von 120.000 Euro. Er hatte seine Frau 22 Jahre als Scheinselbstständige in seinem Wahlkreis beschäftigt.
Spiegel Online berichtete, wie viele Abgeordnete noch Nebeneinkünfte neben ihrem Mandat beziehen. Demnach müssen Nebeneinkünfte über 1000 Euro monatlich angegeben werden. 123 Abgeordnete haben Nebenjobs in Aufsichtsräten und dergleichen . Die Zahl derer, die die

sich neben ihrem Mandat etwas dazuverdienen, verteilt sich im Bundestag sehr unterschiedlich. Bei der
Linksfraktion gaben 41% an, keinen Nebenjob zu haben. In den Unionsfraktionen sammeln sich die meisten Neben- und Großverdiener, siehe die nachfolgende Aufstellung von 2014:
Nebenverdienste der Bundestagsabgeordneten Stufe 10, Nebenverdienste der Bundestagsabgeordneten Stufe 10 (über 250.000 Euro), Abgeordneter Nebentätigkeit Zahl der Nebentätigkeiten Ausschuss Peter Gauweiler (CSU) Anwalt 1 Ausschuss Auswärtiges Albert Stegeman (CDU) Landwirt 1 Ausschuss Arbeit und Soziales Stephan Harbarth (CDU), Vorstand Wirtschaftssozietät, Ausschuss Recht und Verbraucherschutz, Ausschuss Wahlprüfung und Immunität.
Hans Michelbach (CDU), Geschäftsführer 1 Ausschuss Finanzen. Quelle: eigene Angaben; Deutscher Bundestag.
Noch drastischer sind die Diäten bei den EU-Abgeordneten, wie ich noch aufzeigen werde. Der größte Abzocker bei der EU in Brüssel war Martin Schulz von der „sogenannten Arbeiter- und Volkspartei SPD“. Das ist der Mann, der von 2012 bis 2017 Präsident der Europäischen Union war. Nun haben wir Ursula von der Leyen als Komissionspräsidentin bei der EU. Da läuft ein Untersuchungsausschuss und es wird ermittelt wegen Korruption bei Beraterverträgen. Nachweislich sind ungesetzlich Beraterаufträge in Millionenhöhe ohne Ausschreibung vergeben worden.

Korrupte Politiker, korrupter Staat

Weltweit hatten bis zum Jahr 2015 165 Länder eine Konvention gegen Korruption unterschrieben und ratifiziert, nur Deutschland nicht. Sie trat bereits 2005 in Kraft und bestätigt die Gesinnung der sogenannten „Volksvertreter“. Deutschland hat die Konvention erst 2015 ratifiziert. Raten Sie einmal, warum?
Zunächst sollten wir uns einmal fragen, wo Korruption anfängt. Korruption ist eine soziale Interaktion, bei der die Beteiligten vorteilhafte Leistungen austauschen, eine Win-win-Situation, beispielsweise bei Entscheidungsbeeinflussung gegen Geld, sagt Wikipedia. Wenn ich Korruption in diesem Sinn sehe, fallen mir gleich ein paar ganz markante Dinge ein.

Da hat Frau Merkels CDU eine Spende von BMW in Höhe von 690.000 Euro erhalten, zeitgleich mit ihrer Intervention bei der EU gegen eine niedrigere Abgasbelastung für große Kraftfahrzeuge. Die drei Mitglieder der Quandt-Familie haben laut der Bundestagsverwaltung der CDU insgesamt 690.000 Euro zukommen lassen, konnte man lesen. Gemeinsam halten sie 46,7% der Anteile an BMW. Die Spenden fallen zeitlich mit einer brisanten politischen Entscheidung zusammen. Die Bundesregierung kämpfte dafür, strengere Abgasnormen für Autos in Europa später einzuführen, als ursprünglich geplant. Mit Erfolg: Die Bundesregierung verhinderte bei einem Treffen der EU-Umweltminister vorläufig eine EinigungUmweltminister vorläufig eine Einigung. Davon profitierten insbesondere deutsche Oberklasse-Hersteller wie BMW, aber auch Daimler, Audi oder Porsche.

Die CDU-Spendenaffäre

Das Amtsgericht Augsburg erließ einen Haftbefehl gegen den damaligen Schatzmeister der CDU Leisler Kiep wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Man warf ihm vor, 1991 eine Spende des Waffenhändlers Schreiber in Höhe von 1 Million DM für die CDU erhalten und nicht versteuert zu haben. Die Spende soll nicht an die CDU weitergeflossen sein, sondern zwischen Horst Weyrauch, Leisler Kiep und dessen Bevollmächtigtem Uwe Lütje aufgeteilt worden sein. Bei dem Geld, das 1991 auf einem Parkplatz in der Schweiz übergeben worden war, handelte es sich um eine Provisionszahlung der Firma Thyssen in Höhe von 1,3 Millionen DM aus einem Rüstungsgeschäft. Ende November 1999 räumte der frühere Generalsekretär der CDU Heiner Geißler ein, dass die CDU schwarze Konten geführt habe. Helmut Kohl bestätigte dann, nach vorherigem Abstreiten, die Existenz dieser Konten im Fernsehen. Die Namen der Spender gab Kohl nicht preis, mit der Begründung, er habe sein Ehrenwort gegeben, das nicht zu tun. Kurz danach trat Kohl als Ehrenvorsitzender zurück, beteuerte allerdings, politische Entscheidungen bei Waffenlieferungen und dem Verkauf der Mineralölraffinerien in Leuna seien nicht käuflich gewesen. Wer’s glaubt, wird selig.
Es wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der von 1999 bis 2002 tagte. Im Laufe dieser Untersuchungen stellte sich heraus, dass die

CDU in der Schweiz zahlreiche Schattenkonten besaß und eine Stiftung namens Norfolk. Diese Konten dienten der Verschleierung illegaler Parteispenden. In die Affäre waren Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Max Strauß, Roland Koch und Manfred Kanther verstrickt, sowie die Firmen Thyssen und Ferrero. Einige beispielhafte Spenden:

Ferrero	1 Million Euro
Kiep	1 Million Euro
Ehlerding	5,9 Million Euro
Unbek. Herkunft	10 Millionen Euro (1989–1992)

Die Spende von Karl Ehlerding muss im Zusammenhang mit dem Zuschlag für die vom Bund ausgeschrieben 110.000 Eisenbahnerwohnungen gesehen werden.
Mitte Februar 2000 wurde vom Bundestagspräsidenten Thierse eine Geldbuße von 41,3 Millionen DM gegen die CDU verhängt.

Die Spenden der Hessen-CDU

Im Januar 2000 räumte der ehemalige hessische CDU-Vorsitzende Manfred Kanther ein, im Jahr 1983 8 Millionen DM der Landes-CDU ins Ausland transferiert zu haben, was der hessische CDU-Chef Roland Koch hingegen auf 18 Millionen korrigierte. Rücktrittsforderungen gegen Koch blieben wegen der Mehrheit im Landtag, zusammen mit der FDP, ohne Erfolg.
Anfang September 2000 gerieten die hessische CDU und Ministerpräsident Koch weiter unter Druck. Es wurde ihnen vorgeworfen, die CDU-nahe Stiftung „Hessische Akademie für politische Bildung“ als Geldwaschanlage benutzt zu haben. Der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie bestätigte, 1998 und 1999 insgesamt 450.000 DM an diese Stiftung gezahlt zu haben.
Manfred Kanther stand als ehemaliger Landesvorsitzender der hessischen CDU vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zur CDU-Parteispendenaffäre. In seiner Amtszeit als Generalsekretär wurden 1983 20,8 Millionen DM auf schwarze Konten in die Schweiz transferiert.

Verwicklungen des Ferrero-Konzerns

Im Juli 2000 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft eine weitere Millionenspende an Schwarzgeld bei der hessischen CDU entdeckt habe. Dieses Geld stammte wohl vom Süßwarenhersteller Ferrero und floss in die Parteikasse des Landesverbands der hessischen CDU. Dieses Geld wurde nicht ordnungsgemäß als Spende verbucht. Das Unternehmen hatte für sein Werk jahrelang zu niedrige Gewerbesteuern bezahlt. Die Kommune setzte nur 6,8 Millionen Euro an, während die Prüfer 40,2 Millionen Euro für angemessen hielten. Ferrero musste dann 52 Millionen Euro Gewerbesteuer nachzahlen. Manfred Kanther hatte den Konzern anwaltlich beraten.

Walther Leisler Kiep

Im April 2000 wurde ein Brief von Leisler Kiep an Kohl veröffentlicht, in dem er Kohl um Hilfe für den Waffenlobbyisten Schreiber bat mit dem Hinweis auf die brisante Lieferung von Fuchs-Spürpanzern an Saudi-Arabien 1991. Die Bild-Zeitung zitierte damals aus dem Brief: „Lieber Helmut, Du wirst Dich sicher an die Hilfe und Unterstützung in der Angelegenheit Fuchs-Systeme erinnern, welche damals an Saudi-Arabien geliefert wurden. Die Initiative ging von Herrn Schreiber aus, der für Thyssen in Ottawa tätig ist.“ Im Folgenden warb er für ein neues Schreiber-Projekt, die Errichtung einer Panzerfabrik in Kanada: „Ich wäre Dir zu großem Dank verpflichtet, wenn Du Herrn Schreiber helfen könntest.“ Schreiber hatte 1991 im Auftrag von Thyssen 1 Million DM an die CDU gespendet. Kiep nahm damals die Spende entgegen.

Wolfgang Schäuble

Am 31. Januar 2000 gab Schäuble ein weiteres Treffen mit Schreiber im Jahr 1995 zu. Die Schatzmeisterei der CDU habe den Betrag als „sonstige Einnahme“ verbucht. Im Laufe der Untersuchungen zur CDU-Spendenaffäre widersprach die Schatzmeisterin der CDU Brigitte Baumeister den Darstellungen Schäubles. Im Februar 2000 erklärte Schäuble, nicht mehr als Partei- und Fraktionsvorsitzender zu kandidieren. Daraufhin wurde Friedrich Merz Fraktionsvorsitzender und Angela Merkel zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Zuvor hatte Schäuble zugegeben, vom Waffenhändler Schreiber 1994 eine Spende über 100.000 DM für die CDU entgegengenommen zu haben. Später

gab er ein weiteres Treffen mit Schreiber im Jahr 1995 zu, die Schatzmeisterei der CDU habe den Betrag als „sonstige Einnahme“ verbucht. Im Juni 2000 erstattete Schreiber Strafanzeige gegen Schäuble wegen Meineids. Als Angela Merkel daraufhin zur neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, blieb Schäuble jedoch Mitglied des CDU-Präsidiums. Dieser Mann wurde Minister und ist nun Bundestagspräsident. Frau von der Leyen, gegen die ein Verfahren wegen Korruption anhängig ist, wird Kommissionspräsidentin in der EU. Eine feine Gesellschaft.

Bundeslöschtage

Der von der damaligen rot-grünen Regierung zur Aufklärung der Affäre um die verschwundenen Leuna-Akten eingesetzte Burkhard Hirsch kam in seinem Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis, dass vor der Amtsübergabe von Kohl an Schröder offenbar in erheblichem Umfang sensible Akten entfernt oder vernichtet wurden. Beim Verkauf der Leunawerke und des VEB Minol sollen angeblich Schmiergelder in Höhe von 85 Millionen DM geflossen sein. Regierungssprecher Heye sprach davon, dass sich der Verdacht erhärtet habe, dass Unterlagen manipuliert oder teilweise entfernt worden seien. Nach SPD-Obmann Hofmann habe es einen „illegalen Arm“ der CDU gegeben, der in einem geschlossenen System wie im Bereich **organisierter Kriminalität** vor allem mit mündlichen Absprachen operiert habe. Ein früherer leitender Mitarbeiter des französischen Mineralölkonzerns Elf Aquitaine, Andre Tarallo, erklärte, dass der CDU Schmiergelder von Elf Aquitaine gezahlt worden seien. Es konnten allerdings keine entsprechenden Akten über diesen Vorgang gefunden werden. Also war es auch nicht zu beweisen.

So weit die Darstellungen zur CDU-Spendenaffäre, dem Umgang der Politiker mit Schmiergeldern, Korruption, der Wahrheit und dem Umgang der Gerichtsbarkeit mit diesen Tätern. Da wundert man sich nicht über den Ausspruch: Die stecken doch alle unter einer Decke. Denken wir an die Mövenpick-Spende an die FDP. „Mövenpick-Partei“ nannte die stellvertretende Vorsitzende der Linken im Bundestag, Gesine Lötzsch, die FDP auf Grund der Spende von August von Finck. Finck, der milliardenschwere Eigentümer von 14 Mövenpick-Hotels, spendete der FDP im politischen Umfeld der Bundestagswahl 1,1 Millionen Euro. Und just wurde als erste Handlung der schwarz-gelben

Koalition die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7% mehr als halbiert. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Spendenaffäre: 20 Millionen für die Kölner Müllpaten

Was als Kölner SPD-Spendenaffäre begann, erwies sich als Wirtschaftskrimi: Über 20 Millionen DM Schmiergeld sollen geflossen sein, damit die richtigen Unternehmen den 800 Millionen Mark schweren Auftrag für eine Müllverbrennungsanlage bekamen. Drei der Beteiligten, darunter der ehemalige SPD-Fraktionschef, wurden verhaftet, konnte man auf Spiegel Online lesen. Die Staatsanwälte ermittelten, dass für den Zuschlag für den Bau der rund 800 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage 21,6 Millionen Euro an Schmiergeld geflossen seien. Der Müllunternehmer Hellmut Trienekens, der Ex-SPD-Stadtrat Norbert Rüther und der ehemalige SPD-Bundespolitiker Karl Wienand wurden in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wurde vorgeworfen, Bestechung, Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung im Zuge der Vergabe der Müllverbrennungsanlage.
Zunächst konnte man davon ausgehen, dass rund 400.000 Euro über Rüther und Biciste in das Säckel der Genossen geflossen waren. Wie die Staatsanwalt ermittelte, zeichnete sich ein **klassischer Deal zwischen Kommunalpolitikern und Großindustriellen** ab, bei dem alle Beteiligten gut verdient haben. So soll Wienand durch seinen politischen Einfluss wesentlich daran mitgewirkt haben, dass der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller im Jahr 1994 den Zuschlag für den Bau der 800-Millionen-Euro-Anlage bekam. Für diese Hilfestellung soll Wienand 4,4 Millionen Euro von der Firma Steinmüller kassiert haben. Ex-Fraktionschef Rüther von der SPD soll insgesamt 2 Millionen Euro von der Firma Steinmüller über Trienekens erhalten haben.
Auch hier wurde Geld des Steuerzahlers verpulvert, denn die Schmiergelder wurden und konnten gezahlt werden, weil durch diese Manipulationen viele Millionen außerhalb der Schmiergelder für das Projekt zu viel bezahlt wurden. Und es ist wieder so, dass es nur um die Spitze des Eisbergs handelt. Dieser Fall ist nun mal aufgefallen, über die vielen anderen Fälle, bei denen durch Bestechung und Deals zwischen Politikern und der Großindustrie Milliarden an Steuergeldern draufgehen, erfahren wir nichts, weil wie gesagt verschleiert und vertuscht und nach Möglichkeit versucht wird, jegliche Transparenz zu vermeiden.

Dies sind nun einige Affären der politischen Parteien, aus denen zu ersehen ist, wie Politiker mit Recht und Wahrheit umgehen und wie sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Korruptionsfälle sind keine Einzelfälle. Man könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen. Die Parteien in den Spitzen verhalten sich so, dass dies durchgängig ist bis in untere Ebenen. So wundert es einen nicht, dass es allein in NRW im Jahr laut Bild-Zeitung 250 Korruptionsfälle gab. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Auch dahin gehen Milliarden unserer Steuergelder. Beispiele: Landesarchiv Elbphilharmonie, Flughafen Berlin.
Damit haben wir einen nahtlosen Übergang zur Verschwendung von Steuergeldern, was im Jahr den Steuerzahler ebenfalls Milliarden Euro kostet. Wir haben einen Bundesrechnungshof, der jedes Jahr Berichte über das Verschwenden von Steuergeldern anfertigt, doch es ändert sich nichts. Der Rechnungshof hat zwar die Aufgabe, Ausgaben des Bundes zu überprüfen, doch er hat keinerlei Kompetenz, etwas dagegen zu tun, er kann lediglich Empfehlungen geben. Der Rechnungshof wird besetzt auf Vorschlag der Parteien, das bedeutet von vornherein eine relativ unkritische Recherche. Wenn jemand zu kritisch über Parteien oder Regierung berichtet, ist es durchaus Gangart, ihn aus dem Verkehr zu ziehen (Beispiel Sarazin) oder ihn wegzuloben. Sicherlich wäre ein neutraler Rechnungshof mit Kompetenz zu Sanktionen viel besser und eigentlich unbedingt erforderlich. Aber keine der Parteien hat ein Interesse daran. Damit würden ja Parteimitglieder in die Kritik kommen. Das geht natürlich beim Landesrechnungshof genau so weiter. Eigentlich kann keiner so dumm sein, eine so mangelnde Kontrolle und Eingreifmöglichkeit zu dulden. Seien Sie versichert, das ist alles Absicht. So schützt sich die Parteienklasse. Nun kann man einem Gremium wie den Rechnungshöfen nicht jede Aufdeckung verbieten, dann würde diese „Kontrollaufsicht“ ja keine Existenzberechtigung haben und man müsste zugeben, dass man im Grunde gar keine Kontrolle und Kritik haben möchte, deshalb ist sie degradiert zu einer Alibifunktion der angeblichen Kontrolle. Und dann ist da auch noch der Bund der Steuerzahler, der unbequem immer wieder Hinweise gibt, denen man ja dann auch noch nachgehen muss.
Im Grunde kann man diese ganze „Kontrollabteilung“ in die Tonne hauen, denn an ihre Stelle gehört eine neutrale Institution mit Sanktionsmöglichkeiten. Besetzt werden sollte sie von einer neutralen Stelle, wie beispielsweise von den Industrie- und Handelskammern, mit

echten Fachleuten und einem Richtergremium, das Fehlverhalten sanktionieren kann. Aber diese Richter sollten mal nicht von den Parteien ausgesucht werden.
Ein paar gravierende Beispiele von Verschwendung von Steuergeldern, die außerdem noch Schlagzeilen gemacht haben, werden nachfolgend angeführt, sie zeugen davon, dass durch **Inkompetenz, fehlendes Fachwissen der Politiker** und sicher auch Freundschaftsdienste und Korruption Steuergelder in Milliardenhöhe verbrannt wurden.

Chronik des Landesarchivskandals: von 50 auf 190 Millionen Euro

Dies ist ein markantes Beispiel für Korruption und Verschleuderung von Steuergeldern. Im November 2003 wird beschlossen, Teile des Landesarchivs NRW in einem Neubau zusammenzulegen. Ein Jahr später kauft der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW(BLB) dafür ein Grundstück auf der Werdener Straße in Düsseldorf. Die Kosten für den Archiv-Neubau sollen bei ca. 30 Millionen Euro liegen. 2005 bittet die Staatskanzlei den BLB, auch im Ruhrgebiet nach Standorten für das Landesarchiv zu suchen. Ins Gespräch kommen die Zeche Zollverein in Essen und ein 40 Meter hoher Getreidespeicher im Duisburger Hafen, der einer Speditionsfirma gehört. Für das Gelände besitzt die Stadt Duisburg das Erbbaurecht.Nachdem die Landesregierung sich für den Umbau des Getreidesilos und einen Anbau entschieden hat, soll der BLB die Grundstücke von der Speditionsfirma kaufen. Dieser Kauf scheitert jedoch, denn inzwischen hat ein Essener Investor das Gelände gekauft. Das Vorkaufsrecht der Stadt Duisburg in Höhe von 3,85 Millionen Euro nutzt der BLB „wider besseres Wissen“ nicht. Der Essener Investor und der BLB unterschreiben im Oktober 2007 einen Mietvertrag. Dabei geht man von 30 Millionen Euro Baukosten aus und einer proportionalen Steigerung der Miete entsprechend den Baukosten. Im Mai des darauffolgenden Jahres teilt der Investor dem BLB mit, dass die Baukosten nun 70 Millionen Euro betragen würden und die Miete damit auf über 9 Millionen Euro steige. Das wird nun dem BLB zu teuer und anstatt aus dem Mietvertrag wegen der Mehrkosten auszusteigen, kauft man das Gelände nun. Statt des früher möglichen Kaufpreises von 3,85 Millionen Euro bezahlt man nun 30 Millionen Euro an den Investor. **Das ist eine Steigerung von mehr als 26 Millionen Euro in einem Jahr**, die der Investor für Planung und Mietausfall geltend macht.

Alles rausgeschmissenes Geld, man fragt sich, wer sich an diesem Deal alles bereichert hat. Die Sache stinkt zum Himmel.
Im April 2010 war Baubeginn. Von den ursprünglich angenommenen Baukosten von **50 Millionen Euro** landete man schließlich bei **190 Millionen Euro**, eine Steigerung von mehr als 350%.
Aber das ist nicht das einzige Bauvorhaben des BLB, bei dem es nicht mit rechten Dingen zuging. Auch beim Bau der Fachhochschule in Köln gab es undurchsichtige Grundstückskäufe, einen Investor, der dem Land Grundstücke wegschnappte und dann mit enorm hohen Gewinn verkauft hat, dies ist ein weiteres Beispiel für mangelnde Kontrolle, fehlende Kompetenz und auch hier riecht es nach Korruption.

Elbphilharmonie: Kostensteigerung von 186 auf 866 Millionen Euro

So werden Steuergelder durch Inkompetenz und Dummheit verschleudert. Das Bauvorhaben wurde um ein Vielfaches teurer, als 2005 vom damaligen Bürgermeister Ole von Beust (CDU) veranschlagt.
Als 2001 der Architekt Alexander Gérard an den Hamburger Senat herantrat mit der Idee, auf dem Kaispeicher eine Konzerthalle zu bauen, wurde das positiv aufgenommen. Im Jahr 2003 präsentierten die Schweizer Star-Architekten Herzog und de Meuron einen ersten Entwurf der Elbphilharmonie. Nach der ersten Machbarkeitsstudie ging man von Baukosten in Höhe von 186 Millionen Euro aus.
Im November 2006 gab Bürgermeister Ole van Beust bekannt, dass die Kosten auf **241,3 Millionen Euro steigen würden**. Im April 2007 war die Grundsteinlegung.
Im November 2008 räumt die Kultursenatorin Karin von Welck ein, dass sich die Kosten für den Steuerzahler um 209 Millionen auf **323 Millionen** Euro erhöhen**.** Als Eröffnungstermin wird Mai 2012 angegeben. Hochtief kündigt Verzögerungen an, jetzt soll die Eröffnung im April 2014 stattfinden. Im Dezember 2012 kostet das Projekt **575 Millionen Euro**, die Fertigstellung ist für Herbst 2016 geplant. Das Ende scheint nun eine Kostenentwicklung auf **866 Millionen Euro** zu sein. Ein Untersuchungsausschuss hat versucht, einige Gründe für die wahnsinnige Kostensteigerung zu ergründen:
Zunächst einmal gab es keinen Wettbewerb, Hochtief bekam als einziger Bieter den Zuschlag.
Während der Bauzeit kam es immer wieder zu Veränderungen, man spricht von insgesamt 1000. Die Nutzfläche wurde von 84.000 auf 120.000 qm erweitert. 1089 Fensterscheiben sollten nicht glatt sein.

Dafür gab es speziell gewellte Einzelstücke, Mehrkosten: 22 Millionen Euro.
Man wählte Papierhandtuchspender für 957 Euro das Stück.
Der Ticket-Verkaufstresen sollte ursprünglich in Eiche gebaut werden. In Granit und Klavierlack war er 1,8 Millionen Euro teurer.
Dies kann man ins Unendliche fortsetzen. Es zeigt, man kann Politikern keine freie Hand und unkontrolliert wirtschaften lassen, dann vergeuden sie die Steuergelder der Bürger und schaffen eine immer größere Verschuldung. Die Elbphilharmonie konnte am 11. Januar 2017 endlich eröffnet werden.

Flughafen Berlin-Brandenburg (BER): Kosten steigen um das Vierfache von 1,7 auf 6,8 Milliarden Euro

Der Berliner Flughafen sollte im November 2011 seinen Betrieb aufnehmen. **Wieder ein krasses Beispiel für die Unfähigkeit unserer Politiker, mit den Steuergeldern der Bürger umzugehen.** Die Kosten für den Flughafen waren 2004 mit **1,7 Milliarden Euro geplant**. Inzwischen liegen die Baukosten bei **mindestens 6,5 Milliarden.** Es ist allerdings damit zu rechnen, dass sie noch höher liegen. Also kann man davon ausgehen, dass sich die Baukosten auf das **Vierfache** erhöht haben. Der erste Spatenstich erfolgte im Jahr 2006. Natürlich kam es zu der so so viel späteren Eröffnung auf Grund von Planungsfehlern und Pannen.
Sobald Politiker in Bauwerke involviert sind, kann man davon ausgehen, dass es erhebliche Mehrkosten und Verzögerungen bei der Bauzeit geben wird. Deshalb muss man den unfähigen Politikern diese Dinge aus der Hand nehmen und für solche Projekte entsprechende Fachleute einsetzen. Was hilft es schon, dass Verantwortliche wie Herr Wowereit nicht zur Verantwortung gezogen werden können, weil die Mehrheit in Berlin im Stadtrat in den Händen schwarz-roter Politiker liegt? Gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden des Pannenflughafens **Wowereit** wurde zu Recht ein Misstrauensvotum im Rat der Stadt eingebracht. Es scheiterte, weil die beiden Koalitionspartner CDU und SPD mehrheitlich dagegen stimmten. So viel zum demokratischen Verhalten der Parteien. Es ist ein Affront gegen jeden Bürger, der durch die Parteien eben nicht vertreten wird.

Der Bund der Steuerzahler veröffentlicht jedes Jahr ein Schwarzbuch, in dem Objekte der Steuerverschwendung aufgezeigt werden. Nachfolgend sind einige dieser Objekte aufgeführt. Aber auch der Bund der Steuerzahler hat bei Weitem nicht von allen Steuerverschwendungen Kenntnis. Was bekannt wird, ist die Spitze des Eisbergs.
Eine vernünftige Ausgaben- und Personalpolitik hätte zu Vermögenszuwächsen von mehr als 2 Billionen Euro geführt. Eine völlige Transparenz wird zu gewaltigen Einsparungen führen, deshalb muss eine solche Transparenz her. Der Bund der Steuerzahler verlangt die Bestrafung von Steuerverschwendern, denn Verschwendung und Verschuldung sind nicht gottgegeben. Es gibt genügend Beispiele, wie und wo es anders läuft. Einen Rückgang der Verschuldung gibt es zum Beispiel in Dänemark und Schweden, darauf komme ich noch zurück.

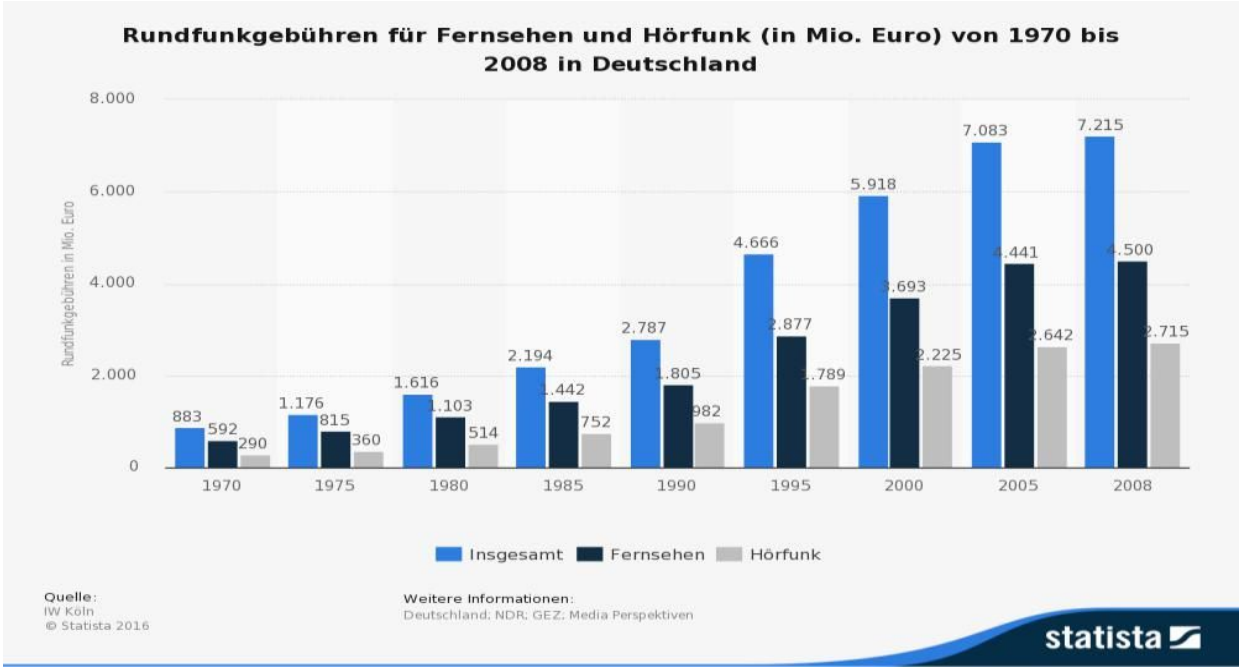
Der Staatsfunk, genannt öffentliche Rundfunkanstalten

Es gibt keinen Rundfunk in Europa, der über eine solche Macht verfügt wie der deutsche Rundfunk, bestehend aus ARD und ZDF. Er wird durch Verfügungen des Bundes bezahlt.
Das sieht so aus: Die Ministerpräsidenten (also die Regierung) setzen eine Kommission zusammen, die KEF, die dann eine Empfehlung ausspricht. Dann entscheidet die Ministerkonferenz (Regierung). Nach dem Motto „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing“ kann man nichts anderes erwarten, als dass in erster Linie die Meinung der Hausherren, und das sind die Parteien und Regierungen, vertreten wird. Eine Meinungsvielfalt kann man vergessen.
Dies spiegelt sich durchgängig in allen Sendungen, die auch nur etwas mit Politik zu tun haben, wider. So wird im Land eine Meinung gebildet und bei Zuschauern und Zuhörern verfestigt, die oft weit weg ist von der Realität. Dazu können sie flächendeckend mit 22 Fernsehsendern und 67 Radiosendern, bestückt mit mehr als 25.000 Mitarbeitern, die Zuschauer einnebeln. In der Fernseh- und Rundfunklandschaft gibt es keine Konkurrenz zu diesem Meinungsmonopol.
Diese Zuschauerinfiltrierung ist in Europa einmalig. Die amerikanische Presse ist Vorreiter bei einer Vernebelung der Zuschauer mit gesteuerter Desorientierung. Mehr als 99% der Amerikaner haben kein Wissen über die Machenschaften der Geheimdienste und Regierungen und glauben, dass die USA andere Länder durch ihr Eingreifen demokratisieren wollen. Die deutschen Medien haben gut aufgepasst und gelernt. Auch hier findet eine solche gesteuerte Desinformation statt. So verwundert es

nicht, dass ein Großteil der Bevölkerung die Regierungsmeinung übernimmt. Der Kreis, der sie kritisch hinterfragt, informiert sich nicht mehr im deutschen Fernsehen, sondern verschafft sich seine Meinungsbildung im Internet.Das ist unseren Parteien natürlich ein Dorn im Auge und man sucht nach Wegen, wie man durch Aktivitäten, auch im Internet, diese Möglichkeiten einschränken kann. Denn dieses Meinungsmonopol ist es, was die bestehenden Kartellparteien überhaupt noch hoch hält. Es macht sich zwar immer mehr eine Unzufriedenheit mit der Politik in der Bevölkerung bemerkbar, doch gibt es keine wählbaren Alternativen. Die mit unserem System Unzufriedenen wählen AfD oder Linke.
Da sind sich dann alle anderen Parteien einig, da hauen sie drauf und Rundfunk und Fernsehen machen lustig mit. Die Linken haben mit ihrer Ideologie und ihrer Vergangenheit ein großes Problem, eine mehr als einstellige Prozent Quote zu erreichen, die AfD wiederum hat sich von Gesinnungsgenossen beeinflussen lassen, die teilweise rechtsradikal sind, und bietet von daher schon so viel Angriffsfläche, dass man sie als nicht salonfähig für eine Regierungsbeteiligung betrachten muss.
Hier kann man die Verurteilung aus diesem Grunde schon verstehen, aber wofür man kein Verständnis haben muss, ist die pauschale Abwertung auch der begründeten Kritik an Regierungsentscheidungen durch die Mitarbeiter der Radio- und Rundfunkanstalten. Für diese einseitige, monopolisierte Meinungsbildung werden wir gezwungen, im Jahr grob **8 Milliarden Euro** hinzublättern, und uns auch noch die Werbung der Industrie anhören und ansehen zu müssen. Das ist so viel, wie im Jahr das Familienministerium für soziale Einrichtungen ausgeben kann. Versucht man einen Kostenmaßstab zu bekommen, beispielsweise in Bezug auf Europa, fällt es einem schwer, einen vernünftigen Vergleich zu finden. Versuchen Sie es einmal, Sie finden fast ausschließlich Vergleiche dazu, was jeder Haushalt zu bezahlen hat. Das ist mal wieder ein Beispiel für manipulierte Meinungsbildung.
Nachstehend die Einnahmen Öffentlich-Rechtlicher in Europa. Nach diesen Zahlen müssen Sie lange suchen.

Norwegen	0,65 Milliarden Euro
Schweden	0,83 Milliarden Euro
Niederland	0,86 Milliarden Euro
Spanien	0,86 Milliarden Euro
Österreich	1,01 Milliarden Euro
Schweiz	1,36 Milliarden Euro
Italien	2,59 Milliarden Euro
Frankreich	3,96 Milliarden Euro
Deutschland	9,76 Milliarden Euro

Das finden Sie dann in deutschen Entwicklung so wieder:



Einschränkung der Meinungsfreiheit

Es ist kein Aufbau einer neutralen Meinungsbildung in Deutschland unter den heutigen Bedingungen möglich und es wird gleichzeitig versucht, die Möglichkeiten, die das Internet dafür anbietet, möglichst zu unterbinden. Handhabungen, wie es in totalitären Staaten üblich ist. Wir haben in unserem Staat die Möglichkeit, unsere Meinung frei zu äußern, es herrscht die Meinungsfreiheit, wir dürfen demonstrieren. Das

sind Freiheiten, die man in einem Rechtsstaat genießt. Diese Freiheiten lässt man gerne zu, ebenso wie „freie Wahlen“ (eines Abgeordneten oder einer Partei). Alles Privilegien sogenannter demokratischer Staaten. Solange man der Bevölkerung seine Meinung eintrichtern kann und die Kartellparteien gewählt werden, braucht man darauf nicht zu verzichten. Aber die inzwischen stattfindende intensive Kommunikation über die sozialen Medien und das Internet wird als Gefahr für den Erhalt der bisherigen Verhältnisse angesehen. Deshalb müssen und werden von den Etablierten hier Schranken gesetzt. Wegen ihrer Macht und der in diesem Punkt gemeinsamen Interessen muss man hier tätig werden. Demokratische Verhältnisse zu bekommen, in Form von Mitbestimmung der Bürger, scheuen die Parteien wie der Teufel das Weihwasser. Diese Freiheit geht dann doch ein wenig zu weit, wenn unsere Parteienherrschaft durch Bürgerbeteiligung in Gefahr gebracht werden könnte.

Wutbürger, Populisten, Etablierte, Antiamerikanismus, Putinversteher, Verschwörungstheorien

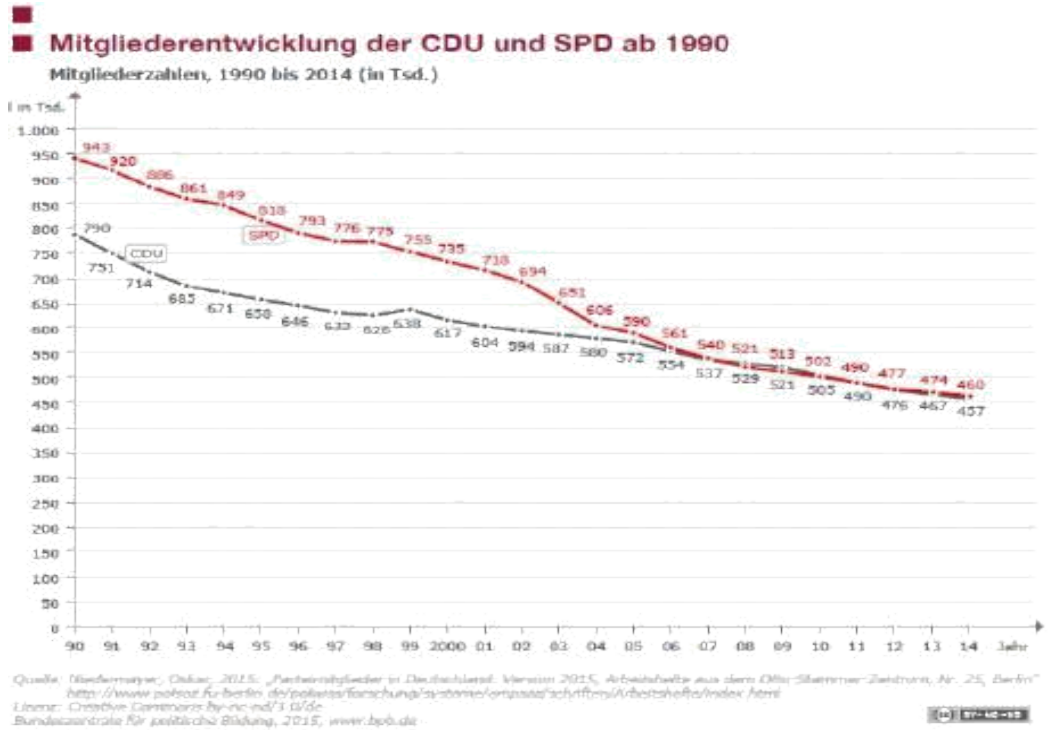
Eigentlich verdanke ich es Dieter Nuhr, dass ich auf den Gebrauch dieser Schlagwörter oder vielleicht auch Schimpfwörter aufmerksam wurde und mich damit befasst habe. Ich finde Dieter Nuhr sehr witzig und tiefgründig. Das war früher auch Dieter Hildebrandt, bis er zu sehr auf die Parteilinie der SPD abglitt. Nun gleitet Dieter Nuhr auch etwas ab. Ich musste mir seinen Beitrag aus dem Jahr 2016 zweimal ansehen, um seine Tendenzen festzustellen. Denn es ist alles gut verpackt. Ich würde ihm auch empfehlen, ja eigentlich sogar von ihm fordern, sich seine Sendung auch noch zweimal anzusehen. Er vergisst niemals, darauf hinzuweisen, dass es uns besser geht als anderen Menschen in der Welt. Er wird dazu vom Rundfunk nicht verpflichtet worden sein, aber was tut man nicht für eine laufend sichergestellte Gage. Er spricht nicht von den Menschen in Deutschland, die zur Tafel gehen müssen, er spricht nicht von den Menschen, die ihre Wohnungen verlassen müssen, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können, er spricht nicht von den Menschen, die von ihrer Rente nicht mehr leben können, er spricht nicht von den Millionen Menschen, die jedes Jahr verhungern, er spricht nicht von den Kriegsverbrechen der USA und der NATO, bei denen Millionen Menschen sterben, bei denen der gesamte Nahe Osten in ein Chaos gerät, bei denen ein Flüchtlingsstrom von Millionen Menschen

ausgelöst wird. Das sind Leute, die braucht die Regierung, die sind gut beim Staatsfunk aufgehoben, sie verbreiten die heile Welt, wie gewünscht. Des Kaisers neue Kleider.
Kommen wir erst einmal zu dem Wort **Wutbürger**. Es ist ein neu geprägter Ausdruck, um die Bürger, die nicht mit den etablierten Parteien konform gehen, als minderwertige Menschen darzustellen. Das heißt in der Umkehrform, wer nicht die etablierten Parteien wählt, ist ein minderwertiger Mensch.
Gleichermaßen geht man mit dem Wort **Populismus** um. Populismus war früher einmal eine positive Eigenschaft, populär war das, was angebracht war. Nun beschimpft man Menschen als Populisten, die mit der Regierungsmeinung nicht konform gehen. Man bezeichnet sie als Rechts- oder Linkspopulisten und stellt sie als Außenseiter und unberechtigte Nörgler dar. Man will sie außerhalb der Gesellschaft stellen, damit nicht weitere, die mit den Etablierten nicht mehr einig gehen, sich zu ihnen gesellen. Man will nicht auf berechtigte Kritik reagieren, sondern die Verhältnisse beibehalten, aber die kritischen Menschen warnen, sich nicht den „Bösen“ zuzuwenden. Als Nächstes versucht man das Wort **„Etablierte“** als Schimpfwort der bösen Populisten darzustellen. Also die bösen Populisten beschimpfen die guten Etablierten mit dem Schimpfwort „Etablierte“. Wer das richtig interpretiert, muss feststellen, dass das alles nicht zufällig, sondern eine absolut gewollte und gesteuerte Manipulation der Menschen ist.
Dieter Nuhr hat das für unsere Getreuen alles vordergründig gut verpackt, das meine ich damit, dass er allmählich abgleitet. Sollte er es selbst nicht wahrgenommen und nur im Unterbewusstsein gemacht haben, was ich ihm eigentlich nicht zutraue, dann soll er sich, wie gesagt, seine Sendung noch zweimal angucken.
Nachdem er die real bestehenden Probleme mit den Flüchtlingen zunächst einmal durch die Art der Darstellung bagatellisiert hat, geht er zur Rechtfertigung seiner Neutralität, mit ein paar Sätzen in eiliger Form doch noch auf die bestehenden Probleme leichthändig ein. Dazu wünsche ich ihm und seiner Familie einmal ein längeren Aufenthalt in Kreuzberg oder Marxloh. Seine Empfehlung, dass es bei den Angriffen von rechts und links doch besser sei, auf die Mitte zu setzen, kann ich ihm nun nicht mehr übel nehmen. Wenn er sagt, dass die halbe Welt froh wäre, wenn sie bei uns leben würden, so muss man ihm unbedingt recht geben. Das ist so. Wenn er sagt, dass es allen in Deutschland gut geht, muss ich ihm allerdings widersprechen. Es geht einer bestimmten

Gruppe in der deutschen Gesellschaft gut, die, die von den anderen profitiert. Dazu gehören sicher auch die Entertainer von Funk und Fernsehen, die bei einem Budget der Anstalten von 9,6 Milliarden Euro besser dran sind als 50% der Rentner, die in 2030 Rentenbezüge unter dem Harz-IV-Satz beziehen. Ein weiteres populäres Wort der Etablierten, mit dem man Tendenzen darstellen will, ist das Wort **Antiamerikanismus**. Es gibt keinen Antiamerikanismus. 99% der Amerikaner sind liebe, nette Menschen, die auch von uns gemocht werden. Wogegen die Bürger sind, ist einzig und allein die amerikanische Administration und das mit Recht. Diese Administration, die weit weg von jeglicher Menschlichkeit agiert, die bewusst die ganze Welt belügt und Kriege aus rein wirtschaftlichen Interessen ohne Legitimation führt (als Beispiel sei der Irakkrieg genannt, aber auch viele weitere Kriege und Einmischungen zum Umsturz nicht genehmer Regierungen), die Menschen ohne Gerichtsverfahren gefangen hält, bei der die Waffen- und Ölindustrie die Richtung bestimmt, in deren Land die sozialen Leistungen katastrophal sind, in dem die Diskrepanz zwischen Arm und Reich erschreckend ist, die uns bis in unsere Wohnstuben ausspioniert, diese Regierung ist unmenschlich.
Wir haben nichts gegen die Amerikaner, nein, wir bedauern sie, dass sie in einer so fürchterlichen Weise regiert werden, dass sie keine Gelegenheit haben, sich durch Wahlen eine demokratische Regierung zu wählen. Wir haben keinen Antiamerikanismus, auch der ist bewusst von unseren Etablierten erfunden worden.
Wenn in einem Land ein Führer wie Trump, dessen Wahl viele Milliarden Dollar gekostet hat, die Politik bestimmt, wenn es nur zwei Parteien gibt, bei denen die Abgeordneten Geld haben müssen, um gewählt zu werden, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun, dann kann man die amerikanischen Bürger nur bedauern. Im Senat mit 100 Mitgliedern wird über ein Vermögen von durchschnittlich 3 Millionen US-Dollar verfügt; ohne entsprechendes Vermögen kommt man da nicht rein. Im Repräsentantenhaus sitzen 435 Abgeordnete. Es gibt dort nur zwei Parteien. Amerika hat mit Demokratie aber auch gar nichts am Hut.
Auch die Beschimpfung **Putinversteher** ist eine bewusste Irreführung und der Versuch, das Verhalten der Russland negativ darzustellen. Wir alle wissen, dass das Regime in Russland nicht demokratisch ist. Das ist nicht unsere Angelegenheit. Wir müssen das Verhalten der NATO und

der USA gegenüber Russland und das Verhalten Russlands gegenüber uns, der NATO und anderen Staaten betrachten.
Wir Deutschen haben gegen Russland einen unberechtigten Krieg geführt mit 24 Millionen Toten, die die Hitler-Regierung auf dem Gewissen hat. 1989 hat Russland uns die Hand gereicht, für die Wiedervereinigung Deutschlands gesorgt und den Kalten Krieg beendet. Sie haben von der USA, der NATO und Deutschland die Zusage erhalten, die NATO keinen Zoll nach Osten auszuweiten (Aussagen von US-Außenminister Baker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher). Diese Zusagen sind authentisch und im Internet wörtlich zu hören. Die NATO und Deutschland haben diese Zusagen gebrochen und sich über 12 Länder nach Osten ausgeweitet. Mit der vorgesehenen Aufnahme der Ukraine in die NATO wäre Russland endgültig von der NATO eingekesselt gewesen. Russland hat sich dagegen mit einer völkerrechtswidrigen Annexion der Ukraine zur Wehr gesetzt. Es hat ein völkerrechtliches Unrecht begangen, wie es bei der NATO vielfach geschehen ist. Das Imperium USA hat daraufhin Sanktionen gefordert, die wie immer von seinen Vasallen befolgt wurden. Ich halte mich und 99% der Bundesbürger für friedliebende Menschen, die keine Kriege und Konflikte wollen, unsere Regierung ist mit verantwortlich, für diese imperialistische Politik, die ich verurteile.

Der Mitgliederschwund in den Parteien



Die Mitgliederzahlen in den etablierten Parteien sind gewaltig gesunken, wie wir an der oben gezeigten Statistik unschwer erkennen können. Um das zu ergründen, müsste man mit den ausgetretenen Mitgliedern sprechen. Diese Entwicklung zeigt eindeutig, dass man die Verwirklichung und Umsetzung positiver Ziele durch die Parteien in der breiten Masse als nicht mehr möglich ansieht. Und so ist es auch. Wer in die Bereiche der Parteihierarchie kommen will, wo er etwas mitbestimmen und verändern kann, muss sich im wahrsten Sinne des Wortes nach oben dienen. Das heißt, er muss sich anpassen können, er muss gleicher Meinung sein wie die über ihm Stehenden und entsprechend seine Voten abgeben. Hat sich einer erst mal gegen die Meinung des Mainstream gestellt, ist er unten durch und hat kaum eine Chance, wieder nach oben zu kommen. Deswegen muss man sich in der Partei anpassen können. Viele verlassen nach dieser Einsicht die Partei wieder. Es bleiben die, die genügend Selbstvertrauen, genügend Ellenbogen haben und in einer Partei weiter kommen können als in einem normalen Berufsleben. Was man als Politiker können muss, ist quatschen können. Es mag noch so viel Quatsch sein, es kann noch so viel gelogen werden, man muss es einfach mit Überzeugung bringen. Den TV-Moderatoren muss man auch nachsehen, dass sie sich oftmals in der Materie nicht so auskennen, obwohl man bei so hochdotierten Leuten, wie Frank Plasberg, Anne Will, Maybrit Illner und Sandra Maischberger, die zwischen 100.000 und 200.000 Euro pro Sendung bekommen, das schon erwarten könnte.
Ich wundere mich immer, mit welcher Frechheit Politiker Fakten oder Zahlen in den Raum stellen, aber sie wissen scheinbar, dass sie nicht korrigiert werden. Wie gesagt, man muss nur quatschen können, mag es auch noch so viel dummes Zeug sein, Hauptsache, man bringt es mit Überzeugung vor. Das haben sie alle gelernt. Rechtsanwälte, der größte Teil der Abgeordneten, haben das von Hause aus schon drauf. Angepasst sein muss man in einer Partei, sonst kommt man nicht nach oben. Aber auch wenn man oben ist, muss man weiter angepasst sein. Schaut man sich die Führungsriegen der Parteien an, wie bei der CDU alles, was sich hinter Merkel versteckt: Weichmänner, so weit man sehen kann. Mann muss sich nicht wundern, dass bei einem solchen Umfeld katastrophale Entscheidungen von einer Frau getroffen werden konnten, die dafür prädestiniert ist.
Was einmal als soziale Marktwirtschaft vorgesehen war, ist zu einem brutalen Neoliberalismus geworden. In diesem System herrschen

Macht und Geld, Korruption bei Politikern, Vetternwirtschaft, Lobbyismus zur Wahrung der Interessen von Kartellen der Wirtschaft.
Dazu eine US-Politik, die die Weltherrschaft anstrebt und ausüben will.
Eine UNO, die in ihrer jetzigen Form nicht kriegsverhindernd, sondern kriegsfördernd ist.
Wollen wir in einer friedlichen und gerechteren Welt leben, müssen wir unser jetziges System überall in Frage stellen.
Wir müssen die UNO in ihrer jetzigen Form in Frage stellen. Wir müssen die NATO in Frage stellen
Wir müssen die EU in ihrer jetzigen Form in Frage stellen.
Wir müssen die Form unserer jetzt bestehenden sogenannten Demokratie in Frage stellen.
Wir müssen den Föderalismus in Deutschland mit seinen Auswüchsen in Frage stellen.
Wir müssen die fehlende Kontrolle unserer Staatsausgaben in Frage stellen.
Wir müssen dafür sorgen, dass keine Menschen mehr aus Armut verhungern.
Wir müssen dafür sorgen, dass durch unsere Waffenindustrie keine Menschen umgebracht werden.
Von Deutschland aus dürfen keine Menschen tötenden Drohnen starten.

Allgemeines soziales Verhalten

Man kann von einem einigermaßen intelligenten Menschen eigentlich ein soziales Verhalten erwarten, oder vielleicht nicht? Soziales Verhalten sollte im Kleinen anfangen und heute für jeden Führungsmenschen selbstverständlich sein. Ist es aber nicht. In der heutigen Zeit des Neoliberalismus scheint die Gier nach Macht und Geld bei vielen die Oberhand gewonnen zu haben.
Sozialverhalten gehört zur christlichen Lehre. Es wird auch auf vielen christlichen Gebieten gelebt. Denken wir an Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten, Missionarstationen usw. Sozialverhalten ist freiwillig, es kann nicht erzwungen werden. Man könnte dieses Verhalten auch selbstlos nennen, im Gegensatz zu einem ichbezogenen Verhalten. Wenn führende Persönlichkeiten das nicht vorleben, kann man auch nicht erwarten, dass die Allgemeinheit es lebt. Man hört das Argument, wenn der Staat sich uns gegenüber nicht sozial verhält,

brauchen wir es auch nicht tun. Dies fängt schon mit kleineren Steuerbetrügereien an, es setzt sich fort beim Schwarzarbeiten neben Harz-IV-Bezügen.

Im Allgemeinen kann man sagen, wenn der Staat es nicht vorlebt, tun es viele Bürger auch nicht. Zum Sozialverhalten des Staates gehört, dass es eine gerechte Verteilung gibt, dass der Staat seiner Fürsorgepflicht in Form einer Betreuung des Bürgers nachkommt, sei er krank, sei er alt, wenn er Pflege braucht, dass er eine ordentliche Rente erhält, dass er sein Wohnumfeld behalten kann. Es darf weder eine Klientel bevorzugt noch eine benachteiligt werden, die den Staat vertretenden Parteien und deren Mitglieder müssen Sozialverhalten vorleben und keine Korruption im weitesten Sinne oder Vetternwirtschaft betreiben. Dem ist aber leider nicht so. Und so kann man auch nicht erwarten, dass der Bürger sich so verhält.

Und doch gibt es viele Menschen, die ein soziales Verhalten vorleben, die karitative Einrichtungen unterstützen oder auch selbst unterhalten, Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen oder sozialen Einrichtungen ausüben, wie beispielsweise bei der Tafel. Aber gerade der Kapitalismus, den wir heute erleben, die Gier der Menschen nach Macht und Geld lässt vielerorts das Sozialempfinden in den Hintergrund treten. Eine soziale Marktwirtschaft kann der Kapitalismus ertragen, aber nicht eine Verhaltensweise, bei der mit brutaler Gewalt um Ressourcen Kriege geführt werden und der Tod von Millionen Menschen in Kauf genommen wird. Bei der jeden Tag 23000 Menschen verhungern, während andere in Saus und Braus leben.

Das passiert, wenn der Bürger nichts zu sagen und zu bestimmen hat, wie es heute überall auf der Welt üblich ist, wenn allein eine Elite der Macht bestimmt. Das zu ändern ist eine Aufgabe der Menschlichkeit.

Demokratie: Anspruch und Realität

Unsere Regierung und die Parteien nehmen für Deutschland und viele westliche Länder, wie auch für die USA, in Anspruch, eine Demokratie zu sein. Dieser Anspruch ist irreführend und nicht gegeben. Demokratie wäre eine Volksherrschaft, von der wir und auch fast alle anderen Länder, mit Ausnahme der Schweiz, weit entfernt sind.

Fragen Sie sich einmal selbst, welchen Einfluss Sie auf irgendeine politische Entscheidung nehmen können. Keinen. Oder sagen wir so

gut wie keinen. Was bei uns als Demokratie bezeichnet wird, ist einzig und allein die Möglichkeit, eine Partei zu wählen. Sie können dann glauben oder hoffen, dass sie Ihre Interessen vertritt, Sie werden aber immer wieder eines Besseren belehrt werden, denn alle Parteien vertreten in erster Linie ihre eigenen Interessen, nämlich zunächst einmal ihren Machterhalt, als Nächstes die Interessen von Gruppen, die durch Lobbyisten Einfluss auf die Politiker nehmen. Ihre Möglichkeit, eine Partei zu wählen, ist kein Zeichen für das Vorhandensein einer Demokratie, denn Sie können damit in keiner Weise selbst an einer politischen Entscheidung mitwirken oder gar selbst etwas bestimmen.
Ich sage mal ganz provokant, wenn Sie sich von diesen Politikern vertreten fühlten, wären Sie mit schuld an Millionen Menschen, die durch die Kriegsverbrechen der USA und der NATO ums Leben gekommen sind. Sie hätten es mit zu vertreten, dass täglich von Deutschland aus Menschen, Zivilisten und Kinder, durch amerikanische Drohnen, die von Ramstein in Deutschland aus gesteuert werden, getötet werden.
Ich kann Sie beruhigen, Sie haben keine Schuld, weil wir keine Demokratie sind und Sie selbst nicht mitbestimmen können. Aber hätten wir eine Demokratie, könnten Sie mitbestimmen, würden keine Drohnen von Deutschland aus starten, um unschuldige Zivilisten und Kinder zu töten. Es würden keine illegalen Kriege geführt werden mit hunderttausenden von Toten. Es wäre vieles anders. Darum brauchen wir eine direkte Demokratie, bei der Sie entscheiden können, was passiert.
Sie gehören, wie wir alle, bisher zum dummen Wahlvolk, das einmal sein Kreuzchen macht, aber letztlich nichts selbst bestimmen kann. Könnten Sie mitbestimmen, gäbe es keine deutschen Soldaten in Afghanistan, es gäbe keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, mit denen hunderttausende Menschen im Jemen getötet werden, es gäbe keine Billionen Schulden, für die Sie irgendwann zur Kasse gebeten werden. Es gäbe keine Mietexplosionen, sondern Wohneigentum und ausreichend Sozialwohnungen. Es gäbe ausreichend Rente für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben.
Im „demokratischen“ Amerika bestimmen auch nicht die amerikanischen Bürger, sondern der Mann, der mit vielen Milliarden Wahlkosten und Wahlhilfe an die Macht gekommen ist. In Amerika hat ein Mann das Recht, die Welt mit seinen teilweise obskuren Forderungen und Drohungen in Atem zu halten. Die amerikanischen

Bürger haben seit Jahren lediglich das Recht, sich zwischen zwei Parteien zu entscheiden. Sie nennen sich auch Demokratie. Ich verstehe etwas anderes darunter. Und die deutsche Regierung lässt sich von den Amerikanern gängeln, Deutschland macht, was Amerika sagt. Wir sind für Amerika in Afghanistan, wir lassen von unserem Gebiet aus Drohnen der Amerikaner fliegen, mit denen unschuldige Menschen getötet werden. Wir lassen uns mit Strafzöllen drohen, wir müssen Sanktionen gegen andere Länder einhalten, unsere Kanzlerin muss sich abhören lassen und nimmt das grußlos hin, wir müssen unsinnige Aufrüstung betreiben. Wir sind die Vasallen der Amerikaner.
Haben Sie das gewählt????
Zu unserer sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ gehören ein paar „demokratische“ NATO-Staaten, die mit illegalen Kriegen für Millionen Kriegstote gesorgt haben, die damit den Nährboden für den IS geschaffen haben, die Flüchtlingsströme ausgelöst haben. Wenn Sie und ich und die Bürger Amerikas und der anderen NATO-Staaten hätten bestimmen können, wäre all das nicht passiert. Wir haben keinerlei Einflussmöglichkeiten, sonst sähe die Welt anders aus. Aber wir sind nur Marionetten. Also hören wir auf, von Demokratie und westlichen Werten zu reden.
Wir haben uns mit Recht aus den Kriegen der Amerikaner in Nahost herausgehalten, die mit zweifelhaften und verlogenen Behauptungen von Amerika angezettelt wurden. Sie haben destabilisierte Länder im Chaos zurückgelassen. Für die heutige Situation dort sind sie mit verantwortlich. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass Frankreich und England sich mit den Amerikanern dort verbrüderten.
Im Vergleich haben die Russen mit kleineren Auseinandersetzungen in ihrem Hegemonialbereich militärisch agiert. Amerika hingegen macht nichts anderes, als außerhalb seines Territoriums militärische Auseinandersetzungen zu führen. Außerdem wenden sie Milliardenbeträge auf, um in anderen Ländern Unruhen zu schaffen und ihnen nicht genehme Regierungen zu stürzen, das alles aus wirtschaftlichen Machtinteressen, sowohl in Mittelamerika, Südamerika als auch in Asien und im Nahen Osten. Wer sich einmal den amerikanischen Staatshaushalt ansieht, wird feststellen, dass zwischen 500 bis 700 Milliarden US-Dollar für das Militär ausgegeben werden, das heißt, von den Steuern der Bürger wird ein großer Anteil für Krieg spielen ausgegeben. Ein abschreckendes Beispiel.

Die Militärausgaben Russlands betrugen dagegen 2000 31,1 und 2014 91,7 Milliarden US-Dollar. Unserem Staat kann man nur anraten, sich nicht weiter blind und kritiklos an Amerika anzuhängen. Die USA-Sanktionen für Nord Stream 2 zeigen den wahren Charakter.

Parteien und Machterhalt

Oberstes Ziel der Parteien ist der Machterhalt. Die Parteien und ihre Führungsriegen denken zuerst einmal an sich. Dass die bestehenden Parteien Politik für oder im Sinne der Bürger machen, glauben nur Phantasten. Es sind letztlich nur unbedingt notwendige Dinge, die von den Parteien gemacht werden, um den Wähler bei der Stange zu halten. Reparaturen, keine sozialen Leistungen zum Wohl der Menschen, wie ein sozialer Wohnungsbau, wie er früher mal zur Lebens- und Alterssicherung vorgesehen war, keine Rente, die sicher ist (nach Norbert Blüm) und die eine gesicherte Altersversorgung sein sollte, wie sie es beispielsweise in Österreich ist.
Helmut Kohl war ein gutes Beispiel dafür, wie man sich über alle moralischen Normalitäten rücksichtslos hinwegsetzen kann. Sein Machtmissbrauch kannte keine Grenzen. Dabei spielten für ihn Recht und Gesetz keinerlei Rolle, wie man es dem erwähnten Fernsehbericht *Bimbes* entnehmen kann. „Zufälligerweise“ ist er dafür nicht im Gefängnis gelandet, wie es jedem normalen Bürger bei diesen Straftaten passiert wäre.
In seine Fußstapfen, was den Machtausbau in der Partei betrifft, ist Frau Merkel getreten. Unliebsamer Konkurrenten, wie beispielsweise Koch oder Merz, hat sie sich entledigt. Zusätzlich hat sie sich mit einem Heer von Ja-Sagern, wie Kanther, Altmeyer usw., umgeben. Damit hat sie sich über Jahre einerseits eine konkurrenzlose Position aufgebaut und konnte so allein regieren. Mit dieser Machtstellung ist es ihr gelungen, Entscheidungen für die Bundesrepublik zu treffen, die in ihren Ausmaßen und Auswirkungen Deutschland über Jahre belasten werden. Sie wird in die deutsche Geschichte eingehen als Katastrophenkanzlerin. Ich will nur einige krasse Fehlentscheidungen anführen, wie die Nacht-und-Nebel-Aktion, mit der Rücknahme der No-Bailout-Klausel, die für unser Land und unsere zukünftige Generation das Risiko einer Belastung von vielen hundert Milliarden Euro beinhaltet. Und das ohne Not. Ein Fiasko, das von den

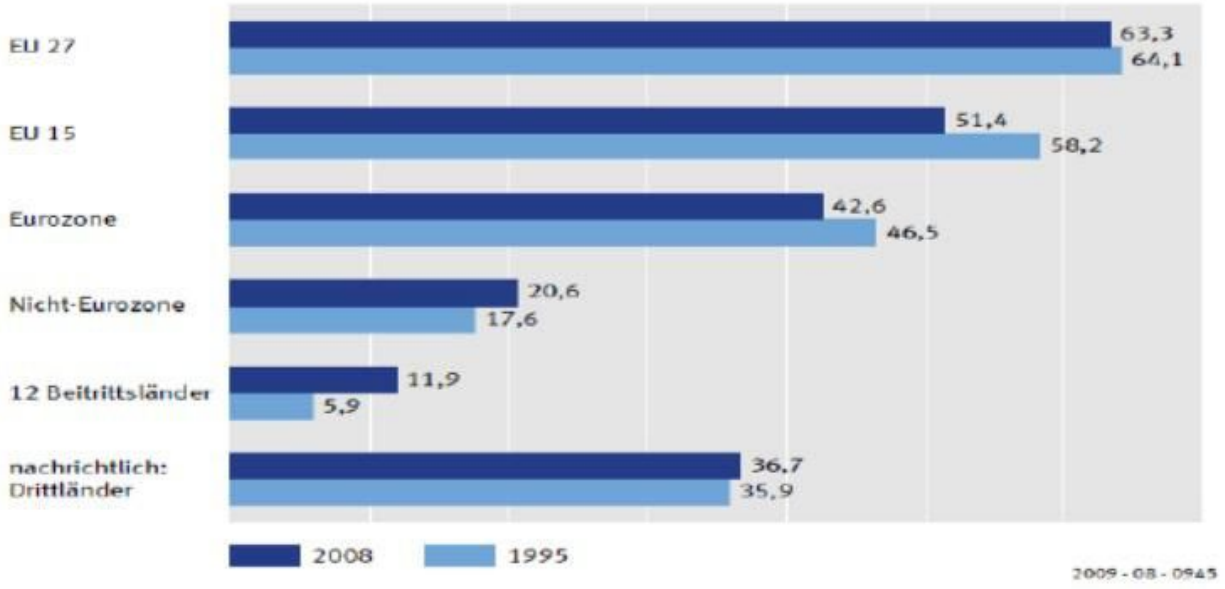
Abgeordneten im Parlament und im Bundesrat gleichermaßen zu verantworten ist. Es zeigt die Inkompetenz der Politiker, die fast ausschließlich von wirtschaftlichen Zusammenhängen keine Ahnung haben. Woher auch? Wer von denen war in einem Betrieb an der Schüppe? Frau Merkel unterstelle ich mildernd, dass sie nicht mit wirtschaftlichem Sachverstand gesegnet ist (woher sollte sie ihn auch haben), andernfalls sind ihre krassen Fehlentscheidungen nicht zu erklären, die Deutschland Kosten und Risiken in Billionenhöhe gebracht hat.
Dann die Entscheidung zunächst für eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung der Atomkraftwerke, anschließend, nur sechs Monate später, aus wahltaktischen Gründen der Ausstieg aus der Atomindustrie. Merkel, mit einem Physikstudium, hätte schon zu diesem Zeitpunkt bekannt sein müssen, dass Atomenergie keinen CO_2-Ausstoß mit sich bringt und damit ein wichtiger Faktor für dessen Eindämmung ist. Aber ihre Physikkenntnisse scheinen auch nicht so überragend zu sein, denn sie ist mit verantwortlich für die Atommülllagerung in Gorleben und die Schäden durch das Auslaufen der Fässer. Dass sie dafür nicht zur Verantwortung gezogen worden ist, ist für mich bei der Sonderstellung der Politiker bei Gerichten nicht überraschend.
Unter Merkels Leitung ist nun auch die Entsorgung des Atommülls von den Energieunternehmen auf den Bund übertragen worden, für ein Butterbrot. Die Entsorgung wird ein Vielfaches des Preises kosten, den die Energieunternehmen mit 24 Milliarden Euro dafür bezahlt haben. Den Rest bezahlen wir, die Bürger.
Billionen Kosten veranschlagt man auch für die Folgen von Merkels Flüchtlingspolitik, die ebenso chaotisch war wie die anderen angeführten Entscheidungen.
Dass diese Frau trotz ihrer folgenschweren Fehler immer noch ein solch hohes Ansehen bei den deutschen Bürgern genießt, ist nur damit erklärbar, dass ihre Fehler von den Medien laufend heruntergespielt bzw. gar nicht kritisiert werden, indem sie einfach regierungsfreundlich kommentieren, was bei ihrer Abhängigkeit zwar nachvollziehbar, aber nicht verständlich ist.
Merkel genießt auch im Ausland ein hohes Ansehen, aber allein aus Gründen unserer starken Wirtschaft, weil Deutschland ein hervorragendes Handelsland ist. In Europa genießt sie ein hohes Interesse, weil Deutschland der Zahlmeister der EU ist. Wer etwas

anderes behauptet, lügt Ihnen die Taschen voll, wie es bei Politikern so üblich ist. Mir fallen dazu gerade zwei Sprüche von Politikern ein, die entweder auch von wirtschaftlichen Dingen keine Ahnung haben oder die Menschen verarschen wollen. Da gibt's den Spruch von Schäuble, dass die Sparer bald wieder Zinsen erhalten werden, oder von Maas, dass das Geld für die Flüchtlinge niemandem weggenommen worden sei. Alles nur Sprücheklopferei.
Zum Machterhalt gehören natürlich auch Wahlgeschenke. Unter dem Motto „BMW hat Merkel im Sack" kommentierte das *Handelsblatt* eine Spende der BMW-Eigner in Höhe von 690.000 Euro an Merkels CDU, die zuvor strengere Abgasnormen für Autos bei der EU verhindert hatte. „Krassester Fall von gekaufter Politik seit Langem", liest man bei n-tv.de im Internet. Ein ähnlicher Vorgang wie bei der Spende von Mövenpick an die FDP in Höhe von einer Million bei der Herabsetzung der Mehrwertsteuer im Gastronomiebereich.
Der Bürger scheint nicht zu sehen, dass all die kleinen Wahlgeschenke, die die Parteien vor den Wahlen ankündigen, nur dazu da sind, Wählerstimmen zu sammeln um des Machterhalts willen. Er sieht nicht, dass all die Wahlgeschenke nur über das Versagen einer vernünftigen Zukunftspolitik hinwegtäuschen sollen, mit ausreichenden Renten und einer sozialen Wohnungsbaupolitik, sowie Mängel in der Bildungspolitik, unzureichende Entwicklung der Infrastruktur mit kaputten Straßen und Brücken, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden, einem desolaten Datennetz… und, und, und.
Wenn man sieht, mit welchen lächerlichen Gestalten die SPD in ihrer Führungsriege bestückt ist, muss man sich nicht wundern, dass sie inzwischen auf einem Tiefpunkt angekommen ist. Ein Martin Schulz aus Würselen, den man in der Europäischen Union zum Präsidenten gemacht hat, der sich an 365 Tagen im Jahr Anwesenheitsgeld in Höhe von 111.960 Euro hat zukommen lassen, obwohl er nur wenig anwesend, sondern auf Wahlkampfreise war. Er bestritt das auch noch einem Journalisten gegenüber. Dass dieser Mann Präsident der Europäischen Union war, zeigt die Qualität dieser Europäischen Union. Es zeigt aber auch, dass ein solcher Mensch Vorsitzender einer ursprünglichen Arbeiter- und Volkspartei werden konnte, und wen wundert es da, dass diese inzwischen auf einem Tiefpunkt angekommen ist. Ein Mann, der nach den Wahlen aussagte, niemals mit der CDU zu koalieren, und dann umfällt und letztlich den Schwanz einzieht und

zurücktritt. Er machte Platz für unsere „Bätschi sage ich nur, bätschi“- „Und ab morgen kriegen sie in die Fresse“- Parteivorsitzende Nahles.

Europa

Angesichts der mangelnden Solidarisierung kann an ein vereintes Europa als Wirtschafts- und Währungsunion nur ein Träumer oder Phantast glauben. Natürlich träumen Politiker davon, denn es schafft neue und noch lukrativere Ruhestätten für sie.
Es gibt weder eine Vision noch ein Konzept für solch ein Gebilde, es gibt in der Welt auch kein gleichartiges Konstrukt. Europa ist ein Wunsch der Politiker, etwas zu schaffen, was politisch und wirtschaftlich etwas darstellt und Größe hat, in der Welt mitsprechen kann. Vielleicht ist es auch der Wunsch der Amerikaner nach einem Prellbock gegenüber dem Erzfeind Russland. Schauen wir uns einmal an, was man versucht hat, daraus zu machen, was da bisher herausgekommen ist.
Ein Gebilde aus 28 Staaten, mit 23 unterschiedlichen Amtssprachen, mit krassen wirtschaftlichen Unterschieden, mit gewaltigen unterschiedlichen Interessen, mit fehlender Solidarität. Jeder denkt an sich, Deutschland zahlt. Wie gesagt, keine Vision, kein Konzept , sondern Stümperei der Politiker.



Das fängt an mit der unterschiedlichen Aufnahme der Länder, als Beispiel sei Großbritannien genannt, dem man von Anfang an einen eigenen Status zugestanden hat. Das zeigt schon, wie viel Solidarität vorhanden ist, nämlich keine. Es geht weiter mit der ungezügelten weiteren Aufnahme von Ländern mit den unterschiedlichsten wirtschaftlichen Voraussetzungen und Mentalitäten in die Eurozone.
Mit der Wiedervereinigung war Deutschland für die anderen europäischen Länder eine solch starke Wirtschaftsmacht, dass sich alle anderen gern dranhängen wollten. Auch und gerade Frankreich, das durch den von Hitlerdeutschland ausgelösten Krieg schwer geschädigt worden war, sah in einem europäischen Verbund mit Deutschland sowohl eine Chance, von dessen wirtschaftlicher Kraft zu profitieren, als auch die Garantie, nicht noch einmal in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden. Man spricht davon, dass Frankreich die Zustimmung zur Wiedervereinigung von Forderungen für die europäische Vereinigung abhängig gemacht hat. Dies wird sicher vehement abgestritten werden, aber traue keinem Politiker.
Mit der wahllosen Aufnahme Griechenlands in den Euro und den weiteren krampfhaften Aufnahmen schuf man sich dann in der Zukunft nicht zu lösende Probleme. Bei Ländern mit so unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen ist eine ausschließlich gemeinsame Währung nicht praktikabel, denn über die Möglichkeiten der Wechselkursveränderung ist es wirtschaftlich schwächeren Staaten nur schwer möglich zu konkurrieren. Deutschland hat eine vielseitige, hoch entwickelte Industrie und gibt mit seinem Wirtschaftspotenzial die Stärke der Währung im internationalen Wettbewerb vor. Länder mit geringerer wirtschaftlicher Stärke, wie Griechenland, Portugal, Spanien und erst recht die ehemaligen Ostblockstaaten, können da einfach nicht mithalten.
Die stümperhafte Formulierung der Verträge der EU zeigt schon, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, ein Mitglied zu entfernen. Das musste auch Frau Merkel feststellen, die als erste Reaktion auf die Schwierigkeiten Griechenlands forderte, das Land müsse aus der Eurozone ausscheiden, und die, als sie merkte, dass man eine solche Möglichkeit bei den Verträgen vermurkst und vergessen hatte, sofort eine Kehrtwende machte. Damit leitete sie einen den größten historischen Fehler ein: die Rettung der griechischen Banken (ich sage bewusst nicht: der Banken Griechenlands) sowie die Aufhebung des

Bailout. Eine Nacht-und-Nebel-Aktion, die in drei Tagen durch das Parlament gehauen wurde und die uns Bürger (die Definition von Bürger ist das Bürgen für den Staat) eine völlig unnötige Haftung von ca. 800 Milliarden Euro einbrachte. Dabei hatte Deutschland im Maastrichter Vertrag in §125 ausdrücklich eine No-Bailout-Klausel aufnehmen lassen, die besagt, dass eine Haftung für andere Länder ausgeschlossen ist. Diese wurde ohne dich und mich danach zu fragen einfach weggewischt.

Das ist unsere heutige Demokratie: Entscheidungen werden getroffen ohne die Möglichkeit der Einflussnahme des Bürgers.

Deutschland hat 123 Milliarden Euro zum Hilfspaket für Griechenland beigesteuert (NDR, 02.09.2014). Das Geld ist futsch.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Entscheidungen in Zukunft nicht mehr ohne Zustimmung, ohne Mitbestimmung der Bürger getroffen werden, deshalb brauchen wir eine echte Demokratie, eine wahre Demokratie, nämlich eine direkte Demokratie.

Am 9. Mai 2010 wurde diese Klausel auf Betreiben von Merkel und Sarkozy aufgehoben und durch §136.3 des Euro-Vertrages, den Euro-Stabilisierungsmechanismus (ESM) ersetzt. Bei der Klage gegen den ESM wurde argumentiert, dies sei keine einmalige, sozusagen punktuelle Vertragsverletzung. Durch den ESM wird die rechtliche Konzeption, die der Vertrag zur Sicherung der Geldwertstabilität des Euros enthält, durch die in ihrem Zusammenhang zu betrachtenden verschiedenen Rettungspakete, auf dem die Europäische Union und die Euro-Mitgliedsstaaten das Bailout-Verbot aushebeln, dauerhaft zerstört und durch eine völlig andere Konzeption, eine Haftungs- und Transfergemeinschaft ersetzt. Inzwischen setzt die Europäische Zentralbank unter Leitung von Draghi den Vertragsbruch fort, indem er die Schuldverschreibungen der europäischen Länder aufkauft – ein weiteres Milliardenrisiko für Deutschland. Großbritannien hat sich mit dem Brexit aus dem gesamten Schuldenrisiko verabschiedet. Es könnte auf Sicht eine weise Entscheidung gewesen sein.

Das Urteil der Bundesverfassungsgerichtes passt in den Tenor, dass die bisherige Form seiner Besetzung keine Unabhängigkeit garantiert. Vertragsbruch durch politische Parteien bzw. Regierungen sind an der Tagesordnung. Sie scheren sich einen feuchten Kehricht um Gesetze. Ebensowenig interessiert die Politiker die Verwirklichung des Willens des Volkes bzw. dessen Befragung dazu.

Wie in der Republik, so verfährt man mit der Einhaltung der Verträge bei der EU. Es besteht eine Verpflichtung der Länder der Europäischen Union, der Eurozone beizutreten. Der Beitritt hat nun zur Voraussetzung, dass die Kriterien, wie eine Gesamtverschuldung von 60% des BIP oder eine Gesamtverschuldung jährlich von 3%, eingehalten werden. Dies ist auch die Forderung an die Mitglieder der Eurozone. Nichteinhaltung dieser Kriterien zieht Strafen nach sich. Doch für Politiker scheint ein Gewohnheitsrecht zu bestehen, sich über Verträge hinwegzusetzen. Frankreich und Deutschland, die sich nicht an die Verschuldungsgrenzen hielten, wurden natürlich nicht bestraft und munter halten auch die anderen Länder die vorgegebenen Verpflichtungen nicht ein.
Das ganze Konstrukt der Europäischen Union und der Eurozone ist Murks und konzeptlos. Es ist realitätsfremd, es ist lediglich der Versuch von Politikern ohne wirtschaftliches Denkvermögen, etwas zu schaffen, von dem sie zunächst einmal keine genaue Vorstellung hatten, bei dem sie allerdings sehen konnten, dass ihnen ausreichende Pfründe winken. Die reale Entwicklung zeigt, dass das, was hier zusammengebraut wurde, Mist ist, um es mal ganz einfach und verständlich auszudrücken. Aber wir sind erst am Anfang. Das wird alles noch viel schlimmer.
Undirigiert hat man es nun den Kommissaren überlassen, alles in den Ländern anzugleichen. Das ist mal wieder völlig realitätsfremd gewesen. Es ist wie bei der Gestaltung bzw. dem Gestaltungsversuch der EU: Man läuft los, ohne zu wissen wohin, ohne Führer oder Führung, ohne Konzept. Man setzt sich in einen Zug, fährt los und keiner weiß wohin. Es ist ein ebenso stümperhafter Versuch wie bei der Gestaltung der EU und der Eurozone. Man sieht nicht über den Tellerrand hinaus.
Erstaunlich, dass dieser Krampf grußlos von den Bürgern hingenommen wird. Ein viele Milliarden kostendes Monster wird losgelassen, um uns solch tolle Errungenschaften wie eine neue Glühbirne oder gar das Zahlungsverkehrsverfahren Sepa aufzuhalsen, das Milliardenkosten verursacht, für das es keinerlei Rechtfertigung gibt. Da schlagen sich nun einige hunderte Millionen Einwohner in Europa in der Zukunft mit Zahlenreihen herum, die sie kaum bewältigen können, und mit den dadurch aufkommenden massenhaften Fehlern müssen sich die Banken auseinandersetzen, ohne sichtbare Verbesserung. Das ist erst der Anfang des Chaos. Eine völlige Angleichung der Länder mit dem unterschiedlichsten wirtschaftlichen Stand geht damit einher, eine

Gleichmacherei, die gerade uns schaden wird. Wenn man schon heute Forderungen hört, Deutschland solle seine Exportüberschüsse zurückfahren, muss man sich fragen, wie hirnlos ist das denn?
Deutschland hat eine stabile Wirtschaft, die auf vielen Beinen steht. Das Gefasel, Deutschland profitiere von der Europäischen Union, kann man an Hand der Entwicklung Deutschlands vor und während der Zeit in der EU vergleichen. Man wird feststellen, dass es sich um einen kontinuierlichen Verlauf handelt. Deutschland zahlt erheblich mehr in die EU ein, als es letztlich zurückbekommt. Dass Deutschland von der EU durch Einsparung von Zinsen profitiere, ist ebenso Unsinn. Deutschland zahlt wenig Zinsen, weil es eine stabile und sichere wirtschaftliche Lage und damit ein entsprechendes Rating hat. Ob in der EU oder nicht, das würde die deutschen Zinszahlungen nicht beeinflussen. Dass Deutschland von der EU profitiert, ist ein Ammenmärchen, das Politiker benutzen, um den Bürgern weiszumachen, dass die EU für Deutschland eine positive Sache sei. Ich behaupte, ohne EU wäre Deutschland besser dran. Für den Einwohner ist es natürlich eine schöne Sache, in fast allen europäischen Ländern mit der gleichen Währung bezahlen zu können. Der niedrige Zinssatz bringt allein der Wirtschaft und dem Staat Vorteile. Durch die niedrigen Zinsen werden auch die Belastungen der Kredite und Darlehen für Unternehmen niedriger. Dadurch werden die Gewinne höher. Auch kassiert der Staat mehr Steuern. Der zweite Vorteil für den Staat ist, dass er für seine hohe Verschuldung erheblich weniger Zinsen bezahlt und dadurch Ausgaben spart. Bei einem Schuldenberg von 2 Billionen Euro bedeutet ein Prozent weniger Zinsen im Jahr 20 Milliarden Euro weniger Ausgaben.
Das euphorische Geschrei von der schwarzen Null ist Augenwischerei. Unser Staat hat trotz hervorragender wirtschaftlicher Entwicklung genauso beschissen gewirtschaftet wie vorher. Bei einem normalen Zinssatz wäre die Verschuldung genauso weitergegangen wie vorher, es hat sich nichts verändert. Der einzig Leidtragende des Niedrigzinses ist der Normalbürger, der für sein Geld auf dem Konto keine Zinsen mehr bekommt. Die anderen EU-Länder schauen schon neidvoll auf die deutsche Wirtschaft und verlangen von Deutschland weniger Exportüberschüsse. Das ist ein gefährlicher Wunsch, nach dem Motto „Die Kolonne fährt so schnell wie der Langsamste“ schaden solche Wünsche der Gleichmacherei der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volk.

Wenn Deutschland in der EU auf ein niedrigeres Niveau gezogen wird, schadet das Deutschland und der EU und sie bleiben hinter dem Wettbewerb in der Welt zurück. Eine solche Solidarität brauchen wir nicht und dürfen sie auch in keinerlei Weise gestatten. Es ist schlimm genug, dass sich ein Land wie Luxemburg dazu hinreißen lassen kann, 300 internationale Unternehmen, auch aus Deutschland, Niedrigststeuern zu bescheren und damit dem deutschen Staat und dem deutschen Steuerzahler das Geld vorzuenthalten bzw. zu entziehen.
Und ausgerechnet den langjährigen Finanzminister Juncker, der diese Praxis jahrelang in seinem Land praktiziert hat, machte man zum Komissionspräsidenten der Europäischen Union. Der arme Kerl hatte als Minister überhaupt nichts von dieser Praxis gewusst und das nimmt man nun so grußlos hin. Man nimmt ihm das Vergehen und Vergessen nicht übel, man redet es klein, wie man das so in Politikerkreisen tut. Der Schäuble war schließlich auch so vergesslich, der Kohl nahm seinen Blackout und man ließ ihn gegen gesetzliche Vorschriften dabei bleiben, Schwargeldspender nicht zu benennen. Was schert die Politiker Rechtsbruch, für sie ist das Gewohnheitsrecht, aber wehe, es klaut im Supermarkt einer eine Tafel Schokolade, der gehört eingesperrt.
Natürlich hat man den Whistleblowern, die das aufgedeckt haben, den Prozess gemacht. Das hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun, auch nicht mit Anstand.
Mangelnde Solidarität erleben wir auch bei der Flüchtlingsfrage, bei der Deutschland von den anderen europäischen Ländern im Stich gelassen wird. Jeder in der EU versucht sein eigenes Süppchen zu kochen und Deutschland spielt die Melkkuh. Deshalb und nur deshalb ist Frau Merkel bei den anderen Staaten so gut angesehen.
Mit ihren chaotischen Fehlentscheidungen wäre sie aus jedem Unternehmen der freien Wirtschaft rausgeflogen.
Die EU ist ein undirigierter, führungsloser Haufen, der durch den Aufbau von bürokratischen Angleichungen zunehmend gelähmt wirkt, was zumindest für Deutschland in der Zukunft vorrangig negative Auswirkungen haben kann und ich denke auch haben wird. Es gibt bisher kaum eine Möglichkeit eines Regulativs für diese Entwicklung. Die politischen Parteien sehen die Chance darin, für sich und ihre Parteigenossen weitere Pfründe zu schaffen, lukrative Pfründe. Ein aufgeblähter Haufen, mit Traumgehältern und Ruhegehältern. Da wundert es nicht, dass die Politiker sich dieses Schlaraffenland erhalten wollen.

Hier müssten Experten ran, die diesen Moloch bändigen und einer sinnvollen Aufgabe zuführen. Hier gilt es diese Einrichtung so zu dirigieren, dass sie sinnvoll arbeitet, und ihnen nicht selbst zu überlassen, welchen Unsinn sie länderübergreifend festlegen. Aber dieses ganze Chaos ist nicht anders zu erwarten, wenn Politiker am Werk sind, von denen die meisten in der freien Wirtschaft keinerlei Chance hätten zu bestehen. Als Politiker musst du schwätzen können, überzeugend schwätzen können und das können die Spitzenpolitiker alle. Egal wie wenig Sachkenntnis vorhanden ist, ob du je in der freien Wirtschaft gearbeitet oder Erfahrung gesammelt hast, ein Parteibuch besitzen und reden können genügt. Wenn du Theologie studiert hast, reicht das, um als Arbeitsminister tätig zu sein, wenn du Lehrer warst, reicht das, um als Finanzminister tätig zu sein, wenn du Medizin studiert hast, reicht es für das Amt des Bundesministers für Arbeit und Soziales, aber auch für die Leitung eines Heeres, und wenn du Rechtsanwalt bist, verstehst du was von Finanzen. In der freien Wirtschaft musst du, um einen Betrieb erfolgreich zu führen, Fachkenntnisse besitzen, du musst du dein Handwerk gelernt haben, möglichst von der Pike auf, wie man so sagt. Das ist der Unterschied. Das ist es, warum die Wirtschaft so erfolgreich ist. Den Umkehrschluss zu ziehen überlasse ich euch.
Wenn ich ein Werk schaffen will, muss ich eine Vision haben, ein Ziel, das ich erreichen kann, ich muss über Möglichkeiten nachdenken, wie was zu verwirklichen ist. All das hat bei der Schaffung der EU und der Eurozone gefehlt, konzeptlos wurde angefangen und dann weiter gewurstelt. Wenn das Gebilde in der jetzigen Form weiterbetrieben wird, wird es zusammenbrechen, auseinanderbrechen, es wird in Konkurs gehen und Deutschland mit in den Strudel reißen, den deutschen Steuerzahler, der von Frau Merkel dazu verdonnert worden ist, für die Schulden der anderen EU-Länder zu bürgen. Auch deshalb brauchen wir eine andere Regierungsform als die jetzige, keinen Parteienstaat, der von unfähigen Politikern geführt wird, die sich von Banken, Großkapital und Lobbyisten sagen lassen, was zu tun ist. Wir brauchen eine wahre Demokratie, bei der das Volk entscheidet, wer die entsprechende Kompetenz hat, ein Amt auszuüben, bei der der Bürger bestimmt, wer Abgeordneter wird, bei der der Bürger grundsätzlich in alle Entscheidungen mit einbezogen wird, eine wahre Demokratie, keine parlamentarische Demokratie, eine echte Demokratie, eine direkte

Demokratie, eben eine Volksherrschaft, wie das Wort „Demokratie“ auch zu definieren ist. Aus meiner Sicht kann man eine „Vision Europa“ schaffen, bei der machbare, gemeinsame, aber nur gemeinsame Interessen und Notwendigkeiten gebündelt werden. Einen föderalistischen Staatenbund, bei dem der Staatenbund Europa notwendige zentrale Aufnahmen übernimmt, die einzelnen Länder aber weitgehend ihre Selbstständigkeit behalten. Dabei denke ich an einen einheitlichen Auftritt in der Außen- und Sicherheitspolitik, an eine gemeinsame Armee (Europa hat insgesamt 267 Milliarden Euro an Militärausgaben, eine einheitliche Armee würde da Sinn machen), an die Entwicklung und Unterstützung wirtschaftlich schwacher Zonen, an eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit, an gemeinsames Handeln in der Energiewirtschaft, an gemeinsamen Umweltschutz. An gemeinsame Bekämpfung humanitärer Probleme, wie Flüchtlingsprobleme, Hunger in der Welt, Bekämpfung der Armut, Hilfe bei der Einrichtung von Demokratien und Bekämpfung totalitärer Systeme durch Unterstützung demokratischer Strömungen. Das alles sind Solidaraufgaben. Zur Beurteilung der sogenannten Solidargemeinschaft Europa überprüfen Sie einmal, welche der wichtigen gemeinsamen Solidaraufgaben von der EU davon angepackt wurden, dann können Sie einschätzen, was für eine Solidargemeinschaft Europa ist.
Bei den angepackten Aufgaben, wie beispielsweise der Entwicklung und Unterstützung wirtschaftlich schwacher Zonen, muss man erst einmal überprüfen, welche Erfolge damit erzielt wurden. Wenn ich von einem führerlosen Vorgehen gesprochen habe, muss ich auch die Geldpolitik ansprechen. Zunächst einmal wurde festgelegt, dass Staaten kein Geld für ihre Schuldverschreibungen bekommen dürfen. Aber nach Adenauers Spruch „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ erlaubte man Draghi, durch die Hintertür über die Landesbanken mit einer Umgehung genau das zu tun, völlig unkontrolliert, nach seinem eigenen Ermessen. Hier hatte man nichts mehr im Griff. Ganz einmal abgesehen davon, wer nun den Verdienst absahnt. Es war ein Zinsgewinn für den Nehmer und eine Schädigung anderer EU-Staaten, wie beispielsweise Deutschland, die nicht davon profitieren. Wenn ich davon gesprochen habe, welche Pfründe sich für Parteimitglieder auftun, dann muss ich auch das Beamtenheer in Brüssel und deren Bezüge ansprechen. Fangen wir mit den Abgeordneten an, 792 an der Zahl, die sich im besten Fall ca. 18.000 Euro mit allen Nebenbezügen rein tun können, deren Grundbezug zunächst aber schon einmal

8.021 Euro brutto, nach Abzügen 6.250 Euro netto beträgt. Für persönliche Mitarbeiter sollen Bezüge bis 21.000 Euro möglich sein, laut Parteienkritiker Arnim.
Der Gesamthaushalt der EU betrug im Jahr 2013 1.790.000.000,00 Euro Man muss sich fragen, wofür.
Da kann man dann verstehen, warum alle Parteien die Europäische Union in dieser Form hoch loben.

Mainz. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), hat während mehrerer Wahlkampfveranstaltungen im In-und Ausland das sogenannte Tagegeld der EU in Höhe von 304 Euro pro Tag erhalten. Dies geht aus einer schriftlichen Antwort eines Sprechers von Martin Schulz auf eine Anfrage des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ und den veröffentlichten Wahlkampfterminen von Schulz hervor. Die Tagegelder für EU-Parlamentarier sind eigentlich für Ausgaben im Rahmen der Parlamentsarbeit vorgesehen, vor allem für Unterkunft und Verpflegung in Straßburg und Brüssel. Nach Unterlagen des EU-Parlaments, die REPORT MAINZ vorliegen, steht dem Parlamentspräsidenten – im Gegensatz zu allen anderen Abgeordneten – das Tagegeld nicht nach Anwesenheit, sondern automatisch an 365 Tagen im Jahr zu. Damit bekommt er jährlich zusätzliche steuerfreie Gelder in Höhe von knapp 111.000 Euro.
Der Speyerer Verwaltungswissenschaftler Hans Herbert von Arnim sagte dazu gegenüber REPORT MAINZ: ‚Man könnte dem Parlamentspräsidenten eine Amtszulage geben, die müsste dann aber voll versteuert werden. Was jetzt geschieht, ist ein verschleiertes, steuerfreies Zusatzeinkommen und das ist ein Missbrauch.‘
Laut Aussagen seines Sprechers bekommt Martin Schulz die Tagegelder seit dem 18. April 2014 nicht mehr, da er sich im Wahlkampf befinde. Der Terminkalender von Martin Schulz zeigt jedoch, dass der Bewerber um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bereits vor diesem Tag europaweit an mehr als zehn Wahlkampfveranstaltungen teilgenommen hat und in dieser Zeit die vollen Tagegelder erhalten hat.
Dazu sagt Hans Herbert von Arnim: ‚Wenn man sich die Termine anschaut, wo er für die SPD Wahlkampf gemacht hat, dann zeigt das, dass er längst vor dem 18. April schon im Wahlkampf war. Und deswegen eigentlich an diesen Terminen Tagegeld nicht hätte einstreichen dürfen.‘

Martin Schulz hatte REPORT MAINZ gegenüber am 22. April 2014 am Rande einer Wahlkampfveranstaltung bestritten, die 365 Tagessätze zu

erhalten. Erst auf schriftliche Nachfrage hin erklärte sein Sprecher, dass er dieses Geld seit Amtsantritt 2012 bekomme habe – bis zum 18. April 2014. Das Ende der Zahlungen habe Schulz kurz nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten Anfang März verfügt. Trotz mehrfacher Nachfragen von REPORT MAINZ legte der Parlamentspräsident hierfür jedoch keine Belege vor. Der Jurist Hans Herbert von Arnim hält eine einfache Verzichtserklärung für nicht ausreichend. Wörtlich sagte er gegenüber REPORT MAINZ: ‚Er müsste rechtswirksam darauf verzichten, sonst läuft das Geld, auch wenn es vielleicht noch nicht auf seinem Bankkonto steht, auf und er kann dann später darüber verfügen. Sollte das so sein, dass er nicht rechtswirksam darauf verzichtet hat, dann wäre das ein richtig gehendes Täuschungsmanöver.‘“

Verschuldung in der Europäischen Union

Die Staatsverschuldung stieg in Europa auch im Jahr 2013 stark. Sie betrug in der Eurozone insgesamt 92,6% vom BIP im Durchschnitt aller Länder. Im Maastrichtvertrag wurde eine Grenze für die Gesamtverschuldung von maximal 60% festgelegt bzw. eine Neuverschuldung von maximal 3% des BIP. Bei drohendem Verstoß wäre eine Abmahnung fällig, bei einem Verstoß eventuell eine Geldstrafe bis 0,5% vom BIP. Wurde natürlich nicht eingehalten, wurde natürlich nicht abgestraft, sondern 2005 verwässert. Nun durfte eine Neuverschuldung nur über drei Jahre mit mehr als 3% nicht erfolgen, außerdem war eine höhere Neuverschuldung möglich.
Sie erkennen daran, dass die festgesetzten Verschuldungsgrenzen nicht dem Unvermögen der Politiker entsprechen, sondern nur ihre Flexibilität unter Beweis stellen wollen. Es ist ein Nachweis über die Qualität der Politiker, die Vertragsregeln aufstellen, um sie nach kurzer Zeit wieder über den Haufen zu schmeißen. Ebenso wie in Deutschland Verstöße gegen das Grundgesetz durch Gesetzesänderungen repariert wurden, ist es auch im EU-Vertrag geschehen. Wenn man Verträge gemacht hat, die man nicht einhalten kann, dann ändert man sie einfach. Übertragen Sie das einmal auf Verträge im Geschäftsverkehr im Zivilrecht. Die Politiker machen einfach, was sie wollen, sie setzen sich über Gesetze und Verträge hinweg. Dem kann nur durch direkte

Mitbestimmung und direkte Kontrolle mit einer direkten Demokratie abgeholfen werden.
Die Festlegung der Verschuldung ist auf das BIP festgelegt. Dabei muss man bedenken, dass durch die Festlegung der Verschuldung auf das BIP die Verschuldungshöhe proportional immer weiter nach oben geschoben wird. Die Beziehung auf das BIP ist insoweit nicht richtig, weil wir von dem BIP unsere Verschuldung nicht zurückführen können. Nun ist das BIP etwas Anonymes, was sagt es dem Normalbürger schon, dass die Neuverschuldung 3% vom BIP beträgt, wer hat denn schon was mit dem BIP zu tun? Das ist so harmlos, was interessiert einen der BIP?
Man muss dem Bürger mal vorhalten, was 3% vom BIP in Deutschland sind oder was die Verschuldung ist: Die deutsche Verschuldung betrug im Jahr 2013 nach dem BIP 76,9%, nach den Einnahmen sind das 224 %. Das waren im Jahr 2013 Schulden in Höhe von 2.043 Milliarden Euro bei Jahreseinnahmen von 308 Milliarden Euro, und unsere Verschuldung beträgt mehr als 2 Billionen. Würden wir jedes Jahr 20 Milliarden Euro davon zurückzahlen, wären wir in 100 Jahren schuldenfrei
Diese Dimensionen muss man sich mal vorstellen. Das haben unsere Regierungen in den letzten Jahrzehnten verbrochen und ich sage verbrochen, weil wir in dieser Zeit ein ständiges Wirtschaftswachstum hatten, das einen ausgeglichenen Haushalt, wie vom Grundgesetz vorgeschrieben, ohne Weiteres möglich gemacht hätte und bei einem einigermaßen vorsichtigem Umgang mit unseren Steuergeldern ohne Weiteres möglich gewesen wäre.
Setzt man die Verschuldung in Relation zu den Einnahmen, kann man natürlich viel besser die Rückführungsmöglichkeiten der Verschuldung plausibel machen oder deren Unmöglichkeit aufzeigen, aber wer will das schon? Dabei sind weder die Schulden, die wir aus den Bad Banks noch zu bezahlen haben, noch die Schulden, die wir für Griechenland zu bezahlen haben, noch die impliziten Schulden des Staates für Pensionsverpflichtungen etc. berücksichtigt. Da kommen dann noch ein paar Billionen dazu.
Kommen wir noch einmal auf die Frage zurück, wie hoch die Kompetenz der Politiker einzuschätzen ist, wenn innerhalb von ein paar Jahren 15 von 17 Staaten gegen die Vertragsvorgaben verstoßen. Das muss ein Aufruf sein, selbst mit tätig zu werden, mitzubestimmen, selbst Entscheidungen zu treffen in einer direkten Demokratie.

Nun ist die Verschuldung ja nicht unbedingt eine von Gott gewollte Sache, wie man so sagt, sondern sie liegt bei einem Wirtschaftswachstum wie in Deutschland einzig und allein an den maßlosen Geldausgaben der Politiker und der Administration, an Inkompetenz, Unfähigkeit, Ämterpatronage, Verschleuderung, Korruption und Zuschieben des Geldes an bestimmte Gruppen. Und leer aus geht der Normalbürger, der mit seiner Arbeitskraft für das Wirtschaftswachstum gesorgt hat.
Das sind typische Folgen des Kapitalismus. Die einmal ins Auge gefasste soziale Marktwirtschaft hat mit der Ausbeutung der erwirtschaftenden größten Volksgruppe beim besten Willen nichts zu tun. Wenn heute von einer schwarzen Null gefaselt wird, so spiegelt das die Unfähigkeit unserer Politiker wider. Hätten sie vernünftig gewirtschaftet, gäbe es weder eine Verschuldung, noch müsste man über diesen Unsinn der schwarzen Null reden.
Dass diese Verschuldung nicht zwangsläufig ist, zeigen Länder wie Norwegen, Schweden und Dänemark. Diese Länder waren schlau genug, nicht der Eurozone beizutreten. Dänemark befindet sich derzeit in der Phase der Aufnahme und der Aufnahmeverpflichtung, versucht aber, draußen zu bleiben. Während die Euroländer von 2010 bis 2014 eine Neuverschuldung von 8,28% vom BIP hatten und ihre Verschuldung um 1,319 Billionen Euro zunahm, senkte Dänemark von 2000 bis 2014 seinen Schuldenstand von 52,29 auf 45,28% des BIP, Schweden von 49,06 auf 42,51% des BIP, Norwegen von 98,94 auf 92,01% des BIP und die Schweiz von 54,06 auf 45,6% des BIP. Geld und Vermögen wandern in alle anderen Kanäle, nur nicht in die derer, die es erwirtschaften, die Normalbürger. 15.000 Lobbyisten haben sich mittlerweile in Brüssel niedergelassen, um der EU das Geld für alle möglichen Nutznießer aus der Nase zu ziehen. Sie erarbeiten für die EU-Administration Verordnungen und Gesetze, um dann selbst davon zu profitieren. Der Einzige, der dabei auf der Strecke bleibt, ist der Normalbürger, der keine Lobby hat.
Wenn wir schon über die Verschuldung sprechen, müssen wir natürlich auch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission mit einbeziehen. Wenn schon die Führungsriege so viel Mist produziert, was kommt dann erst durch die Kommission auf uns zu? Die unsinnige Umstellung auf Sepa, die viele Milliarden verschlungen hat, ist erst der Anfang. Wenn wir nicht schleunigst Mittel und Wege finden, diesen Wahnsinn zu stoppen, werden wir daran ersticken.

In Brüssel wird eine neue Geldvernichtungsmaschine aufgebaut, die unkontrolliert vorwärts marschiert. Nimmt man einmal die Kosten, die durch die 792 Abgeordneten entstehen, und die ganze Maschinerie, die daran hängt, hinzu, ergibt sich ein jährlicher Haushalt von 1,7 Milliarden Euro. Natürlich ist das für die, die in Brüssel arbeiten und erheblich mehr verdienen als bei uns, ein Schlaraffenland, dessen Notwendigkeit von allen Politikern verteidigt wird. Es sind die besten Pfründe für die Parteien.
Die Änderung des §125 des EU-Vertrags, die Haftung für die Schulden anderer europäischer Staaten, bringt Deutschland und damit den deutschen Bürger in die Situation, bei einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft, oder auch der Staaten der EU, in welcher Form auch immer, ausgelöst durch was immer, als Bürge in Anspruch genommen zu werden. Und das wird unausweichlich kommen.
Nach der Griechenland-Pleite zahlten wir 28% der Schulden. Griechenland wird seine Schulden nie mehr zurückzahlen können. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen: Als Bürger bürgen wir für die Schulden, die der Staat in unserem Namen macht. Jeder deutsche Bürger, jedes in Deutschland geborene Kind hat ca 26.000 Euro Schulden, die der Staat in seinem Namen gemacht hat, dafür kann er zur Kasse gebeten werden.
Sie werden einsehen müssen, wir alle müssen etwas tun, damit diese Entwicklung gestoppt wird und es nicht so weitergeht. Wir können das nur, wenn wir selbst alles mit in die Hand nehmen, wenn wir unser Recht auf Mitbestimmung wahrnehmen und die Missstände in unserem Land beseitigen. Wir können es, wenn wir wollen, wenn wir bereit sind mitzuarbeiten, mitzuentscheiden, wenn wir durch die direkte Demokratie alles selbst mitbestimmen. Wir müssen es tun, sowohl in unserem eigenen Interesse als auch im Interesse der nächsten Generationen.

Bündnis der Bürger

Wenn ich ein Bündnis der Bürger fordere, das ins Leben gerufen werden sollte, so ist das eine Konsequenz aus dem Verhalten bzw. Fehlverhalten der Parteien, in erster Linie der Parteien, die mit der Regierung unseres Volkes betraut sind.

Es gibt viele hunderttausend Parteimitglieder, die sicher mit guten Absichten in die Parteien gegangen sind, um für das Wohl der Bürger zu sorgen. Der riesige Mitgliederschwund zeigt,dass sie in ihrer Partei nicht die Möglichkeit sehen, ihre auf das Wohl der Menschen ausgerichteten Ideen zu realisieren bzw. realisieren zu können. Die Richtung der Politik in den Parteien gibt immer eine kleine Gruppe an und das ist nicht unbedingt das oder gar nicht das, worin die Mehrheit die Umsetzung des Wohls der Bürger sieht. Die Machtstrukturen in den Parteien, die Fremdbestimmung durch den Einfluss der Lobbyisten für ihr Klientel, das sind alles Dinge, die von den Parteiführungen mit verarbeitet, aber von der Basis nicht gewünscht werden. Also entspricht letztlich das Ergebnis der Parteiführung nicht dem, was sich die Mehrzahl der Parteimitglieder vorstellt. Dennoch sind sie Mitglieder einer Massenbewegung und identifizieren sich mit der Partei.
Wenn in der Parteispitze die Meinungen auseinandergehen, gibt es Flügelkämpfe, bei denen dann meist einer die Brocken hinschmeißt. Beispiele dafür gibt es genug.
Ich möchte hier einmal die Partei der Grünen zum jetzigen Zeitpunkt ausnehmen, weil hier doch eine breite Masse ein gemeinsames Ziel verfolgt, eine Umweltpolitik, die im Sinne einer großen Mehrheit ist. Mit der Euphorie, die durch das Auftreten einer Greta Thunberg und eines Rezo entstand, findet eine große Solidarisierung durch das gemeinsame Ziel statt. Da werden erst die Realitäten zeigen, was machbar ist und was Utopie, die Ziele sind gut und richtig, doch die richtige Umsetzung wird entscheidend sein.
Die CDU neigt immer mehr dazu, in erster Linie die Interessen der Wirtschaft zu vertreten, was sicher nicht der Wunsch der breiten Masse ihrer Mitglieder ist. Deshalb glaube ich, das dort ein großes Potenzial an Mitgliedern und Wählern vorhanden ist, das man zu einem Bündnis der Wähler hinführen kann.
Die Talfahrt der SPD ist aus dem Verhalten ihrer Führung zu entnehmen. Da stimmt einfach nichts mehr. Die Führung allein ist eine Katastrophe, wenn man so Leute wie Schulz oder Nahles betrachtet und der Sprecher der Jungsozialisten mit alten Hüten wie Verstaatlichung oder Enteignung kommt.
Was dann gleich einen guten Übergang zur Linken schafft, die mit ihrem Sozialismus nie eine Möglichkeit haben wird, sich an einer Bundesregierung zu beteiligen. Sie wird dadurch aber auch nie in der

Lage sein, die positiven Bestrebungen für das Wohl der Arbeitnehmerschaft zu verwirklichen.
Durch die Konstellationen der heutigen Anteile der Parteien ist die FDP mit ihrer klaren Haltung zum Unternehmertum durchaus in der Lage mitzuregieren. Hier ist wenig Potenzial für ein Bündnis der Bürger vorhanden, weil die Ziele hier nur am Rande gegeben sind. Ein Bündnis der Bürger hat alle Interessen zu vertreten, vor allen Dingen durch demokratischen Einfluss in Form von direkter Beteiligung durch direkte Demokratie. Direkte Demokratie ist die einzige Form und Möglichkeit, den Willen der Bürger umzusetzen und durchzusetzen. Dies betrifft alle Bevölkerungsgruppen, in erster Linie die, die bisher von den Regierungen und Parteien, aber auch von allen anderen Gruppen vernachlässigt wurden. Was sich im Unterschied zu den jetzt regierenden Parteien verändern würde, ist die Abschaffung der Bevorzugung und Bereicherung eines Klientels aus Parteigenossen und des bisher bevorzugten Kapitals in Form von Industrie, Banken und Geld. Wollen wir also eine gerechtere Politik der Verteilung, der Absicherung der Bürger, geht das nur über die Beteiligung des gesamten Volkes an den Entscheidungen. Hier müssen soziale Ziele umgesetzt werden und nicht laufend Stückwerk und es müssen Reparaturarbeiten ausgeführt werden, wie beispielsweise im sozialen Wohnungsbau und bei der Wohneigentumsbildung. Die früheren Ziele einer breiten Eigentumsbildung und eines sozialen Wohnungsbaus, die nicht mehr verfolgt werden, müssen radikal umgesetzt werden. Sie helfen bei der Alterssicherung durch den Wegfall des laufend steigenden Wohngelds. Es muss sofort eine Rentenabsicherung auf den Weg gebracht werden, die den Namen Rente zur Absicherung im Alter mit Recht trägt. Ein Modell nach dem Vorbild von Österreich müsste sofort umgesetzt werden, anstatt das laufende Stückwerk der Almosenverteilung beizubehalten, das am Ende das Problem immer nur weiter hinausschiebt und nicht beseitigt. Das entspricht dem Willen der Bevölkerung und sicher auch dem vieler Parteimitglieder der etablierten Parteien, ist mit denen aber nicht umsetzbar.
Das sind zunächst einmal die wichtigsten Ziele eines Bündnisses der Bürger. Wir müssen allerdings auch die Europapolitik überdenken, denn was man hier mit viel Enthusiasmus für eine Solidargemeinschaft und ein Gefühl als Europäer schaffen wollte, ist unrealistisch, es entspricht nicht den Tatsachen. Hier muss man zu einer realistischen Einstellung kommen. Es müssen die nationalen Interessen, sowohl der einzelnen

Länder als auch der Bürger dieser Länder, im Vordergrund stehen. Solidarität kann man nicht kaufen. Bei der Asylantenfrage und -aufnahme hat sich in aller Deutlichkeit gezeigt, dass es innerhalb der EU keine Solidarität gibt. Hier zählen einzig und allein wirtschaftliche Interessen und die Interessen der Politiker, die durch ihren Job bei der EU kräftig absahnen.
Wenn selbst ein Präsident der EU (Junker) die anderen Länder übers Ohr haut, indem er Großunternehmen aus anderen Ländern gewaltige Steuervorteile in Luxemburg einräumt, wenn gar der deutsche EU-Präsident Scholz sich auf betrügerische Weise in der EU Geld mit Unsummen von Sitzungsgeldern verschafft, ohne anwesend zu sein, dann weiß man, welche Interessen hier vertreten werden.
Deutschland wird in der EU als Melkkuh betrachtet und ist es auch. Die Zahlen beweisen es. Das Gequatsche, Deutschland profitiere von der EU, ist dummes Zeug. Was in der EU abläuft an Vereinheitlichungen, an Strafgeldern, dient alles nicht dazu, Europa zusammenwachsen zu lassen. Das wird nie geschehen. Dazu sind die Interessenlagen zu unterschiedlich. Was viel eher passieren kann, ist, dass die EU auseinanderfällt, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Entwicklungen viel zu unterschiedlich sind. Die Gefahr dabei ist, dass Deutschland durch die Veränderung der Haftungsbedingungen (Aufgabe des No-Bailout, der Wahnsinnsentscheidung von Frau Merkel) wirtschaftlich einen Schaden von einigen hundert Milliarden nimmt.
Die einzig wichtige Entscheidung in der EU wäre eine eigene Armee zur Sicherung des Weltfriedens und der Lösung aus der Abhängigkeit von den Amerikanern. Wobei wir dann bei dem Thema des Weltfriedens angekommen sind. Durch die USA und die NATO hat sich Deutschland wieder zu einem Land entwickelt, das sich mit der Beteiligung an illegaler Kriegsführung und enormen Waffenlieferungen an Staaten befasst und Steuerungseinrichtungen von Drohnen auf deutschem Boden für die Amerikaner zulässt, mit denen gezielt Menschen getötet werden. Ich glaube nicht, dass das von einem Bündnis der Bürger getragen würde. Hier wurden die Deutschen gemeinsam von Parteien, Regierungen und den Medien auf eine proamerikanische Meinung getrimmt, die in keiner Form den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Eine Tatsache ist, dass etwas, was immer wieder gesagt, und ich sage hier eingetrichtert und infiltriert wird, im Laufe der Zeit von den Menschen immer mehr geglaubt und als glaubhaft gesehen wird.

Ich kann nur empfehlen, einmal das Buch des Schweizer Friedensforschers Dr. Daniele Ganser zu lesen, der anhand von Tatsachen und Beweisen das wahre Gesicht der USA beschreibt. Der Erfolg einer so einseitigen falschen Darstellung der USA durch unsere Politiker und Medien ist sicher einmalig auf der Welt. Aber auch 99% der Deutschen sollen einmal für Adolf Hitler gewesen sein, der auch Millionen Kriegstote auf dem Gewissen hatte, wie heute unbestritten die Amerikaner. Zu was die Propaganda alles in der Lage ist.
Der Vorteil einer direkten Demokratie ist, dass die Volksmeinung der breiten Bevölkerung politisch durchgesetzt werden kann und nicht die Interessen einzelner Interessengruppen, die mit Gegenleistungen für die Politiker aufwarten. Somit ist eine breite Basis für politische Entscheidungen gegeben. Darum hassen die etablierten Parteien jede Annäherung an eine direkte Demokratie, wie der Teufel das Weihwasser. Sie unterbindet nämlich die Wahrnehmung der Interessen der Politiker, ihrer Gönner und Komplizen auf allen Ebenen.

Die UNO

Mit der Gründung der UNO 1945 sollte verhindert werden, was das Kartell der Mächtigen dennoch in der Lage ist zu bewerkstelligen. Die Präambel beginnt mit den Worten „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,“. Wenn wir heute feststellen müssen, dass die NATO, angeführt von den USA, in den letzten 70 Jahren am meisten illegale Kriege vom Zaun gebrochen hat, aber immer straflos davon gekommen sind, dann hat die UNO in ihrer jetzigen Form das Ziel, das sie sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht erreicht. Das liegt an der Konstruktion in der NATO mit ihrem Vetorecht der fünf Nationen USA, Großbritannien, Frankreich sowie Russland und China. Aus dieser Konstellation geht hervor, dass die NATO Narrenfreiheit besitzt und durch ihr Vetorecht zu jeder Zeit eine Resolution gegen eines dieser Länder verhindern kann. Die Beschlüsse des NATO-Sicherheitsrates, der aus 15 Mitgliedern besteht, von denen die genannten fünf ständige Mitglieder sind, sind für alle 193 UNO-Mitglieder bindend, wenn mindestens neun der 15 Mitglieder der Resolution zustimmen und kein ständiges Mitglied ein Veto einlegt. Der Rest der Welt hat auch eine Stimme, nämlich in der UNO-

Generalversammlung Doch die Resolutionen der Generalversammlung haben nur Empfehlungscharakter.
Diese Konstruktion ist genau so undemokratisch wie die Parlamente in den sogenannten „demokratischen“ Staaten. Auch da bestimmt jeweils nur eine kleine Machtelite über die gesamte Bevölkerung. Dies kann man nicht als Demokratie bezeichnen, das sind Oligarchien. Nur eine solche Konstellation macht es möglich, dass eine kleine Minderheit die weitaus größere Mehrheit beherrscht. Diese Ungleichheit ist schon von vielen Staatsmännern kritisiert worden, unter anderem von Muammar Gaddafi, der kurze Zeit später diesem System zum Opfer fiel. Während andere der Überzeugung sind, dass die UNO dennoch, auch in der jetzigen Form friedenssichernd ist, halte ich sie für prädestiniert, gerade dem mächtigen Gebilde der USA und der NATO die Möglichkeit zu geben, ihre kriegerischen Aktivitäten ungestraft ausführen zu können, wie ich weiter unten ausführen werde.

Die NATO

Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington von 12 Mitgliedern gegründet, das waren die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Belgien, Dänemark, Norwegen, Portugal, Italien und Island. Die NATO war ursprünglich als ein Verteidigungsbündnis gedacht, allerdings kann man an ihrer Zusammensetzung und Kompetenzverteilung im Ursprung schon erkennen, dass sich die USA eine führende Rolle unter den Mitgliedsstaaten verschafft hat.
Nachdem im Mai 1955 die Bundeswehr gegründet worden war, trat auch die BRD als 15. Mitgliedsland der NATO bei. Fünf Tage später gründeten die Ostblockstaaten unter der Führung der UdSSR als Gegenstück den Warschauer Pakt. 1982 trat Spanien der NATO bei. Beim Fall der Berliner Mauer, dem sogenannten Ende des „Kalten Krieges“, zählte die NATO 16 Mitgliedsstaaten.
Um ihre Dominanz abzusichern, besetzen die Amerikaner immer das Amt des höchsten militärischen Kommandanten. Der Soceur (Supreme Allied Commander Europe) ist verantwortlich für die Planung, Vorbereitung und Führung aller NATO-Kriege. Die NATO ist auch im Bereich verdeckter Kriegsführung aktiv. 1990 wurde bekannt, dass die NATO in Europa „Stay behind“-Geheimarmeen aufgebaut habe. Durch die laufende Propaganda, das Schüren von Angst gegenüber von Russland, ist die breite Öffentlichkeit für die NATO. Nur einige, wie

beispielsweise der deutsche Theologe Eugen Drewermann, sehen sie in ihrer heutigen Form als eine kriminelle Vereinigung und mafiöse Organisation.. Helmut Schmidt sagte dazu: „In Wirklichkeit ist diese Organisation nicht notwendig. Objektiv gesehen handelt es sich heute um ein Instrument amerikanischer Außenpolitik, der amerikanischen Weltstrategie.“ Das NATO-Verteidigungsbündnis entwickelt sich zum Kriegsbündnis. Die NATO wurde in der letzten Zeit zum größten Kriegstreiber der Welt. Die USA benutzen die NATO, um ihr Ziel, die Weltherrschaft, zu erreichen. Mit der militärischen Macht entwickelt sich auch die Wirtschaftsmacht, weil es bei den von den USA initiierten Kriegen in erster Linie um Rohstoffe geht. Frankreich und Großbritannien profitieren natürlich auch davon, weil sie mit beherrschend im Gas- und Ölgeschäft sind. Die von Russlands Staatschef Gorbatschow eingeleitete Entspannungspolitik, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands begann, wurde von den USA und den NATO-Ländern mit Füßen getreten. „Die Amerikaner versuchen bewusst, unser wirtschaftliches Verhältnis zu Russland zu untergraben, indem sie Sanktionen von uns verlangen. Dieser Forderung müsste man mit Härte begegnen. Das ist das Einzige, was die Amerikaner verstehen.“ Am Vorgehen gegenüber unserem ARD-Propagandisten im Interview mit Herrn Kaeser (Ex-Siemens-Chef), der diesen voll auflaufen ließ, sollten sich unsere Politiker ein Beispiel nehmen, aber sie haben kein Rückgrat. Nur mit sachlichen Argumenten kann man sowohl den infiltrierten Meinungsmachern des Fernsehens als auch den Amerikanern begegnen. Sie haben mit ihrer verlogenen Politik inzwischen genug Unheil angerichtet. Es wird Zeit, dass man ihnen ihnen Paroli bietet. Noch sind wir wirtschaftlich stark genug, uns dagegen zur Wehr zu setzen. Es steckt eine Strategie dahinter. Unsere Politiker sind jedoch dumm genug, das nicht zu erkennen oder erkennen zu wollen und sich zu Vasallen der Amerikaner machen zu lassen. So wie unsere Regierung die Bürger entmündigt hat, hat sie sich von den Amerikanern entmündigen lassen. Wenn man der bewussten wirtschaftlichen Bedrohung und den Sanktionswünschen der Amerikaner nicht entgegentritt, wird man großen wirtschaftlichen Schaden erleiden. Aktuelle Bestätigung meiner Ansicht ist die neuerliche Erpressung im Zusammenhang mit den Arbeiten an der Gasleitung Nord Stream 2. Auf Druck der USA hat die Schweizer Firma Allseas ihre Arbeiten bei der Verlegung eingestellt. Dies spricht auch für die mangelnde Solidarität in der EU, die sich ebenfalls gegen

das Projekt stellt. Russland ist im Gegensatz zu den USA ein verlässlicher Handelspartner. Nord Stream 2 ist auch für unsere Klimapolitik ein ganz wichtiger Faktor, wie ich im Zusammenhang mit der Produktion von Wasserstoff durch Erdgas ausgeführt habe.

NATO-Osterweiterung: Friedenssicherung oder Provokation?
Vom Verteidigungsbündnis zum Aggressionsbündnis

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“, das waren die Worte der Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg. Inzwischen ist Deutschland wieder bewaffnet und beteiligt sich an illegalen Kriegen. Von Deutschland führen die Amerikaner mit Wissen der Regierung terroristische Anschläge mit Drohnen aus, bei denen viele Zivilisten ihr Leben lassen. Anzeigen gegen Politiker und Regierung verlaufen im Sande, denn Macht bricht Recht. Es gibt keine Prozesse und Verurteilungen von Kriegsverbrechen, weder gegen Bush noch gegen Blair, noch gegen deutsche Politiker, die sich an Angriffskriegen, wie beispielsweise in Serbien, Afghanistan und Irak, beteiligt haben.
Genschers Aussage in New York: Mit der NATO-Osterweiterung und der damit verbundenen Einschnürung der Sowjetunion schwört man eine Kriegsgefahr herbei. 24 Millionen Russen hatten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg getötet, über 40 Jahre dauerte der Kalte Krieg, dann streckte Gorbatschow die Hand zum Frieden aus. Für Deutschland hieß das Wiedervereinigung, für die Warschauer-Pakt-Staaten Loslösung von der Sowjetunion. Deutschland und die USA versprachen den Russen, dass es keine NATO-Osterweiterung gebe. Genscher sagte am 10. Februar 1990 im Gespräch mit Schewardnadse, für ihn stehe fest, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen werde.
Genscher und Baker: „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir uns nicht einverleiben wollen, sondern das gilt generell.“ So viel ist das Wort amerikanischer und deutscher Politiker wert, nämlich nichts.
Die Russen vertrauten den Worten der amerikanischen und der deutschen Politiker und ließen sich das nicht schriftlich bestätigen. Bekanntlich sind mündliche Zusagen gleich zu bewerten wie schriftliche. Die Russen sind verarscht worden, denn die NATO, unter Führung der USA, hat diese Zusagen nicht eingehalten, sie hat die Sowjetunion mit der NATO-Erweiterung völlig eingekesselt. Hinzu kommen neuerliche Provokationen durch Manöver an den Grenzen.
Mit der vorgesehenen Aufnahme der Ukraine, inklusive der Krim in die NATO wäre die Einkesselung vollendet gewesen. Russlands strategisch wichtiger Hafen auf der Krim wäre ihm entzogen worden. Die Russen

kamen diesmal den Amerikanern zuvor und besetzten mit einer illegalen Kriegshandlung die Krim sowie Teile der Ostukraine. Sie haben ebenso illegal gehandelt, wie es bei der USA und der NATO gang und gäbe ist. Nehmen wir als Beispiel den extremsten terroristischen Anschlag von USA und NATO, den Überfall auf den Irak. Doch illegale Einmischungen, in erster Linie von den USA, aber auch der NATO, mit Lügen begründet, hat es in den letzten Jahrzehnten überall in der Welt gegeben.
Mit Militärausgaben von durchschnittlich 700 Milliarden Dollar (2009–2011) und Ausgaben für die Geheimdienste von über 50 Milliarden Dollar sind die USA auf kriegerische Auseinandersetzungen aus, hinzu kommt die Gier auf Rohstoffvorkommen für ihre multinationalen Unternehmen. Kriege und Einmischungen wurden mit Lügen, Geheimdienstaktivitäten und versuchten Regime Changes in die Wege geleitet. Der mitinitiierte Umsturz in der Ukraine, bei der der gewählte Präsident verjagt wurde, hat Gott sei Dank nicht dazu geführt, dass es zu einem schnellen EU-Beitritt der Ukraine gekommen ist, denn sonst hätten die Amerikaner dafür gesorgt, dass nach Artikel 5 des NATO-Vertrages der Bündnisfall ausgerufen worden wäre, und sie hätten das gehabt, was sie wollen, nämlich eine weitere kriegerische Auseinandersetzung. Die amerikanische Administration tut das, was die Ölindustrie und die Waffenindustrie will und braucht.
Den Menschen wird seit Jahren vorgegaukelt, die NATO sei allein zur Verteidigung gegenüber dem Russen da, sie glauben es auch. Das Geschwafel unserer Politiker, die von westlichen Wertevorstellungen sprechen, sind Träumereien, die aber leider von den meisten Menschen für bare Münze genommen werden. Die Politik wird von Machtinteressen, in erster Linie der Militär- und Waffenindustrie, bestimmt. Die Handlungen der USA in den letzten Jahren zeigen das auf. Zu den illegalen Eingriffen und Kriegen der USA verweise ich auf die Ausführungen des schweizerischen Friedensforschers Daniele Ganser in der Chronologie seines Buches „Illegale Kriege“, wo er das illegale Eingreifen der Amerikaner wie folgt wiedergibt:

1953
Im Iran wird am 19. August der demokratisch gewählte Premierminister Mohammad Mossadegh vom britischen Geheimdienst MI6 und dem amerikanischen Geheimdienst CIA in einem illegalen

Krieg gestürzt, um das iranische Erdöl unter britische und amerikanische Kontrolle zu bringen.

1954
In Guatemala wird am 27. Juni der demokratisch gewählte Präsident Jacobo Árbenz Guzmán in einem illegalen Krieg vom amerikanischen Geheimdienst CIA gestürzt. Die Landreform wird rückgängig gemacht.

1961
In Kuba versuchen die USA mit einer illegalen Invasion in der Schweinebucht am 15. April Präsident Fidel Castro zu stürzen. Der UNO-Sicherheitsrat wird durch Lügen blockiert und schützt Kuba nicht. Bis heute hindern die USA durch Repressalien jeden daran, mit Kuba Handel zu betreiben. Und die Welt der Träumer schaut zu.

1964
In den USA erklärt Lyndon Johnson am 4. August, die USA seien im Golf von Tonkin von Nordvietnam angegriffen worden, was sich später als eine Lüge herausstellte. Die USA bombardierten Vietnam ohne UNO-Mandat in einem illegalen Angriffskrieg. In diesem Krieg starben drei Millionen Vietnamesen und 58.000 amerikanische Soldaten. Noch heute gibt es gewaltige späte Kriegsfolgen durch versprühtes Gift, wie Missbildungen und Zeugungsunfähigkeit.

1986
In Den Haag in den Niederlanden verurteilt der Internationale Gerichtshof der UNO am 27. Juni den geheimen illegalen amerikanischen Contra-Krieg gegen Nicaragua, doch das US-Imperium ignoriert das Urteil.

1986
Libyen wird am 14. April von den USA in einem illegalen Angriffskrieg ohne UNO-Mandat bombardiert. Der Angriff wird vom UNO-Sicherheitsrat verurteilt. Die Resolution ist aber nicht gültig, weil die NATO-Länder Frankreich, Großbritannien und die USA mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat ihr Veto einlegen.

1989

Der amerikanische Präsident George Bush senior greift am 20. Dezember in einem illegalen Angriffskrieg Panama an und stürzt Machthaber Manuel Noriega. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt den Angriff, doch die drei NATO-Länder Frankreich, Großbritannien und USA legen ihr Veto ein.

1991

Kroatien und Slowenien erklären sich am 25. Juni für unabhängig. Jugoslawien zerfällt und wird von der NATO bombardiert.

1999

Serbien wird am 24. März von der NATO bombardiert, die Provinz Kosovo wird von Serbien abgespalten. Am illegalen Angriff ohne UNO-Mandat unter Führung der USA beteiligen sich verschiedene NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, das damit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg an einem Angriffskrieg teilnimmt.

2001

Nach den Terroranschlägen vom 11. September ruft das US-Imperium den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ aus und greift am 7. Oktober ohne UNO-Mandat Afghanistan an. Am illegalen Angriffskrieg beteiligen sich später auch andere NATO-Staaten, darunter Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

2003

Der Irak wird am 19. März ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates in einem illegalen Krieg von den beiden NATO-Staaten USA und Großbritannien angegriffen. US-Präsident George Bush junior und der britische Premier Tony Blair begründen den Krieg mit dem Kampf gegen ABC-Waffen, was sich später als Lüge herausstellt. Der irakische Diktator Saddam Hussein wird erhängt. Ein Teil der irakischen Armee schließt sich später der sunnitischen Terrormiliz Islamischer Staat an und errichtet in Teilen von Syrien und Irak ein Kalifat.

2011

Libyen wird am 19. März durch die NATO, angeführt durch die USA, Frankreich und Großbritannien, bombardiert. Der libysche Präsident Muammar Gaddafi wird im Laufe des Krieges getötet.

2011

In Syrien versuchen die Golfmonarchien Katar und Saudi-Arabien in Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten Großbritannien und Frankreich den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen. Der illegale Angriffskrieg beginnt mit dem Schüren von Unruhen am 11. März in der Stadt Dara. Die Angreifer unterstützen die Dschihadisten und bombardieren später Syrien unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, natürlich illegal.

2014

In der Ukraine wird am 20. Februar von den USA mit dem Mittel der verdeckten Kriegsführung Präsident Wiktor Janukowytsch in einem illegalen Putsch gestürzt. Russland besetzt danach ohne UNO-Mandat illegal mit Soldaten die Halbinsel Krim. Am 16. März stimmt die Mehrheit der Bevölkerung der Krim für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an Russland, der umgehend vollzogen wird.

2015

Jemen wird am 25. März von Saudi-Arabien angegriffen, unterstützt durch die NATO-Länder USA, Frankreich und Großbritannien.

2015

In Deutschland stimmt am 4. Dezember der Bundestag der Beteiligung am Syrienkrieg zu und begründet dies mit dem Argument „Terrorbekämpfung“. Bundeskanzlerin Merkel fordert den Sturz von Assad. Die USA, Großbritannien und Frankreich bombardieren Syrien ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates in einem weiteren illegalen Krieg der NATO.

Deutsche Politiker und die Medien schließen sich blauäugig in jeglicher Weise den USA an. Alle hier aufgezeigten kriegerischen Aktionen der USA, die Überwachung jedes einzelnen Bürgers in der USA und auch in Deutschland, das Abhören selbst der Bundeskanzlerin einer befreundeten Nation werden als selbstverständlich hingenommen. Das wahre Interesse der USA in Bezug auf die NATO wird nicht durchschaut. Dieses blinde Vertrauen ist gefährlich. Die USA sind daran interessiert, einen Keil in die deutsch-russischen Beziehungen zu treiben. Wir stünden uns jedoch viel besser, ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland aufzubauen und zu unterhalten und uns nicht

von Amerika negativ beeinflussen zu lassen. Ich hoffe, dass diese Aufarbeitung des amerikanischen Verhaltens unabhängig denkende Menschen nachdenklich macht. Nachdenklich sollte auch machen, dass es bei den kriegerischen Einsätzen von Großbritannien und Frankreich immer wieder um Ölvorkommen geht. Ebenso bei allen Einsätzen der USA in Afrika. Öl und Macht sind unsere westlichen Wertevorstellungen, Frau Merkel.

Nie wieder Krieg, haben unsere Väter nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt.

Was haben wir in Afghanistan verloren? Überhaupt nichts. Die lächerliche Aussage von Verteidigungsminister Struck, unsere Freiheit werde auch am Hindukusch verteidigt, hat sich wohl auch Frau Merkel zu eigen gemacht. Hätte sie den unbestritten scharfen Sachverstand einer Sarah Wagenknecht, hätte es keinen Einsatz und unnötige tote deutsche Soldaten in Afghanistan gegeben. Aber es gibt eben Leute, die blind anderen hinterherlaufen und nichts aus der Geschichte gelernt haben. Der vergebliche Einsatz der Russen in Afghanistan, der katastrophale Einsatz der Amerikaner in Vietnam hätte einem ein wenig vorausschauenden Menschen zwingend den nach Aufforderung der Amerikaner erfolglosen Einsatz in Afghanistan aufzeigen müssen. Die NATO wird missbraucht, sie hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt. Wenn wie im Iran, im Irak, in Libyen, Syrien und Jemen die NATO einzig und allein eingesetzt wird, um Interessen der Rohölindustrie zu vertreten, ist der Sinn eines Verteidigungsbündnisses nicht mehr gegeben.

Deutschland ist stark genug, nicht weiter am Rockzipfel der Amerikaner zu hängen, sich nicht zu reinen wirtschaftlichen Interessen benutzen zu lassen. Deutschland sollte sich darauf besinnen, eine Politik zu betreiben, die einzig und allein auf Frieden ausgerichtet ist, das sind wir den Sünden des Dritten Reiches schuldig. Wenn es eine sinnvolle europäische Aufgabe gibt, dann besteht diese in einem gemeinsamen europäischen Verteidigungsbündnis unter Zusammenlegung aller europäischen Streitkräfte. Es ist eine totale Geldvergeudung, wenn die europäischen Staaten dafür ca. 250 Milliarden Euro im Jahr ausgeben im Vergleich zu Russland mit 60 bis 70 Milliarden. Hier ist einmal europäische Solidarität und Einigkeit gefordert. Aber bei der unterschiedlichen Interessenlage, ich denke dabei an Großbritanniens und Frankreichs Rohölinteressen, wird eine solche Koalition nicht zusammenkommen.

Es ist nun mal so, solange Politiker im Verein mit dem Großkapital bestimmen, wird es keine humane Welt geben, ohne Hunger ohne Kriege mit einer gerechteren Verteilung. Das würde nur geschehen, wenn Menschen bestimmen (Bürger). Und das gibt es nur in einer direkten Demokratie der Bürger.

Illegale Kriege der USA

Was die USA an Kuba verbrochen haben, ist an Unmenschlichkeit kaum zu überbieten. Mehr als fünfzig Jahre leidet Kuba unter den von den USA verhängten Sanktionen und alle anderen, mit Ausnahme von drei bis vier Ländern, lassen sich von den USA erpressen, keinen Handel mit Kuba zu betreiben, mit der Androhung von Repressalien gegen Unternehmen, die es doch tun. Jedes Jahr wird dies in der Generalversammlung der UNO gefordert und mit dem Veto der Amerikaner wird es abgelehnt. Das Vetorecht in der UNO macht diese zum Handlanger für Staaten, die lustig Krieg führen, denn sie können nicht belangt werden. Die UNO in ihrer jetzigen Form ist nicht der Friedensbringer, der sie sein will, weil ihr oberstes Gebot, dass kein Land ein anderes angreifen darf, durch das Vetorecht ad absurdum geführt wird. Wir brauchen eine Organisation ohne Vetorecht, wenn es nicht die UNO ist, dann eine andere Organisation.
Die USA sind das Land, das am meisten Kriege führt und sich immer wieder in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Die USA wollen die Weltherrschaft und mit ihr die Handelsherrschaft, die sie mit allen, auch eben illegalen Mitteln zu erlangen versuchen. Sanktionen sind dabei ein beliebtes Mittel. Sie nutzen die Unterwürfigkeit anderer Staaten, wie auch Deutschlands, aus, die sich zu Vasallen machen lassen. Dazu gehört schon eine Portion Dummheit der Politiker, die das mit sich machen lassen. Beginnen wir mit der Einmischung der USA und ihren illegalen Kriegen.

Der illegale Krieg gegen Kuba

Mit der Herrschaft Fidel Castros veränderte sich die Politik Kubas gewaltig. Die bisher positive Politik gegenüber Großgrundbesitzern, Ölraffinerien und Hotelgruppen wurde von Castro völlig verändert. Mit

der Landreform leitete er die Enteignung großer amerikanischer Firmen in die Wege.
Im Jahr 1960 verschlechterte sich die Lage zwischen Kuba und den USA weiter. Von Enteignungen waren neben Ölraffinerien auch Hotels und die United Fruit Company betroffen, mit einer Fläche von 110.000 Hektar. Die von Kuba bezahlten Entschädigungen befriedigten die Enteigneten allerdings nicht. Der einzige nennenswerte Exportartikel Kubas war Zucker und der einzige Absatzmarkt waren die USA. Am 31. März 1961 senkte die USA die Zuckerquote auf null. Damit wollte man Kuba den Hahn abdrehen. Kuba musste sich nun einen neuen Absatzmarkt suchen und fand ihn in China und der UdSSR. Die Russen boten an, ihr Erdöl gegen kubanischen Zucker zu tauschen. Der erste russische Tanker erreichte Kuba, doch die amerikanischen Erdölkonzerne Esso und Texaco und der europäische Erdölkonzern Shell weigerten sich, russisches Rohöl zu verarbeiten. Daraufhin enteignete Castro die Erdölraffinerien und erklärte sie zum Staatsbesitz Kubas.
Der CIA begann nun auf Geheiß der Regierung mit den nach Florida gezogenen Exilkubanern, die auch an einem Sturz Castros interessiert waren, zu kooperieren. Im Oktober 1959 warfen US-amerikanische Flugzeuge Brandbomben auf Kuba und ließen Zuckerrohrfelder und Zuckerfabriken in Flammen aufgehen. Nachdem mal wieder die Amerikaner verhindert hatten, dass Kuba in Europa Waffen kaufen konnte, wandten sich die Kubaner an Moskau und wurden mit den Russen handelseinig.
Wegen der laufenden Bombardierungen, den Drohungen und der wirtschaftlichen Erdrosselung wandten sich die Kubaner an den UN-Sicherheitsrat. Am 18. Juli 1960 trat dieser zusammen und entschied sich für die Verweisung an die Organisation Amerikanischer Staaten(OAS), wohl wissend, dass diese Organisation von den USA beherrscht wurde. Kubas Außenminister Raúl Roa García beklagte vor dem Sicherheitsrat die laufenden kriegerischen Verletzungen mit vielfältigen Beweisen, doch das wurde, in erster Linie von den NATO-Ländern, als nicht glaubhaft hingestellt.
Das zeigt dass die Konstruktion des UNO-Sicherheitsrates durch die Machtstellung von Amerika und der NATO keinerlei Einfluss auf kriegerische Gewaltakte von Seiten der USA und der NATO ausüben

kann. Im Gegenteil, diese Konstruktion fördert die illegalen Kriegshandlungen ebenso wie das Vetorecht in der UNO .
Eine Untersuchung des amerikanischen Senats deckte auf, dass das US-Imperium auch auf Mord setzte, um ausländische Staatsführer aus dem Wege zu räumen. Viele Menschen können es sich nicht vorstellen oder glauben, dass der CIA mit der Mafia zusammen Mordpläne schmiedete, aber das ist historisch bewiesen und belegt (Quelle: Illegale Kriege von Daniele Ganser).
Mehrere Mordversuche an Castro und seinem Bruder, die vom CIA organisiert waren, scheiterten jedoch. Als Castro durch seinen Geheimdienst über den Aufbau einer geheimen US-Armee zum Überfall Kubas in Guatemala informiert wurde, wandte er sich wiederum erfolglos an den UN-Sicherheitsrat. Kuba bereitete sich inzwischen auf die Invasion vor. Nachdem J. F. Kennedy den Wahlkampf in den USA gewonnen hatte und wiederum zum Sturz Castros aufrief, wandte sich Kuba abermals an den Sicherheitsrat. Trotz jeder Menge Beweise für eine bevorstehende Invasion wurde die Resolution mit den Stimmen der NATO-Länder abgelehnt. Der neugewählte Präsident Kennedy wurde am 17. November von CIA-Direktor Allen Dulles und CIA-Mitarbeiter Richard Bissel über den Aufbau der Kuba-Armee in Guatemala informiert und befahl, die Arbeit fortzusetzen. Nachdem die vereinigten Stabschefs und der Verteidigungsminister Robert McNamara die Operation gebilligt hatten, gab Kennedy seine Zustimmung.
Die 1400 Exilkubaner wurden mit Lastwagen von den Bergen Guatemalas an die Küste gebracht. Am Samstag, dem 15. April 1961 begann der Angriff mit der Bombardierung von Kuba. Auf die Bombardierung folgte eine Invasion mit Bodentruppen. Doch die Kubaner waren darauf vorbereitet und es kam zu einem überragenden Sieg für Castros Truppen. Weil die B26-Bomber der CIA nicht alle Flugzeuge von Castros kleiner Luftwaffe zerstört hatten, konnte eine kleine kubanische Maschine vom Typ „Sea Fury“ ein Transportschiff, das die Munition für Invasoren in den nächsten zehn Tagen geladen hatte, versenken, womit die Invasionstruppen keinerlei Nachschub mehr hatten. Man versuchte mit allen Mitteln der eigenen Bevölkerung und der Welt vorzumachen, dass es sich bei den Angriffen ausschließlich um Exilkubaner gehandelt habe, jedoch konnte die Beteiligung der Amerikaner nachgewiesen werden, worauf Kennedy

dann auf einer Pressekonferenz am April zugeben ließ, am gescheiterten Regime Change beteiligt gewesen zu sein.
Im Nachhinein, so stellte der sowjetische Uno-Deligierte Sorin fest, war die Abfolge der Ereignisse exakt die gleiche gewesen wie 1954, als die Amerikaner die Invasion in Guantanamo organisiert hatten. Die Abfolge ist immer die gleiche, wenn USA und NATO an illegalen Kriegen beteiligt sind. Es wird in jeglicher Weise gelogen, jegliche Beteiligung am Krieg oder Regime Change in Abrede gestellt und später stellt sich das immer wieder als Unwahrheit heraus. Mit der „Operation Mongoose“ versuchte man anschließend mit jeglicher Art von unlauteren Mitteln die kubanische Wirtschaft zu zerstören. Weitere Proteste Kubas beim Weltsicherheitsrat wurden abgeschmettert. Ich würde die UNO als Weltunsicherheitsrat bezeichnen, der den an ihn gerichteten Erwartungen in keinster Weise nachkommt bzw. erfüllt.

Operation Northwoods

Ein streng geheimer Plan mit der Bezeichnung „Operation Northwoods“ wurde ausgeheckt, von einem General des Pentagon unterzeichnet und von dann dem General der US-Army Lyman Lemnitzer vorgelegt. Der Plan gibt einen erschütterten Einblick in die amerikanische Kriegsführung. Er sah vor, Flugzeuge und Schiffe des Pentagon zu sprengen sowie Terroranschläge in den USA durchzuführen und diese Verbrechen Fidel Castro anzuhängen. Die Militärs schlugen also einen geheimen und blutigen Terrorangriff gegen ihr eigenes Land vor, um Fidel Castro zu diskreditieren.
Wenn man sich diese perverse Vorgehensweise vor Augen hält, muss man sich nicht wundern, dass viele Menschen für möglich halten, dass die Katastrophe vom 11. September von den USA mitinitiiert worden ist. Insbesondere der Einsturz des dritten Gebäudes, der von fast allen Experten als Sprengung gesehen wird, muss einen zum Nachdenken bringen. Der amerikanische Theologe David Ray Griffin sagte, es weise vieles darauf hin, dass die amerikanischen Geheimdienste und das Weiße Haus an den Terroranschlägen vom 11. September mitschuldig seien.
Der illegale Krieg der USA gegen Kuba und die gleichzeitige Sabotage der UNO durch die NATO-Länder hatte dramatische Folgen. Chrutschtschow wollte die Kubaner vor weiteren illegalen Aktionen der

USA beschützen. Mit der Operation „Anadyr“ im Mai 1962 schickten die Russen Panzer, Jagdflugzeuge, Hubschrauber, Lastwagen, Luftabwehrraketen, Bomber und 50.000 Soldaten mit Schiffen über den Atlantik, zusätzlich Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen. Auf der UNO-Vollversammlung vom 8. Oktober 1962 erklärte der kubanische Botschafter Osvaldo Dorticos, dass sich Kuba bewaffnet habe, weil es das alleinige Ziel der Vereinigten Staaten sei, den Sturz der Regierung zu erreichen. Er kündigte an, dass wenn die Vereinten Nationen eine weitere Aggression gegen Kuba zeigen würden dies zu einem Weltkrieg führen könnte. Am 14. Oktober 1962 überflog ein Aufklärungsflugzeug der USA Kuba und fotografierte die Raketenstellungen. Nach intensiven Beratungen im Weißen Haus hielt Kennedy am 22. Oktober 1962 eine Fernsehansprache an die Nation, bei der er eine amerikanischen Reaktion auf den Aufbau von Raketenstation auf Kuba ankündigte, gleichzeitig verlangte er eine sofortige Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Die von ihrem angekündigte Blockade vor Kuba war ein illegaler Kriegsakt.

Der UNO-Generalsekretär konnte durch seine Diplomatie Chruschtschow überzeugen, seine mit weiteren Atomraketen beladenen Schiffe zu stoppen. In einem Tauschhandel zogen die Sowjets ihre atomaren Raketen aus Kuba ab und die USA entfernten ihre atomaren Raketen aus der Türkei. Ohne Ankündigung zogen die USA ihre Jupiter-Raketen aus der Türkei ab, die auch schon veraltet waren, gleichzeitig ersetzten sie sie durch U-Boot-gestützte Polaris-Raketen. Ein üblicher hinterhältiger Zug der Amerikaner.

Anschließend verhängten die USA ein Wirtschaftsembargo, das nun über fünfzig Jahre besteht und Kuba an einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung hindert. In jedem Jahr wird es in der Generalversammlung von fast allen Mitgliedern als nicht berechtigt bezeichnet und mit entsprechender Mehrheit abgelehnt. Allerdings beugen sich die Vasallen der USA diesem Embargo. Ein Anzeichen von totaler Unterwürfigkeit. Man kann diese Politiker und Staatsmänner, die sich daran halten, nur als Weicheier bezeichnen. Jeder Politiker oder Staatsmann mit Charakter würde mit anderen zusammen einen gemeinsamen Weg gehen. Das ist die einzige Sprache, die Amerikaner verstehen.

Der illegale Vietnamkrieg

Wie es bei den Amerikanern so üblich ist, begann der illegale Vietnamkrieg mit einer Lüge, was Mr. McNamara später zugab. Angeblich sei das amerikanische Kriegsschiff „Maddox“, das im Golf von Tonkin vor der vietnamesischen Küste patrouilliert hatte, von Nordvietnam zweimal angegriffen worden. In Wirklichkeit hatte das amerikanische Kriegsschiff ein sich näherndes Boot der Vietnamesen beschossen und die Vietnamesen hatten zurückgeschossen, ohne jedoch zu treffen. Ein angeblicher zweiter Angriff fand nicht statt, wurde aber zum Anlass genommen, eine illegale Bombardierung und damit einen Krieg gegen Vietnam in Gang zu setzen.
Die Presse gab diese Kriegslüge wie gewöhnlich ungeprüft als Rechtfertigung für den Krieg gegen Nordvietnam weiter. Die CIA hatte schon seit ihrer Gründung versucht, über den Einfluss auf die Presse die Geschichtsschreibung zu beeinflussen. Im Rahmen der „Operation Mockingbird“ hat der Geheimdienst ab den 1950er Jahren systematisch Zeitungen, Zeitschriften, das Fernsehen, Hollywood-Filme und Bücher überwacht, um eine positive Sicht auf die US-Außenpolitik und auf den Geheimdienst durchzusetzen. Der Krieg in Vietnam dauerte elf Jahre, rund 3 Millionen Vietnamesen wurden getötet, die USA verloren 58.000 Soldaten. Es gab zahlreiche Demonstration dagegen, in der ganzen Welt, aber auch in Amerika.
Unter dem Gesichtspunkt, dass die Presse jeweils die Regierungsmeinung unterstützt, ist es zwingend notwendig, dass es die Möglichkeit gibt, alternativ, zum Beispiel durch das Internet, über die wahren Zusammenhänge zu informieren

Illegale Kriege gegen Laos und Kambodscha

Mit der „Operation Barrel Roll“ begannen die USA auf Befehl von Präsident Johnson mit der Bombardierung von Laos, um den Ho-Chi-Minh-Pfad zu zerstören, und zettelten damit einen weiteren illegalen Krieg an, über den in der heimischen Presse nicht berichtet wurde. Mehr als 2 Millionen Tonnen Bomben warfen die USA während des Vietnamkrieges über Laos ab. Am 18. März 1969 begann mit der „Operation Mean“ die Bombardierung von Kambodscha, natürlich wieder eine illegale Aktion der USA. Weil die Vietnamesen in den stark bewachsenen Gebieten nicht auszumachen waren, setzen die

Amerikaner das Gift Agent Orange ein. Dieses chemische Entlaubungsmittel führte bei der Bevölkerung zu Krankheiten wie Krebs und richtete bei ungeborenen Kindern schwere Schäden bereits im Unterleib an. Auch noch lange nach dem Krieg wurden missgebildete Kinder geboren. Gemäß Schätzung des Roten Kreuzes litten 2002 in Vietnam rund eine Million Vietnamesen an den Spätfolgen von Agent Orange, darunter etwa 100.000 Kinder mit Fehlbildungen. Es gab unzählige Friedensdemonstrationen in Amerika, auch Martin Luther King war ein großer Kritiker der amerikanischen Aggression. Er wurde am 4. April 1968 in Memphis, Tennessee erschossen. Die Amerikaner verloren Gott sei dank diesen illegalen Krieg.

Der illegale Krieg gegen Nicaragua

1979 stürzte die sandinistische Befreiungsfront den brutalen Diktator Somoza, den die Amerikaner lange Zeit bei seiner Machterhaltung unterstützt hatten. Die Sandinisten führten eine Alphabetisierungskampagne durch und senkten in nur einem Jahr die Analphabetenrate von 50 auf 13%, außerdem organisierten sie eine Gesundheitsvorsorge, mit der die Kindersterblichkeit um 60% verringert wurde. Weil die Amerikaner die neue Regierung als kommunistisch ansahen, musste sie bekämpft werden. Sie unterstützten deswegen die Contras im ersten Jahr 1983 durch das CIA mit mit 1,9 Millionen US-Dollar, danach bewilligte der US-Kongress weitere 2,4 Millionen US-Dollar als „Hilfe gegen die Armut“. Als die Sandinisten um Daniel Ortega die Wahlen 1984 gewannen, bewilligte der US-Kongress 1985 nochmals 2,7 Millionen US-Dollar an „humanitärer Hilfe“ für die Contras. Die Contras wurden in die USA geflogen und in Florida und Kalifornien von amerikanischen Spezialeinheiten und dem Geheimdienst CIA trainiert. Sie wurden von Präsident Reagan als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet, tatsächlich legten sie Minen, stahlen Vieh, verbrannten die Ernte und führten Terroranschläge auf die Zivilbevölkerung von Nicaragua aus. Sie waren, so fand ein amerikanischer Untersuchungsbericht heraus, verantwortlich für rücksichtslose Angriffe gegen zivile Ziele, Entführungen, Vergewaltigungen, Morde, Verstümmlung und andere Gewalttaten. Die Befragung von früheren Contras sowie anderer Zeugen ergab, dass die Contras tatsächlich unbewaffnete Zivilisten, darunter Frauen und

Kinder, folterten, zerstückelten, köpften oder ihnen die Augen ausstachen (siehe Ganser: „Illegale Kriege“, S. 312–313).
Wiederholt wandte sich Nicaragua an den UNO-Sicherheitsrat und bat um Hilfe. Doch die USA legten ihr Veto ein. Daraufhin reichten Nicaragua am 9. April 1984 am internationalen Gericht Klage ein. Das Gericht erklärte, dass beide Parteien die UNO-Charta achten müssten. Das Recht Nicaraguas auf Souveränität und politische Unabhängigkeit müsse voll respektiert werden. Am 27. Juni 1986 verurteilte der Internationale Gerichtshof die USA in allen Punkten und verlangte von ihnen Reparationen von 17 Milliarden US-Dollar. Die USA akzeptierten die Kosten nicht und bewilligten – in einem Versuch, den UNO-Gerichtshof lächerlich zu machen – den Contras weitere 100 Millionen US-Dollar.

Der illegale Krieg gegen Serbien

In Wahrheit hat die US-Regierung das Feuer auf dem Balkan gelegt, in jedem Stadium betätigte sich Washington als Brandstifter, der Öl in die Flammen goss. Den Zerfall Jugoslawiens und der daraus entstandene Bürgerkrieg hat größtenteils die US-Regierung zu verantworten. Nichts geschah zufällig oder versehentlich, alles beruhte auf strategischen Überlegungen und Entscheidungen. Jeder Schritt, den die USA unternahmen, diente der Ausweitung der Kriege und begünstigte weitere Spaltungen in den Region, urteilte die amerikanische Friedensaktivistin Sara Flounders vom International Action Center in New York.
Was war vorangegangen?
Am 5. November 1990 verabschiedete der amerikanische Kongress ein Gesetz über die Bewilligung von Finanzmitteln ans Ausland (Foreign Operations Appropriations Law 101-513). Das Gesetz besagte, dass Jugoslawien binnen sechs Monaten jegliche finanzielle Unterstützung entzogen werde und alle Kredite und Darlehen gestrichen würden. Ferner forderte das wenig bekannte Gesetz, dass in jeder der sechs jugoslawischen Teilrepubliken separate Wahlen durchgeführt werden müssten. Die Wahlergebnisse seien dann Washington vorzulegen.
Das amerikanische Gesetz setzte Jugoslawien unter massiven finanziellen Druck, weil das Land seine im Westen aufgenommen Schulden nicht mehr begleichen konnte. Dieses Gesetz war äußerst gefährlich und am 27. November 1990 zitierte die *New York Times* einen

CIA-Bericht, der richtig voraussagte, dass es in Jugoslawien zu einem blutigen Bürgerkrieg kommen werde. Der Spaltpilz begann zu wirken. Bald beanspruchten die reichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien einen größeren Teil des Geldes für sich. Gleichzeitig forderten die ärmeren Teilrepubliken Bosnien, Mazedonien, Montenegro und Serbien mehr Geld mit dem Argument, dass dieser Länderfinanzausgleich in einer Wirtschaftskrise notwendig sei, um den Zusammenhalt zu sichern. Am 25. Juni 1990 erklärten sich die reichen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien für unabhängig. Die jugoslawische Führung erklärte darauf, die Abspaltung sei illegal, und schickte am 26. Juni 1991 die jugoslawischen Volksarmeen mit Panzern nach Slowenien. Der Krieg verlief glimpflich und dauerte keine zwei Wochen. In dieser Zeit erkannte Deutschland am 23. Dezember 1991 die Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien an. Dies war unklug, denn es erzeugte bei den Serben viel Unmut. Daran sollte man Deutschland im Zusammenhang mit der Ukraine bzw. der Krim einmal erinnern. Nach bestem Vorbild proklamierte auch Mazedonien seine Unabhängigkeit, im Oktober 1991 folgte die Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und Herzegowina.
Am 9. Januar 1992 erklärte der serbische Präsident Milosevic den Krieg in Kroatien für beendet. Am 7. April 1992 brach der Bosnienkrieg aus, als die USA und die EU die Abspaltung von Bosnien unterstützten und die Unabhängigkeit Bosniens anerkannten. Auch die UNO unterstützte die Zerschlagung Jugoslawiens. Auf der Basis einer Resolution der UNO-Generalversammlung wurden Bosnien, Kroatien und Slowenien am 22. Mai 1992 als selbstständige Staaten in die UNO aufgenommen. Ein Ultimatum der UNO an die bosnischen Serben, die schweren Waffen aus dem Raum Sarajevo abzuziehen und unter UN-Kontrolle zu stellen, lief am 25. Mai erfolglos ab. Daraufhin begann die NATO auf Aufforderung der USA am 25. und 26. Mai 1995 damit, serbische Stellungen in der Nähe von Sarajevo in Bosnien zu bombardieren. Hier wurde die NATO zum ersten Mal aus einem Verteidigungsbündnis zu einem Angriffsbündnis.
Am 29. März 1999 begann die NATO Serbien zu bombardieren. Der Angriff erfolgte ohne Zustimmung der UNO und war daher ein illegaler Angriffskrieg. Aus deutscher Sicht verstieß dieser Angriffskrieg auch gegen die eigene Verfassung. Der langjährige Grundsatz „Nie wieder soll Krieg von deutschem Boden ausgehen“ wurde über Bord geworfen.
Der deutsche Bundeskanzler Schröder erklärte in einer Diskussionsrunde zum Krieg in der Ukraine, dass man gegenüber den

Russen in der Krim-Frage nicht so vorlaut auftreten solle. Es sei unglaubwürdig, wenn der Westen stets auf das Völkerrecht verweise. „Weil ich es selbst gemacht habe, ich habe gegen das Völkerrecht verstoßen“, so Schröder, als es um die Frage ging, was sich in der Republik Jugoslawien im Kosovo-Krieg entwickelt habe. „Da haben wir unsere Flugzeuge, unsere Tornados nach Serbien geschickt und wir haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt, ohne dass es einen Sicherheitsbeschluss gegeben hätte.“

Der illegale Krieg gegen Afghanistan

Die UNO war weder fähig, Afghanistan gegen den illegalen Angriffskrieg der Russen im Jahre 1979 noch gegen den illegalen Angriffskrieg der USA im Jahre 2001 zu schützen. Am 24. Dezember 1979 marschierte die Sowjetunion auf Befehl von Staatschef Breschnew mit 100.000 Soldaten in Afghanistan ein. Der Einmarsch war ein illegaler Angriffskrieg.
Der UNO-Sicherheitsrat kam umgehend zu einer Sondersitzung zusammen, um die Invasion zu verurteilen. Die Resolution konnte aufgrund des sowjetischen Vetos nicht verabschiedet werden. Weil der Sicherheitsrat blockiert war, nahm sich die UNO-Generalversammlung des Themas an und forderte Russland auf, seine Truppen wieder zurückzuziehen. Doch die Resolution der UNO-Generalversammlung hatte nur Empfehlungscharakter. Der Krieg dauerte neun Jahre und die Afghanen beklagten zwischen 1 und 1,5 Millionen Tote, während auf sowjetischer Seite 15.000 Soldaten fielen.
Am Afghanistankrieg waren auch die USA, Saudi-Arabien und Pakistan beteiligt. „Die fundamentalistischen Islamisten wurden stark, weil der CIA sie brauchte im verdeckten Krieg, an dem ich auch teilnahm, um die Sowjets aus Afghanistan zu vertreiben“, erinnert sich der Direktor des Pakistanischen Geheimdienstes General Hamed Gul. Die Waffen, die der US-Geheimdienst CIA den Gotteskriegern in Afghanistan lieferte, trugen viel zur Niederlage der Russen bei. Aber durch die Unterstützung der Amerikaner und von Saudi-Arabien wurde auch die al-Quaida von Osama bin Laden stark. Durch ihr Engagement gegen Russland hat hier Amerika ein späteres Terrornetz massiv unterstützt

und dadurch gefördert und mit aufgebaut. Sie wurden vor den Augen der Amerikaner von Friedenskämpfer zu Terroristen.
Der Reformer Gorbatschow beendete 1989 den Krieg in Afghanistan. Am Ende des Kalten Krieges war für eine Gruppe radikaler Imperialisten wie Dick Cheney, Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz die Zeit gekommen, Amerika zur Weltmacht zu machen. Die ultranationalistische Denkfabrik „Project for the New American Century“ (PNAC) befasste sich mit dem Ausbau der imperialen Führung der USA im 21. Jahrhundert. In ihrer Studie „Rebuilding Americas Defenses“ forderte das PNAC im September 2000 einen radikalen Umbau der USA, um deren imperiale Vormachtstellung im 21. Jahrhundert abzusichern.
Diesen Weg ist die USA mit Hilfe der NATO-Staaten und der Ausweitung ihres Einflusses in der UNO mit brutaler Konsequenz und Millionen Leichen gegangen. Die Welt muss sich Gedanken darüber machen, wie man dieser menschenverachtenden Politik wirkungsvoll entgegentreten kann.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001

Am 11. September 2001 gab es einen fürchterlichen Terroranschlag in New York. Zwei entführte Passagierflugzeuge rasten in den Nord- und den Südturm des World Trade Centers. Um 9.35 Uhr wurde gemeldet, dass ein weiteres Passagierflugzeug, der American-Airlines-Flug 77, das Pentagon getroffen habe. Kurz vor zehn Uhr stürzte der Südturm ein. Um 10.25 Uhr folgte der Einsturz des Nordturms. Der Einsturz dieser beiden Türme forderte 3000 Tote. Ein weiteres Passagierflugzeug der United Airlines stürzte mit 93 Passagieren bei Shanksville ab.
Präsident Georg Bush und Vizepräsident Dick Cheney machten umgehend Osama bin Laden und die in den Augen der Amerikaner von Friedenskämpfern zu Terroristen mutierte al-Quaida, das seinerzeit durch die USA unterstütze „Friedenswerk“ gegen die Russen in Afghanistan, dafür verantwortlich.

Der nächste illegale Krieg gegen Afghanistan

Im Oktober 2001 starteten die USA einen illegalen Angriffskrieg gegen Afghanistan. Die USA erklärten die Terroranschläge auf das New

Yorker World Trade Center zum ersten Bündnisfall der NATO-Geschichte, was totaler Schwachsinn war, und zwangen damit viele europäische Länder, am Afghanistankrieg teilzunehmen. Der Angriff auf Afghanistan durch die USA war ein illegaler Angriffskrieg ohne UNO-Mandat. Alle Versuche der USA, die UNO zu einer Resolution zu veranlassen, die einen Angriff auf Afghanistan rechtfertigte, waren vergeblich. Damit hätte man sich auch lächerlich gemacht.
Auch dieser willkürlich geführte Krieg, dazu noch mit Unterstützung der NATO-Staaten, ist für jeden und muss für jeden Menschen, der ein bisschen Verstand besitzt, ein Alarmzeichen dafür sein, dass eine solche Willkür des US-Imperiums unbedingt unterbunden werden muss. Die Beteiligung Deutschlands am Afghanistankrieg verstößt gegen die deutsche Verfassung, Kanzler Schröder gehört dafür vor Gericht, sowohl in Deutschland als auch vor den Internationalen Gerichtshof. Doch darauf können wir vergeblich warten, denn bei der Gerichtsbarkeit wird nach dem Motto verfahren: Wer die Macht hat, hat das Recht.
Die Grünen in Deutschland werden sich sagen lassen müssen, dass sie den Weg der Friedenspartei verlassen und mit in die Wege geleitet haben, dass Deutschland wieder in den Krieg zog, gegen deutsches Recht, gegen internationales Recht. Sie sind kein Garant mehr für den Frieden. Die Wähler sollten es sie spüren lassen. Scheinheiligkeit, um an der Macht zu bleiben. Anschließend hängte sich Joschka Fischer in das Gas- und Ölgeschäft rein, ebenso wie Schröder, alles Pharisäer. Es geht nur um Macht und Kohle.

Der illegale Krieg gegen den Irak

Mit ihrem Angriff auf den Irak im März 2003 verstießen die USA und Großbritannien in sehr offensichtlicher und rücksichtsloser Weise gegen das Gewaltverbot der UNO. Der Irakkrieg zeigte deutlicher als alle anderen illegalen Kriege, dass die Missachtung der UNO-Charta zu Tod, Folter, Leid, Chaos, Flüchtlingsströmen und der Ausbreitung von fundamentalistischen Terrormilizen führt. Die Entscheidungsträger in den NATO-Ländern Georg Busch, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Colin Powell und Tony Blair müssten vom Chefankläger des Internationalen Staatsgerichtshof der UNO in Den Haag wegen des schweren Verbrechens der Aggression angeklagt werden. Da es aber

kein Gericht gibt, das sich traut, gegen die Vertreter der Macht vorzugehen, muss man überlegen, wie man eine solche neutrale Institution schaffen kann. Darüber müssen wir uns Gedanken machen.
Die Golfkriege zeigen auf, dass die Amerikaner keinerlei Moral besitzen, sie wahren alleine ihre Wirtschaftsinteressen, dafür scheuen sie vor nichts zurück, auch vor millionenfachem Mord nicht.

Der Erste Golfkrieg 1980

Als im Nachbarland Iran Ayatollah Khomeini an die Macht kam, glaubte Saddam Hussein, eine günstige Gelegenheit zu haben, den Iran zu überfallen. Am 22. September 1980 griff die irakische Armee auf einer Front von 600 Kilometern den Iran an. Es war ein illegaler Angriffskrieg ohne UNO-Mandat. Gemäß dem Historiker Mansur Khan schürten die USA zuvor Spannungen zwischen dem Iran und dem Irak. Bei allen Kriegen im Nahen Osten spielte das Erdöl eine zentrale Rolle. US-Präsident Jimmy Carter hatte am 23. Januar erklärt, dass nur das US-Imperium das Erdöl im Nahen Osten kontrollieren dürfe. „Jeder Versuch einer ausländischen Macht, die Region des Persischen Golfs in seine Macht zu bringen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet“, so Carter.
Obschon bekannt war, dass Saddam Hussein Chemiewaffen einsetzte und damit ein Kriegsverbrecher war, wurde er im Ersten Golfkrieg durch das US-Imperium unterstützt. Der nicht formelle, aber faktische Eingriff der USA auf Seiten des Iraks führte zur Entscheidung. Die Amerikaner griffen den Iran in einer Seeschlacht direkt an und zerstörten mehrere Schiffe und Ölplattformen. Weiterhin schoss das amerikanische Kriegsschiff „USS Vincennes“ ein iranisches Flugzeug, die Iran Air 655 ab, wobei 290 Zivilisten ums Leben kamen.
Der Iran wurde schließlich des Krieges müde und willigte in ein Waffenstillstandsabkommen ein.

Der illegale zweite Golfkrieg 1990

Nur zwei Jahre nach dem Ende des Ersten Golfkrieges kam es zum zweiten. Saddam Husseins überfiel das Nachbarland Kuwait. Am 2. August marschierte er mit 100.000 Soldaten dort ein. Noch am selben Tag trat der UNO-Sicherheitsrat zusammen und forderte den Irak auf,

seine Truppen sofort wieder abzuziehen. Als Saddam Hussein dieser Aufforderung nicht folgte, gelang es den USA, 22 Länder davon zu überzeugen, Truppen an den Persischen Golf zu schicken.
Am 17. Januar 1991 begannen die USA und ihre Alliierten im Rahmen der „Operation Desert Storm“ mit massiven Luftangriffen auf Kuwait und Irak. Am 3. April 1991 war der Krieg beendet.

Der illegale Krieg gegen den Irak 1998

Am 12. Dezember 1998 befahlen der US-Präsident Bill Clinton und der britische Premierminister Tony Blair ihrer Luftwaffe, den Irak im Rahmen der Operation „Desert Fox“ während vier Tage intensiv zu bombardieren. Mit vielen fadenscheinigen Behauptungen und Lügen nahmen sie sich das Recht dazu, ohne UNO-Votum, also war es ein illegaler Krieg gegen den Irak. Als Grund gaben sie an, dass der Irak die vom UNO-Sicherheitsrat geforderten Abrüstungsschritte nicht planmäßig durchgeführt habe und dass im Irak chemische und biologische Waffen produziert würden. Alle diese Lügen wurden später aufgedeckt und von einer britischen Untersuchungskommission bestätigt. Es war mal wieder ein kriegerischer Überfall, für den keiner bestraft wurde, der Millionen Opfer kostete und zum totalen Chaos im Irak führte, der außerdem die Entstehung der ISIS verursachte und nicht bestraft wurde. Von wem auch? Das US-Imperium kann machen, was es will, eine Bestrafung der unrechtmäßigen Kriegshandlungen ist nicht möglich. Und unsere Propagandapresse bleibt still, anstatt jeden Tag auf solches Unrecht, solches Gräuel hinzuweisen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie das US-Imperium mit seinem Unrechtssystem zu stoppen ist. Alle Länder, Regierungschefs und die Presse benehmen sich wie Vasallen und sind Vasallen. Es wird Zeit, das US-Imperium zu stoppen, sonst schlittern wir in den nächsten Weltkrieg. Bei der bisher gezeigten illegalen Kriegsführung und den von Friedmann aufgestellten Thesen, beschrieben in dem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, muss man das erwarten. Sie schrecken vor nichts zurück. Macht geht vor Recht.

Der illegale Krieg gegen Libyen

Schon 1986 hatten die Amerikaner ohne UNO-Mandat Libyen bombardierten und das damit begründet, dass der Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ eine verbrecherische Aggression gewesen sei. In der 40-jährigen Herrschaft von Gaddafi war Libyen zu reichsten und hoch entwickeltsten Land Afrikas geworden. Er hatte eines der ärmsten Länder in Afrika übernommen. Gaddafi setzte umfassende soziale Reformen durch. Die Rechte der Frauen wurden gestärkt, sie hatten das Recht auf Erziehung, auf Arbeit, auf Scheidung, auf Eigentum und Einkommen. Es gab Bargeld für das Gebären von Kindern, freie Kindertagesstätten, freie Gesundheitszentren und Pension mit 55 Jahren. Es gab eine kostenlose Krankenversorgung, man bezahlte nichts für Strom und Wasser. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war Libyen das reichste Land des Kontinents. Es gab allerdings, wie in vielen totalitären Staaten, berechtigungslose Verhaftungen politischer Gegner und Andersdenkender.

Um den Angriffskrieg auf Libyen moralisch zu legitimieren, wurde in den NATO-Ländern über die Medien ein falsches Bild gezeichnet. Gaddafi machte kein Geheimnis aus der Kritik am US-Imperium. In einer Rede vor der UNO prangerte er 2009 den Machtmissbrauch der USA und der NATO-Länder scharf an. Die UNO-Charta verbiete Angriffskriege, aber 65 Kriege mit Millionen Opfern seien nach dem Zweiten Weltkrieg geführt worden.

Die wirklichen Gründe für den Libyen-Krieg sind ganz andere, als von den kriegslüsternen Westmächten dargestellt. Der von außen unterstützte Bürgerkrieg gab kein Recht, Libyen zu bombardieren, das Land zu besetzen. Wirtschaftliche Interessen spielten die ausschlaggebende Rolle dieses Terroraktes der Weltmächte. Von der UNO war lediglich eine Flugverbotszone genehmigt worden.

Auf die wirtschaftlichen Gründe und die Folgen dieses westlichen Terroraktes gehe ich nachstehend ein.

Das Sozialsystem in Libyen unter Gaddafi

Hier eine Liste der Sozialleistungen unter Gaddafi:

1. In Libyen war der Strom für alle Bürger kostenlos.
2. Es gab keine Zinsen auf Kredite. Die staatlichen Banken vergaben Darlehen an alle Bürger zu null Prozent Zinsen per Gesetz.
3. Ein Heim bzw. Zuhause zu haben galt als ein Menschenrecht in Libyen.
4. Alle Frischvermählten in Libyen erhielten 50.000 US-Dollar. Dieses Geld sollte den Menschen ermöglichen, ihre erste Wohnung zu kaufen. Die Regierung wollte so zur Gründung einer Familie beitragen.
5. Bildung und medizinische Behandlungen waren frei in Libyen. Bevor Gaddafi an die Macht kam, konnten nur 25% der Libyer lesen. Heute liegt die Zahl bei 83%.
6. 6. Wollten Libyer in der Landwirtschaft etwas aufbauen, erhielten sie Ackerland, ein Bauernhaus, Geräte, Saatgut und Vieh als Schnellstart für ihre Farmen und das alles kostenlos.
7. Wenn Libyer keine Ausbildung oder medizinische Einrichtungen finden konnten, die sie benötigten, hatten sie die Möglichkeit, mit Hilfe staatliche Gelder ins Ausland zu gehen. Sie bekamen 2.300 US-Dollar im Monat für Unterkunft und Auto gezahlt.
8. Wenn ein Libyer ein Auto kaufte, subventionierte die Regierung 50% des Preises.
9. Der Preis für Benzin in Libyen betrug 0,14 US-Dollar (ca. 0,10 Euro) pro Liter.
10. Wenn ein Libyer nach dem Studium keine Arbeit bekam, zahlte der Staat das durchschnittliche Gehalt des Berufs, in dem er eine Arbeit suchte, bis er eine fachlich adäquate Beschäftigung gefunden wurde.Libyen hat keine Auslandsschulden und seine Reserven in Höhe von 150.000.000.000 US-Dollar sind jetzt weltweit eingefroren und wohl für immer verloren.

11. Ein Teil jedes libyschen Öl-Verkaufs wurde direkt den Konten aller libyschen Bürger gutgeschrieben.
12. Mütter, die ein Kind gebaren, erhielten 5.000 US-Dollar.
13. 2% der Libyer haben einen Hochschulabschluss.

    Gaddafi startete das „Great-Man-Made-River-Projekt“ (GMMRP oder GMMR, dt.: großes menschengemachtes Fluss-Projekt) in Libyen. Es ist das weltweit größte Trinkwasser-Pipeline-Projekt für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft.

Libyen: Das Ende der sozialpolitischen Errungenschaften Oberst Muammar Gaddafis

Veröffentlicht am **3. Januar 2012** von **Ardašir Pârse**

Wer sich mit den Prinzipien des internationalen Rechts befasst hat, kommt bei der Beurteilung des Militäreinsatzes der NATO in Libyen in höchste Schwierigkeiten. Die Koalitionskräfte haben in diesem Krieg ganz klar das Ziel des Schutzes von Zivilisten, dem des Regimewechsels geopfert. Mindestens 50.000 Libyer haben das mit ihrem Leben bezahlt. Der Missbrauch der UN-Resolution 1973, war schon in der Resolution selbst verankert und das zeigt die dubiose Rolle des Sicherheitsrats beim Libyeneinsatz der NATO, der alle Mittel der Gewaltanwendung den Koalitionskräften erlaubt hat.

Die NATO, war verpflichtet, schon beim ersten Waffenstillstandsangebot Gaddafis oder eines Vermittlers auch die andere Seite zu Verhandlungen zu zwingen und die Gewalt einzustellen. Doch die NATO wollte keine Verhandlungen der Kombattanten und bombardierte fleißig weiter, und wenn man die Nachrichten bezüglich des Militäreinsatzes der NATO verfolgt hat, gab es offensichtlich unter Gaddafi mehr Kommandozentralen als Kommandeure. Was hatte man tatsächlich alles bombardiert? Der NATO Einsatz war ein klarer Verstoß gegen das internationale Recht, diese Tatsache ändert auch die UN-Resolution 1973 nicht, die klar gegen internationales Recht verstößt.

Der „arabische Frühling“ hat den vom Westen verteufelten „Diktator“ Gaddafi hinweggefegt, Libyen destabilisiert und in eine ungewisse, islamistische Zukunft, in einen „arabischen Winter“ geschickt. Für die Koalitionskräfte, werden die Karten nun neu gemischt, wenn es darum geht, wer künftig beim größten Erdölproduzenten Afrikas die Aufträge erhält. Man darf sich fragen, wie es zum Bürgerkrieg gekommen war, insbesondere unter Berücksichtigung der verhältnismäßig günstigen ökonomischen Bedingungen in Libyen unter Oberst Muammar Gaddafi.

Wie auch in einigen anderen arabischen Staaten war die libysche Wirtschaft von planwirtschaftlichen Elementen und einem arabischen Sozialismus geprägt. Seine Regierung aber führte seit 1969 viele sozial-politische Programme durch, wie die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, von Strom, Benzin und Gas, Wohnungsbauprogramme und einer Erhöhung der Mindestlöhne. Seit 1973 waren die Arbeitnehmer nach iranischem Vorbildsogar an den Unternehmensgewinnen beteiligt. Libyen wurde durch diese Programme, das Land mit dem geringsten Wohlstandsgefälle Afrikas. Der Bildungssektor wurde aufgebaut, und die Schulpflicht eingeführt. Die Schulen waren alle kostenlos.

Seit 2002 verfolgte Gaddafi eine Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft, die sich in einem steigenden Wirtschaftswachstum seit 2003 bemerkbar machte. 2010 betrug das Wirtschaftswachstum ca. 9 % und in Bengasi wurde die erste Börse Libyens eröffnet. Während die Inflationsrate im Jahr 2008 noch 10,4 % betrug, war sie im Jahr 2009 auf 2 % gesunken *[The world Factbook]*. Libyen hat die größten Erdöl-Reserven Afrikas. Unter dem Markennamen *Tamoil* betreibt Libyen in Deutschland, Italien und der Schweiz eigene Raffinerien und gleichnamige Tankstellennetze. Auch in der Landwirtschaft hatte Gaddafi einige Projekte erfolgreich umgesetzt. Trotz der geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche hat Libyens Dattelanbau an der Weltproduktion einen Anteil von bis zu 5 % erreicht. Der Olivenanbau hat 2006 an der Weltproduktion einen Anteil von bis zu 3 % erreicht. Gaddafi forcierte außerdem seit Jahren eine Bewässerung von Feldern in der Wüste. Die Hauptindustrien sind neben Raffinerien, die Textil- und Nahrungsmittelindustrie, darüber hinaus wurdeder Schwerpunkt der Industrie auf die Sektoren Chemie, Möbel und Baustoffe erweitert. Insgesamt ergab sich nur ein leichtes Haushaltsdefizit von 1,3 % des BIP und die Staatsverschuldung betrug lediglich 4 Mrd. USD. Wie viele europäische Staaten gibt es, die gerne eine solche geringe Staatsverschuldung aufweisen würden (zum Vergleich: Staatsverschuldung in Italien: 1.900 Mrd. EURO). Mit seinen Häfen in Tobruk, Tripolis, Misurata, Mersa Brega und Bengasi, seinen Flughäfen und etwa 47.600 km asphaltierten Straßen, hatte Libyen eine vergleichsweise sehr gute Infrastruktur in der Region. Ein neues Schienennetz, das später elektrifiziert werden sollte, wurde gerade errichtet, ebenso eine 1.000 km lange Bahnstrecke in Richtung Niger.

Die Errungenschaften für die Bevölkerung Libyens unter Oberst Muammar Gaddafi

Seit 1984 hatte Gaddafi das größte Süßwasserprojekt der Welt mit der systematischen Förderung der eiszeitlichen Süßwasservorkommen in der Sahara in Angriff genommen: Das Great-Man-Made-River-Projekt. Ziel dieses Projektes war die Umwandlung Libyens von einem Lebensmittel-Importstaat in einen Lebensmittel-Exportstaat. Durch den Sturz Gaddafis und der Machtübernahme der islamistischen Rebellen wird die Fortführung dieser Politik eingestellt werden. Unter Gaddafi war Strom für alle Bürger frei, ebenso mussten Kreditnehmer in Libyen keine Zinsen auf Darlehen bezahlen. In Libyen war der Besitz von Wohnraum ein Grundrecht,

Bildung und medizinische Versorgung der Bürger waren frei. Vor Amtsantritt Gaddafis konnten nur 25 % der Libyer lesen und schreiben. Heute sind es 83 % der Bevölkerung. Landwirte bekamen als Starthilfe unter Gaddafi Land, ein Landhaus, Saatgut, Vieh und Geräte und das alles vom libyschen Staat bezahlt. Für Bürger Libyens, für die die medizinische Versorgung Libyens nicht ausreichte, zahlte die Regierung neben den Behandlungskosten 2.300 USD pro Monat für Unterkunft und Auto im Ausland. Wenn ein Libyer ein Auto kaufte, wurde das Auto mit 50 % von der Regierung subventioniert. 1 Liter Benzin kostete in Libyen 0,14 USD.

Lybien hatte weltweit 150 Mrd. USD Auslandsvermögen, die immer noch teilweise eingefroren sind. Wenn ein Libyer nach dem Studium keinen Arbeitsplatz fand, zahlte der libysche Staat das entsprechende Durchschnittseinkommen, bis der Absolvent Arbeit gefunden hatte. Ein Teil der libyschen Erdölverkäufe wurde der Bevölkerung direkt auf ihren Bankkonten gutgeschrieben. Für die Geburt eines Kindes bekam eine Mutter 5.000 USD. 40 Brote kosteten in Libyen 0,15 USD. 25 % aller Libyer hatten einen Hochschulabschluss. Alle Frischvermählten erhielten zum Start der Familiengründung und zur Wohnraumbeschaffung von der Regierung 50.000 USD. Zweifelsohne verwandelte Gaddafi Libyen von einem der ärmsten Länder der Welt in einen der wohlhabendsten Länder Afrikas, wohlhabender als Brasilien, Saudi-Arabien und Russland.

Die kranke Idee des Westens, westliche politische Systeme als das Nonplusultra für die Welt zu sehen

Die Mehrparteien-Demokratie ist eine Farce, die ihre Menschen wie Esel behandelt, ihnen vorgaukelt, sie hätten die Macht, aber ihnen die wirkliche Macht verweigert. Wir haben die Welt schon öfters mit Mehrparteiensystemen erschüttert gesehen. Warum in aller Welt braucht man den Machtwechsel, wenn die Macht in die Hände der dummen, unaufgeklärten und faulen Massen gerät? Die Welt wird überwiegend durch Parteien und Wahlen geführt. Aber auch Teile der westlichen Intelligenz fühlen sich angewidert von Parteien und der Farce der Wahlen. Sie begreifen, dass das was passiert nicht Demokratie, sondern Täuschung ist, es ist nichts weiter, als die Diktatur des Proletariats. All die genannten Instrumente der Sozialpolitik Gaddafis wird es in Zukunft in Libyen nicht mehr geben, wenn eine „westlich“ orientierte, islamistische, sogenannte „demokratische“ Marionettenregierung im Land installiert wird; dank der NATO und dank derer, deren Gier nach mehr unstillbar ist. Gaddafi hatte schon vor Jahren dem Terrorismus abgeschworen, sogar sein Atomwaffenprogramm stoppte er und unterschrieb das Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrages. Er war ein guter Führer, der Libyen in eine goldene Zukunft geführt hatte, und als Dank dafür wurde er von den aufständischen Verbrechern im Schutz der NATO vergewaltigt, gepfählt, ermordet und in der Wüste verscharrt; der Allmächtige möge seine Ruhestätte erleuchten und seiner Seele gnädig sein. Libyen wird seine sozialen Errungenschaften verlieren, in einem zerbombten Land, gibt es dafür kein Geld mehr. Auch die eingeführten Gesetze der Scharia und die Unfähigkeit der Islamisten lassen es nicht zu, dass der Reichtum des Landes jemals gerecht verteilt werden könnte, oder Libyen nur im Entferntesten etwas ähnliches sozial-politisch aufbauen könnte. In Libyen gibt es tausende Stämme und Banden, die Gaddafi sehr gut im Griff hatte, die alle etwas für sich beanspruchen werden und sich gegenseitig auslöschen werden. Diese Auseinandersetzungen und die Unterstützung des islamischen Terrorismus durch die Islamisten werden das Einkommen aus dem Erdölverkauf aufbrauchen. Libyen machte genau wie Iran 1979 die bittere Erfahrung, dass wirtschaftliche Stabilität nicht automatisch politische Stabilität nach sich zieht. Leider ist auch

Deutschland beteiligt an dieser unsäglichen Politik der Re-Islamisierung des Nahen Ostens für westliche Interessen:

Der Politikwissenschaftler Pierre Hillard meinte, gegenüber dem Kölner Internet-Portal German Foreign Policy: ***„Die ethnizistische Aggression der westlichen Mächte werde durch die deutsche Außenpolitik maßgeblich gefördert. Es gäbe kontinuierliche Bemühungen deutscher Vorfeldorganisationen, die den Mittleren Osten neu modellieren wollen.“*** So veranstaltete die Bertelsmann-Stiftung Nahost-Foren (Kronberger Gespräche), bei denen es um eine vollständige Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Institutionen der muslimischen Ressourcenstaaten ging, um sie fest an die Euro-atlantische Achse zu schweißen. Wie es im Protokoll der Kronberger Gespräche 2006 heißt, sollten dem ***„schrittweisen Ausbau der europäischen Präsenz in der Region geeignete Mittel der amerikanischen Durchsetzungsfähigkeit beigegeben werden.“*** Der Hinweis kombiniert diplomatische und subversive Aktivitäten mit kriegerischen Handlungen***. „Die administrativen und natürlichen Grenzen der Region müssen ihre Bedeutung schnell verlieren, damit sich neue Perspektiven eröffnen.“*** Hillard weiter: ***„Man will auch die Reaktionen testen, vorrangig die Reaktionen unter den Muslimen. Das Geschickte an einer solchen Veröffentlichung ist, dass sie Debatten bei den Betroffenen auslöst. Man wird Befürworter und Gegner dieser Konzepte erkennen können, es wird zu Brüchen und Widersprüchen in den islamischen Staaten kommen. Also wird es auch Möglichkeiten geben, auf die eine oder andere ethnische oder politische Gruppe Druck auszuüben, eine dritte zu bevorzugen usw. Allein die Debatte um das Für und Wider ethno-regionaler Prinzipien und Grenzziehungen fördern die westlichen Interessen…“*** *[Quellen: „Schmutziges Geheimnis“, Interview mit Dr. Pierre Hillard „Europa und der Nahe Osten“; 10. Kronberger Gespräche, 14.-15.07.2006]*

Natürlich hat die Politik der westlichen Staaten nach dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg und dem völkerrechtswidrigen NATO Einsatz in Libyen dramatische Folgen: Die Länder der Region werden nämlich jetzt nicht nur mit modernsten Boden-Luft-Raketen aufrüsten, sondern Langstreckenraketen entwickeln und auch versuchen diese atomar zu bestücken. Nach den Angriffskriegen in Irak und Libyen haben sie völkerrechtlich und moralisch nun auch jegliches Recht dazu.

NATO-Osterweiterung und der illegale Krieg gegen die Ukraine

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde von Michael Gorbatschow verlangt, dass sich die NATO nicht nach Westen ausdehnt. Das US-Imperium sicherte dies den Russen zu. Die NATO werde ihren Einflussbereich „nicht einen Zentimeter weiter nach Osten ausdehnen“, versprach US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 im Katharinensaal des Kreml in Moskau. Der deutsche Außenminister Genscher hatte am 31. Januar in Tutzing erklärt, „eine Ausdehnung des NATO-Territoriums, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben“. Die gleiche Aussage machte Genscher im Beisein von Baker.

Dieses Versprechen, das leider nicht vertraglich abgesichert wurde, hat die NATO vielfach gebrochen. Sie hat mit der Erweiterung nach Osten die Russen förmlich umzingelt, ebenso mit Armeestützpunkten der USA und der NATO. Am 3. April 2008 proklamierte die NATO: „Die Allianz hat heute beschlossen, dass die Ukraine und Georgien NATO-Mitgliedsländer werden sollen.“ Die Ukraine war lange ein Bestandteil von Russland, der weit überwiegende Teil der Bevölkerung spricht Russisch. Die Halbinsel Krim, die zu Russland gehörte, war von Chruschtschow 1954 der Ukraine geschenkt worden. Darüber gibt es allerdings keinen bindenden Vertrag. Die Russen hatten allerdings einen bindenden Vertrag mit der Ukraine über die Stationierung der russischen Militärflotte bis 2046.

U.S. Bases Near Russia

Der Putsch in der Ukraine

Nachdem der ukrainische Präsident Janukowytsch sich im November 2013 geweigert hatte, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, kam es auf dem bekannten Maidan-Platz in der Hauptstadt von Kiew zu großen Demonstrationen. Ende Februar eskalierte die Situation auf dem Maidan, als Scharfschützen aus Häusern auf Polizisten und Demonstranten schossen. Sofort wurden der

amtierende Präsident Janukowytsch und seine Polizeieinheit für das Massaker verantwortlich gemacht.
Inzwischen sind Zeugen aufgetreten, die eine von Georgien aus organisierte absichtliche Schießerei bestätigen, die dann Janukowytsch unterstellt wurde. Eigentlich eine übliche amerikanische Vorgehensweise. Wieder einmal erfolgreich. Der Regime Change gelang. Janukowytsch wurde gestürzt und floh nach Russland. Doch was steckte wirklich hinter dem Putsch? Jua Kirsch, die am 20. Februar in Kiew war und zuvor als Direktorin des „European Centre for a modern Ukraine“ amtiert hatte, sagte auf die Frage, wer geschossen haben könnte: „Es muss jemand gewesen sein, der ein klares Interesse an einer Eskalation hatte.“ Also nicht Janukowytsch, der sich ja nicht selbst stürzen wollte .
Inzwischen muss auf der Basis der verfügbaren historischen Dokumente davon ausgegangen werden, dass die USA den Putsch in der Ukraine im Februar 2014 unterstützt hat. „Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum einen Zweifel daran“, erklärte der frühere CIA-Offizier Ray McGovern. Die USA hätten die Regierung in der Ukraine gestürzt und Victoria Nuland habe im US-Außenministerium die Fäden gezogen, zusammen mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyalff. Dass das Massaker jemand aus der neuen Koalition, also der Gruppe Poroschenko zu vertreten hat, gehe aus abgehörten Gesprächen und Kommentaren hervor, so Paul Craig Roberts: „Obama ernannte die neokonservative Victoria Nuland zur stellvertretenden Staatssekretärin. Nulands Büro arbeite mit der CIA zusammen sowie mit von Washington finanzierten Nichtregierungsorganisationen und organisierte den US-Staatsstreich in der Ukraine.“ Ein abgehörtes Gespräch zwischen Victoria Nuland und Botschafter Pyatt ist der historische Beweis dafür, dass die USA die Regierung in der Ukraine gestürzt haben.

Die Rückeroberung der Krim 2014

Russische Soldaten in grünen Uniformen ohne Abzeichen besetzten am 27. Februar 2014 alle strategischen Punkte in Simferopol, der größten Stadt auf der Halbinsel Krim. Am 28. Februar 2014 bat das ukrainische Parlament angesichts der unmarkierten Soldaten den UNO-Sicherheitsrat um Hilfe, um die „Aggression der Russischen

Föderation“ zu stoppen. Der UNO-Sicherheitsrat traf sich am 1. März 2014, um die Lage in der Ukraine zu besprechen. Doch durch das russische Veto war der Sicherheitsrat blockiert. Putin bestritt zunächst, dass es sich bei den Soldaten ohne Hoheitsabzeichen um russische Soldaten handele, gab dies jedoch später zu. Er holte sich vom russischen Parlament die Genehmigung ein, in der Ukraine zu intervenieren, um bedrohte russische Landsleute sowie die Soldaten der Schwarzmeerflotte zu schützen. Schon am 16. März 2014 stimmten 97% der Bevölkerung der Krim für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an Russland. Darauf folgte unmittelbar der Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation, den Moskau schon am 18. März annahm. Putin erklärte auf die Vorwürfe der Annexion, beim bekannten Präzedenzfall Kosovo habe der Westen erklärt, dass die einseitige Abspaltung legitim sei, es sei auch hier eine Sezession.
Laut amerikanischer Berichte soll Putin im Jahr 2008 im NATO-Russland-Rat angekündigt haben, dass bei einem NATO-Beitritt der Ukraine die Krim und die Ostukraine von der Ukraine abgelöst und an Russland angegliedert werden könnten. Der NATO-Beitritt der Ukraine war geplant, die Russen sind ihm zuvorgekommen.

Der Bürgerkrieg in der Ukraine

Die an Russland angrenzenden russischsprachigen Orte der Ukraine Bezirke Donezk und Luhonsk erklärten, dass sie die Putschregierung in Kiew nicht anerkennen würden. Daraufhin begann am 15. April 2014 der „Anti-Terror-Sondereinsatz“, bei dem die Stadt Slawensk im Bezirk Donezk mit Panzern angegriffen wurde. Dieser Angriff soll mit dem CIA-Direktor John Brunon abgestimmt gewesen sein. Es begann ein Bürgerkrieg. Am 17. Juli 2014 wurde ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines über der Ostukraine abgeschossen. Die beiden ukrainischen Armeen machten sich gegenseitig verantwortlich und wurden von den anderen jeweils für den Abschuss verantwortlich gemacht.
Eine Klärung, wer dafür verantwortlich war, konnte nicht gefunden werden. Russland wurde daraufhin vom Westen auf Druck der USA mit Sanktionen belegt. Merkwürdig erscheint mir, dass die EU vorher amerikanische Sanktionswünsche abgelehnt hatte und aufgrund dieses Zwischenfall dann zustimmte. Bei allen Hinterhältigkeiten der

Amerikaner zuvor würde das gut zu einer Aktion der Amerikaner passen. Warten wir es ab. Viele Dinge, die kaum ein Mensch gewagt hat zu glauben, sind erst später durch sich dem System abwendende Mitarbeiter der Geheimdienste ans Licht gekommen.

Drohnenangriffe des US-Imperiums

Am 17. Dezember 2009 ordnete der amerikanische Admiral William McRaven, Kommandant des Joint Special Operation Command (JSOS), einen Angriff auf das kleine jemenitische Dorf al-Majalah an und richtete ein fürchterliches Massaker an. Man vermutete dort ein al-Quaida-Lager. Es starben unzählbare Frauen, Männer, Kinder und Tiere. Das Bureau of Investigative Journalism schätzt, dass alleine in Jemen zwischen den Jahren 2002 und 2014 rund 530 Menschen durch mehr als 80 US-Drohnenangriffe getötet wurden. Fast sechs Jahre lang arbeitete Brandon Bryant für das US-Militär als Drohnenpilot. Er erhielt ein Zertifikat über 6000 Flugstunden und 1626 getötete Feinde.
Unter den Opfern von Drohnenangriffen sind immer wieder unschuldige Zivilisten (siehe auch das Video „Collateral Murder“). Solche Einsätze sind terroristische Akte und müssten verboten und bestraft werden. Auch vom deutschen Ort Ramstein aus werden amerikanische Drohnenangriffe geflogen, was laufend zu Protesten führt. Durch 650 Drohnenangriffe in Pakistan, Somalia und Jemen sind 1100 Zivilisten, darunter 225 Kinder, getötet worden.

Der illegale Krieg in Syrien

Obwohl Assad ein diktatorisches Regime führte, war er als arabischer Führer anerkannt und hatte ca. 80% der Bevölkerung hinter sich. Den Menschen in Syrien ging es gut. Dennoch wurden viele politische Gegner in Gefängnisse gesteckt und gefoltert. Der Hauptgrund für den Ausbruch des Syrienkrieges bestand darin, dass die NATO-Länder USA, Großbritannien, Frankreich und Türkei einem Regime Change im Damaskus und den Sturz von Assad wollten. Dabei spielten wirtschaftliche Interessen um Öl und Gas eine wesentliche Rolle.
Depeschen des US-Außenministeriums, die über Wikileaks bekannt wurden, belegen, dass die Regierung Bush die Destabilisierung Syriens betrieb und diese Bestrebungen bis in die Regierung Obamas

hineinreichten. Im Jahre 2008, drei Jahre vor Kriegsausbruch, forderten die USA den Sturz von Assad auf einer Konferenz der Bilderberger. Auch die Briten wollten den Sturz von Assad, wie der ehemalige Außenminister Ronald Duman enthüllte. Um den Regime Change umzusetzen, brauchten die vier NATO-Länder USA, Großbritannien, Frankreich und Türkei Verbündete, die sie in Katar und Saudi-Arabien fanden. Hierbei spielten Erdgas und Öl eine Rolle. Wer Syrien kontrolliert, kann auch den Zufluss von Erdöl und Erdgas nach Europa kontrollieren. Katar und die Türkei hatten schon früher darüber verhandelt, eine Erdgaspipeline von Katar über Saudi-Arabien in die Türkei zu bauen. Doch Syrien gab die Zustimmung dazu nicht. Diese beiden Länder unterstützten auch Terrorgruppen gegen Syrien.
Die syrische Regierung unterzeichnete ein Jahr nach Ausbruch des Krieges im Juni 2012 einen Pipeline-Vertrag mit dem Iran. Der Vertrag sagt aus, dass in Zukunft eine Pipeline durch Syrien verlegt werden sollte, um Erdgas vom iranischen Erdgasfeld South Pars durch Irak und Syrien nach Europa zu bringen.
Im Syrienkrieg ging es ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Wie schon in Libyen wurden auch in Syrien Oppositionelle vorwiegend aus der sunnitischen Unterschicht von anderen Ländern mit Waffen ausgerüstet, beispielsweise von Katar. Auch die Medien schürten den Krieg, vor allem der von Katar kontrollierte Fernsehsender Al Jazeera. Von außen wurde Syrien mit allen Mitteln destabilisiert. Man scheute nicht davor zurück, Dschihadisten aus verschiedenen Ländern als Bodentruppen einzusetzen, um Assad zu stürzen.
„Der Inhalt des Geheimdokumentes verschlägt einem die Sprache“, kommentierte Jürgen Todenhöfer (CDU), als ein Dokument des militärischen Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA) 2015 publik wurde. Denn damit war klar, dass die NATO-Länder mit den Dschihadisten kooperierten, um Assad zu stürzen. Die Amerikaner wollten auch in Syrien, wie in vielen anderen Ländern, mit Lügen und Sabotagen Stimmung gegen das Regime zu machen, was erst immer im Nachhinein herauskam. Hier versuchte man Assad Angriffe mit Giftgas unterzuschieben. Wie sich später herausstellte, durch den Journalisten Hersch, waren es die Terroristen, die das Giftgas eingesetzt hatten. Anschließend mussten Fassbomben und enthauptete Journalisten für die Amerikaner herhalten. Darauf griffen die NATO-Länder Kanada, Großbritannien, Frankreich und in den Krieg ein sowie die USA. Auf der Seite von Syrien agierte anschließend die Sowjetunion. Sie machten

den Amerikanern nur einmal klar, dass es Grenzen auch für die Amerikaner gebe. Das müsste ihnen öfter und energischer klargemacht werden, um dem Kriegstreiber USA Einhalt zu gebieten.
Deutschland, das nie wieder Krieg wollte, hat sich, gegen das Grundgesetz, ebenfalls aktiv an diesem Krieg beteiligt, indem es durch Aufklärungsflüge Daten für die Kriegsmaschinerie lieferte. Wir müssen ins Deutschland dafür sorgen, dass das Kriegspielen, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, endlich aufhört. Wir werden von unserer Regierung und den Medien mit regierungsfreundlichen, proamerikanischen und Pro-NATO-Darstellungen manipuliert und von den Amerikanern laufend belogen, deshalb hier ein Beitrag aus anderer Sicht aus der Schweizer Internetzeitung „Infosperber“ , der mir im Internet aufgefallen ist.

Syrien, ein Krieg um Gas und Öl

Helmut Scheben, 2. Dezember 2015

Der „Bürgerkrieg“ in Syrien ist vor allem ein Rohstoffkrieg. Es geht um die Vormacht im globalen Energiemarkt. Die Hintergründe.

Die Hauptakteure der ausländischen Parteien, die in Syrien Krieg führen, sind Gasexporteure mit Interessen in einem von zwei umkämpften Pipeline-Projekten. Dabei geht es um die Ausbeute der weltgrößten Erdgasreserven, nämlich des Gasfeldes South Pars/North Dome, welches auf dem Grund des Persischen Golfs liegt und zum Teil dem Iran, zum Teil Katar gehört. Beide Länder begannen 1989 mit der Förderung.

Gas aus Katar: Alternative zum russischen Monopol

2009 schlug Katar vor, eine Pipeline zu bauen, die Erdgas durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien in die Türkei und nach Europa bringen sollte (siehe Karte). Es galt, hohe Produktions- und Verschiffungskosten zu senken und katarisches Gas auf dem europäischen Markt konkurrenzfähiger zu machen. Die westlichen Industrieländer unterstützen dieses Projekt mit der Absicht, Russlands Position im Energiesektor zu schwächen und die europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern.
Russland versuchte, dies zu verhindern. Moskau machte sich stark für ein Konkurrenzprojekt, welches eine Pipeline vorsah, in der iranisches Gas durch den Irak und Syrien nach Latakia und weiter nach Europa gepumpt

werden sollte. Die Russen sahen in einem Deal mit Iran und ihrem engen Verbündeten Syrien offensichtlich größere Chancen für Einfluss auf die Preise, aber auch für die Vermarktung von Vorkommen am Kaspischen Meer und in Zentralasien. Dieses Szenario beschrieb Mitchell Orenstein im vergangenen Oktober in „Foreign Affairs“, einem der renommiertesten Hefte zur amerikanischen Außenpolitik. Orenstein hat einen Lehrstuhl für osteuropäische Politik an der University of Pennsylvania.
Assad weigerte sich, beim Katar-Pipeline-Projekt mitzumachen. „Russland übte starken Druck auf seinen Verbündeten Assad aus, denn es wollte nicht, dass seine Position auf dem europäischen Gasmarkt geschwächt würde“, schreibt Orenstein. Assad ging schließlich ein auf den Deal mit Iran. Im Juli 2011 wurde ein 10-Milliarden-Dollar-Projekt für eine Pipeline vom Iran durch den Irak und Syrien angekündigt, im Juli 2012 kam es zur Unterzeichnung des Abkommens.

Katar und Saudi-Arabien: Drahtzieher des Aufstands

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte der sogenannte arabische Frühling die Verhältnisse im Nahen Osten bereits ins Schleudern gebracht. Fest steht, dass Katar bereits 2011 begonnen hatte, einen bewaffneten Aufstand zu finanzieren, um Assad zu stürzen, und dass mindestens Großbritannien, USA, Frankreich und die Türkei in diese Pläne eingeweiht waren und sie unterstützten.
Selbstverständlich kann dies nicht monokausal auf den Konflikt um Pipelines und Erdgasvermarktung zurückgeführt werden. Der Pipeline-Streit war wohl nicht mehr als ein gewichtiger Faktor unter vielen, die Syrien in den Krieg trieben. Auch aus Saudi-Arabien flossen hohe Summen in den Aufbau von bewaffneten Einheiten. Die Strategie war, Syrien durch Terror zu destabilisieren, um einen Regimewechsel zu erreichen. Die Saudis schmiedeten seit langem Pläne zum Sturz Assads, weil sie den iranisch-schiitischen Einfluss in der Region eindämmen und die Achse Teheran-Damaskus-Hisbollah demontieren wollten.

Türkei: Transitland für Geld, Waffen und „Gotteskrieger“

Eine Schlüsselrolle spielte von Anfang an das NATO-Land Türkei. Man kann davon ausgehen, dass Präsident Erdoğan sich von einer Pipeline durch die Türkei hohe Einnahmen an Transitgebühren ausrechnete und dass er hoffte, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu mindern. Das mag einer der Gründe sein, warum er geradezu fanatisch den Sturz der Regierung Assad betrieben hat.
Die Türkei war ab 2011 Transitland und Transportdrehscheibe, über die Waffen und Kombattanten nach Syrien eingeschleust wurden. Das wird zwar von Ankara offiziell dementiert, doch die Beweise für die Zusammenarbeit türkischer Militärs und türkischer Geheimdienstleute mit radikalislamischen Milizen in Syrien sind erdrückend. Sorgfältig

dokumentierte Studien über diese Zusammenarbeit wurden zum Beispiel vorgelegt von Nafeez M. Ahmed, einem britischen Journalisten, der an der Sussex University lehrte und für den „Guardian“ schrieb. Er berichtet, dass die Türkei dem Islamischen Staat (IS) Öl abkauft und so für eine wichtige Einnahmequelle der Gotteskrieger sorgt. Den Wert der Öleinkäufe schätzt Ahmed laut zuverlässigen Quellen auf bislang rund eine Milliarde Dollar.

Militärische Destabilisierung von langer Hand geplant

Die Regierung Barack Obama und ihre westlichen Alliierten waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Konfliktes genauestens orientiert über den Terror dschihadistischer Milizen in Syrien. Wer die offiziellen Verlautbarungen des amerikanischen Außenministeriums aufmerksam studiert, stößt zum Beispiel am 11. Dezember 2012 auf einen Pressetext, in dem es heißt, dass bereits im Jahr 2011 Terrorgruppen in Syrien operierten. Eine dieser Gruppen, die al-Nusra-Front, habe allein seit November 2011 die Verantwortung für 600 Angriffe übernommen. Im Wortlaut: „Since November 2011, al-Nusra Front has claimed nearly 600 attacks – ranging from more than 40 suicide attacks to small arms and improvised explosive device operations – in major city centers including Damascus, Aleppo, Hamah, Dara, Homs, Idlib and Dayr al-Zawr. During these attacks numerous innocent Syrians have been killed.“
In derselben Pressemitteilung werden eine Reihe von radikalislamischen Gruppen in Syrien aufgezählt, die per Executive Order zur Liste der „Foreign Terrorist Organizations“ hinzugefügt werden. Wenn dort festgestellt wird, dass bewaffnete Extremisten seit November 2011 in Syrien operierten, dann heißt das nicht, dass sie im November 2011 vom Himmel gefallen wären. Wer auch nur rudimentäre Kenntnisse von Insurgency-Operationen hat, der weiß, dass es Monate, wenn nicht Jahre dauert, bis eine aufständische Truppe rekrutiert, bewaffnet und ausgebildet ist. Es dauert nochmals geraume Zeit, bis sie Stützpunkte und Nachschubwege aufgebaut hat und in ihrem Operationsgebiet funktioniert.
Es kann also kein Zweifel bestehen, dass die gezielte militärische Destabilisierung Syriens bereits 2011 in vollem Gange war, als in westlichen Medien noch täglich die Erzählung wiederholt wurde, Assad bombardiere friedliche Demonstranten.
Laut Mitchell A. Orenstein finanzierte allein Katar aufständische Milizen in Syrien von 2011 bis 2013 mit etwa drei Milliarden Dollar. Es bot jedem Deserteur der syrischen Armee überdies 50.000 Dollar Belohnung. Die amerikanische CIA trainierte „Rebellen“ im US-Stützpunkt in Katar und der katarische TV-Sender Al Djazeera verbreitete die Stimmen der syrischen Opposition.

Arabischer Frühling als Katalysator für interne Konflikte

Selbstverständlich wurden die Kämpfe nicht nur von außen nach Syrien getragen, sondern es gab interne, historisch gewachsene Konflikte zwischen dem Machtgeflecht um Baschar al-Assad und vielfältigen oppositionellen Gruppen, Clans und Stammesführern. Früheres Unrecht und alter Hass zwischen ethnisch-religiösen Gruppen sind im Spiel. Der politische Tsunami des arabischen Frühlings war der Katalysator, der diese Konflikte zum Ausbruch brachte. Die Moslembrüder hatten nicht vergessen, dass die syrischen Streitkräfte 1982 ihren Aufstand in Hama blutig niedergeschlagen hatten. Eine Facebook-Seite unter dem Namen „Syrische Revolution 2011“ war seit Anfang des Jahres 2011 aktiviert. Kaum jemand wusste, dass sie von Schweden aus eingerichtet worden war: von Leuten der in Syrien verbotenen Moslembruderschaft.
Es gab Demonstrationen in verschiedenen Landesteilen, die von Polizei und Geheimdienstleuten im Keim erstickt wurden. Und es gab wirtschaftlich vernachlässigte und verelendete Randgruppen, die nur darauf warteten, sich dem Ruf zum Aufstand anzuschließen, der in vielen Moscheen ertönte. Bei all dem taktierte Assad zwischen Repression und Reformangeboten. Repression war Wasser auf die Propaganda-Mühlen der Opposition, Reformangebote wurden dagegen von der bewaffneten Opposition in Bausch und Bogen abgelehnt.
Wenn die Lage in Kürze zu einem blutigen Bürgerkrieg eskalierte, dann lag das daran, dass die Regierung in Damaskus keinen anderen Ausweg mehr sah, als den Terrorgruppen mit massiven militärischen Schlägen zu begegnen. Damit tat sie genau das, was diese Gruppen beabsichtigt hatten. Der Plan war aufgegangen. Die Opposition konnte der Weltöffentlichkeit ein Regime vorführen, welches mit Artillerie und Luftwaffe ganze Stadtviertel unter Feuer nahm.

Schmutzige Propaganda-Schlacht

Die öffentliche Wahrnehmung des Syrien-Konfliktes in westlichen Medien ist die Geschichte einer großen Illusion und Desillusion namens arabischer Frühling. Es ist auch die Geschichte massiver Falschinformationen. Als der Konflikt im März/April 2011 ins Blickfeld der großen Medien geriet, ließen die Gegner des Assad-Clans kein Mittel unversucht, um eine Wiederholung des Szenarios zu erreichen, das in Libyen zum Sturz Gaddafis geführt hatte. „Ein Volk erhebt sich gegen den Tyrannen“, so hieß die Propaganda-Parole. Ein Diktator massakriere unbewaffnete Demonstranten, so verlautete aus Washington, Paris, London, Riad und Ankara. So tönte es täglich auf allen Fernsehkanälen und so konnte man es in großen Tageszeitungen lesen.
Es gab wohl keinen Radiomoderator, keine Fernsehmoderatorin, die nicht den in Libyen erprobten Textbaustein „Der Diktator schießt auf sein

eigenes Volk“ im Repertoire hatte. Im Sommer 2011 metastasierte die Story von der Unterdrückung friedlicher Oppositioneller zu einem wahren Medien-Taifun. Amnesty International forderte, das syrische Regime müsse vor den Internationalen Gerichtshof in den Haag gebracht werden, weil es versuche, „friedliche Proteste durch den Einsatz von Panzern und scharfer Munition zu ersticken“.
Das syrische Staatsfernsehen zeigte indessen niedergebrannte Gerichtsgebäude, die Ruinen von gesprengten Polizeistationen und Telefonzentralen, zeigte Bilder von Massenexekutionen in Dörfern, die in die Hand der Aufständischen gefallen waren. Es gab systematische Vertreibungen in Regionen, die von Schiiten, Alawiten oder mutmaßlichen Sympathisanten Assads bewohnt waren. Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Offiziere, Gemeindevorsteher, die irgendwie in Verbindung mit der Regierung standen, wurden bedroht, vertrieben, ermordet.
In der westlichen Presse wurde all dies zunächst als billige Propagandalüge der syrischen Regierung betrachtet. „Das Regime behauptet, es sei Opfer einer Aggression radikal-islamischer Terroristen“, war der Standardsatz in Radio und Fernsehen. Doch bald kamen Zweifel auf. Dieselben Medien, die die „Rebellen“ als heroische Kämpfer für Freiheit und Demokratie dargestellt hatten, gerieten in Erklärungsnotstand, als nach und nach bekannt wurde, dass in Syrien mehr als tausend verschiedene bewaffnete Gruppen operierten, viele von ihnen im Dunstkreis von Al Kaida. Es gab alle Sorten von Kombattanten, von simplen Kriminellen bis hin zu Kopfabschneidern, die sich auf den Koran beriefen und ihre Videos ins Internet stellten.

Unabhängige Stimmen finden in Medien kaum Gehör

Die langjährige Nahostkorrespondentin Karin Leukefeld lebte beim Ausbruch des Konfliktes in Syrien. In ihrem 2015 erschienen Buch „Flächenbrand“ beschreibt sie, wie unabhängige Journalisten mundtot gemacht wurden, wenn sie sich den Bildern widersetzten, die die Leitmedien verbreiteten. Leukefeld bot dem deutschen Hörfunk im März 2011 eine Reportage an, in der sie Syrer und Syrerinnen zum arabischen Frühling befragte. Das Ergebnis war, dass der Rückhalt der Regierung Assad in der Bevölkerung größer schien als erwartet und dass die Leute auf der Straße sich mehrheitlich keinen Umbruch wie in Tunesien oder Ägypten vorstellen konnten.
Radioredaktionen in Deutschland lehnten den Bericht, der zuvor vereinbart worden war, entrüstet ab. Man beschied der Journalistin, dass sie sich gefälligst an den einschlägigen Agenturmeldungen zu orientieren habe, die besagten, dass Assad sein Volk unterdrücke und sich nicht mehr lange werde halten können. „Agenturmeldungen, Blogs, die sozialen Medien und ‚Aktivisten‘ galten fortan als glaubwürdige Quelle für das Geschehen in Syrien“, schreibt Leukefeld. „Andere Stimmen fanden in Funk und

Fernsehen kaum noch Gehör. Als in Syrien akkreditierte Journalistin wurde ich von syrischen Oppositionellen in Deutschland beschimpft, bedroht und als ‚Stimme des Regimes' bezeichnet."
Ähnlich wie unabhängigen Journalisten erging es einigen westlichen Botschaftern in Damaskus, die dem aggressiven Kurs ihrer Regierung nicht folgen wollten. Die beiden französischen Journalisten George Malbrunot („Le Monde") und Christian Chesnot (Radio France) enthüllen ihrem Buch „Les chemins de Damas" geheim gehaltene Informationen über die französische Syrienpolitik der Regierung Sarkozy. Dort wird eine Szene geschildert, in der der französische Botschafter in Syrien, Eric Chevalier, bei einer Besprechung im Pariser Außenministerium auf schockierende Art abgefertigt wurde, als er in Zweifel zog, dass es eine gute Politik war, den Sturz Assads zu betreiben.

Assad-Gegner verbreiten gezielt Falschinformationen

Eine beherrschende Stellung als Informationsquelle hat seit Beginn des Konfliktes die in Coventry (nördlich von London) ansässige „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte". Diese war zumindest in ihren Anfängen nicht mehr und nicht weniger war als ein PR-Büro der Assad-Gegner. Vom ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer wurde diese Beobachtungsstelle für Menschenrechte 2013 folgendermaßen beschrieben: „Die besteht aus einem einzigen Mann, der mit ein oder zwei Teilzeitkräften zusammenarbeitet. Dieser Rami Abdul Rahman, der in Wirklichkeit Osama Ali Suleiman heißt (…) versorgt die ganze Welt mit Nachrichten, die besonders in den ersten zwei Jahren zu einem großen Teil aus Märchen bestanden." Die Informationen, die Abdul Rahman bis heute verbreitet, stammen meist von „Aktivisten", deren Namen aus Sicherheitsgründen geheim bleiben müssen.
Die „New York Times" berichtete (9.4.2013), dass der Mann nach seinen Angaben von der „Europäischen Kommission" und einem Land, welches er namentlich nicht nennen wollte, Unterstützung erhalte. Rahman, der nach seinen Angaben in Syrien mehrmals im Gefängnis saß, kam im Jahr 2000 als politischer Flüchtling nach London. Belegt sind seine Kontakte mit dem britischen Außenminister William Hague. Zeitweise existierten mehrere syrische Beobachtungsstellen für Menschenrechte in Großbritannien, was auf interne Streitereien zurückzuführen war.

Breite Koalition gegen Assad

Im Februar 2012 traten auf Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy Vertreter von zahlreichen Staaten und internationalen Organisationen in Tunis zusammen, um eine Koalition zu bilden, die sich „Freunde Syriens" nannte. Sie wurde dominiert von den NATO-Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Türkei sowie den Golfstaaten, die

Assad militärisch bekämpften. Da Russland und China sich weigerten, im UN-Sicherheitsrat grünes Licht für eine Wiederholung des Libyen-Szenarios zu geben, versuchten die „Freunde Syriens“, Assad ohne Mandat der Vereinten Nationen mit politischem und militärischem Druck kurzfristig zu Fall zu bringen, wobei Wirtschaftssanktionen den Zusammenbruch noch beschleunigen sollten. Als Wortführerin der „Freunde Syriens“ tat sich die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton hervor mit scharfen Angriffen gegen Assad und Drohungen gegenüber dem syrischen Alliierten Russland.

Obama und die „rote Linie“

Im August 2013 traf ein Team von UN-Chemiewaffen-Spezialisten (OPCW) in Damaskus ein, um Vorwürfe über Giftgasangriffe in verschiedenen Landesteilen zu untersuchen. Einen Tag nach Eintreffen der UN-Spezialisten kam es nicht sehr weit von ihrem Hotel zu einem schweren Anschlag mit Sarin, bei dem mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Die syrische Opposition und die westlichen Regierungen, allen voran die Regierung in Washington, beschuldigten unverzüglich Assad. Sie taten dies, ohne Beweise zu haben und ungeachtet der unmittelbar einleuchtenden Logik, dass Assad wohl nicht recht bei Sinnen sein müsste, wenn er den UN-Giftgasexperten zur Begrüßung Giftgas vor die Füße schießen würde. Und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da Präsident Obama verkündet hatte, der Einsatz von chemischen Waffen sei „die rote Linie“, deren Überschreiten nicht toleriert würde.
Obama hielt am 10. September 2013 eine Rede an die Nation, in der er sagte, die Regierung Assad habe „mehr als tausend Menschen vergast“. Er machte explizite Anspielungen auf den Holocaust im Zweiten Weltkrieg. Er kündigte einen Militärschlag gegen Syrien an, wurde aber offenbar von seinen eigenen Geheimdiensten und Generälen davon abgehalten. US-Generalstabsfchef Dempsey warnte vor einer „ungerechtfertigten Aggression“, die einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten auslösen würde.

Giftgas-Einsatz – eine Propagandalüge?

Der militärische Geheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) hatte unter anderem im Juni 2013 in einem streng geheimen Papier darauf hingewiesen, dass die AL-Nusra-Front eine Abteilung zur Produktion von Sarin habe und dabei von Agenten der Türkei und Saudi-Arabiens unterstützt werde.

Innerhalb der Geheimdienste rumorte es, denn man hatte offenbar genug Hinweise, die nahelegten, dass die ideologisch bei Al Kaida angesiedelte Al-Nusra-Front den Anschlag verübt hatte, um einen Einmarsch der Amerikaner zu provozieren. Einige Geheimdienstleute entschlossen sich,

gegenüber einem renommierten Journalisten wie Seymour Hersh auszupacken. Baschar al-Assad selbst sagte nach dem Giftgasanschlag in einem „Spiegel“-Interview: „Obama hat nichts zu bieten als Lügen. Wir haben keine Chemiewaffen eingesetzt. Und das Bild, das Sie von mir zeichnen als einem, der sein Volk umbringt, ist genauso falsch.“
Auch Russland, das als enger Verbündeter Syriens wohl über sehr gute Informationsquellen vor Ort verfügt, kam zu der Erkenntnis, dass nicht die Regierung Assad für den Anschlag verantwortlich war, sondern die Aufständischen. Wladimir Putin persönlich schrieb dies in einem Artikel in der „New York Times“. Die führenden westlichen Medien ließen sich aber davon nicht beeindrucken, sondern folgten der amerikanischen Darstellung, der Täter sei Assad.
Als „Beweis“ wurde auf den Bericht der UNO-Chemiewaffen-Experten hingewiesen. Diese hatten jedoch nicht die Aufgabe, die Täterschaft des Anschlags festzustellen, und taten dies nicht in ihrem Bericht. Sie weisen ganz im Gegenteil explizit darauf hin, dass ihre Untersuchung unter enormem Zeitdruck stattfand und dass sie in einem Gebiet recherchierten, das unter Kontrolle der Aufständischen stand. Ferner stellen sie fest, dass die Verhältnisse vor Ort nahelegten, dass Munitionshülsen und andere Beweistücke manipuliert worden sein könnten.
Um all dies zu erfahren, hätte man allerdings den ganzen UN-Bericht und das Kleingedruckte sorgfältig lesen müssen. Die meisten Journalisten hatten offenbar dafür keine Zeit und folgten schnellen Pressemeldungen und Darstellungen westlicher Regierungen, die Assad als „Massenmörder“ bezeichneten.
Die Experten der UN-Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) haben inzwischen wiederholt festgestellt, dass aufständische Gruppen Chemiewaffen in Syrien einsetzen, zuletzt zum Beispiel Anfang November 2015. Die entsprechenden Berichte werden im Allgemeinen von westlichen Medien ignoriert oder erscheinen als winzige Meldungen. Da gibt es offenbar Dinge, die man lieber nicht so genau wissen will.

Waffen und US-Dollar für Terroristen

Der amerikanische Vizepräsident Joe Biden sprach 2014 in einer Rede in der Universität Havard mit erstaunlicher Offenheit über die Ausgangslage bei Beginn des Syrien-Krieges: „Unser größtes Problem waren unsere eigenen Verbündeten. Die Türken, die Saudis, die Emirate waren so entschlossen, Assad zu stürzen und einen sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkrieg zu starten, dass sie Hunderte Millionen US-Dollar und mehrere tausend Tonnen Waffen an jeden geliefert haben, der gegen Assad kämpfen wollte.“ Auf dieser Weise seien auch Al-Nusra und Al Kaida ausgerüstet worden und „die Gotteskrieger, die aus allen Teilen der Welt kommen“. (Leukefeld, S. 202 u. a.) Was Biden bei dieser Gelegenheit

unerwähnt ließ, ist die Tatsache, dass Washington von Anfang an beteiligt war an der Destabilisierung Syriens. So organisierte zum Beispiel das CIA-Personal in Benghasi den Transport von libyschen Waffen nach Syrien, wie bei einer Untersuchung des US-Kongresses zur Ermordung des amerikanischen Botschafters in Benghasi ans Licht kam.

Die großen Fehler der westlichen Politik

Michael Lüders, langjähriger Nahost-Korrespondent der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt: „Wer den Wind sät… Was westliche Politik im Orient anrichtet“. Lüders kommt zu dem Schluss: „Westliche Politik gegenüber der arabisch-islamischen Welt ist blind gegenüber den Ursachen und der Komplexität gesellschaftlicher Umbrüche, wie sie die Region durchlebt. Sie glaubt an das Allheilmittel direkter oder indirekter militärischer Interventionen – ohne Rücksicht auf Verluste.“ Lüders gibt zu bedenken, dass es in den meisten arabischen Staaten keine Mittelschichten gibt, die stark genug wären, der Macht der Clans und Stämme, dem Einfluss von Religion und Ethnie ein neues, eigenes Narrativ, eine neue Identität entgegenzusetzen. Lüders entlastet die Regierung Assad nicht von dem Vorwurf, sie habe in der Krise keine andere Lösung als Panzer und Luftbombardierungen gesucht. Dennoch hält er fest: „Es war ein großer Fehler, Assad um jeden Preis stürzen zu wollen. Spätestens nach den Erfahrungen im Irak, in Afghanistan und in Libyen sollte klar geworden sein, dass sich ein demokratisches Modell von aussßen nicht erzwingen lässt. Nüchtern besehen kam der syrische Aufstand mindestens zehn Jahre zu früh. Die Bedingungen für einen Machtwechsel waren nicht gegeben.“

Illegale Kriege der USA	Illegale Kriege von Russland	Illegale Kriege von Großbritannien und Frankreich	Illegale Kriege der NATO	Illegale Kriege vom Irak
1953 Iran				
1954 Guatemala		1956 Ägypten		
1961 Kuba				
1964 Vietnam	1979 Afghanistan			1980 Iran
1986 Nicaragua			1986 Libyen	
1986 Panama				
1991 Jugoslawien				1990 Kuweit
1999 Serbien			1999 Serbien	
2001 Afghanistan		2003 Irak	2001 Afghanistan	
2011 Libyen			2011 Libyen	
2011 Syrien			2011 Syrien	
2019 Ukraine		2015 Jemen		

Die Rolle der Amerikaner oder der totale Überwachungsstaat

Wer den amerikanischen Wahlkampf verfolgt und sich dann einmal fragt, was die Amerikaner unter Demokratie und Freiheit verstehen, wird langsam ins Grübeln kommen. Zunächst einmal muss man feststellen, dass man, um ein hohes Amt im „demokratischen“ Amerika zu bekommen, eine Menge Geld haben muss. Ein Wahlkampf in Amerika zur Erlangung des höchsten Amtes in diesem Staat kostet erst mal Milliarden. Für den diesjährigen Wahlkampf werden Milliarden US-Dollar ausgegeben. Wen man den Spruch „Geld regiert die Welt“ für ein kapitalistisches Land als bezeichnend finden kann, so ist das Amerika. Und so kann man auch die ganze Politik der amerikanischen Administration sehen. Interessen der Waffenindustrie spielen eine vornehmliche Rolle, sowohl in Beziehung auf das Inland als auch auf das Ausland. Der Anteil für Militärausgaben am amerikanischen Bundeshaushalt beträgt zwischen 550 und 720 Milliarden US-Dollar, weitaus mehr als in anderen Staaten der Welt. (Im Vergleich: Die Militärausgaben der UDSSR betrugen zwischen 2000 und 2014 31 bis -91,7 Milliarden US-Dollar). Da ist es nicht erstaunlich, dass diese Industrie erhalten werden muss, da wundert es einen nicht, auf welchen Kriegsschauplätzen sich die Amerikaner rumtreiben.

Ein mächtiger Wirtschaftsfaktor für Amerika ist auch das Öl, wen wundert es da, dass die Amerikaner mit Lügengeschichten ihren kriegerischen

Einsatz in Ölförderländern rechtfertigen. Ein weiterer wichtiger Faktor in diesem „freiheitlich-demokratischen Land“ ist der Geheimdienst. Ca. 20.000 Mitarbeiter beschäftigt allein die NSA, die Gesamtausgaben für den Geheimdienst betragen derzeit 52,8 Milliarden US-Dollar. Diese demokratische Überwachungsanlage, die uns vor den bösen Terroristen schützen sollen, schafft weltweit einen Überwachungsstaat. Orwells seinerzeit für uns erschreckende Bild der totalen Überwachung ist nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern sie wurde noch bei Weitem übertroffen. Jede Telefonat eines deutschen und anderer Bürger wird von der NSA aufgezeichnet.

Wer Snowden gelesen hat, weiß, dass sich der amerikanische Geheimdienst einen Dreck um Recht und Gesetz kümmert, jede Aussage amerikanischer Politiker darüber, dass es nicht so sei, kann man in die Tonne hauen. Unsere Regierung bzw. unsere Politiker schützen uns nicht vor dieser totalen Überwachung. Nach ihrem Verhalten muss man davon ausgehen, dass sie mit ihrem Geheimdienst voll mit dabei sind.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie spionieren Ihren Nachbarn aus, indem Sie ihm eine Wanze unterschieben, oder ein Unternehmen spioniert ein anderes in dieser Form aus oder seine Angestellten. Sie landen bei uns vor Gericht und wandern gegebenenfalls im Gefängnis. Und die Amerikaner? Sie spionieren die Bundeskanzlerin aus, hören ihre Gespräche ab und sie nimmt das grußlos hin. Ein Narr, der Böses dabei denkt. Gegen das Ausspionieren unserer gesamten Bevölkerung in jeglicher Form durch die Amerikaner wird von unserer Regierung nichts unternommen. Da muss man doch den Eindruck gewinnen, die hängen da voll mit drin.

Es ist wie im gesamten Politikgeschäft, jegliche Transparenz wird unterbunden, denken Sie an den Ausschuss zur Untersuchung der Bespitzelung der NSA. Man sanktioniert und unterstützt dieses Verhalten, indem man es ablehnt, Leuten wie Snowden politisches Asyl zu gewähren, einem Mann, der die totale amerikanische Überwachung aufgedeckt und vorgeführt hat. Er hätte dafür den Friedensnobelpreis verdient, weil er die Welt aufgeklärt hat mit dem Risiko, dafür lebenslang ins Gefängnis zu wandern, seine Familie nicht mehr zu sehen. Ein Mann, der es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, dass dieser totalitäre Staat die ganze Welt und auch seine sogenannten Freunde ausspioniert. Mit dem Wissen, dass Manning für die Bekanntmachung amerikanischer Gräueltaten sein Leben für 35 Jahre im Gefängnis verbringen muss, ist das, was Snowden auf sich genommen hat, eine Heldentat. Auch das Beispiel von Assange, der nur noch in Botschaften leben kann, weil er

amerikanische Praktiken offenbarte, hat Snowden nicht davon abgehalten, das Verhalten der Amerikaner anzuprangern. Sie glauben, sie sind die Weltmacht, die sich alles erlauben kann, und die anderen müssten sich wegducken. Und die anderen ducken sich auch, auch unsere Regierung.
Müssen wir nicht endlich etwas gegen diese Missstände tun, können wir weiter zusehen, wie dem Bürger jegliche Einflussnahme und Mitbestimmung entzogen wird? Wir dürfen uns nicht weiter einlullen lassen, sondern alle Bürger müssen allmählich selbst das Ruder in die Hand nehmen, um aus dem Parteienstaat ohne Mitbestimmung einen Staat zu machen, in dem der Wille des Bürgers geschieht. Wir können nicht länger auf dem Sofa sitzen und uns unsere Meinung von den Medien vorsagen lassen, uns von den wirklichen Problemen ablenken lassen. Wir müssen beim Erhalt einer freiheitlichen Ordnung mitarbeiten, jeder ist aufgerufen, sich für die Mitbestimmung überall einzusetzen, sich nicht nur um sich zu kümmern, sondern um das Allgemeinwohl. Ich möchte nicht mehr hören: Ich gehe nicht wählen, ich kann doch nichts ändern. Wir können etwas ändern, aber nicht, wenn wir auf unserem fetten Arsch sitzen bleiben und nichts tun.
Wer schützt uns vor den Praktiken der Amerikaner? Unsere Regierung nicht. Sie sieht tatenlos zu. Es ist höchste Zeit, dass die Bevölkerung die politischen Geschicke in die eigene Hand nimmt. Denken wir an die sozialistischen Staaten, bei denen auch nur die Parteien das Sagen hatten und die Bevölkerung sich geduckt hat. Wir sind auf dem besten Weg, ein Parteienstaat zu werden, bei dem der Einzelne nichts mehr zu sagen hat, der einzelne Bürger unter totaler Überwachung und Manipulation steht und jede Transparenz vermieden wird und werden soll. Deshalb müssen die Bürger die Geschicke unbedingt in die eigene Hand nehmen, mitbestimmen und bestimmen, für Transparenz sorgen, Volksherrschaft ausüben im Sinne des Wortes. Tun wir es nicht, werden wir zu Sklaven eines Überwachungsstaates.
Das mag sich alles dramatisch anhören, wir haben doch einen Rechtsstaat, wir haben doch ordentliche Gerichte, aber unsere Politiker haben gezeigt, dass sie mit einem Rechtsstaat nicht am Hut haben, sie brechen die Gesetze ohne Folgen, nur für den kleinen Mann gelten Recht und Gesetz.
Man muss und kann davon ausgehen, dass auch in Deutschland jeder, der regimekritische Seiten im Internet besucht, vom amerikanischen oder auch vom deutschem Geheimdienst erfasst, registriert und beobachtet wird und dass der deutsche und der amerikanische Geheimdienst dabei gemeinsame

Sache machen. Nicht anders zu erklären ist, dass das Ausspionieren einer „befreundeten“ Kanzlerin völlig ignoriert wird und ohne Folgen bleibt.
Eine Unverfrorenheit der Regierungen stellt auch das vorgesehene Wirtschaftsabkommen TTIP dar, das an Ignoranz gegenüber der Schafherde Volk nicht mehr zu übertreffen ist. Auch hier wird zunächst durch völlige Intransparenz versucht zu verhindern, dass der Bevölkerung die verheerenden Einzelheiten des vorgesehenen Abkommens bekannt werden, um dann von hinten durch die kalte Küche dieses Abkommen durch die EU an der Bevölkerung vorbei rechtswirksam werden zu lassen. Alle kritischen Bürger, die dieses Abkommen zu recht ablehnen, sollten dafür sorgen, dass durch die Durchsetzung der direkten Demokratie solche Husarenritte unterbunden werden oder wieder rückgängig gemacht werden können. Inwieweit die Regierung Entscheidungen, die rechtlich vom Volk oder vom Bürger zu treffen sind, ignoriert, hat man an den Entscheidungen zum Beitritt Deutschlands zur EU, an der Einführung des Euros sowie an der nach der Wiedervereinigung neu zu erstellenden Verfassung gesehen. Wie gesagt, mit dem Recht haben die Politiker nichts am Hut, das Volk, der Bürger, mit dieser Schafherde kann man machen, was man will.
Die negativen Folgen des von Amerika diktierten Kapitalismus haben mit unseren positiven Vorstellungen von einem Kapitalismus, nämlich einer sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun. Die negative soziale Einstellung der Amerikaner darf bei uns nicht weiter Schule machen, wir müssen dafür sorgen, dass das Positive des Kapitalismus, eine soziale Marktwirtschaft, bei uns wieder praktiziert wird. Der Unterschied zwischen den sozial Schwachen und den Wohlhabenden und Superreichen verschiebt sich immer mehr zu Gunsten der Reichen, das ist nicht sozial, das ist nicht christlich.
Man muss das gesamte Verhalten der USA kritisch untersuchen und sie nicht blauäugig und unvoreingenommen als unsere guten Freunde betrachten, man muss das Verhalten der Amerikaner kritischer als unsere Kanzlerin und ihre Weggenossen unter die Lupe nehmen, denn es betrifft uns und hat Auswirkungen auf uns.
Nachdem die Empörung über die Unterstützung der Separatisten bei der Einnahme der Krim und der südlichen Ukraine bei uns hohe Wellen geschlagen und zu Sanktionen gegenüber der Sowjetunion geführt hatten, stellte ich einen Vergleich an über das Verhalten der Amerikaner und der westlichen Welt gegenüber den Russen. Nach Beendigung des Weltkriegs kam es zunehmend zu Spannungen zwischen dem Westen, der USA, der BRD und der Sowjetunion. Daraufhin wurde vom Westen zunächst einmal

das NATO-Bündnis geschlossen. Als Antwort darauf wurde von der Sowjetunion der Warschauer Pakt ins Leben gerufen. Die Sowjetunion hatte allerdings allein das Sagen im Warschauer Pakt. Bestrebungen wie in Ungarn, das bestehende System durch einen Volksaufstand abzusetzen, wurde von der sowjetischen Armee unterbunden. Man rechtfertigte das damit, nach dem Vertrag eine Angriff auf den Staat wie einen Angriff von außen verteidigen zu müssen.
Der Kalte Krieg zwischen West und Ost wurde durch die von Russland eingeleitete Perestroika 1990 beendet. Moskau stimmte einer Wiedervereinigung Deutschlands zu, der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Russland verließ sich auf die Aussagen westlicher Politiker, die NATO auf keinen Fall weiter nach Osten auszuweiten. Es gibt allerdings dazu keine schriftlichen Vereinbarungen, lediglich Aufzeichnungen von Baker und auch Bestätigungen mündlicher Zusagen von Genscher, dass man sich gegenüber Russland und Gorbatschow entsprechend geäußert habe. Diese Aussage wird allerdings von Gorbatschow nicht bestätigt. Gorbatschow wird auch der Totengräber der Sowjetunion genannt. Er lebt inzwischen im Westen, hält Vorträge gegen reichlich Kohle; man kann sich durchaus vorstellen, dass sein Gedächtnis unter diesen Umständen gelitten hat; sagen es wir mal deutlich, es wäre für ihn sicherlich von Nachteil, wenn er es bestätigen würde.
Natürlich konnte Russland bei der von ihnen eingeleiteten Perestroika davon ausgehen, dass eine Ausweitung der NATO ausbleiben würde. Auf der anderen Seite muss man Russland vorwerfen, dass es ein grober Fehler war, sich das nicht schriftlich bestätigen zu lassen. Wer das Machtstreben der USA richtig einschätzen kann, hätte das voraussehen müssen.
Nun kann man natürlich durchaus auch verstehen, dass bei den früheren Ländern des Warschauer Paktes ein Sicherheitsbedürfnis vorhanden war, einen Schutz vor einem möglichen Angriff Russlands zu suchen, denn mit dem Weggang von Gorbatschow ist Russland unberechenbarer geworden. Die massive Unterstützung der Ukraine im Laufe der Jahre (5 Milliarden), die sich mit den Protesten auf dem Maidan wieder intensivierte und dazu führte, dass der gewählte Präsident der Ukraine Janukowitsch floh, die immer weiter fortschreitende Einschnürung Russlands durch den Beitritt der angrenzenden Länder in die NATO veranlasste Russland zu einer Panikhandlung, nämlich der Unterstützung der Separatisten bei der Annexion der Insel Krim und der östlichen Ukraine. Dass diese Besetzung eine von Russland eingeleitete und massiv unterstützte Aktion war, steht wohl außer Frage. Auf der anderen Seite konnte und musste man damit

rechnen, wenn man sich die Geschichte der Krim, die Sprache der Bevölkerung und die Landkarte ansieht. Die Krim ist seit langer Zeit ein militärischer Stützpunkt Russlands und der einzige, der ihre gesamte Mittelmeerflotte aufnehmen kann, und sie hat geschützte Häfen. Mit der Zuwendung zum Westen musste Russland damit rechnen, dass über kurz oder lang unter Druck von Amerika dieser Stützpunkt aufgekündigt würde. Dem wollte und ist man mit der Annexion zuvorgekommen.
Russland wird diesen Schritt niemals rückgängig machen, man wird ihn akzeptieren müssen. Auch geschichtlich hat Russland eine gute völkerrechtliche Argumentationslage, denn es gibt keinen völkerrechtlichen Vertrag über die Schenkung der Krim an die Ukraine durch Chruschtschow. Die Krim war bis dahin ein eigener Staat im Staatenbund der einstigen UdSSR gewesen.
Deutschland hatte ein gutes Verhältnis zu Russland aufgebaut, was den Amerikanern sicher ein Dorn im Auge war. Es war ein Fehler, diese guten Beziehungen nicht weiter zu pflegen. Eine Reihe von deutschen Wirtschaftlern, aber auch Politikern bedauert diese negative Entwicklung gegenüber Russland und möchte sie wieder rückgängig machen, und Deutschland wäre gut beraten, dies auch zu tun. Die heutige Regierung unter Merkel lässt sich von der Politik und den Interessen Amerikas völlig vereinnahmen. Auch das halte ich für einen ganz großen Fehler.
Amerika schafft aus unterschiedlichen Interessen immer wieder überall auf der Welt Kriegsschauplätze und fühlt sich als weltbeherrschende Macht. Deutschland ist 1955 zum Schutz auch vor Russland und dem damaligen System in die NATO eingetreten. Das war gut so. Das heißt aber nicht, dass wir in unserer politischen Ausrichtung Vasallen der amerikanischen Politik sein müssen. Deutschland war nach dem letzten Krieg geläutert, wir wollten uns an keinen militärischen Handlungen mehr beteiligen. Die Beteiligung in Afghanistan auf Drängen der Amerikaner war schon ein großer Fehler. Wir tun besser daran, auf friedlichem, diplomatischem Weg weiterzugehen.
Wir haben uns mit Recht aus den Kriegen der Amerikaner in Nahost herausgehalten, die mit zweifelhaften und verlogenen Behauptungen angezettelt wurden. Sie haben destabilisierte Länder im Chaos zurückgelassen. Für die heutige Situation dort sind sie mit verantwortlich. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass Frankreich und England sich mit den Amerikanern dort verbrüderten. Im Vergleich haben die Russen kleinere Auseinandersetzungen in ihrem Hegemonialbereich militärisch eingeleitet. Amerika hingegen macht nichts anderes, als außerhalb seines

Territoriums militärische Auseinandersetzungen zu führen. Außerdem wenden sie Milliardenbeträge auf, um in anderen Ländern Unruhen zu schaffen, ihnen nicht genehme Regierungen zu stürzen. Und das alles aus wirtschaftlichem Machtinteresse, sowohl in Mittelamerika als auch in Südamerika, in Asien und im Nahen Osten. Wer sich einmal den amerikanischen Staatshaushalt ansieht, wird feststellen, dass zwischen 500 bis 700 Milliarden US-Dollar Ausgaben für das Militär gemacht werden, das heißt von den Steuern der Bürger wird ein großer Anteil für Kriegsspiele ausgegeben. Ein abschreckendes Beispiel.
Die Militärausgaben Russlands betrugen 2000 31,1 und 2014 91,7 Milliarden US-Dollar.
Unserem Staat kann man nur anraten, sich nicht weiter blind und kritiklos an Amerika anzuhängen.

Man muss den Amerikanern Einhalt gebieten

Die Amerikaner spielen sich als Weltherrschaftsinhaber auf und die meisten kuschen. In erster Linie die NATO-Staaten. Sie beteiligen sich an illegalen Kriegen der USA, machen sich damit selbst zu Kriegsverbrechern und lassen sich von den Amerikanern in jeder Weise einschüchtern, vor allen Dingen mit wirtschaftlichen Erpressungen. Wenn nicht schnell etwas dagegen unternommen wird und alle nur kuschen, wird Amerika feststellen, sie können machen was sie wollen, die anderen unternehmen nichts. Und sie werden weiter mit Kriegen ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen, wie in den letzten Jahren, oder noch schlimmer.
Der brutale, illegale, auf Lügen aufgebaute Krieg gegen den Irak hat für Amerika keine negativen Folgen gehabt. Keiner in der westlichen Welt hat die Eier in den Hosen gehabt und den Amerikanern Vorwürfe gemacht. Das macht sie sicher, sich weiterhin skrupellos verhalten zu können. Die Welt muss diesem imperialistischem System Einhalt gebieten. Viele Millionen Tote haben sie mit ihren illegalen Kriegseinsätzen auf dem Gewissen, sie haben im Irak, Libyen und Syrien Chaos angerichtet und hinterlassen. Die Folgen war das Entstehen des IS. Auch das haben die Amerikaner zu vertreten.
Man muss ihnen gemeinsam die Möglichkeit nehmen, sich weiter so zu verhalten: 1. durch Einschränkung ihrer militärischen Macht. 2. durch Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Macht.

Amerika hat eine Verschuldung von mehr als 18 Billionen US-Dollar.

Im Jahr 2017 hatte es

Einnahmen von 3,336 Billionen US-Dollar
Ausgaben von 3.991 Billionen US-Dollar
Import: 2.343 Billionen US-Dollar
Export: 1.547 Billionen US-Dollar
Haushaltssaldo: 655 Milliarden US-Dollar

Amerika ist sozusagen wirtschaftlich platt. Das ist die Gelegenheit, Druck auf Amerika auszuüben mit folgenden Maßnahmen:

– Keine Kreditgewährung an Amerika mehr. Dann können sie nicht mehr in der jetzigen Form importieren.
– Den bisherigen Handel mit Öl nicht mehr in Dollarwährung durchführen.
– Die Beiträge der NATO-Länder für Rüstung kürzen.
– Eine eigene europäische Armee aufbauen.
– Mit Russland weitgehende Vereinbarungen treffen.
– Das UNO-Entscheidungsrecht ändern, kein Vetorecht mehr, oder eine neue entsprechende Organisation ohne Vetorecht ins Leben rufen.
– Eine UNO-Armee aufstellen.

Wenn die Amerikaner keine Schulden mehr machen können, müssen sie ihre Kriegsmaschinerie zurückfahren, weil sie sie nicht mehr unterhalten können.
Eine erneute Abstimmung über den wiederholten Antrag Kubas, die verhängten Sanktionen gegen dem Land aufzugeben, sind Anlass genug, sich grundsätzlich über den Sinn der UNO Gedanken zu machen. Dies ist nur einer der Gründe, sie als Friedensunion in Frage zu stellen, obwohl das ein Grund von vielen ist.
Es ist unfassbar, dass durch keinen Staatspräsidenten oder Regierungschef oder auch Politiker der Mord an vielen Millionen Menschen, der durch das Vetorecht einiger Länder durch illegale Kriege geschieht, als Thema angepackt wird. Es scheint wie eine heilige Kuh zu sein. Aber dieses

Thema muss angepackt werden, es muss eine Initiative gegen die Möglichkeit, sinnlos Menschen töten zu können, ins Leben gerufen werden. Wenn ich mir Gedanken darüber mache, von wem eine solche Initiative ausgehen könnte, fällt mir spontan der schweizerische Friedensforscher Dr. Daniel Ganser ein, den man sicher als kompetenten Beurteiler der Aufgaben und des Sinns der UNO-„Friedensorganisation“ bezeichnen kann und der dafür sicher auch prädestiniert ist. Wenn, wie im Beispiel Kuba, ein Land in einer Organisation von 193 Ländern und Staaten darüber bestimmen kann und mit Druck umzusetzen versucht und auch umsetzen kann, dass Millionen Menschen durch seine Aktion auf viele Dinge verzichten müssen, dann kann man diese Organisation nicht als Friedensorganisation bezeichnen und sie ist es auch nicht. Kuba ist sicher ein krasses Beispiel der Fehlfunktion der UNO: ein weiteres, von aller Welt gesehenes unbestrittenes Versagen, wie viele andere illegale Kriege der UNO, so auch der amerikanische illegale Krieg gegen den Irak mit hunderttausenden von Toten und einer Destabilisierung des islamischen Raumes mit der Folge der Entstehung des IS. Wie von allen Seiten, auch von den Amerikanern, später zugegeben, war dieser Krieg mit Lügen und Unwahrheiten begründet und ausgeführt worden. Dafür ist keiner zur Rechenschaft gezogen worden, dies ist auch von keinem westlichen Staatsmann gefordert worden.

Das sind die westlichen Werte, von denen unsere Politiker und unsere Medien immer so gerne sprechen. Das entlarvt dies ganze Lügenbande. Dieser und weitere illegale Kriege mit Millionen Toten haben die Existenz der UNO als Friedensorganisation ad absurdum geführt. Der Ruf nach der Änderung der Statuten der UNO muss endlich laut werden. Ist das auf legalem Wege nicht möglich, muss über die Gründung einer anderen, neuen Friedensorganisation nachgedacht werden, ein Konzept dafür entwickelt werden, das die Unzulänglichkeiten der jetzigen Organisation ausschließt und den Namen Friedensorganisation zu Recht trägt, der der bestehenden nicht zusteht.

Man muss sich fragen, wie eine Friedensorganisation aussehen kann, die ihrer Aufgabenstellung gerecht wird, nämlich für Frieden zu sorgen, Kriege zu vermeiden und die Souveränität anderer Staaten zu achten. Durch das Vetorecht ist dies bei der UNO ausgeschlossen und nicht gewährleistet. Mit dem Vetorecht führt sich die UNO-Charta ad absurdum.

Sanktionen

Zu behaupten, Sanktionen würden Politiker beeinflussen, ist ausschließlich bewusste Propaganda. Sanktionen treffen in erster Linie den Bürgern, in zweiter Linie Unternehmen und damit wiederum den Bürger. Den Beweis liefern am besten die von den USA vor 60 Jahren verhängten Sanktionen gegen Kuba. Sie sollten dazu dienen, das sozialistische System zu beseitigen, was den USA durch kriegerische Aktionen (Schweinebucht) und zahlreichen Mordversuchen an Fidel Castro nicht gelungen war. Gelitten haben nur die Bürger Kubas, inzwischen 60 Jahre, das sozialistische Regime ist noch da. Sanktionen bezwecken einzig und alleine wirtschaftliche Ziele. Sie machen die Reichen reicher. Die USA haben mit den auch von anderen Ländern erzwungenen zahlreichen Sanktionen ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgt, untertänige Politiker westlicher Länder folgen dem widerstandslos, man muss sich fragen ob das aus Dummheit geschieht oder aus mangelndem wirtschaftlichen Verständnis, aber auf jedem Fall zum Nachteil der Bürger, die unter den Sanktionen am meisten leiden.